Ernst Klee
Behinderten-Report II
»Wir lassen uns nicht abschieben«

INFORMATIONEN ZUR ZEIT

Ein Band der Reihe
»Informationen zur Zeit«
Originalausgabe

Über dieses Buch

Der *Behinderten-Report* (Fischer Taschenbuch 1418) von Ernst Klee beschäftigte sich mit der Misere der mindestens sechs Millionen Bürger der Bundesrepublik, die wegen einer körperlichen oder geistigen Behinderung zu einer krassen Außenseiterrolle verurteilt sind. Die Weiterführung dieses Bandes behandelt die Auswirkungen dieser Situation auf die Psyche und das Selbstbewußtsein der Betroffenen sowie die ersten Ansätze von Behindertengruppen, ihre Lage durch konkrete Aktionen zu verändern. Beispielhaft wird dabei die Arbeit des von Ernst Klee geleiteten Volkshochschulkurses »Bewältigung der Umwelt« dargestellt, über den die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb:

»Sie testeten öffentliche Gebäude, vornehmlich Behinderteneinrichtungen, auf ihre ›Zugänglichkeit‹ und fanden unüberwindliche Treppen, zu hohe Schwellen, zu enge Türen, durch die kein Rollstuhl geschoben werden konnte. Dann versuchten sie, mit der Straßenbahn zu fahren. Ergebnis: An der Hauptwache brach der Verkehr zusammen, weil ein Rollstuhlfahrer nur unter der Bedingung von den Schienen weichen wollte, ›wenn wir mitfahren können‹. Im November fuhren die Kursteilnehmer mit der Bundesbahn. Sie wurden im zugigen Gepäckwagen, neben Geflügel, Frischfleisch und schwankenden Stapeln von Paketen befördert. Die Rollstuhlfahrer mußten mit ihren Stühlen in die Waggons gehievt werden.«

Der Autor

Ernst Klee, geb. 1942, studierte nach einer Lehre als Sanitär- und Heizungstechniker Theologie und Sozialpädagogik. Er ist wesentlich an den Ansätzen zu einer neuen Behindertenpädagogik und zum Aufbau unabhängiger Behindertengruppen beteiligt. Als freier Mitarbeiter schreibt er für fast alle Rundfunkanstalten, »Die Zeit« und das »Allgemeine Deutsche Sonntagsblatt«. Buchveröffentlichungen u. a.: »Gastarbeiter«, 1972; »Resozialisierung. Handbuch zur Arbeit mit Strafgefangenen und Entlassenen«, 1973; »Randgruppenpädagogik. Grundlagen zum Umgang mit Randgruppen, Außenseitern und Gestörten«, 1973; »Der Zappler« (Kinderbuch zum Behindertenproblem), 1974; »Behinderten-Report«, 1974.

Ernst Klee

Behinderten-Report II

»Wir lassen uns nicht abschieben«

Bewußtwerdung und Befreiung der Behinderten

Fischer
Taschenbuch
Verlag

Originalausgabe
Fischer Taschenbuch Verlag
1.–20. Tausend: Mai 1976
21.–30. Tausend: September 1977
Umschlagentwurf: Jan Buchholz/Reni Hinsch
unter Verwendung eines Fotos (Foto: Ernst Herb)
Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main
© Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1976
Gesamtherstellung: Hanseatische Druckanstalt GmbH, Hamburg
Printed in Germany
680-ISBN-3-596-21747-4

Inhalt

Vorbemerkung 7

Teil eins
Wir lassen uns nicht abschieben!
Emanzipatorische Behindertenarbeit am Beispiel des Frankfurter Kurses »Bewältigung der Umwelt«
1. Die Lust betreut zu werden 10
2. Veränderung durch Bitten? 20
3. »Als Gesunder geh' ich ja auch nicht die schwierigsten Wege« 26
4. Behinderte stoppen die Straßenbahn 31
5. »Jetzt ist Schluß. Wir brauchen kein Mitleid« 45
6. Rent-a-Spasti 55
7. Unser Vorschlag zum Wochenende: Fahr mal im Gepäckwagen! 67
8. Fahrradschläuche auf Rezept 83
9. Die Rolle der Massenmedien 88
10. Behinderte am Arbeitsplatz 91

Materialien zu Teil eins 117

Teil zwei
Grundlagen einer politischen Behindertenarbeit
1. Behinderte in der Industriegesellschaft – Aussortieren der Unproduktiven 130
2. Das entfremdete Bewußtsein 133
3. Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung 136
4. Kampf der Vertröstungsstrategie 139

Teil drei
Einführung in die Arbeit
mit körperlich und geistig Behinderten, Blinden, Taubblinden, Schwerhörigen und psychisch Kranken sowie mit Eltern 151

Anfangsphase der Behindertenarbeit 153

Freizeitorientierte Behindertenarbeit 157
Elternarbeit 159
Möglichkeiten einer problemorientierten Arbeit 162
Ich bin ein Contergan-Kind 175
Beispiel Stadtbahn Dortmund:
Was ein Bürokrat unter Integration versteht 178
Adressenliste 182
Mitgliedsverbände der Bundesarbeitsgemeinschaft »Hilfe für Behinderte« 185
Katalog der Schwerpunkte bei der Beseitigung baulicher und technischer Hindernisse 187

Vorbemerkung

Es ist in der Welt der Literatur Usus, in einem Vorwort der lieben Frau, den lieben Kindern oder wem auch immer Dank zu sagen. Dank für die Entbehrungen, die sie in der Zeit, da das Buch entstand, auf sich genommen haben.
Hier geht es um etwas anderes: Ein Autor schreibt ein Buch. Er wird als Verfasser angefeindet oder gelobt, findet so oder so Anerkennung, Beachtung. Doch an diesem Buch haben viele mitgeschrieben und mitgearbeitet. Denn die Arbeit, die hier beschrieben ist, beruht auf der Aktivität und dem Engagement von vielen. Ihnen ist in der Tat Dank zu sagen, nicht für Entbehrungen, sondern für die gemeinsame Arbeit.
Und da wir nun einmal schon beim Bedanken sind: Der Dank gilt natürlich auch all jenen, die mit Kritik und Widerstand soziale Phantasie und schöpferische Energie beflügeln halfen. Bedanken möchten wir uns auch bei jenen, die mit ihren Reaktionen dazu beitrugen, das schöne Gerede vom Verständnis für Behinderte als das zu entlarven, was es ist: Gerede.
Ernst Klee

Behinderte in Frankfurt.

Mitteilung № 1

Behinderte in Frankfurt: 50 000. Das sind so viele Behinderte, wie die vier Stadtteile Höchst, Heddernheim, Preungesheim und Seckbach zusammen Einwohner haben!

50 000 Behinderte. Doch man begegnet ihnen nicht. Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte und viele ältere Bürger sind städtebaulich nicht eingeplant. Bordsteine, Stufen, Treppen hindern sie, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Öffentliche Gebäude wie Post, Gesundheitsamt und überhaupt Behörden sind nicht behindertengerecht gebaut. Trotz aller Empfehlungen und Beschlüsse.

Jeden Tag werden in dieser Stadt neue Bordsteine gesetzt. So hoch wie eh und je. Für Rollstuhlfahrer unbezwingbar. Nur Gedankenlosigkeit der Bürokraten? Tatsache ist, Behinderte bleiben ausgesperrt. Dabei kostet es keinen Pfennig mehr, bei Bauarbeiten die Bordsteine gleich flacher zu setzen, Verkehrsinseln zu durchbrechen, Straßenüberquerungen abzuflachen.

Deshalb:

Bürger, dankt Eurer Stadtverwaltung, Baudezernat und Straßenbauamt, daß Behinderte weiterhin aus dem öffentlichen Leben ausgesperrt bleiben!

Marion Balzer, Rolf Becker, Ute Dietz, Dorit Eckstein, Margarete Fritz, Georg Gabler, Udo Gerhard, Annemarie Gocht, Rainer Haake, Rosemarie Hessler, Heinz Jericho, Ernst Klee, Helgard Kolberg, Helmut Langkau, Helga Luh, Gerlinde Meeth, Ludwig Meister, Marianne Recke, Margit Röttcher, Gerhard Schneider, Christa Schlett, Rosemarie Schönwolf, Christa Schulz, Hagen Stieper, Gustmar Thiesfeld, Elke Weber, Jürgen Wedekind, Christa Wolter, behinderte und nichtbehinderte Bürger

Kontaktadresse: Annemarie Gocht, 6 Frankfurt, Schliemannweg 14; Hagen Stieper, 6 Frankfurt, Westendplatz 30

Teil eins

Wir lassen uns nicht abschieben!

Emanzipatorische Behindertenarbeit am Beispiel des Frankfurter Kurses »Bewältigung der Umwelt«

1. Die Lust betreut zu werden

Der Ausbruch aus dem Schongehege der Fürsorglichkeit

Eines Tages ruft mich ein Freund an. Irgendwo im vierten Stock einer Altenwohnanlage lebe ein Behinderter, ob wir ihn nicht mal besuchen könnten. Seine Mutter sei gestorben, nun wohne er allein.

Die Wohnung ist sein Gefängnis: Gusti Steiner hat Muskelschwund (Muskeldystrophie) und sitzt im Rollstuhl. Die Außentüren gehen so schwer auf, daß er sie mit seinen verminderten Kräften nicht öffnen kann. Auch die Tür des Lifts kann er nicht aufmachen, an die Knöpfe im Aufzug kommt er nicht heran.

Seine Lebensgeschichte, sieht man von biographischen Details ab, ist beispielhaft für viele Behindertenschicksale: Die Mutter hatte nie bewältigt, ein behindertes Kind zu haben. Sie betrachtete die Behinderung als ihr persönliches Versagen, konnte das nie verarbeiten und flüchtete ins Leugnen der Behinderung. Sie nahm die Behinderung nicht zur Kenntnis, stritt sie einfach ab. Sie hat ihrem Sohn nie einen Rollstuhl gekauft, denn der Rollstuhl war für sie das sichtbare Zeichen der Behinderung. Wenn ihr Sohn ganz normal auf einem Stuhl saß, konnte ein Außenstehender nicht sehen, daß da ein Behinderter saß.

Innerhalb der Wohnung bewegte sich Gusti Steiner zu dieser Zeit auf allen Vieren. Die Mutter half ihm, am Bett, an Stühlen hochzukommen. Den Tag über gab es nur einen Platz: den Stuhl. »Um alle Handreichungen mußte ich meine Mutter bitten. Das war sehr, sehr unangenehm. Du bist immer darauf angewiesen zu sagen: bitte, gib mir mal, mach mir mal. Das hat etwas Demütigendes, denn dein eigener Aktionsradius ist dadurch so eingeschränkt, daß du kaum Erfahrungsmöglichkeiten hast.«[1]

Da die Mutter nie verarbeitet hatte, ein behindertes Kind zu

[1] Ausführlich dokumentiert in: Ernst Klee, Behindertsein ist schön, Unterlagen zur Arbeit mit Behinderten, Düsseldorf 1974

haben, verhinderte sie auch, daß ihr Sohn in die Öffentlichkeit kam. Wollten ihn Freunde abholen, meinte sie, man könne das doch verschieben, ein anderes Mal sei der geeignetere Zeitpunkt. »Sie hat dann immer darauf abgezielt, daß niemand im Hause gesehen hätte, wie ich die Treppe runtergetragen werde, wie Freunde mich zum Wagen bringen und dergleichen.« Aus diesem Grunde ist Gusti Steiner in diesen Jahren nur höchstens zwei- oder dreimal im Jahr aus der Wohnung gekommen. Mit einer Einschränkung allerdings, die Folgen hatte und nicht typisch für ein Behindertenschicksal ist: Die Mutter hat ihn jeden Tag in eine Realschule gefahren. Mit einem Leiterwagen, aber immerhin. Aus dieser Zeit stammen auch Freunde.

Die Haltung der Mutter wird begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß sie im Dritten Reich erfahren hatte, daß es besser war, die Existenz eines behinderten Kindes zu leugnen. Eine Schwester von Gusti ist während der Nazi-Zeit aufgewachsen, hatte ebenfalls Muskelschwund und ist längst gestorben. Das Mißtrauen gegen öffentliche Stellen, gegen Behörden und Institutionen, hat die Frau nie überwinden können. Sie beantragte aus diesem Grunde nie Sozialhilfe, bat nie eine Organisation um Hilfe.

Daß die Mutter die volle Verantwortung für ihren behinderten Sohn übernommen hat, entmündigte ihn zugleich. Die Erschütterung war nachhaltig: »Sie hat einmal zu mir gesagt: Was hast du denn schon erlebt im Vergleich zu mir. Sie hat meine Behinderung quasi immer als *ihr* Schicksal gesehen und hat darüber überhaupt nicht begriffen, daß das mein Leben ist, das ich gestalten muß, das ich zu leben habe. Das war ein Moment, der mich sehr aus dem Gleichgewicht gebracht hat.«

Gusti Steiner steht morgens um sieben Uhr auf, weil der Tagesanfang der schwierigste Teil des Tages ist. Die Muskelkraft ist so reduziert, daß er zum Aufstehen, Waschen, Anziehen etwa zwei Stunden jeden Morgen braucht. Erst dann kann er einem Besucher aufmachen. Dennoch: Was bedeutet diese Mühsal gegen die Bedrohung, daß sich beim Tod der Mutter abzeichnete, als Pflegebedürftiger in ein Heim abgeschoben zu werden?

Als ich Gusti Steiner kennenlerne, lebt er schon allein. Freunde kaufen ein, tragen den Abfall zum Mülleimer, putzen die Wohnung. Er selber kocht, spült, macht sein Bett. Um die

Freunde nicht zu strapazieren, hat er einen Plan aufgestellt, so daß einer der Helfer nur alle vierzehn Tage etwas besorgt. Er vermeidet damit einen Fehler, den viele Behinderte in ihrer Angst, in ihrer Isolation machen: sie klammern sich an Freunde oder Helfer und überfordern sie. Der Freund löst nach einiger Zeit dann die Beziehung, bleibt einfach weg oder wird insgeheim mißmutig, weil ihm die Belastung zu viel wird. Der Behinderte begreift die Zusammenhänge nicht, fühlt sich aber in seiner Meinung bestärkt, daß die Umwelt Behinderte nun mal nicht mag.

Im Rückblick auf diese Zeit sagt Gusti Steiner: »Ich habe immer die Gefahr erlebt, daß ich entweder die Möglichkeit habe, meine Behinderung zu hassen, weil sie mir die Möglichkeit nimmt, normal zu sein wie andere Menschen – und auf der anderen Seite die Gefahr, die Behinderung zu lieben. Das ist eine Möglichkeit, im Mitleid der Außenwelt hier ein Erfolgserlebnis zu haben. Mir kamen beide Möglichkeiten suspekt vor. Ich ging eigentlich davon aus, die Behinderung zu akzeptieren, ähnlich wie beispielsweise die amerikanischen Neger ihre Andersartigkeit, ihre Hautfarbe, ihre andere Mentalität, gegenüber den Weißen am Anfang ihrer Emanzipationsbewegung akzeptierten.

Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, durch die ich aus dieser fatalen Situation des Wartens, des Wartens auf ein medizinisches Wunder, das mich gehend macht – oder was viel schlimmer ist, des Wartens auf dieses übernatürliche Wunder – herauskomme. Ich muß dieses tödliche Untätigsein durchbrechen, eigene Erfahrungen sammeln im Tun, in der Auseinandersetzung mit Menschen; nur von dieser Seite aus kann ich eine Entwicklung meiner Persönlichkeit in die Wege leiten.«

Nun, noch sprechen wir über die einfache Versorgung im Haushalt. Die bewußte Auseinandersetzung mit der Behinderung und die Überwindung der Behinderung durch die Bewältigung der Umwelt wird erst später stattfinden. Zu Hilfe kommt uns dabei ein Abend in einem Behindertenclub.

Gusti Steiner ist bereits früher einmal dort gewesen. Er hat diesen Abend als etwas unsagbar Trostloses in Erinnerung, die Ergebenheit der Behinderten in ihr »Los« schreckt ihn ab. Man sitzt zusammen, läßt sich betreuen, betun, bedienen, berieseln und singt monoton-traurig die Behindertenlitanei: daß sich am Schicksal nichts ändern läßt, daß man ausharren muß,

daß man dankbar zu sein hat für die Brosamen, die vom Tisch der dynamischen Nichtbehinderten abfallen, derer, die im Arbeitsleben (oder schlicht »im Leben«) stehen.
An diesem Abend, im Juni 1973, treffen sich im Behindertenclub etwa 20 Behinderte zu einem Vortragsabend. Es herrscht die Behindertenclub-Atmosphäre, die in vielen Clubs noch anzutreffen ist, diese Mischung aus gutgemeintem Betreuenwollen auf der einen und dem tristen, passiven Betreuenlassenwollen auf der anderen Seite. Ein Behinderter, etwa 30 Jahre alt, erzählt seine traurige Geschichte: Er lebt in einem Altersheim, weit außerhalb der Stadt. Mit ihm im Zimmer liegt ein 80jähriger Mann, der infolge eines neuen Schlaganfalls nicht mehr sprechen kann. Der junge Behinderte beklagt, ins Altersheim verbannt zu sein, und hat sich zugleich in sein Schicksal ergeben. Seine Klagen klingen wie der Todesgesang eines Menschen, der seinen sozialen Tod stirbt.

Beim Einkaufen muß ich regelmäßig jemanden bitten, wenn ich etwas aus den oberen Regalen oder schon aus den mittleren, die ziemlich weit zurückliegen, haben möchte. Das ist dann einfach oft so, daß man aus dem Laden wieder herausgeht und hat das, was man möchte, nicht gekauft. Vom Seelischen her gesehen, ist es doch ziemlich deprimierend, wenn man für jede Kleinigkeit andere um Hilfe bitten muß. Manchmal überkommt einen dann derart die Wut, daß mir mitten im Laden die Tränen kommen und man einfach den Laden wieder verläßt. Es ist nicht so, daß einem die Menschen nicht helfen würden, aber es ist außerordentlich demütigend, wenn man immer gezwungen ist, jemand zu bitten, er möchte einem helfen und dies und jenes für einen tun, während man sich selber als einen unabhängigen Menschen fühlt. Man wird immer in die Rolle hineinversetzt, betteln zu müssen.

Ortrun Schott

Alle sind betroffen. Was aber kann man tun? Der junge Mann wehrt sich: »Ich kann doch nicht demonstrieren gehen.« Warum eigentlich nicht? sagen Gusti und ich. Unsere Behauptung, Behinderte müßten sich wehren, löst ein Chaos aus. Aggressionen brechen auf, setzen sich über Tage fort. Man erregt sich, so etwas zu verlangen und hilft sich, indem man die Unsinnigkeit herausarbeitet: Die haben gut reden. Wenn die er-

lebt hätten, was wir erlebt haben! Man muß zufrieden sein. Man darf den Bogen auch nicht überspannen. So oder so ähnlich lauten die Kommentare. Der Gedanke, Behinderte müßten ihre Interessen wahrnehmen und vertreten, übersteigt noch das Vorstellbare, übersteigt das, was der einzelne als eigene Erfahrung mit einbringt. An diesem Abend, der so viele Aggressionen freisetzt, lernen wir einige unserer engagiertesten Mitarbeiter kennen. Nur wissen weder wir das, noch die anderen.

Zufällig sucht die Frankfurter Volkshochschule (VHS) einen Kursleiter für einen Mitarbeiterkurs. Immer wieder gehen vor allem psychisch Behinderte oder psychisch Gehemmte in Kurse der Volkshochschule, um dort in erster Linie Gemeinschaft zu finden, Kontakte und Bestätigung. Körperbehinderte tauchen nur im Einzelfall in einem der Kurse (Keramik, Malen usw.) auf. Am 3. Oktober 1973 beginnt ein Arbeitskreis für Mitarbeiter: »Praxisanleitung und Beratung für Mitarbeiter im ›Freizeitbereich‹, in deren Kurse Behinderte mitarbeiten.« Wolfram Helmer, der Fachbereichsleiter, hat zugestimmt, daß man nicht, wie in der Behindertenarbeit üblich, *für* Behinderte etwas tun soll, sondern *mit* ihnen zusammen. Gusti Steiner und ich leiten diesen Kurs, an dem Mitarbeiter und Behinderte teilnehmen. Aus diesem Projekt entsteht ein Konzept: Bewältigung der Umwelt soll das Ziel sein, das heißt: »Wir wollen Hindernisse nicht resignierend hinnehmen, sondern als Herausforderung erleben.« Die Ziele sind formuliert:

»Es sollte Aufgabe der Volkshochschule (Dienstleistungsbetrieb) sein, Gruppen der Gesellschaft als Bildungseinrichtung zur Verfügung zu stehen. Wir (die Leiter des Projekts) sehen Bildung als Vermittlung von Wissen und der Fähigkeit, den eigenen gesellschaftlichen Standort zu überdenken. Das heißt für Behinderte: Überwindung von Randgruppenpositionen (GG Art. 2: »Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit«).

Behindertenarbeit will deshalb Emanzipation und Integration.

Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen, ist:

- integrierte Zusammensetzung und Zusammenarbeit von Behinderten und Nichtbehinderten.

Für Behinderte liegen die Hauptinteressen in der persönlichen Isolation, in der baulichen Unzulänglichkeit der Umwelt, überhaupt in der Ghetto-Situation ihres Daseins und in der

Unfähigkeit, ihre gesellschaftliche Diskriminierung zu überwinden.

Jansen hat 1970 in einer Untersuchung über »Einstellungen, Meinungen und Vorurteile gegenüber Körperbehinderten in der Bundesrepublik Deutschland« folgende Ergebnisse ermittelt:

- über 90 % der Befragten wissen nicht, wie sie sich Behinderten gegenüber verhalten sollen;
- über 70 % empfinden Ekel;
- 63 % befürworten Heimunterbringung;
- 56 % lehnen die Hausgemeinschaft ab.

Aufklärungsarbeit allein genügt nicht, diese Einstellung der Bevölkerung zu verändern: Gibt sich der Behinderte demütig brav, nimmt man ihn als Partner nicht ernst. Verhält er sich unbefangen, aufgeschlossen und geht selbstbewußt auf Menschen zu, begegnet man ihm so, als wäre die Behinderung gar nicht vorhanden.

Nicht die Behinderung schafft die Barriere zu anderen, sondern das »Behinderten-Bewußtsein«, minderwertig zu sein.

Wir streben an:

1. Für Behinderte:
   - Überwindung der individuellen Isolation
   - Erkennen eigener Bedürfnisse
   - Selbstorganisation und Eigeninitiative
   - Verhaltensänderungen durch Lernerfahrung
   - Entwicklung eines eigenen Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls
2. Für Nichtbehinderte:
   - Sensibilisierung für die Probleme und die Lebenssituation Behinderter
   - Überwindung der Scheu vor Behinderten
   - Schaffung eines persönlichen und damit »normalen« Verhältnisses zu Behinderten

Wir wollen versuchen, die Wechselbeziehung Behinderter-Umwelt an Beispielen zu erfahren. Wir wollen die Problematik so aufarbeiten, daß Behinderte durch diese Lernerfahrung neue Verhaltensmodelle entwickeln. Wir wollen in integrierten Gruppen trainieren, uns unbefangen in der Umwelt zu bewegen. Wir wollen Hindernisse nicht resignierend hinnehmen, sondern als Herausforderung erleben. Als Herausforderung durch eigene Aktivitäten zu ihrer Beseitigung beizutragen.«

Wie befangen und unsicher sich Nichtbehinderte zeigen, wenn sie einen Behinderten treffen, dem sie sonst ja nie begegnen, dokumentiert ein Zeitungsartikel, der im Januar 1974, vor Beginn des ersten VHS-Kurses »Bewältigung der Umwelt« erscheint:

»Der erste Kontakt mit Gusti Steiner kam per Telefon zustande. Die angenehme Stimme und die unbefangene Art zu sprechen nahmen jede Scheu vor einem Besuch in der Wohnung. Sie stellte sich eigentlich nur einmal noch für einen Moment ein, nämlich später, kurz vor dem Klingeln an der Wohnungstür. Wer wird öffnen? Wie wird es im Zuhause des jungen Mannes sein, der seit Geburt an Muskelschwund leidet, einer Krankheit, die den körperlichen Verfall unaufhaltsam vorantreibt? Wie soll man, selbst gesund und bisher kaum jemals so allein gelassen gegenüber einem Behinderten und seinem anderen Leben, seinen anderen Erfahrungen und Wünschen, sich nun verhalten, wie soll man zu dem Behinderten sein? Fürsorglich? Mitfühlend? Soll man ihn fragen, ob man ihm etwas abnehmen kann, Hilfe anbieten, oder soll man seine Behinderung völlig ignorieren und so tun, als sähe man Rollstuhl und Krankheitsspuren nicht? Unsicherheit und der geheime Vorwurf, daß man da einfach bei einem Behinderten eindringt und ihm damit aufs neue den Unterschied zwischen Gesund- und Kranksein demonstriert.«

Auf der anderen Seite beginnt ein – man kann es schlecht anders nennen – zäher Kampf um jeden einzelnen Behinderten, der mitmachen könnte. Ein Beispiel: Mir ist die Adresse eines 19jährigen Mädchens genannt worden, die vielleicht Interesse hätte. Ich rufe an. Die Mutter ist am Telefon, und wir vereinbaren einen Termin. Ich schelle. Der Summer tönt, ich drücke die Haustüre auf. Die Wohnungstür ist mit einer Kette gesichert. Die 19jährige wirkt wie ein 14jähriges Mädchen. Die Behinderung ist äußerlich nicht zu sehen.

Das Gespräch führt die Mutter. Die behinderte Tochter sitzt dabei; sie arbeitet bei einer Krankenkasse. Der Vater ist seit Jahren tot. »Wir sind jedes Wochenende hier allein«, klagt die Mutter. Sie haben keine Freunde in der Nachbarschaft. Im Betrieb gibt es auch keine Freunde. »Früher war einmal im Jahr wenigsten eine Weihnachtsfeier vom Roten Kreuz«, erzählt die Mutter, weinerlich, verbittert, hoffnungslos. Ich lade das Mädchen ein, wenigstens in den Behindertenclub zu kommen. Wann ist das denn aus? »Oh, das ist ja erst um 10 Uhr

aus!« Die beiden sind in ihre Trost- und Hoffnungslosigkeit versponnen, wie die Fliege ins Spinnennetz. Ihr Elend hat seine eigenen Gesetze: Sie fühlen sich als Geschlagene, kapseln sich ab, damit sind sie nicht attraktiv als Umgang, man hat nicht gern mit ihnen zu tun, und so sagen sie am Ende: man will uns nicht. Hinzu kommt, daß die Mutter ihre Tochter im Hause zurückbehält, um Gesellschaft zu haben, die Tochter dient als Ersatz für den verstorbenen Vater. Als ich gehe, riegelt die Mutter die Tür hinter mir wieder zu. Die Tochter hat kaum etwas gesagt. Es ist nicht gelungen, sie aus ihrer Isolierung zu lösen.

Behindertsein ist nicht angenehm. Aber wenn man schon behindert ist, dann möchte man es innerhalb einer kleineren und auch größeren Bezugsgruppe allein sein und keine Konkurrenz haben. Man erhält ja nicht nur Ablehnung, sondern auch Aufmerksamkeit und vielleicht Bewunderung. Diese Entschädigung für viele Benachteiligungen, Entbehrungen, Diffamierungen in der Umwelt möchte man nicht teilen. Man achtet eifersüchtig darauf, daß man die Rolle des Behinderten alleine spielen kann. Darum erleben wir immer wieder, daß Behinderte einmal zu unseren Treffen kommen, vielleicht auch einige Male, aber dann nie wieder. Es liegt nicht nur daran, daß wir in uns gegenseitig unser Spiegelbild sehen, was schwer zu ertragen ist, sondern auch unsere Konkurrenten in bezug auf Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Ortrun Schott

Ein anderes Beispiel: ein 25jähriger Spastiker in einem Jugendkreis. Ein ausgesprochen netter Kerl, der sich jedoch darin gefällt, herumzumotzen und zu schimpfen. Er arbeitet im selben Betrieb wie sein Vater, auf demselben Stockwerk. Der Vater nimmt ihn im Wagen mit zur Arbeit und mit zurück. Er darf (25 Jahre alt) nicht allein mit der Straßenbahn fahren. Er hat nicht einmal ein eigenes Zimmer, muß zu einer bestimmten Uhrzeit zu Hause sein und darf nicht mit Messer und Gabel essen, sondern nur mit dem Löffel, weil er als Spastiker mit seinen leicht fahrigen Bewegungen einmal etwas verschütten könnte. Er hat einen Freund, dem es ähnlich geht. Ich frage ihn, warum sie nicht beide zuhause ausziehen und gemeinsam eine Wohnung suchen? Antwort: Der ist genauso von seiner Mutter abhängig. Dieser junge Mann hat zwar

einen Schritt getan, um in den Jugendclub zu gehen, aber er hat sich damit ein Forum zum Jammern geschaffen. Er hat noch nicht die Kraft, sich zu lösen. Gelingt es ihm nicht bald, ist sein Leben entschieden.

Jeder Behinderte schleppt sein autobiographisches Gepäck mit sich. Angst und Selbsthaß prägen das Leben in manchmal irrationaler Weise. Zahllose Behinderte, die z. B. an Verstümmelungen leiden, können die Verstümmelung nicht ansehen. Da ist ein junger Mann, amputiert, der noch Jahre nach der Amputation nicht fähig ist, seine Stümpfe anzusehen, der sich deshalb haßt. Da sind die Spastikerkinder, die erschrecken, wenn sie erstmals ihr Spiegelbild sehen. Da sind die Skoliosebehinderten, die sich hassen, weil sie einen »Buckel« haben. Und da sind die Behinderten, die irgendwo im Stockwerk einer Altbauwohnung dahinsiechen und davon leben, daß sie vielleicht zweimal im Jahr die Treppe hinunter getragen werden. Das Gefühl, minderwertig eingestuft zu sein, lähmt sie. Nicht die körperliche Behinderung behindert den Behinderten – aber die Selbsteinschätzung, das Bewußtsein, ein Behinderter zu sein.

Dazu kommen die baulichen Hindernisse: Treppen, Bordsteine, zu schmale Türen hindern den Rollstuhlfahrer und den Gehbehinderten, am öffentlichen Leben teilzunehmen, sperren ihn aus, geben ihm das Bewußtsein, nicht eingeplant zu sein. Doch so schwer, traumatisch, leidvoll das individuelle Schicksal ist, der Behinderte muß lernen, sich in dieser Umwelt zu behaupten. Es gilt, Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen zu trainieren.

In der traditionellen Behindertenarbeit tun die Nichtbehinderten etwas *für* die Behinderten. Das verstärkt jedoch nur Abhängigkeitsgefühle und Unterwerfung. Etwas für Behinderte tun, das heißt »betreuen«, Abhängigkeiten aufrechterhalten. Nichtbehinderte und Behinderte müssen gemeinsam an der Bewältigung von Konflikten arbeiten. Die Behindertenarbeit kann nicht im Schongehege gutgemeinter Fürsorglichkeit geschehen, wo dem Behinderten jede Schwierigkeit scheinbar abgenommen wird, wo Plätzchen und Kaffeeausschank die Konfliktbewältigung verhindern, weil man nie zu den Konflikten vorstößt – Behindertenarbeit muß im Konfliktfeld selber geschehen.

Die Behindertenarbeit muß dem Behinderten Zukunftsperspektiven eröffnen. Versponnen in die Trauer um das Schicksal,

ein Behinderter zu sein, läßt sich nicht leben, sondern man kann nur betreut werden. Selbstbewußtsein wächst nur an Lernerfahrungen. Der Behinderte muß stets warten, bis andere etwas für ihn tun. Eine emanzipatorische Arbeit wird dies überwinden, sie wird aufzeigen, daß sich am individuellen Schicksal und am Gruppenschicksal etwas verändern läßt.
Der Öffentlichkeit drängt sich bis heute der Eindruck auf, die Rehabilitation Behinderter spiele sich vorwiegend im Bereich von Sonderwerkstätten und Sonderschulen ab. Die Zuweisung des Behinderten an Sondereinrichtungen überwindet die Isolation nicht, sondern verstärkt sie. Nur die gemeinsame Aktion Behinderter und Nichtbehinderter kann aus der unfreiwilligen sozialen Isolierung führen, kann Passivität in Aktivität verwandeln. Durch exemplarisches Lernen können Erfahrungsfelder ermöglicht werden. Neue Erlebnishorizonte und Erfahrungsradien müssen erschlossen werden. Eingefahrenes, festgefügtes Verhalten läßt sich nicht auf der verbalen, der Wortebene ändern. Da hilft keine Predigerei. Zudem ist der Behinderte bis dahin nur sozial belohnt worden, wenn er die typische Behindertenrolle des Demütigen und Dankbaren eingenommen hat, eine passive Rolle also. Einer emanzipatorischen Behindertenarbeit stehen viele Hindernisse im Weg: die Umwelt, die Eltern, die Behinderten selbst. Und dennoch gibt es keinen anderen Weg: der Behinderte muß lernen, seine Möglichkeiten auszuprobieren, auszuschöpfen, auszukosten. Die Lust, betreut zu werden (die Behinderung zu lieben, um Zuwendung in der Mitleidsform zu bekommen), muß verwandelt werden in die Lust am eigenen Handeln. Wie das erreichbar ist, sollen die nächsten Kapitel zeigen.

2. Veränderung durch Bitten?

Ein Amtsstellenleiter setzt sich aus verwaltungsinternen Gründen nicht in den Rollstuhl – die Post-Aktion

In den Vorgesprächen wird von sogenannten Fachleuten der Behindertenarbeit immer wieder versucht, den Volkshochschulkurs ins Behinderten-Ghetto zu verbannen. »Gehen Sie doch in die Werkstätte für Behinderte, da gibt es keine Stufen, da ist eine Toilette, die für Behinderte zugänglich ist.« Selbst der Hinweis, dort sei auch ein Verbandskasten, fehlt nicht. Behinderte, das sind eben die Kranken, die Schonbedürftigen, die man vor der Umwelt schützen muß. Gusti Steiner und ich wollen jedoch mitten in der Stadt bleiben, nicht an die Ränder abgeschoben werden. Die Volkshochschule öffnet sich auch architektonisch: Innerhalb weniger Tage wird eine für Rollstuhlfahrer zugängliche Toilette eingebaut.
Die Werbung für den Kurs (Behinderte lesen nicht die Kataloge der Volkshochschulen) geschieht durch die Zeitungen. Da das Projekt bisher einmalig, modellhaft ist, ist die Resonanz groß. »Bewältigung der Umwelt«, dieses Programm ruft viele ältere Bürger auf den Plan. Eine 64jährige telefoniert mit Gusti Steiner. Sie erzählt ihre halbe Lebensgeschichte, erzählt, daß sie im Neubaugebiet wohnt und drei Stufen zu überwinden hat. Sie kann zwar auf dem Geländer rutschend im Treppenhaus hinunter kommen, aber nicht wieder hinauf. Eine Nachbarin versorgt sie mit Essen. Gusti Steiner fragt, warum sie nicht selber koche? »Der Rollstuhl paßt nicht in die Küche, die Tür ist zu schmal.« Ein Oberschenkeltrümmerbruch, vor 12 Jahren, ist die Ursache der Behinderung. Sie ist verbittert, fürchtet sich, mit dem Selbstfahrer in den Park zu fahren, weil ein Mann ihr etwas tun könne. Sie wird natürlich nicht in den Kursus kommen, möchte aber von ihrer Isolation erzählen.
Andere Reaktionen kommen von älteren Menschen, die nicht behindert sind, aber von den baulichen und verkehrstechnischen Gegebenheiten behindert werden. Beschwerde führen die älteren Leute vor allem über den öffentlichen Nahverkehr. Da sind die Treppen zu den U-Bahn-Stationen, die Automaten,

mit denen sie nicht zurechtkommen, die U-Bahn-Züge fahren zu schnell an. Eine Siebzigjährige, die sich über die hohen Tritte beschwert, meint: »Es ist eben alles nur für junge Leute gemacht.« Sie zieht die Konsequenz: »Als Einzelperson habe ich ja nichts zu sagen, aber Sie als Gruppe können was erreichen.« Eine Umwelt, die Behinderte einplant, kommt stets auch den älteren Menschen zustatten, ebenso den Frauen mit Kinderwagen. Eine behindertengerechte Umwelt kommt allen zugute. Ein Beispiel dafür sehe ich durch Zufall: ich besuche einen Bekannten im Krankenhaus und muß eine Stunde im Foyer warten. Vor dem Eingang ist eine Treppe mit fünf, sechs Stufen, daneben eine Rampe. Alle – Ärzte, Schwestern, gesunde Besucher – benutzen nur die Rampe. Dies mag als verspieltes Detail erscheinen, aber behindertengerechtes Bauen bedeutet immer eine Humanisierung der Städte, bedeutet mehr Lebenskomfort, erleichtert den Zugang und ermöglicht Kontakte.

Zum ersten Kursabend am 29. Januar 1974 kommen 70 Teilnehmer. Das Alter liegt zwischen 16 und 70 Jahren. Etwa die Hälfte sind Behinderte, die aus sehr unterschiedlichen Lebenssituationen kommen; es sind Berufstätige, Nichtberufstätige, Isolierte, bereits in anderen Gruppen Engagierte. Fast alle Behinderungsformen sind vertreten, die Körperbehinderten überwiegen. Wir lassen zwischen den Stühlen Platz frei, so daß die Rollstuhlfahrer dazwischenfahren können und nicht in einer Ecke eine isolierte Gruppe bilden. Einige kommen im gemeinsamen Fahrzeug, im Kleinbus, sie kennen sich aus dem Verein und werden mit Sicherheit eine Untergruppe in der Gesamtgruppe bilden. Sie werden sich Fraktionssprecher nehmen und diesen einen Sprecher für die Gruppe reden lassen. In der Tat spricht bald eine nichtbehinderte Funktionärin ganz selbstverständlich für die mitgekommenen Behinderten, als könnten diese nicht selbst reden.

Von den Behinderten sprechen an diesem Abend nur die Selbstbewußten und diejenigen, die uns persönlich kennen.

Ein Behinderter sticht aus allen anderen hervor: teurer Anzug, Mantel mit Pelzkragen, er ist Delegierter des Ortsvereins einer Partei und vermittelt den Eindruck: Schaut her, ich hab's geschafft. Jeder ist seines Glückes Schmied. Man muß nur wollen. Wem es schlecht geht, ist selbst dran schuld. Er hält bald eine Rede, beginnt mit »Sehr geehrte Damen und Herren!« und startet eine ausführliche Lobhudelei auf die Stadt und

seine Partei. Die Gruppe hier soll der Stadtverwaltung zuarbeiten. Mit einem Hinweis, wie gut er sich mit dem Sozialdezernenten stehe, beschließt er: »Wir können nicht erwarten, daß die, die nicht behindert sind, aber für diese Arbeit zuständig sind, daß die alle unsere Probleme kennen.«
Gusti Steiner greift ein. Er befürchtet, daß dieser Muster-Behinderte, der es dank Partei und Position geschafft hat, die Gruppe einschüchtert. Verglichen mit der eigenen bescheidenen Existenz könnte es sie erschlagen. Sie würden eingeschüchtert und der Lernprozeß bliebe aus. Wir verhindern auch, daß die Schilderungen von Einzelschicksalen die Zeit ausfüllen. Im Kurs soll gearbeitet werden, an gemeinsamen Projekten lernen sich Behinderte und Nichtbehinderte auf der gleichen Ebene kennen. Die Gemeinschaft ist natürlich wichtig, notwendig ist auch, daß der Behinderte (und auch der Nichtbehinderte!) von seinem individuellen Schicksal berichten kann, sich aussprechen kann; das soll aber außerhalb der offiziellen Kurszeiten geschehen. Im Zweiergespräch oder in kleinen Gruppen, die sich spontan zu einem Kneipenbummel oder einem privaten Treffen verabreden.
Der zweite Abend bringt einen entscheidenden Durchbruch. Die behinderten Teilnehmer hatten eine Hausaufgabe mitbekommen. Jeder sollte sein zuständiges Postamt testen, ob es behindertengerecht gebaut ist. Das Ergebnis: von 19 getesteten Postämtern sind nur drei ebenerdig zugänglich. Wir beraten: Was ist zu tun? Wie kann man diesen Zustand ändern? Ein Teil der Teilnehmer möchte den Instanzenweg gehen. Einer will den Postminister anschreiben (Antwort: Bis der Brief negativ beantwortet wird, ist der Kurs vorbei. Wird damit nicht das Problem nach Bonn verlagert? Man ist für das Scheitern nicht verantwortlich, aber hat ein gutes Gewissen, *etwas* getan zu haben?). Mit den Zuständigen soll verhandelt werden (Einwurf: Veränderung durch Bitten?). Andere raten, sich mit den Planern zusammenzusetzen, um bei künftigen Neubauten ähnliches zu verhindern.
Natürlich kommt auch der Vorschlag, die Kursleiter sollten mal machen. Dies ist ein Argument aus der Betreuungsarbeit, wo eben Funktionäre für Behinderte handeln. Ein behinderter Teilnehmer rät zur Solidarisierung mit den »Gesunden«: »Wir werden niemals stark genug sein.« Auch eine Unterschriftenaktion wird vorgeschlagen, doch verworfen, weil die, die unterschreiben, mit der Unterschrift noch kein Problem-

bewußtsein bekommen. Ebenso wird geraten, die Parteien einzuschalten. Doch dieser Weg erscheint als zu langwierig und endet mit nichtssagenden Resolutionen, die das Gewissen beruhigen, aber nichts ändern.
Andere reagieren mit Maximalforderungen, fordern eine koordinierte Massenbewegung, eine Großaktion am gleichen Tag in der gesamten Bundesrepublik. Da dies nicht zu realisieren ist, man aber den einzig tauglichen Vorschlag präsentiert hat, kann man sich aus der Verantwortung für das weitere Geschehen rausstehlen. Häufig kommt natürlich auch der Vorschlag, die Massenmedien einzuschalten. Man nimmt dann den Bericht in der Zeitung als eigene Aktivität, als eigenes Handeln. Überhaupt nicht gesehen wird, daß die Gruppe selbst eine Möglichkeit zur Veränderung darstellt. Die Gruppe, sagen Funktionäre, sollte nicht als Gruppe auftreten, sondern anonym bleiben. Ganz zum Schluß, als Witz, schlägt ein Teilnehmer eine Demonstration vor. Berücksichtigen muß man dabei allerdings, daß die Skepsis, bei Behörden etwas zu erreichen, sich natürlich auf Erfahrungen gründet, die gerade Behinderte zur Resignation getrieben haben.
Am 1. Februar testen Rosemarie Heßler, Rollstuhlfahrerin, und Marlies Nehrstedte, eine Redakteurin der »Frankfurter Rundschau«, die dem Kurs als Kursmitglied angehört, die Hauptpost in der Innenstadt. Auch Marlies Nehrstedte sitzt im Rollstuhl. Beide sprechen Passanten an und bitten, daß man ihnen in die Post hilft. Da ist der Bordstein zu überwinden und zwei Stufen am Postamt. Die Passanten packen zu, wissen aber nicht, wie man mit einem Rollstuhl umgeht. Es sieht aus wie ein Handgemenge, die beiden fallen beinahe aus ihren Rollstühlen. Nach dem Test ruft die Redakteurin bei der Post an. Kommentar des Sekretärs des Amtsvorstehers: »Da ist zum erstenmal so ein Sonderfall eingetreten. Davon haben wir nichts gewußt. Da haben wir uns noch keine Gedanken darüber gemacht.«
Die Mängel allgemein bei den Postämtern: Stufen, Treppen, schmale Türen, keine Telefonzellen für Rollstuhlfahrer (der Hörer ist nicht zu erreichen, der Münzeinwurf nicht, die Zelle ist zu klein), für Gehbehinderte fehlen Geländer, ebenso Parkplätze für Schwerbehinderte. Der Kurs nimmt Verhandlungen mit der Post auf, nachdem die Testergebnisse in den Tageszeitungen erschienen sind. Der Amtsvorsteher ist gebeten worden, sich in den Rollstuhl zu setzen und sein Postamt

im Rollstuhl zu bewältigen. Die Antwort ist einfach: er setzt sich aus verwaltungstechnischen Gründen nicht in einen Rollstuhl. Ein paar Antwortsätze wörtlich: »Das ist nicht meine Aufgabe. Da kann ich nichts machen. Bin ich nicht zuständig. In den Rollstuhl setze ich mich nicht, ich weiß auch so, daß man nicht rein kann.« Der Pressereferent hat noch ein Argument: »Sie können doch nicht den Telefonhörer niedriger setzen, da gefährden Sie ja die Nichtbehinderten.«

Ich rufe den Abteilungspräsidenten der Oberpostdirektion an, er ist Leiter der Betriebsabteilung. »Was«, sagt er, auf den Bericht, daß für Gehbehinderte ein Geländer fehlt, »Gehbehinderte können nicht zwei Stufen gehen?« Dann fragt er: »Wie viele Behinderte gibt es denn in Frankfurt?«

»Nach Auskunft der CDU sind es 40 000.«

»Die Zahl 40·000, davor erschrickt man etwas.« Dann fängt er sich wieder: »Wenn man sagt, na schön, wir haben uns überzeugt, das sind im Bereich der City dreihundert, die keine Stufen steigen können, die haben auch postalische Wünsche, welche Wünsche sind das, welche Anliegen haben sie? Das muß man ja auch ein bißchen untersuchen. Man muß auch ein bißchen abwägen, sind das Dinge, die wirklich berechtigten Wünschen entsprechen. Ich will's mal im Extrem sagen: Wenn nur fünf da sind, die einmal im Jahr zur Post möchten, da würde man sagen: Ja, Kinder(!), kann sich das nicht anders erledigen lassen? Es muß ein echtes Anliegen sein. Wie echt, wie stark und wie dringend ist das?«

Da die Post keine Behinderten kennt, muß sie welche kennenlernen.

Es wird beschlossen, zur Hauptpost zu gehen. An einem kalten, regnerischen Februartag treffen sich 30 Kursteilnehmer, meist Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte, vor der Hauptpost. Sie bitten Passanten, ihnen hereinzuhelfen. Die Passanten reagieren positiv. Die Presse ist dabei, Fernsehen, der Hörfunk live, so daß die Pförtner mithören können, um was es geht. Ein Herr von der Hausverwaltung ist entsetzt: »Ja, das wird dann ja in der ganzen Bundesrepublik publik. Stellen Sie sich vor, was das für eine Kostenfrage gibt, wenn dann alle Postämter Rampen haben wollen.«

Der Amtsstellenleiter läßt sich eineinhalb Stunden lang verleugnen. Dann besuchen wir ihn doch mal, heißt es. Die Demontranten ziehen einen langen Korridor entlang, Rollstuhlfahrer voran, die Teilnehmer mit Krücken hinterher, passie-

ren das Vorzimmer und stellen den Amtsstellenleiter zum Gespräch. Nein, in den Rollstuhl setzt er sich nicht. »Das sind verwaltungsinterne Gründe.« Eine Rampe will er auch nicht: »Wir werden aufpassen müssen, daß kein Gesunder über die Schräge fällt.«

Am nächsten Kursabend taucht der Schwerbehindertenvertrauensmann der Post auf. Er klagt, warum wir ihn nicht benachrichtigt hätten. »Ich hätte viele Wogen glätten können. Ich hätte die Rampe bauen lassen. Es hätte nur eines Fingerzeiges bedurft.« Warum hat er es nicht von sich aus getan, als Vertrauensmann der Schwerbehinderten? Die Sache ist jedoch ins Laufen gekommen. Die Oberpostdirektion macht eine Bestandsaufnahme für Hessen, wo bereits Postämter zugänglich sind und wo von der baulichen Substanz her Rampen gebaut werden können. Ein Landtagsabgeordneter greift das Thema auf, im Bundestag muß sich die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage rechtfertigen.

Die Teilnehmer schildern an diesem Abend ihre Eindrücke. Als sie im Zimmer des Amtsstellenleiters waren, und er sie kalt ablaufen lassen wollte, machte sich zunächst Resignation breit: »Mit zunehmender Zeit wurde ich immer deprimierter. Ich kam mir vor, als würden wir um Almosen bitten. Ich hatte das Gefühl, ich muß jetzt ganz schnell da raus.« Eine andere Behinderte: »Mir ging es genauso. Ich wollte gehen, weil ich mir als Bettler vorkam.« Eine dritte Behinderte: »Ich wollte ihn fragen, ob es sein eigener Verdienst ist, laufen zu können.«

An der Post-Aktion lernten die Teilnehmer, wie man vertröstet wird. Es war ein Musterbeispiel, wie man als Hilfloser von einer Behörde behandelt wird. Es ist aber ein exemplarisches Lernen geworden, ein Beweis, daß man Veränderungen und Problembewußtsein schaffen kann. Die Post-Aktion hat Vertrauen in die Kraft der Gruppe bewirkt. Dies wird deutlich, als wir die Frage diskutieren: Was wäre gewesen, wenn wir rausgeschmissen worden wären? Die Behinderten antworten: »In einer Gruppe kann man das doch verkraften. – Mir hätte das nichts ausgemacht. – Einzeln hätte es mir was ausgemacht, in der Gruppe nicht. – Ich hätte einen Rausschmiß als willkommene Dummheit betrachtet. – Ich wäre wieder reingegangen.«

3. »Als Gesunder geh' ich ja auch nicht die schwierigsten Wege«

Nichtbehinderte bestimmen ganz selbstverständlich die Bedürfnisse der Behinderten –
aufgearbeitet im Rollenspiel

Für Gusti Steiner und mich stellt sich die Frage: Wenn aus der Gruppe Lösungsvorschläge kommen und diese auf einen absehbaren Mißerfolg zusteuern, sollen wir dann die Gruppe bewußt den falschen Weg einschlagen lassen? Lernen sie aus dem Mißerfolg und suchen später bessere Wege? Nachdem die Post-Aktion gruppenpsychologisch ein Erfolg gewesen ist, meinen wir, nicht frühzeitig eingreifen zu müssen, um entmutigende Enttäuschungen zu verhindern.
Anlaß dieser Überlegungen sind die Testergebnisse und die Vorschläge der Gruppe bei 20 Selbstbedienungsläden. Die Gruppe überträgt die Erfahrungen mit der Post nicht auf die Situation der Selbstbedienungsläden. Sie sagt, die private Wirtschaft und der Handel haben keine Monopolstellung wie die Post, noch deren Fürsorgepflicht gegenüber den Kunden. Es bildet sich eine Arbeitsgruppe, die die Zentralen der einzelnen Laden-Ketten anschreiben will. Dazu wird eine Liste mit Mindestvoraussetzungen zum Einkaufen erstellt:

- Die Verkaufsebene muß vom Parkplatz aus mit dem Rollstuhl erreichbar sein.
- Der Eingangsbereich muß passierbar sein, Mindestbreite 95 cm; Drehkreuze sind zu entfernen.
- Die Gänge zwischen dem Verkaufsangebot müssen ebenfalls mindesten 95 cm breit sein.
- Außer den üblichen Einkaufswagen müssen einige Körbe zur Verfügung stehen.
- Ein Kassendurchgang, der mit einem Behindertensymbol auszustatten ist, muß eine Durchfahrbreite von mindestens 85 cm haben.

Die Gruppe formuliert den Brief an die Zentralen. Eine erste Sorge beschleicht die Gruppenmitglieder (es sind Teilnehmer, die erst später hinzugekommen sind): Wir brauchen einen

Briefkopf. Über die Formulierungen kommt es zum Streit. Man bevorzugt den Konjunktiv. Man schreibt »Wir bitten Sie deshalb hiermit, zu überprüfen« statt »überprüfen Sie bitte«. Man schreibt, zu überprüfen, »inwieweit die Filialen entsprechend umgestaltet werden könnten«, statt: »inwieweit die Filialen umgestaltet werden können.« Der Konjunktiv signalisiert dem Angeschriebenen bereits, da schreiben Leute, die selbst nicht an den Erfolg glauben und nicht überzeugt sind, daß das Ziel erreicht werden kann.
Die Arbeitsgruppe entsendet drei Teilnehmer, die vom Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes mit Kaffee und Kuchen empfangen werden. Das Protokoll besagt: »Wir fanden in Herrn S. einen äußerst aufgeschlossenen Gesprächspartner, der unseren Problemen und Wünschen verständnisvoll und gut vorbereitet entgegenkam. Das Schreiben wird mit dem Katalog der Mindestforderungen zusätzlich im Organ des Einzelhandelsverbandes abgedruckt.«
Damit ist zwar der Wunsch, wie Gusti Steiner kommentiert, sich Macht durch einen Briefkopf zu borgen, erfüllt, die Bilanz der Briefaktion sieht dagegen so aus: 11 Briefe gehen per Einschreiben hinaus. Fünf Antworten kommen zurück. Tenor der Antworten: »Wir danken für die wertvollen Anregungen ... mit Interesse und Aufmerksamkeit gelesen ... besteht für Ihr Anliegen viel Verständnis.« Mit diesen Antworten kann sich nur der zufrieden geben, der offiziell belobigt werden möchte, ohne Veränderungen zu erreichen. Der Mißerfolg wird von der Gruppe auch begriffen. Rosemarie Heßler, eine behinderte Teilnehmerin, hat in der Zwischenzeit mehr erreicht: durch fast tägliche Anrufe in einem Kaufhaus sind drei Stufen am Übergang von Parkhaus zu Kaufhaus mit einer Rampe und Geländer überbrückt worden. Ein Rollstuhlfahrer-Symbol markiert den Durchgang.

Mit Rollenspielen machen wir gute Erfahrungen. Die Teilnehmer werden sensibilisiert, trainiert, sich in die Situation eines anderen Menschen zu versetzen. Schwierige Situationen, starre Verhaltensmuster lassen sich spielerisch aufarbeiten, aber so, daß es dem einzelnen Teilnehmer nicht persönlich weh tut, daß er immer noch sagen kann, er spiele eben nur die Rolle durch, obgleich er begreift, daß er sich selber spielt. Eine mögliche Form, Nichtbehinderten die Probleme Behinderter deutlich zu machen, ist die Aufgabe, sich mit einem Behinderten zu

identifizieren und als Behinderter in der Ich-Form einen Lebenslauf zu schreiben (dies unternehme ich aber in einem anderen Kurs, in dem die Teilnehmer Englisch-Unterricht haben). Wer in der Ich-Form einen Lebenslauf als Behinderter schreiben muß, merkt schlagartig, wie wenig er unter Umständen von Behinderten weiß.
Jeder darf sich seine Behinderung aussuchen. In meinem Test sind die Teilnehmer meist Angestellte. Ihre Ängste werden deutlich. Ein junges Mädchen schreibt: »Verbrannte meine rechte Gesichtshälfte und den rechten Oberkörper und kann seitdem meinen Beruf als Koch (!) nicht mehr ausüben.« Ein 30jähriger, der sich eine Amputation als Behinderung ausgesucht hat, meint: »Dadurch war mein Traumberuf, aktiver Fußballspieler zu werden, für immer ausgelöscht.«

> **Wir kennen niemanden, der unsere Schule in den letzten Jahren verlassen hat, und der eine feste Arbeitsstelle (Lehrstelle) bekommen hat... Wozu nach diesem Ergebnis noch in die Schule gehen? Wäre es nicht besser, man läßt die Körperbehinderten doof sterben?**
> **Schülerzeitschrift Kellerschlüssel, Bochum**

Das Bild vom Behinderten, das bei solchen Versuchen herauskommt, zeigt, wieviel Arbeit an Bewußtseinsbildung noch geschehen muß. Dem Behinderten ist das Dulden zugeschrieben: »Ich nehme das Leben einfach so hin, ob gut oder schlecht, egal, was soll es.« Eine Aktivierung des Behinderten wird in diesem Test eigentlich nur durch ein Wunder erwartet. Einige meinen, ein Ehepartner mildere das Leiden. Eine aktive Bewältigung wird nicht in Betracht gezogen, sondern nur stummes Aushalten, tapferes Durchstehen, ohne zu klagen.
Im Kurs spielen wir als erstes eine Café-Szene durch. Eine Nichtbehinderte sitzt im Café. Eine Behinderte im Rollstuhl kommt an den Tisch. Die Nichtbehinderte vergräbt sich schnell hinter der Zeitung. Die Rollstuhlfahrerin wirbt: »Ich bin manchmal so einsam und wäre froh, einen Gesprächspartner zu haben.« Sie wirbt mit einem rollentypischen Behindertenargument und trägt dabei ihr Schicksal auf dem Tablett vor sich her: »so einsam«. Im Spiel werden diese typischen Verhaltensweisen deutlich, auch wie die übertriebene Hilfsbereitschaft oft ein Zeichen der Verhaltensunsicherheit ist. Doch

diese Fürsorglichkeit, die Betreuung, schafft das Gefälle, daß oben der Fürsorgliche rangiert und unten der Befürsorgte.
Ein Rollenspiel setzt heftige Aggressionen frei. Ein Rollstuhlfahrer will auf den Eisernen Steg, eine Fußgängerbrücke, die über den Main führt. Er spricht einen Passanten an, ihm hochzuhelfen. Das ist die Aufgabe zu spielen, doch es kommt gar nicht zum Spiel, weil sogleich heftig abgewehrt wird: »Ich würde vorschlagen, etwas zu nehmen, wo ein Behinderter auch wirklich hin muß.« Das sagt eine Nichtbehinderte. Die folgenden Aussprüche stammen alle von Nichtbehinderten:

- »Fahren Sie doch weiter, da sind noch andere Brücken.«
- »Warum muß er gerade hier rüber?«
- »Nur, was wirklich notwendig ist.«
- »Muß es unbedingt sein? Was haben Sie davon?«
- »Als Gesunder geh' ich ja auch nicht die schwierigsten Wege.«
- »Es sei denn, Sie wollten die Aussicht genießen. Aber die Aussicht können Sie genausogut vom Ufer aus sehen.«
- »Ich verstehe. Sie meinen, ein Behinderter, wenn der seinen Willen hat, soll er auch mal über den Eisernen Steg rüber, einfach um zu sagen: ich bin mal über den Eisernen Steg gekommen. Wenn er's alleine kann, ist es schön, aber wenn er da andere zur Hilfe mitheranziehen will, muß er sich gefallen lassen, daß die sagen: nein!«
- »Da kommt ja genauso ein Autofahrer auf den Gedanken und will mit dem Auto über den Eisernen Steg.«

»Das ist doch nicht normal«, lautet einhellig der Kommentar der Nichtbehinderten. Aber auch die Behinderten finden, daß dieser Wunsch nicht normal sei, einfach mal so auf die Mainbrücke zu wollen, nur, um vielleicht mal den Schiffen zuzuschauen und ins Wasser zu spucken. »Warum nicht gleich den Mount Everest besteigen«, sagt eine Behinderte. Oder: »Da kommt ja genauso ein Arbeiter auf den Gedanken und will im ›Intercontinental‹ (Luxus-Hotel) übernachten.« Resigniert: »Man ist zu anspruchslos, sowas zu fordern.«
Das mangelnde Selbstbewußtsein der Behinderten wird sichtbar. Kein Wunder, wenn die Umwelt ihnen so rigoros vorschreibt, welche Bedürfnisse erlaubt sind und welche nicht. Einer nichtbehinderten Teilnehmerin wird es schließlich zu viel. Sie meint, wer sagt, der Behinderte müsse verzichten, behandle ihn wie ein unmündiges Kind: »Was, du willst in deinem Alter schon Rollschuh laufen, das brauchst du doch

gar nicht. Da wird vorgeschrieben, das darfst du machen, das darfst du nicht machen.« Nichtbehinderte bestimmen, was für Behinderte gut ist oder schlecht. Sie beschränken den Handlungsrahmen auf das gerade Notwendige. Auf die Post muß man auch als Behinderter, auf die Fußgängerbrücke über den Main muß man nicht.

In der fünften Sitzung ziehen wir eine Zwischenbilanz. Eine Nichtbehinderte formuliert die Entwicklung recht präzise: »Ich bin mit dem Gedanken hergekommen – ich habe ja auch immer von dem Behinderten als von dem Kranken gesprochen, interessanterweise –, daß er ein Recht auf Lust hat, das hat mich sehr viel Überwindung gekostet. Ich habe mir immer gedacht: Wenn der Behinderte ins Postamt kann, wenn er an Stellen hin kann, wo er hin muß, das ist ausreichend. Aber wenn er mal Lust hat, auf den Eisernen Steg zu gehen, da habe ich mich doch sehr dagegen gesperrt.«

Eine Behinderte, die durchgesetzt hat, daß am Gewerkschaftshaus ein Geländer für Gehbehinderte angebracht wurde: »Man ist viel stärker mit anderen Behinderten zusammen. Wir sollten viel mehr auf unsere Bedürfnisse aufmerksam machen und auf unsere Rechte pochen.«

An diesem Abend wird das allgemeine »Du« beschlossen.

4. Behinderte stoppen die Straßenbahn

Klebe-Aktion, Öffentliches Rollstuhltraining und Straßenbahnblockade

Einer der beiden großen Kriegsopferverbände, der Reichsbund der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, hatte die gute Idee, für die Sache der Behinderten zu werben. Er ließ sich etwas Positives einfallen, nämlich eine Plakette »Überlegt geplant: An Behinderte gedacht«. Mit dieser Plakette werden Gebäude ausgezeichnet, die behindertengerecht gebaut sind. Dies bringt uns auf die Idee, ähnliches zu tun. Der Reichsbund fordert die Bevölkerung auf, solche Gebäude zu benennen. Wenn ein Behinderter sich ebenfalls aufgerufen fühlte, da es ja um seine Sache geht, wird er mit der ernüchternden Tatsache konfrontiert, daß der Reichsbund für ihn nicht zu erreichen ist. Eine Treppe versperrt den Weg. Wir disponieren deshalb um, erfinden eine andere Auszeichnung: »Prädikat behindertenfeindlich«.
Parallel zu Schildern an Metzgereien, die Hunden den Zugang zum Laden verbieten, entwirft ein Grafiker ein Plakat mit dem Text »Wir müssen draußen bleiben«. Der Plakatentwurf wird diskutiert und die Gebäude, die als behindertenfeindlich zu kennzeichnen wären, werden ausgewählt. An einem Freitagvormittag, im Troß Fernsehteams des ZDF und des WDR, beginnt die Klebeaktion.
Station Nr. 1 ist der zweite große Kriegsopferverband, der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands. Rollstuhlfahrer werden dort auf der Straße abgefertigt, weil der Verband nur über Treppen zu erreichen ist, nicht einmal an die Klingel kann ein Rollstuhlfahrer heran. Die Beratung geschieht dann eben auf der Straße, sagt ein Vertreter des Verbandes. Den Einwurf: »Und wenn es regnet?« ignoriert er. Und auf die Frage, wie man ihn erreichen könne, meint er: »Sie können ja rufen.« Das Verbandsorgan mit dem antiquierten Namen »Die Fackel« schreibt später dazu: »Sie (gemeint ist die Demonstration) ist ein schlechter Dank für die Fülle von Anstrengungen, die der

VdK für die behinderten Menschen (hier muß es richtig heißen: für die Kriegsbehinderten) bisher unternommen hat.«
Nach dem Reichsbund ist die Allgemeine Ortskrankenkasse an der Reihe. Die AOK ist für Rollstuhlfahrer nur über den Hinterhof zu erreichen, vorne protzt eine schöne Treppe. Die Krankenkasse hat geschlossen, es ist der Tag des Betriebsausflugs, dennoch erscheint oben auf der Treppe ein Angestellter und spricht mit Gusti Steiner. Gusti Steiner steht unten hart an der Treppe, der Angestellte verharrt oben an der Tür. Und obgleich er manchmal sagen, besser rufen muß, daß er nicht richtig versteht, kommt er keinen Schritt entgegen. Gusti Steiner fragt, wie er den Dienststellenleiter erreichen könne? Der Angestellte zuckt hilflos mit den Schultern. Als die Frage wiederholt wird: »Wissen Sie, schreiben Sie ihm halt ein paar Zeilen . . .« Als Gusti Steiner darauf hinweist, daß er hier wohl keine Möglichkeit hätte, mit dem Rollstuhl heraufzukommen und den Dienststellenleiter persönlich zu sprechen, reagiert der Angestellte wiederum hilflos: »Seh ich ein.« Der Rest ist Schulterzucken.
Später folgt ein Briefwechsel mit AOK-Direktor Kraushaar:

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Interesse haben wir von Ihrer Aktion Kenntnis genommen.
Durch den Inhalt der verschiedenen Pressenachrichten über Ihre Aktion fühlen wir uns angesprochen, nicht weil uns die erforderliche Hilfeleistung nicht möglich wäre, sondern vor allem deshalb, weil Unwissenheit offensichtlich zu einer falschen Meinung führte.
Wir möchten deshalb auch Ihnen bekanntgeben, was unsere behinderten Besucher schon lange wissen, nämlich daß Schwerbehinderte mit ihren Personenkraftwagen in unseren Wirtschaftshof, Eingang Kurt-Schumacher-Straße, einfahren und dort parken dürfen. Der technische Dienst unseres Hauses steht zur weiteren Beförderung innerhalb des Hauses zur Verfügung.
Ähnliches gilt für die übrigen Behinderten, denen der Zugang zu sämtlichen Räumen unseres Hauses über den Wirtschaftshof gestattet ist. Hier sind keine Treppen zu steigen. Eine geräumige Aufzugsanlage ermöglicht das mühelose Erreichen sämtlicher Stockwerke.
Schließlich weisen wir noch darauf hin, daß ein Großteil der Angelegenheiten auf dem Postwege abgewickelt wird (z. B. Anfordern von Krankenscheinen per Telefon oder Post, Überweisung von Barleistungen durch die Post u. v. a.); davon machen in zunehmendem Maße nicht nur unsere behinderten Besucher Gebrauch.

Wir hoffen, mit diesen Ausführungen zur Beseitigung von Mißverständnissen beigetragen zu haben.
Hochachtungsvoll
Der Geschäftsführer
gez.: Kraushaar

Lieber Herr Kraushaar,
Ich bin neben Ernst Klee Projektleiter des VHS-Kursus »Bewältigung der Umwelt«. Ich möchte Ihnen als Betroffener (ich bin Rollstuhlfahrer) auf Ihr Schreiben an Ernst Klee vom 10. 6. 74 antworten.
Sie verweisen erneut auf den Zugang der AOK in der Battonstraße über den Wirtschaftshof und schilderten den illustren Kreis derer, die diesen Eingang benutzen, um den Eindruck zu widerlegen, mit dem Benutzen des Wirtschaftshofes sei eine Diskriminierung Behinderter verbunden. Das ist eigentlich nicht das Problem. Als wir Selbstbedienungsläden testeten und die Zuständigen wegen der Unzulänglichkeit dieser Einrichtungen anschrieben, bekamen wir recht häufig zur Antwort, daß die Läden doch über das Lager zu erreichen seien, dort befänden sich sogar Rampen. Uns konnte eine solche Antwort nicht zufriedenstellen. Diese Eingänge hintenherum sind ursprünglich nicht für den Gebrauch Behinderter gedacht. Das wäre zweifellos eine Diskriminierung einer Minderheit. In Wirklichkeit ist die Situation noch viel schlimmer: diese Eingänge sind ursprünglich für Waren, für Güter, für Gegenstände gedacht und haben sich nur rein zufällig als Zugangsmöglichkeit für Behinderte angeboten. Also steht der Behinderte hier doch in der Rangfolge unter Gegenständen, die eigentlich auf diesen Wegen ins Gebäude transportiert werden. Darin sehe ich mehr als eine Diskriminierung von Menschen! Die Zugänglichkeit der AOK über den Wirtschaftshof (und der Name läßt das ja ganz deutlich erkennen) dürfte doch auf die gleiche oder zumindest auf ähnliche Weise zustande gekommen sein.
Hier, lieber Herr Kraushaar, setzen wir mit unserer Kritik an. Niemand denkt daran, daß Gebäude für Behinderte zugänglich gestaltet werden müßten. Hin und wieder ergibt sich rein zufällig ein Schleichweg für sie, weil man daran gedacht hat, daß Güter ohne Schwierigkeiten ins Haus gebracht werden können!
Ich hoffe, daß ich durch diese Darlegung meinen Standpunkt und den vieler anderer Behinderter deutlich machen konnte. Wir werden – aus welchen Gründen auch immer – systematisch von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen: an eine Rampe für die Anlieferung von Büromaterial mag man noch denken, aber an Behinderte. . .
Mit freundlichen Grüßen
gez.: Gusti Steiner

Sehr geehrter Herr Klee,
ich komme zurück auf den im Frühjahr 1974 mit Ihnen geführten Schriftwechsel bezüglich der nach Ihrer Ansicht für Schwerbehinderte ungünstigen Treppen unseres Einganges.
Wir haben vor kurzem an der Außentreppe eine Klingel mit entsprechenden Hinweisen angebracht; jeder Behinderte, der nicht über die Treppe in unser Haus gelangen kann, kann diese Klingel bedienen. Unsere Pförtner besorgen dann entweder die Angelegenheiten des Behinderten an den Schaltern, oder aber – wenn der Betreffende beispielsweise mit dem Rollstuhl kommt und selbst in die Schalterhalle möchte – begleiten sie ihn über unseren Wirtschaftshof zum Aufzug.
Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie die von uns getroffene Regelung einmal begutachten und uns Ihre Meinung darüber hören lassen würden.
Mit freundlichen Grüßen
Der Geschäftsführer
gez.: Kraushaar

Station Nr. 4 ist das Sozialamt, das die Fachstelle für Behindertenhilfe beherbergt. Eine Stufe versperrt den Zugang. Wenn ein Rollstuhlfahrer diese Stufe bewältigt hat, steht er auf einem Vorsprung. Er greift nach der Tür, doch diese geht nach außen auf, so daß der Behinderte wieder auf den Bürgersteig kippt. Die Toiletten sind für Rollstuhlfahrer nicht zu erreichen.
Station Nr. 5 ist das Stadtgesundheitsamt. Dort wartet der Dezernent für Gesundheitswesen. Er ist auf die Straße gekommen, weil eine Treppe Rollstuhlfahrern den Zugang verwehrt. Die Sekretärin des Stadtrats und Gesundheitsdezernenten: »Wenn ein Behinderter im Rollstuhl ankommt und hat keine Möglichkeit hochzugehen, dann kommt der Arzt herunter und hört sich das an, was der Behinderte für ein Anliegen hat.«
»Und der Arzt sagt dann: Machen Sie mal den Oberkörper frei?«
Sie: »In schwierigen Fällen ja.«
Dem Dezernenten für Gesundheitswesen wird es wohl unbehaglich, den Arzt auf der Straße und nicht im Büro zu wissen. Er kontert: »Passen Sie doch mal auf. Sie machen hier auf einen Notstand deutlich, und der Notstand ist bekannt.«
So einfach ist das. Er ist bekannt.

Wir sind auf den Gedanken gekommen, ein öffentliches Rollstuhltraining zu veranstalten, mitten in der City, an der

Hauptwache. Im Gegensatz zu Behauptungen, daß Nichtbehinderte Behinderte ablehnen und sich vor ihnen ekeln, haben wir bei unseren Aktionen in der Öffentlichkeit festgestellt, daß die Passanten wohl hilfsbereit sind, aber nicht wissen, wie man mit einem Rollstuhl umgeht (und dann gehen sie gerne weg, übersehen den Behinderten). So fassen Passanten gerne an der Armlehne an oder an den Fußstützen, die herauszunehmen sind. Sie halten dann im Ernstfall Armlehne oder Fußstütze in der Hand, während der Rollstuhlfahrer die Stufen hinunterfällt.
So ziehen wir am 18. Mai 1974 an die Hauptwache. Wir haben einen Stand aufgeschlagen mit Plakaten und Flugblättern. Rollstühle stehen bereit, damit sich Passanten hereinsetzen und bauliche Barrieren praktisch erfahren können. Im Kurs haben wir mögliche Situationen bereits durchgespielt. Denn wenn man in ein Gespräch verwickelt wird, das man bereits in verschiedenen Variationen durchgespielt hat, steht man Angriffen, Ausfällen und ungerechtfertigten Argumenten nicht mehr so hilflos gegenüber. Szenen, die im Rollenbild gespielt wurden: Ein Passant zeigt Mitleid. – Ein Passant spendet Geld. – Ein Behinderter klärt einen Passanten auf, was an der Hauptwache passiert. – Ein Passant sagt zu dem Nichtbehinderten, der einen Rollstuhlfahrer schiebt: »Warum mißbrauchen Sie ihn denn zu sowas?« Eine Putzfrau/ein Hausmeister behauptet, als das »Prädikat behindertenfeindlich« angeklebt wird: »Das ist Sachbeschädigung.«
Zwei Dialoge seien hier geschildert.

Rollstuhlfahrer: Können Sie mir über die Trottoirkante helfen?
Nichtbehinderte: Da trau ich mich nicht ran.
Rf.: Haben Sie noch nie einen Kinderwagen geschoben?
Nb.: Nein, nein, da hab' ich panische Angst, wenn Sie da rausfallen würden (die Angst ist nicht gespielt). Ich hole Ihnen aber gern jemanden.
Rf.: Eine Frage: Sind Sie verheiratet?
Nb.: Ja.
Rf.: Haben Sie Kinder?
Nb.: Nein, leider nicht.
Rf.: Da bin ich froh.
Nb.: Warum?
Rf.: Es wäre nämlich schlimm, wenn das Kind behindert wäre.

SPRECH-GEH-SCHIEB MIT.....

* B e h i n d e r t e . In dieser Stadt 40 000. Doch man begegnet ihnen nicht. Warum? Barrieren hindern sie, am Leben teilzunehmen. Barrieren, d.h. zum Beispiel: Bordsteine. Stufen. Treppen. Zu schmale Türen. Kein Zugang zur Straßenbahn.... Deshalb: Auch hier zur Hauptwache, in die Mitte Frankfurts, konnten nur wenige Behinderte kommen. Andere wollten kommen. Doch wir konnten das Transportproblem nicht lösen.

* An der Frankfurter Volkshochschule (VHS) läuft seit Januar ein Kursus "B e w ä l t i g u n g d e r U m w e l t". Behinderte und Nichtbehinderte haben gemeinsam Erfahrungen gesammelt, wie die Umwelt zu bewältigen sei. In erster Linie waren diese Erfahrungen negativ: Behinderte kommen nicht in die Post. Nicht in Geschäfte. Auf keine öffentliche Toilette. Nicht einmal ins Gesundheitsamt oder Sozialamt. Nur in wenige Sozialstationen. Dabei sind diese Einrichtungen für Behinderte da. Oder sollten es zum mindesten sein.

* Weiterhin haben wir gute Erfahrungen mit Ihnen gemacht. Mit Ihnen, den Passanten, Besuchern, Touristen, Einkaufenden, Spaziergängern. Sie haben oft geholfen oder helfen wollen. Meist wußten Sie nicht, wie man mit einem Rollstuhl umgeht. Wie man einen Bordstein hochkommt. Wie man eine Treppe bewältigt. Wo man am besten anfaßt. Deshalb sind wir auf den Gedanken gekommen, es einmal gemeinsam zu über. Wie man mit einem Rollstuhl umgeht. Heute haben Sie Gelegenheit. Nutzen Sie sie!

* Und noch etwas: Der Behinderte, so ein behinderter Kursusteilnehmer, ist normal, wenn man ihn normal behandelt. Nicht mit Mitleid. Sondern ganz normal. Wenn Sie in unserem Kursus mitmachen wollen, er dauert noch bis Ende Mai 1974. Kommen Sie nächsten Dienstag (17,30 oder 20 Uhr) zu uns. In die Volkshochschule, Zi.515 (Aufzug und behindertengerechte Toilette vorhanden !) Der nächste Kursus (Nr.6103, Anmeldung ab 2.9.74 in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Eschersheimer-Ldstr.2) beginnt am 9.September.

Am besten, Sie kommen zusammen mit einem Behinderten.

* Kontaktadresse: Volkshochschule Frankfurt, 6 Ffm., Oederweg 1-3.
Wolfram Helmer, Ernst Klee, Gusti Steiner

Ein Behinderter klärt einen Passanten auf, was an der Hauptwache geschieht:
Nb.: Ach du liebe Zeit, schon wieder eine Demonstration. Da versperren Sie am Samstag um elf, wo jeder einkaufen will, die Hauptwache.
Rf.: Wann wäre es Ihnen denn lieber?
Nb.: Wo sind denn die »roten Fahnen«? Oder machen das die Studenten? Um was geht es denn überhaupt?
Rf.: Aufklärung. Rein um Aufklärung.
Nb.: Über was? Über die Rollstuhlfahrer?
Rf.: Wenn Sie wollen, um mich selbst.
Nb.: (Verdattert) Ach so. (Die Teilnehmerin ist so verdutzt, daß eine Pause entsteht. Die Zuhörer rufen, sie soll weitermachen. Die Teilnehmerin an die Zuschauer: Im Moment habe ich den Faden verloren.)
Nb.: Über was wollen denn die Behinderten überhaupt aufklären?
Rf.: Daß wir überhaupt *da* (stark betont) sind.
Nb.: Ach, diese kleine Minderheit.
Rf.: Kleine Minderheit. Von vier Millionen.
Die Dialoge zeigen, daß ein ganz anderes Selbstbewußtsein vorhanden ist. Die beiden Rollstuhlfahrer, Fritz Boch und Günther Theumer, reagieren nicht behinderten-typisch, reagieren nicht aus der Defensive, sondern nehmen das Gespräch in die Hand.
Gusti Steiner spricht die Passanten an der Hauptwache über ein Megaphon an. Daß Behinderte in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung treten, weil die baulichen Hindernisse dies verwehren. Zugleich sagt er, daß der Kurs mit den Passanten keine schlechten Erfahrungen gemacht hat, daß es wohl Befangenheit gibt, mit dem Rollstuhl umzugehen, aber daß die Bereitschaft zum Helfen da ist. Passanten setzen sich auch in die bereitgestellten Rollstühle oder hieven Rollstuhlfahrer Treppen hoch oder runter. Einigen bricht auf der Treppe der Angstschweiß aus. Schließlich zieht ein Teil der Gruppe zur Bundespost, die immer noch keine Rampe gebaut hat. Dort sagt Gusti Steiner über Megaphon:
»Die Bundespost an der Zeil (die Hauptstraße) ist eines der Beispiele, wie Behinderte an der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen sind. Sie sehen hier an der Tür ein Schild mit einem Hund, auf dem steht: Hier dürfen wir nicht herein. Wir werden jetzt symbolisch an die Tür neben dieses

Schild ein Plakat unseres Volkshochschulkurses kleben. Auf dem steht: ›Wir müssen draußen bleiben!‹ Wir fühlen uns ähnlich wie Hunde ausgeschlossen – aus der Teilnahme am öffentlichen Leben. Die Bundespost hat sinnigerweise eine Briefmarke mit der Aufschrift: ›Behinderte eingliedern‹ herausgegeben. Es bleibt die Frage an die Bundespost, was sie selbst tut, um Behinderte in ihren Postbetrieb einzugliedern, damit hier Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte ihr Postamt erreichen können.«

Telefonzellen für Rollstuhlfahrer

Die Bundespost richtet jetzt bei Bedarf öffentliche Fernsprechstellen ein, die so ausgestattet sind, daß sie auch von Behinderten in Rollstühlen benutzt werden können. Das teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundespostministerium, Ernst Haar, in der Fragestunde des Bundestages mit. Nach seinen Angaben haben bereits mehrere Oberpostdirektionen die Einrichtung derartiger öffentlicher Fernsprechstellen gemeldet.

Süddeutsche Zeitung vom 6. Juni 1974

Danach zieht die Gruppe an die Straßenbahnhaltestelle. Fritz Boch versucht einzusteigen. Die Straßenbahn fährt schnell weiter. Er bleibt stehen. Eine zweite Straßenbahn kommt. Wiederum schließt die automatische Tür, ein Ausländer springt herbei, drückt schnell noch einmal die Tür auf. Aber der Rollstuhl geht nicht durch die Tür, eine Mittelstange macht es völlig unmöglich. Die Fahrgäste schütteln die Köpfe: siehst doch, daß es nicht geht, wir müssen weiter.
Der Straßenbahnfahrer verläßt seinen Platz, kommt heraus. Er sieht sich den Einstieg an und den zweiten Einstieg, der für Kinderwagen gekennzeichnet ist. Dann sagt er: »Zu schmal. Sie sehen selbst: eine Sperre versperrt die Tür, daß der Rollstuhlfahrer nicht rein kann. Damit ist es leider unmöglich für ihn, Straßenbahn zu fahren.«
Ein Fernsehreporter fragt den Fahrer: »Haben Sie die Erfahrung schon öfters gemacht, daß Behinderte einsteigen wollten?«
Straßenbahnfahrer: »Es ist das erstemal, daß einer mit dem Rollstuhl praktisch kommt und einsteigen will. Also es ist unmöglich zur Zeit. Man kann auch niemanden da drüber heben, also unmöglich, tut mir leid. Ich muß leider weiterfahren.

Entschuldigen Sie.«
Eine Passantin: »Er kommt nicht rein. Ich habe beobachtet, da vorn geht das nicht. Also muß was geschaffen werden.«
Gusti Steiner ist in der Zwischenzeit auf die Straßenbahnschienen gefahren. Er steht dem Großraumwagen gegenüber. Er erklärt über Megaphon: »Behinderte werden nicht nur durch bauliche Unzulänglichkeiten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, sondern auch durch die öffentlichen Verkehrsmittel, die für Rollstuhlfahrer nicht benutzbar sind. Es gibt keine vergleichbaren Transportmöglichkeiten für Behinderte: Busse, Straßenbahnen, U-Bahnen sind verschlossen. Die Türen sind zu schmal. Wir können diese Verkehrsmittel nicht benutzen.«
Die Straßenbahn ruckt in einer kurzen Drohgeste an. Gusti Steiner weicht nicht. Sie stehen sich für kurze Zeit stumm gegenüber, zwischen beiden vielleicht fünf Meter Schiene. Der Fahrer über den Außenlautsprecher: »Bitte, geben Sie die Schiene frei.« Gusti Steiner: »Wenn wir mitfahren können, sofort.«
Leute drängen auf die Schienen, keilen Gusti Steiner ein. Über Megaphon sagt er mehrmals die Begründung: »Ich weiß nicht, ob Sie das Gefühl kennen, vor einer Straßenbahn zu stehen und nicht reinzukönnen. Es ist sicher auch für Passanten schwer vorstellbar, diese Situation zu erleben und auf diese Weise benachteiligt zu sein.«
Es ist Samstagmittag, die Hauptverkehrsstraße ist voll mit Menschen, die einkaufen oder vom Einkauf kommen. Sie überfluten die Schienen und diskutieren. Die Hälfte der Passanten klatscht zu Gusti Steiner's Erklärungen, die andere Hälfte ist in Pogromstimmung. Es fallen Worte wie: »Man sollte ein Maschinengewehr reinhalten.« Oder: »Beim Hitler würde sowas gar nicht mehr leben.« Der Straßenbahnverkehr – die Straße ist Fußgängerzone – bricht für fast vier Stunden zusammen.
Eine Frau meint: »Ich habe schon Blinde und Lahme gesehen, die abends aufstehen und laufen können – und dann haben sie ihr Geld gezählt.« Viele sagen: »Er hat schon recht, es muß was gemacht werden.« Oder: »Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen umgebaut werden.« Sehr häufig kommt das Argument: »Die Leute wollen heimfahren. *Die* arbeiten ja nicht.« Sie rufen, beschweren sich, »berufstätige Leute über eine halbe Stunde in der Trambahn sitzen zu lassen.«

Ein anderes Argument ist, daß der Zeitpunkt falsch gewählt sei bzw., daß es ja schon lange Praxis sei, daß Behinderte nicht fahren können: »Die wissen ihr Problem ja schon lange. So kann man das nicht bewältigen.« Oder: »Ich denke, man sollte das woanders austragen, nicht gerade hier, wenn andere von der Arbeit kommen oder einkaufen wollen. Das ist sehr spät, das ist ein bißchen spät, daß sie jetzt kommen.«
Ein Passant versucht es mit einem flammenden Aufruf: »Im Namen der deutschen Arbeiterschaft, geben Sie die Schiene frei.« Darauf kontert ein zweiter Passant: »Im letzten Jahr haben die Straßenbahnfahrer gestreikt, da mußten wir drei Tage zu Fuß gehen. Warum können nicht mal die Fahrgäste streiken?« Ein junger Mann ergänzt: »Es ist doch leider so, daß Sie hier nur auf einen Mißstand aufmerksam machen können, wenn Sie auf den Tisch hauen. Mit Unterschriftensammeln ist nichts getan.«
Ein Mann fällt dann das Urteil: »Die armen Behinderten werden doch nur vorgeschoben für diese kommunistischen Machenschaften.«
Ein Fernsehreporter befragt die Fahrgäste in der lahmgelegten Straßenbahn. Die meisten empören sich. Am Schluß befragt er eine Frau: »Haben Sie Verständnis für die Leute?«
Sie: »Ja. Auf jeden Fall. Für die Leute im Rollstuhl habe ich Verständnis, denn die sind ja wirklich arm dran, und es wird einfach zu wenig für sie getan.«
Reporter: »Und Ihnen macht es nichts aus, ein bißchen zu warten?«
Die Frau: »Nein. Das muß sein; denn das ist eine so kleine Minderheit, daß die anders mit einer Kundgebung nichts erreichen können. Die müssen manchesmal auf die Straße, um das publik zu machen. Also ich bin jetzt überrascht, ich kann mir das nicht so genau überlegen, was Sie jetzt alles wissen wollen, aber das ist meine Meinung.«
Inzwischen sind zwei Zivilpolizisten bei Gusti Steiner gewesen. Haben ihn gefragt, ob er das für die richtige Methode halte. Und wie lange er auf den Schienen zu stehen gedenke? Er: »Als Behinderter hab' ich Zeit.« Er bietet der Zivilstreife an, sie könnten ihn ja von den Schienen heben. Das Angebot nehmen sie allerdings nicht an.
Nach etwa zwanzig Minuten rollt Gusti Steiner von den Schienen. Er erklärt noch einmal, warum das alles geschieht: »Ich wollte einigen Passanten, einigen Benutzern der Stra-

ßenbahn ein Gefühl dafür vermitteln, daß Behinderung eine sehr reale Sache sein kann.« Die Passanten klatschen anhaltend. Dann fährt Gusti Steiner fort: »Ich bitte um Ihr Verständnis für diese Aktion und hoffe, daß Sie dabei gespürt haben, wie sich Behinderte ständig fühlen müssen, die ausgesperrt sind von öffentlichen Gebäuden, von der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, für die keine angemessene, vergleichbare Transportmöglichkeit zur Verfügung steht.« Die Leute klatschen.

Drei Tage später wird die Straßenbahnblockade im Kurs besprochen. Eine Behinderte wirft Gusti Steiner vor, dies sei Politik gewesen, aus der Behindertenarbeit solle die Politik herausbleiben. Eine nichtbehinderte Teilnehmerin antwortet ihr: »Du willst Behindertenarbeit leisten, dich aber nicht politisch betätigen, du meinst natürlich auf politische Parteien bezogen. Aber das ist doch eine gesellschaftspolitische Aufgabe.«

Es ist ein falsches Politikverständnis im Spiel. Alles, was mit den Behinderten geschieht, wieviel man ihnen zumißt gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, ob man Sonderschulen baut, Werkstätten, die Kommune für Behinderte zugänglich macht, Arbeitsunfallopfer und Kriegsopfer privilegiert gegenüber den von Geburt an Behinderten, jenen, die nie produktiv waren, all das basiert auf politischen Entscheidungen. Wenn der Behinderte geboren ist, ist er schon das Opfer politischer Entscheidungen.

Gusti Steiner: »Dann wird ja Behindertenarbeit zur reinen Betreuungsarbeit. Wer als Ziel hat, Behinderte in die Lage zu versetzen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, selbst in die Hand zu nehmen, der leistet politische Arbeit. Jede Auseinandersetzung mit der Umwelt ist in dem Sinne politische Arbeit, weil sie den einzelnen in die Lage versetzt, seine ihn betreffenden Dinge selbst zu regeln, also ein Stück Emanzipation vorzunehmen.« Und Fachbereichsleiter Wolfram Helmer: »Solche Einwände wie: Wo kommen wir denn da hin, wenn jede Gruppe, jede Minderheit versucht, ihre Rechte durchzusetzen, das ist doch ein richtiger politischer Angriff, auf den man nicht unpolitisch reagieren kann.«

Gusti Steiner erzählt von der Aktion: »Wieweit das Bild des Behinderten in dieser Gesellschaft festgefahren ist, hab ich erlebt, als man mich am Freitag bei der Klebeaktion ganz eindeutig gefragt hat: Wer schickt Sie denn? Daß ich von mir aus

komme, aus der Initiative dieser Gruppe, das hat man erst gar nicht in Erwägung gezogen, sondern hat vorausgesetzt: es schickt mich jemand, der mich als Werkzeug benutzt. Das gleiche ist mir am Samstag passiert bei der Blockade der Straßenbahn. Der Walter hat mir den Verstärker des Megaphons hochgehalten, darauf hat ihn ein Passant angesprochen: ›Warum mißbrauchen Sie denn den?‹ Und als ich ihn ansprach und sagte: ›Der hat mich gar nicht auf die Schienen geschoben, sondern ich wollte hier her, das war meine Entscheidung‹, hat er weiter erkennen lassen, daß er mich sieht als Werkzeug dessen, der mich schiebt.«

Es ist natürlich erst einmal ein Prozeß des Bewußtwerdens, ehe verstanden wird, daß eine Rampe am Postamt nicht nur aus Gedankenlosigkeit fehlt, sondern daß die fehlende Rampe Ergebnis gesellschaftlicher Einstufungen gegenüber Menschen ist, die an wirtschaftlich verwertbarer Arbeit nicht genug bringen. Ein Teilnehmer bringt die Diskussion auf eine einfache Aussage: »Wenn der Behinderte sein Nest verläßt, ist er politisch; bleibt er drin, ist er unpolitisch.«

Gusti Steiner beschließt die Auseinandersetzung mit der These, daß der Mensch zum Menschen wird, wenn er um seine Rechte zu kämpfen beginnt: »Es geht nicht darum, daß man uns ein Stück des Rechts nach dem anderen gnädig gewährt und damit positive Entwicklungen in der Behindertenpolitik kennzeichnet. Wichtig ist, daß Behinderte das ihnen vorenthaltene Recht erkämpfen. Und für mich wird eigentlich der Mensch erst zum Menschen durch diesen Kampf, dort, wo er unterdrückt wird, gedemütigt wird, wo er durch Machtverhältnisse ganz eindeutig in eine Randposition gedrängt wird. Und es geht nicht darum, daß man wartet, bis einem hier das vorenthaltene Recht gewährt wird. Sondern es geht darum, daß man um dieses Recht kämpft. Das Recht, das eine Selbstverständlichkeit sein müßte. In diesem Augenblick ist die Methode nicht die des geduldigen Wartens, des Bittens, sondern auch eine kämpferische Methode.«

Nach diesem Abend tritt ein Jurist aus Gewissenskonflikten aus dem Kurs aus. In der Abstimmung bestätigen alle Behinderten – mit einer beschränkten Zustimmung – noch einmal die Spontanaktion.

Die Reaktion der Umwelt überrascht alle. Der WDR hat einen Film von der »Demonstration« mitgedreht. Es gibt nur positive Stimmen. So schreibt der Presse-Chef der Bundesregie-

rung, Staatssekretär Klaus Bölling an den Programmdirektor des WDR:

Sehr geehrter Herr Höfer,
der Filmbericht des Westdeutschen Rundfunks über die Situation der Behinderten (DF 6. 6. 1974) fand nicht nur unter den Betroffenen reges Interesse. Auch die seitens der Bundesregierung zuständigen Ressorts reagierten positiv. Bedauert wurde allerdings der späte Zeitpunkt der Sendung um 23.05 Uhr.
Ich erlaube mir die Anregung, diesen ausgezeichneten Fernsehfilm zu einer günstigeren Sendezeit zu wiederholen. Viele Behinderte, die in einem Heim leben, können dort nur bis 22.00 Uhr das Fernsehprogramm verfolgen. Vielleicht können Sie es ermöglichen, einem guten Beitrag des Westdeutschen Rundfunks zu noch größerer Resonanz zu verhelfen.
Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen
Mit freundlichen Grüßen
gez.: Klaus Bölling

Die »Süddeutsche Zeitung« kommentiert am 9. Juni 1974:
»*Heilsame Provokation*
Ein Ärgernis, ein Affront, eine schier unerträgliche Provokation war dieser Film über die Demonstration Behinderter in der Frankfurter Innenstadt; bis an die Grenzen des Erträglichen zwang er, Anteil zu nehmen, Stellung zu beziehen, sich hineinzuversetzen in die Lage eines, dem Fußgängerunterführungen nicht zu bewältigende Hindernisse sind, der ausgeschlossen wird, von Treppen, Stufen, lächerlichen Hindernissen, der Angst der Gesunden. Mitleidslos nötigte er, mitzuleiden, ließ er nichts unversucht, die eigenen Vorurteile, Widerstände aufzudecken. Ein agitatorischer Film, obwohl Kamera und Mikrophon nur als Zeugen auftraten.
Das beginnt ganz friedlich noch. Männer, sagen wir's doch: Krüppel rollen in ihren Stühlen zur AOK, zum VdK, zum Sozialamt, Behörden, die für sie da sind und in die sie nicht kommen, alleine nicht kommen. Die Kamera schaut zu, hört einfach nicht auf, zuzuschauen. »Da müßte etwas geändert werden« – Mikrophon und Kamera wollen's nicht beim Konjunktiv, folgenloser Beunruhigung belassen; bohrend, schmerzend, aufsässig, impertinent hören und schauen sie, belästigen den Zuschauer. »Wer schickt die eigentlich? Vor wessen Karren lassen die sich spannen? Kommunisten, Ruhestörer, Nichtstuer« – die insgeheimen Vorbehalte, Ausflüchte, alles, was man denkt, denken würde, hinderte einen nicht am Schamge-

fühl, es wird gesagt. Die Kamera muß nur lange genug, geduldig warten. Kein Kommentar, keine erlösende Stimme aus dem Off, die es einem ermöglichte, auszuweichen; kein Vorwurf übrigens auch – und auch das spricht für die Qualität dieses eindringlich sachlichen Berichts – gegen die von den Straßenschlachten der letzten Wochen ermüdeten, zu Recht böse gewordenen Frankfurter Bürger.
Wird dieser Film nützen? Ich bin sicher. Nicht nur, weil Oberpostdirektionen inzwischen angekündigt haben, für Behinderte geeignete Telephonzellen einzurichten. Sondern weil er so unbarmherzig dazu zwang, die eigene Haltung, auch die des Mitleids zu überprüfen. Eine Provokation, ein Affront, fast eine Unverschämtheit – bedauerlich, daß diese Sendung zu so später Stunde ausgestrahlt wurde. E. B.«

Im Film wird deutlich, daß der Konflikt auf die Spitze getrieben wurde, so daß der Zuschauer nicht mehr in Mitleid ausweichen kann. Er muß Stellung beziehen, pro oder kontra. Überraschend ist, daß zum Beispiel bei Günther Theumer, einem Spastiker, am nächsten Tag die Männer von der Müllabfuhr mit ihm diskutieren: Das haben wir ja nicht gewußt. Gusti Steiner gratulieren des öfteren ältere Leute spontan auf der Straße oder im Kaufhaus, wenn sie ihn wiedererkennen. Anderen behinderten Teilnehmern laufen in der Innenstadt Ladenbesitzer nach und bitten, das Kippen mit dem Rollstuhl üben zu dürfen. Der Bürgermeister in Mühlheim/Main wird durch die Sendung veranlaßt, das Rathaus umzubauen. Er verfügt, daß Behinderte von den zuständigen Sachbearbeitern in der Wohnung aufgesucht werden. Und vor allem, und das ist das wichtigste: Mehrere Behindertengruppen aus dem gesamten Bundesgebiet, selbst aus Holland und Dänemark, nehmen Kontakt auf. Ein Durchbruch ist gelungen.

5. »Jetzt ist Schluß. Wir brauchen kein Mitleid«

Daten und Analyse des Behinderten-Kursus und der Behindertenarbeit. Methodik und Strategie. Das zentrale Problem der Umsetzung

Einige Daten zum Kurs: Begonnen wurde der erste Kurs mit 70 Teilnehmern, in zwei Gruppen, etwa jeweils die Hälfte Behinderte und Nichtbehinderte. Ein Teil der Teilnehmer ist weggeblieben, wie es bei allen VHS-Kursen üblich ist. Ein Teil ist allerdings später noch hinzugekommen, was seine Probleme hat: Teilnehmer, die später kommen, haben einen Teil des Gruppenprozesses und der Diskussionen verpaßt. Sie versuchen natürlich, die Diskussion dort zu beginnen, wo die übrigen Teilnehmer am Anfang waren. Sie beginnen auch noch einmal den Streit, welche Methode zur Veränderung die richtige sei.
Warum ein Teil weggeblieben ist, läßt sich nur vermuten: wahrscheinlich wurde ihr Wunsch nicht erfüllt, betreut zu werden oder betreuen zu können. Von der ersten Gruppe nahmen an 60 % der Veranstaltungen mehr als 64 % der ursprünglichen Kursbesucher teil. In der zweiten Gruppe nahmen an nahezu 70 % der Veranstaltungen mehr als 74 % der ursprünglichen Kursbesucher teil. Als in Frankfurt die Straßenbahner streikten, nahmen in der ersten Gruppe 63 % der Teilnehmer, in der zweiten Gruppe 100 % der Kursbesucher teil. Zahlreiche Kursbesucher fuhren in der Osterpause oder zwischendurch in Urlaub. Sie kamen nach dem Urlaub wieder in den Kursus.
Stark zur Gruppenfindung hat beigetragen, daß vor dem ersten Kursus und nach dem zweiten Kursus (Kneipenbesuch) auch privat miteinander gesprochen werden konnte. Damit beide Gruppen den Zusammenhalt nicht verlieren, wurde ein Fest gefeiert. Die Teilnehmer trafen sich während der Woche, gingen miteinander weg. Zentrale Figur, immer ansprechbar, Aktivitäten koordinierend, war dabei Gusti Steiner. Teilnehmer, die zur Kur mußten, schrieben aus der Kur (oder aus dem Urlaub). Zur Hauptwache-Aktion reiste eine Behinderte aus dem Urlaub an.

Ein Teil der nicht behinderten Teilnehmer kannte bereits Behinderte. Zum Beispiel jene Besucher, die aus beruflichen Interessen gekommen waren: weil sie in der Ausbildung standen, Lehrer an der Sonderschule oder Therapeuten waren. Geblieben sind weitgehend jene Nichtbehinderten, die vorher keine Behinderten gekannt haben. Es kamen auch Mütter, die ein behindertes Kind haben. Kennzeichnend für den Ausgangspunkt der Nichtbehinderten ist vielleicht der Satz: »Als ich den ersten Abend hier war, da bin ich abends nach Hause gegangen, da hab ich gesagt, ich kann nicht mehr kommen. Ich war sowas von fertig. Da waren auch einige Spastiker dabei. Gegen die sind ja die Rollstuhlfahrer kerngesund.« Diese Aussage stammt von einer Teilnehmerin, die besonders aktiv wurde, sowohl im Kursus selbst als auch außerhalb. Sie organisierte private Treffs, z. B. Wanderungen mit Rollstuhlfahrern im Mittelgebirge.

Am zweiten Kursabend zeigte sich bereits, daß Funktionäre der Behindertenarbeit vor Aktionen Angst hatten und den Instanzenweg bevorzugten: »Von oben braucht nur ein Wink zu kommen, wird unten schon pariert.« Sie bezogen im Kursus erst einmal die Position des »Fachmannes« und sprachen auch für die Behinderten.

Funktionäre und Betreuer müssen in einem auf Gruppenentwicklung ausgerichteten Kurs zuerst einmal, wie Gusti Steiner sofort feststellte, zu einfachen Gruppenmitgliedern »degradiert« werden. Im Kursus haben sie sich auf diese Entwicklung meist eingelassen. Lediglich in einem Fall blieb eine Funktionärin (»Ich stehe seit 23 Jahren in der Behindertenarbeit«) weg. Sie empfand die auf Gruppenentwicklung konzipierte Arbeit offensichtlich als einen Angriff auf ihre eigene Vereinsarbeit. Nach ihrem Ausscheiden fuhr auch der vereinseigene Bus nicht mehr, der die ihrem Verein angehörenden Behinderten holte und wegbrachte. Einige haben dann ihre Beförderung selbst organisiert.

In der fünften Sitzung haben wir versucht, die Motive zu klären, warum die einzelnen Teilnehmer gekommen waren. Bei den Antworten muß man jedoch berücksichtigen, daß die Gruppendiskussion zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich schon Einfluß auf die Antworten hatte. Für die Nichtbehinderten gab es vier Motive: Verhaltensunsicherheit, »weil ich wahnsinnig unsicher war und auch noch bin, Behinderten gegenüberzutreten und wie ich mich verhalten soll«; Neugier (ein Motiv,

das mir besonders sympathisch ist, weil keine Vorurteile zu überwinden sind). Drittens, um sich Probleme bewußt zu machen und die Kontakte zu Behinderten zu normalisieren: »Um mir mal bewußt zu machen, mit welchen Schwierigkeiten Sie zu kämpfen haben.« Und: »um die Probleme zu bekämpfen«.
Bei den Behinderten steht im Vordergrund, andere Behinderte kennen zu lernen und mit Behinderten und Nichtbehinderten zusammen zu sein. Auch die Eigenaktivierung wurde als Ziel genannt: »Weil es an der Zeit war, daß auch die Behinderten etwas zur Rehabilitation beitragen. Bisher war es immer so, daß Nichtbehinderte aufgerufen haben, etwas *für* die Behinderten zu tun. Und jetzt ist Schluß. Wir brauchen kein Mitleid.« Auf der gleichen Ebene, auf Gruppenarbeit bezogen, liegt eine andere Aussage: »Weil man in der Gruppe mit den Interessen weiterkommt als einzeln. Zur Post oder so. Solche Probleme kann ich allein gar nicht lösen. Allein kriegt man auch nicht alle Probleme mit. In der Gruppe zeigt sich, was wichtiger ist.«
Der Kurs war klar strukturiert: Einzelfallbesprechungen sollten nicht sein. Denn dann berichtet ein Teilnehmer von seinem Fall oder einer (für die Gesamtgruppe) belanglosen Episode: »Damals vor sieben Jahren, als wir an der Nordsee waren«, worauf ein zweiter beisteuert: »Aber als wir vor sechs Jahren in . . .« Solche Episoden lenken von der Arbeit ab und stören die Konzentration auf bestimmte Aufgaben. Das Bedürfnis nach Einzelfallbesprechungen und nach privaten Treffen darf auf keinen Fall ignoriert, unterschätzt oder gar abgelehnt werden. Aber es muß außerhalb des eigentlichen Kursprogramms stattfinden. Reinen »Kaffeeklatsch« bieten andere Behindertenclubs, es sollte einmal ein Kontrastprogramm ausprobiert werden.
Sämtliche Sitzungen wurden per Tonband protokolliert, wichtige Passagen wurden abgeschrieben und ausgewertet. Dies bringt eine erhebliche Mehrarbeit, ist aber für die Anfangsarbeit notwendig, um Leerlauf zu vermeiden, um Hauptrednern die beherrschende Rolle zu nehmen, um den Verlauf negativ wie positiv noch einmal verfolgen zu können.
Die beiden Kursleiter – einer behindert, einer nicht behindert – arbeiteten ohne eine besondere Aufgabenteilung zusammen. Sie verstanden sich nicht als »Dozenten«, wie das an Volkshochschulen gerne geschieht. Entscheidungen sollten nicht von den Leitern, sondern in der Gesamtgruppe gefällt werden.

Schulsituationen sollten vermieden werden, damit alle gemeinsam ihre Erfahrungen einbringen können und damit auf diesen gemeinsamen Erfahrungen die Arbeit aufgebaut werden kann. Gusti Steiner, der sich in den ersten beiden Sitzungen schwer tat, da er vorher nur zuhause gesessen und nie mit so vielen Menschen zu tun gehabt hatte, wurde sehr schnell zur integrierenden Persönlichkeit.
Methodisch entwickelte sich bald ein einfaches Schema aus der Arbeit: Situationen oder Aktionen werden im Rollenspiel oder in der Diskussion vorbereitet und spielerisch erarbeitet. (Dabei bleibt das Rollenspiel nicht Spiel, es sind Teilnehmer voller Aggressionen aufeinander losgegangen.) Nach der Vorbereitung im Rollenspiel kommt der Test (Postämter) oder die Aktion (Klebe-Aktion). Im dritten Teil wird das Ergebnis ausgewertet. Die Nachbereitung ist so notwendig wie die Vorbereitung.
Auf die Sitzordnung haben wir ein wenig aufgepaßt. Es sollten sich keine Grüppchen bilden, die sich bereits vor dem Kurs kannten und daher mit den anderen Teilnehmern keinen Kontakt aufgenommen hätten. Rollstuhlfahrer nahmen zwischen den Nichtbehinderten Platz und bildeten keine eigene Kaste. Wenn Behinderte mit einem Elternteil da waren, versuchten wir, beide zu trennen, die Mutter nicht für das »Kind« reden zu lassen. Auch die Funktionäre wurden unter die Teilnehmer verstreut, da sie anfangs oft miteinander tuschelten, bis sie endlich das vermeintlich schlagende Argument hatten, mit diesem Argument dann in die Diskussion einstiegen, die natürlich mittlerweile weitergegangen war.
Die Kriterien, die Maßstäbe der Arbeit müssen in der Gruppe erarbeitet werden. Andernfalls stülpt man den Teilnehmern nur etwas über, denn wenn die Teilnehmer nicht die Projekte selber tragen, ist die Arbeit wertlos. Ich will ein Beispiel nennen: Als die Aufgabe gestellt worden war, die Postämter zu testen, kam hinterher der Vorwurf, die Kursleiter hätten die bestehenden DIN-Bau-Normen und Richtlinien von Anfang an parat haben müssen. In diesem Falle hätten wir jedoch jede eigene Initiative zerstört; so mußten die Teilnehmer selbst nachdenken: Welche Schwierigkeiten stellen sich in den Weg? Wo bekomme ich Informationen? Wie kann ich das ändern? Wer kann das ändern, wer ist verantwortlich? Die Teilnehmer stellten die Kriterien, unter welchen Umständen ein Postamt zugänglich ist, selber auf.

Wer die Entwicklung einer Gruppe verfolgt, muß aufpassen, wer am Anfang redet. Meist reden die Hauptamtlichen oder Persönlichkeiten mit bestimmten gesellschaftlichen Funktionen, die deshalb eine Sonderstellung beanspruchen. Sie reden für die Behinderten, versuchen, das Gespräch an sich zu reißen, die Gruppe zu majorisieren und bestimmen letztlich gar, welche Bedürfnisse die, für die sie reden, haben und welche nicht. Gelingt ihnen dies nicht, bleiben sie gerne weg, weil man ihren »Rat« verschmäht. Grundsatz der Arbeit – damit steht und fällt sie – ist aber, daß man vom Betroffenen selber lernen muß. Wer nicht zuhören kann, ist untauglich. Vom Betroffenen zu lernen, ist nicht ganz so einfach, wie es klingt, weil Betroffene in ihrer unterdrückten Situation, in ihren psychischen und sozialen Schwierigkeiten nicht immer ihre Schwierigkeiten direkt ausdrücken können, ihre Bedürfnisse nicht einfach servieren, sondern auch verschlüsselt reden können. Aber das Zuhören, das sich auf den anderen Einlassen, ist deshalb um so wichtiger.

Am Anfang herrschte Skepsis, etwas erreichen zu können: »Als Minderheit sind wir zu klein.« Oder: »Wir werden niemals stark genug sein, um als Gesprächspartner akzeptiert zu werden.« Aus dieser Resignation heraus suchen fast alle nach Fluchtwegen, die hier aufgezeigt werden:

Erstens: Man entwickelt eine Heilserwartung gegenüber den Massenmedien. Man nimmt schon den Bericht als Veränderung, obgleich ein Zeitungsartikel keine Aktion ist. Man schiebt so die Verantwortung an eine anonyme Instanz ab, man entzieht sich. Geht etwas schief, bleibt doch das Gefühl, »alles« getan zu haben. Aber erst die Aktion (über die dann unter anderem auch berichtet werden kann) erzeugt Solidarität und hebt Tatbestände ins Bewußtsein.

Zweitens: Man entwickelt utopische Zielsetzungen. Die Maximalforderungen (konkret: bundesweite Aktion vor Postämtern) haben den gleichen Hintergrund wie oben geschildert. Man macht den Vorschlag, die Gruppe lehnt ab. Ändern kann man unter diesen Voraussetzungen nichts, also hat es keinen Zweck. Zurück bleibt das gute Gewissen, einen Vorschlag gemacht zu haben, der, wäre er umgesetzt worden, *die* Möglichkeit gewesen wäre. Auch so kann man sich vor Aktivitäten schützen (utopische Zielsetzungen sind im übrigen bei Ideologen beliebt, um die Ideologie nicht in der Praxis umsetzen zu müssen).

Drittens: Man schiebt ausgiebig eigene Schwierigkeiten vor. Man signalisiert, wie schwer man es in erster Linie selbst hat. Wie gering sind die Gesamtprobleme gemessen an den Individual-Problemen. Sollten die eigenen Schwierigkeiten einmal gelöst sein – dann, dann würde man helfen.

Im Kurs beobachteten wir eine Übergangsphase. Der Übergang vom reinen Diskutieren zum Willen zur Veränderung geschah allerdings früh. In unserem Falle halfen dazu die hauptamtlich in der Arbeit Stehenden mit ihren kontroversen Vorschlägen entscheidend, daß ein so positiver Gruppenprozeß zustande kam. Eine Gruppe verarmt, wenn Teilnehmer mit konträren Vorstellungen hinausgeekelt werden. Man verzichtet freiwillig auf die Möglichkeit, eine Sache vielfältig zu sehen und zu diskutieren, um sich dann eine Meinung zu bilden. Die Meinung Andersdenkender ermöglicht, den eigenen Standpunkt überprüfen und ändern zu können. Er ermöglicht nicht zuletzt, mit den Augen der Kontrahenten sehen zu lernen, um sich darauf einzustellen. Ein für unseren Kursus kennzeichnendes Zitat aus der Übergangsphase heißt: »Es war ja nicht abzusehen, daß im Laufe dieses Kursus Änderungen erreicht werden sollten. Das würde heißen, daß wir abends (zur Post) hingehen müßten und mit einer Kelle selber eine Rampe bauten!« Dieses Zitat stammt von einem der jetzt aktivsten Teilnehmer.

Menschen, die erwachsen sind, haben ein festgefügtes Verhaltensrepertoire. Beim Behinderten heißt das in vielen Fällen, daß er eingebleut bekommen hat, nichts selbst tun zu können und zu warten, bis er angesprochen wird. Der Behinderte ist nicht der Selbsthandelnde, sondern der Behandelte, der zu Betreuende. Soll sich Verhalten ändern, kann dies nicht auf der Wortebene geschehen, es müssen neue, positive Erfahrungen gemacht werden, daß das Selbsthandeln attraktiver ist als das Betreutwerden. Wenn 40 bis 50 Behinderte in der City, am neuralgischen Punkt, wo sehr viele Passanten vorbeikommen, ein öffentliches Rollstuhltraining veranstalten, dann hat sich bereits etwas geändert: denn man setzt sich der Öffentlichkeit aus, spricht Passanten an, ist der selbst Handelnde.

Nach dem Rollstuhltraining sagte eine Behinderte: »Endlich haben wir mal die eigene Scheu überwunden. Am Freitag (dem Vortag) habe ich noch gedacht, ich kann da niemanden ansprechen. Nachdem ich das das erstemal gemacht hatte, ging's gar nicht mehr schwer.« Und eine zweite Behinderte:

»Ich habe bemerkt, daß wir stärker sind als ich dachte. Und immer mit dem Gefühl, wir sind eine große Zahl und wir stehen zusammen und machen auch privat Dinge, an die ich vor dem Kurs nicht gedacht hätte. Daß ich forscher auftrete, wenn mir jemand Hindernisse in den Weg stellt, seien sie baulicher oder menschlicher Art. Ich gehe also in Geschäfte und sage: Was stellen Sie das vor's Geländer? Machen Sie das mal weg, wir sind in Frankfurt 40 000 Behinderte. Zu Anfang des Kursus hätte ich wahrscheinlich jemanden gebeten, mir zu helfen. Heute sage ich mir, warum eigentlich, warum müssen die das dahin stellen, können's ja wegtun.«

Ein Behinderter: »Ich hab' eine Bekannte aus meiner Klinikzeit an der Hauptwache getroffen, und die hat gesagt, sie hätte mir sowas nie zugetraut. Sie hat nicht gedacht, daß ich soviel Aktivität, soviel Courage entwickeln würde.«

Es ist schwierig, Verhaltensänderungen im individuellen, persönlichen Bereich zu beschreiben, weil sie den intimen Bereich, die Persönlichkeit der einzelnen betreffen. Dies muß immer Vorrang haben vor der Beschreibung für die Öffentlichkeit, denn es würde die Basis des Vertrauens zerstören. An einem Beispiel darf ich jedoch aufzeigen, was mit dem Begriff Verhaltensänderung im Einzelfall gemeint ist: Gusti Steiner war immer der Mittelpunkt des Kursus, nachdem er sich nach einer kurzen Anlaufschwierigkeit hineingefunden hatte. Er war derjenige, mit dem man gerne wegging, bei dem angerufen wurde. In dieser Zeit machte ich eine Rundfunksendung über das tabuisierte Thema: Sexualität bei Behinderten.

Ich ging zu Gusti Steiner und interviewte ihn. Über das, was er sagte, war ich ziemlich sprachlos: »Ja, ich glaube, daß Behinderte als sexuelle Wesen von Nichtbehinderten kaum akzeptiert werden, zumindest nur in Ausnahmefällen. Und ich finde, zumindest für meine Person gesprochen: Ich persönlich habe in meinem ganzen Leben nie erfahren, daß mich eine Frau als Mann akzeptiert hätte. Ich bin im Grunde nie auf Ablehnung bei Menschen gestoßen und immer als Mensch voll akzeptiert worden, aber in dieser Funktion als Mann, in dieser geschlechtlichen Dimension, bin ich nie von einer Frau akzeptiert worden. Ich habe zwar die Freundinnen und Bräute meiner Freunde kennengelernt, aber selbst eine Chance, eine Frau kennenzulernen, habe ich nie gehabt. Und in dieser Situation entwickelst du kein unbefangenes Verhältnis zu Frauen, nimmst dann auch nach einer gewissen Zeit überhaupt nicht

mehr an, daß eine Frau dich nett finden könnte, dich als Mann akzeptiert. Und dein eigenes Verhalten richtet sich dann gegenüber Frauen so ein, daß du dann auch nicht mehr den Versuch unternimmst, als Mann einen Anklang zu finden.«
Meine Sprachlosigkeit, das muß ich erklären, bezog sich darauf, daß sehr viele Mädchen sich um ihn bemühten, mit ihm flirteten, er das aber überhaupt nicht wahrnehmen konnte, weil er im Bewußtsein lebte: als Behinderter nimmt dich niemand. Hier wird sehr deutlich, was es heißt, im Bewußtsein zu leben, ein Behinderter zu sein. Die Selbsteinschätzung bestimmt die Wahrnehmung, der objektiven Situation entgegenlaufend. Allerdings, wenn dies einmal bewußt geworden ist, bedeutet das den Anfang der Änderung des Verhaltens. Selbstvertrauen, die positive Selbsteinschätzung, ändert die Wahrnehmung, das Verhalten und den Erfolg.

Sehr bald hatte sich herausgestellt, daß unser zentrales Problem sein würde, die Umwelt von unseren Forderungen zu überzeugen. Man kann keine Forderungen durchsetzen, wenn überhaupt kein Problembewußtsein vorhanden ist. Dieses Problembewußtsein muß geschaffen werden, ehe man fordert. Wir mußten also die Probleme und Konflikte der Behinderten so umsetzen, daß sie jedermann kapierte. Dazu boten sich die baulichen Barrieren an. Man muß demonstrieren, daß ein Rollstuhlfahrer nicht in eine Telefonzelle kann, das kann man nicht nur behaupten. Wenn es gelänge, den Amtsstellenleiter der Post zu bewegen, daß er im Rollstuhl sein eigenes Postamt zu bewältigen versucht, kapierte er die Probleme der Rollstuhlfahrer. Aktionen der Behinderten müssen immer so angelegt sein, daß ihre Absichten auch optisch umgesetzt werden, sonst bleibt es bei einem mitleidigen Weitergehen der Passanten.
In unserem Kursus war es immer verpönt, zu »demonstrieren«. Man demonstriert nicht, Behinderte erst recht nicht. Demonstration, das klang nach Krawall, Schlägerei, jedenfalls Anrüchigem, wenngleich es sich um eines der Grundrechte handelt (das Recht der freien Meinungsäußerung scheint anderen auf den Leib geschneidert, nicht aber den Benachteiligten). Über den Demonstrationsbegriff ist in der Gruppe häufig diskutiert worden, bis eine Definition klar wurde. Demonstration heißt für uns: Probleme schaubar, plastisch machen, bedeutet: Darstellung von Problemen der Behinderten in der

Öffentlichkeit. Es ist nichts anderes, als das lateinische Wort »demonstrare« besagt: beweisen, genau zeigen.
Dieses Umsetzen der Probleme ist gelungen. Nach dem Roll-in an der Post sagten die Passanten: »Das haben wir nicht gewußt.« An der Hauptwache beim öffentlichen Rollstuhltraining wurden die Vorbeigehenden stutzig: »Was, so viele Behinderte gibt es.« Ein Teilnehmer kommentierte das: »Die werden in Zukunft den Behinderten nicht mehr als Einzelwesen sehen. Die Nachwirkungen der Aktion sind vielleicht wichtiger als das, was unmittelbar passiert ist.« Vor allem, dies bereitete die größte Genugtuung, fragten die Passanten angesichts der vielen Fernseh-Kameras und von soviel *action*: »Wird hier der ›Kommissar‹ gedreht?« Sie fragten nicht, ob für die »Aktion Sorgenkind« gedreht werde. Das Rollenbild wurde durchbrochen, das Mitleid fiel ab, die Normalität stellt sich langsam ein.
Geht man den Verhandlungsweg, wird man vertröstet, notfalls wird ein Ausschuß gegründet, dem es schon gelingen wird, die Probleme zu vertagen, zu verwässern, bis die Resignierten aufgeben. Im Irrgarten der Kompetenzen läuft man ins Leere. Der Vorteil, den solche Aktionen haben, ist der, daß sich die Verantwortlichen plötzlich zeigen, man zwingt sie, auf die Aktion zu reagieren. Die Aktionen müssen allerdings frech, fordernd und phantasievoll sein. Sie dürfen den Kontrahenten nicht den Weg ins Unverbindliche, in die Rede: man habe volles Verständnis, aber . . . entlassen.
Bei Behinderten sind Verhaltensänderungen anhand von Lernerfahrungen möglich. Dazu sind aber überschaubare Erfolge notwendig. Behinderte können nicht Jahrzehnte warten, sich vertrösten lassen, auf den Erfolg am Sankt-Nimmerleins-Tag, das hätte nur Resignation zur Folge.

Kurs-Plan

29. 1. 74	Vorstellen der Teilnehmer, Besprechung des Konzepts
5. 2. 74	Testvorbereitung: Postämter Diskussion: Möglichkeiten zur Veränderung
12. 2. 74	Ergebnisbericht, Diskussion der Erfahrungen Vorschläge an die Post
19. 2. 74	Nachbesprechung der Postaktion vom gleichen Tage Rollenspiel: Eiserner Steg
5. 3. 74	Zwischenbilanz: Beziehungen und Kontakte von Nichtbehinderten und Behinderten, Warum gekommen? Was bisher gelernt? Erfahrungen?
12. 3. 74	Rollenspiel: Café, Lokal
19. 3. 74	Testvorbereitung: Kaufhäuser, Selbstbedienungsläden
26. 3. 74	Ergebnisbericht Gründung Untergruppen: 1. SB-Läden, 2. Parkhäuser
2. 4. 74	Testvorbereitung: Stadtverordnete anschreiben, Parkhäuser, Sozialstationen
(Ferien)	
30. 4. 74	Ergebnisbericht: Stadtverordnete, Parkhäuser, Sozialstationen Vorbereitung: Klebe-Aktion, Hauptwache (öffentl. Rollstuhltraining)
7. 5. 74	Testergebnisse: SB-Läden Vorbereitung: Hauptwache, Klebe-Aktion
9. 5. 74	(Sondersitzung:) Rollenspiele: Hauptwache, Klebe-Aktion
14. 5. 74	Vorbesprechung Aktion
17. 5. 74	Klebe-Aktion
18. 5. 74	Hauptwache, Straßenbahnblockade
21. 5. 74	Nachbesprechung, Kritik: Aktion an der Hauptwache
28. 5. 74	Seminarkritik

6. Rent-a-Spasti

Aktivitäten des zweiten Kursus. Konflikte in der Erwachsenen-Bildungs-Arbeit

Die Straßenbahnblockade hat noch ein Nachspiel. Am 5. November 1974, es ist der neunte Kursabend des zweiten Kursus, besuchen zwei Hauptabteilungsleiter der Stadtwerke (Technischer Betriebszweig, Hauptabteilung Technik) den Kursabend. Eine Teilnehmerin hatte mehrmals angerufen, ob man nicht die Straßenbahnen so verändern könne, daß auch Behinderte mitfahren können, hatte zum Kurs eingeladen; aber weder ihre Fragen noch ihre Einladungen hatten Gnade gefunden. Nun ist es dennoch so weit.

Der Diplom-Ingenieur schreitet zur Tafel. An der Tafel demonstriert er haarklein, was alles nicht geht. Er betet die Litanei technischer Schwierigkeiten herunter. »Er beweist dabei eine erstaunliche Phantasie«, schreibt Kursmitglied Hagen Stieper in seinem Protokoll, »indem er Beispiele über Beispiele so richtig mitten aus dem Leben greift, die alle belegen, daß an der ganzen Tram absolut kein Schräubchen zu verrücken ist.« Es ist ein routiniertes Spielchen, das da abläuft: Die Behinderten fragen, machen Vorschläge, zerbrechen sich den Kopf, der Fachmann widerlegt dann den Vorschlag und demonstriert fast fröhlich, gepaart mit jenem Anflug der Seriosität, der den gelassenen Fachmann ausmacht, daß nichts geht. Das geht jedoch nicht lange gut, denn jetzt unterbrechen die Teilnehmer, weil niemand die langen Monologe gewohnt ist, sondern weil jeder jederzeit rückzufragen gewohnt ist.

Die Diskussion spitzt sich zu. Der Diplom-Ingenieur, darauf hingewiesen, daß er morgen durch einen Unfall selbst im Rollstuhl sitzen könnte und sich dann in der gleichen Lage befände, reagiert kühl: Wenn er behindert wäre, würde er nicht verlangen, mit der Straßenbahn zu fahren: »Sie sagten eben, daß durch den Ausschluß aus den öffentlichen Verkehrsmitteln die Behinderten vom Leben ausgeschlossen werden. Ich möchte eigentlich die Fahrt in einem öffentlichen Verkehrsmittel nicht zu dem rechnen, was das mitmenschliche Leben ausmacht. Das

sind doch andere Kontakte, Veranstaltungen geselliger Art . . .« Der Rest geht im Tumult unter. Ist man denn gerade aus den Betreuungsghettos ausgewandert, um sich wieder hineinkomplimentieren zu lassen?

Es wird ganz deutlich, daß das Vorschieben der Fürsorge, der schonenden Behütung als Instrument zum Aussperren und zur Sonderbehandlung benutzt wird: »Ich bin der Meinung, daß ein Verkehrsmittel geschaffen werden muß, das den Behinderten nicht erst an der Haltestelle, sondern an seiner Wohnung aufnimmt und ihm den Weg über stark befahrene Straßen erspart.« Der Diplom-Ingenieur erklärt noch einmal, daß die Straßenbahn nichts für Behinderte und auch nichts für ältere, vielleicht schon gebrechliche Leute sei. Er wird auf die Brutalität seiner Aussagen hingewiesen, als Planer im Öffentlichen Dienst behinderte und alte Menschen auszuplanen, alle jene abzuschreiben, die nicht dem »statistischen Durchschnitt der Fahrgäste« entsprechen. Die Straßenbahn, so der Planer, sei nun mal ein Massenverkehrsmittel, die Fahrt mit ihr sei kein »wesentlicher Teil des menschlichen Lebens«. Fassungslos schreit ein Teilnehmer: »Ein Massenverkehrsmittel ist doch für alle da! Für alle!«

Schließlich hebt der bis dahin stumme Begleiter des Diplom-Ingenieurs zu einer großen Rede an. Er erhebt sich von seinem Platz, wendet sich an die Versammlung: Erst müsse die Einstellung der Gesellschaft verändert werden, eine Lobby für Behinderte müsse gegründet werden. Alles andere sei »ein Pobeln am System«. Wir sollen mit anderen Mitteln an die Öffentlichkeit gehen und auf die Probleme aufmerksam machen. Da die Rede nicht ankommt, probiert er es auf die Kumpeltour: »Wir sind kleine Hauptabteilungsleiter«, wirbt er, »die eine Fülle von Problemen haben, die sich nach oben hin orientieren müssen, an den Wünschen und Vorstellungen unserer Vorgesetzten.«

Dann bricht sein ganzes »Verständnis«, sein Mitleid, über die Versammlung: »Wenn es um die Lösung der Probleme geht, das ist ja doch ein Unterschied, ob jemand seine Anteilnahme, sein Mitgefühl zeigt, oder auch zu einer Spende bereit ist, oder jemandem über die Straße hilft, oder ob jetzt technische Probleme gelöst werden müssen. Das ist ja ein Unterschied.« Genau das ist der Unterschied. Wie früher die Gläubigen Tetzels Ablaßscheine erstanden, Anteilscheine, um sich von der Hölle freizukaufen, werden heute mit gleicher Inbrunst

Lotteriescheine erstanden und Spendenquittungen, um sich vor dem Umgang mit Behinderten freizukaufen. Nur, daß anstelle der Papstkirche diesmal das Fernsehen diese Rolle ausfüllt. Es muß doch als zynisch bezeichnet werden, wenn in der »Bilanz der guten Taten« im ZDF ein Film gezeigt wird, in dem fettbäuchige Herren für jedes abgehungerte Pfund Lebendgewicht eine Mark für die »Aktion Sorgenkind« spenden.

Der Abend schließt mit der Aussage des Diplom-Ingenieurs, daß es möglich wäre, die Straßenbahnen für Rollstuhlfahrer zugänglich zu machen. Aber: »Im Augenblick ist diese Aufgabenstellung nicht bei mir.« Dies sagt der Fachmann, nachdem er zwei Stunden lang an der Tafel demonstriert hat, warum Straßenbahnen nicht für Behinderte konstruiert werden können.

Ein Teil der Teilnehmer verläßt den Kurs an diesem Abend tief deprimiert.

> ... Eine halbe Stunde lang blockierten sie die Straßenbahn in einer Frankfurter Hauptverkehrsstraße, und nun war es interessant, zu beobachten, wie diese wahrhaftig geringfügige Verzögerung die Volkswut zum Kochen brachte. »Blödsinn«, »Unverschämtheit«, »die Leute wollen heim« wurde geschimpft. »Laßt Frauen und Kinder heimfahren«, zeterte einer als stehe die Stadt vor dem Belagerungszustand ... Mancher ereiferte sich so, daß ein Herzinfarkt nahe schien ... Es war wie immer: Demonstration für eine gute und gerechte Sache – na schön. Aber unbeteiligte Bürger auch nur eine halbe Stunde aufhalten und aus dem Trott bringen: plötzlich haben es alle furchtbar eilig und geraten in Bürgerkriegsstimmung; wenn es noch etwas länger gedauert hätte, wäre wohl auch der Ruf nach der Gaskammer laut geworden.
>
> Wiesbadener Kurier am 8. 6. 1974

Im zweiten Kursus sind rund vierzig Teilnehmer ständige Mitarbeiter, während noch einmal dieselbe Anzahl zu den sporadischen Teilnehmern zählen, die auch für Aktionen oder besondere Aufgaben abzurufen sind. Über die Sommermonate – der Zeit, da keine VHS-Kurse laufen – trafen sich regelmäßig etwa 25 Teilnehmer, um ein Konzept zur Weiterarbeit zu entwickeln (ohne die beiden Kursleiter). Gusti Steiner ist inzwischen zur Berufsausbildung in eine andere Stadt gezo-

gen. Andere Kursmitglieder, die aus anderen Städten zu uns gekommen waren, haben an ihrem Ort Behindertenarbeit angefangen, halten jedoch den Kontakt. Ein Team ersetzt jetzt die Kursleiter. Günther Theumer, ein Spastiker, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, Annedore Burgio und Dieter von Zahn, der im letzten Kurs als »Funktionär« Angriffen ausgesetzt war, sind an Gusti Steiners Stelle getreten. Alle sind von Anfang an dabei gewesen.

Der Kurs ist diesmal weniger vorstrukturiert, um die einzelnen Lernschritte aus der Praxis heraus entwickeln und sich ganz auf die Situation einstellen zu können. Die Initiativen sind zunehmend auf die Teilnehmer übergegangen. Die Diskussion hat sich vom leiterzentrierten zum teilnehmerzentrierten Gespräch gewandelt. Ein Kursabend dokumentiert den Wandel an Selbstbestimmungswillen deutlich: Der Kursus ist im Sozialzentrum Marbachweg. Die Bewohner des Behindertenzentrums und (notgedrungen:)-Ghettos zeigen Eigenschaften wie Angst, Unterordnung, Abwarten-Haltung, Passivität. Dies kontrastiert mit dem Eigenbewußtsein der Kursteilnehmer und zu deren Risikobereitschaft, Forderungen und Aktionswillen. Dabei sagen die Bewohner des Zentrums genau das, was vor einem halben Jahr die Kursteilnehmer auch gesagt haben. Die Ghettobewohner leben noch in dem Bewußtsein, nicht ins öffentliche Leben zu gehören, streben noch nach Betreuung: »Es ist niemand zu mir gekommen und hat mich eingeladen.« Wir erklären dagegen, daß wir nichts *für* sie unternehmen werden. Daß wir kein neues Betreuungsverhältnis für sie aufmachen, daß wir nicht für sie handeln, sondern nur mit ihnen zusammen, wenn sie einen Eigenanteil an Aktivität mit einbringen.

So wird beispielsweise schnell gehandelt, als ein Rollstuhlfahrer Schwierigkeiten auf dem zuständigen Postamt bekommt:

An den
Präsidenten der Oberpostdirektion
6 Frankfurt 1
Friedrich-Ebert-Anlage 58

Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde
Sehr geehrter Herr Präsident!
Im Auftrag von ca. 50 Teilnehmern des VHS-Kursus »Bewältigung der Umwelt« (zur Hälfte Behinderte) lege ich hiermit gegen den Beamten Hoppe (?), der am 28. September 1974 in der

Zeit von 11.30 bis ca. 12.00 Uhr im Postamt Jaspertstraße 5 (503) am Schalter Dienst tat, Dienstaufsichtsbeschwerde ein.
Der Beschwerde liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Ein Teilnehmer unseres Kursus, Fritz Boch, Rollstuhlfahrer, versuchte in dem Postamt, eine Nachnahmesendung abzuholen, die nicht hatte zugestellt werden können. Das Postamt ist für Rollstuhlfahrer nicht zugänglich. Herr Boch bat deshalb eine Passantin, dem Schalterbeamten Bescheid zu sagen, daß er aufgrund der architektonischen Barriere nicht ins Postamt könne. Der Beamte möchte bitte herauskommen. Die Passantin ist dreimal zwischen dem Rollstuhlfahrer, der in einem Pkw vor dem Postamt parkte, und dem Schalterbeamten vermittelnd hin- und hergependelt. Vergeblich. Herr Boch bekam die Nachnahme nicht. Von Zuhause rief er sofort den Beamten an. Antwort: »Mit Ihnen zu diskutieren hat überhaupt keinen Sinn. Ich habe Leute am Schalter.« Sprachs und legte den Hörer auf.
Sie werden genügend Fantasie haben sich vorzustellen, welche Mühen gerade Rollstuhlfahrer haben. Der Kursus hält den Vorgang für ein unmögliches Fehlverhalten, eine Diskriminierung. Ich bitte Sie, die Sache zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß sich ein ähnlicher Zwischenfall nicht wiederholen kann. Im Kursus haben im übrigen auch andere Teilnehmer bestätigt, daß sie als Behinderte beim Postamt Jaspertstraße äußerst unhöflich behandelt wurden. Dabei wurde ebenfalls die Herausgabe von Postsachen verweigert, weil Behinderte nicht an den Schalter konnten und draußen warteten.
Ich mache in diesem Zusammenhang noch darauf aufmerksam, daß das Postamt 503, Jaspertstraße, von den behinderten Bewohnern des Sozialzentrums Marbachweg in Anspruch genommen werden muß, wenn Postsachen – aus welchen Gründen auch immer – im Sozialzentrum nicht zugestellt werden konnten. Daneben leben weitere Behinderte im Bereich dieses Postamtes.
Wir stellen daher zugleich folgenden Antrag: Das Postamt ist behindertengerecht umzubauen. Der Aufwand ist gering, eine einzige Stufe muß überbrückt werden. Allerdings gehen auch die Türen zu schwer.
Ich bin sicher, daß die Post, die eine Sonderbriefmarke »Behinderte eingliedern« herausgebracht hat, es nicht bei Briefmarken bewenden lassen will.
Über das von Ihnen Veranlaßte bitte ich mir eine Nachricht zukommen zu lassen.
Mit freundlichen Grüßen
gez.: Ernst Klee

Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde

Sehr geehrter Herr Klee!

Im Bereich der Deutschen Bundespost gilt nach wie vor die Anweisung, Schwerbehinderte und Schwerbeschädigte an den Schaltern mit Vorrang zu bedienen und darüber hinaus nach Möglichkeit bei der Abforderung unserer Dienstleistungen zu unterstützen. Wenn einzelne Bedienstete sich dennoch nicht an diese an sich selbstverständliche Regel halten und dazu auch noch gegen das Gebot, die Postkunden höflich und zuvorkommend zu bedienen, verstoßen, versuchen wir durch gezielte Maßnahmen solchen in besonderer Weise nicht kundendienlichen Verhaltensformen abzuhelfen.

Aufgrund Ihrer Beschwerde haben wir deshalb den betreffenden Schalterbeamten beim Postamt Frankfurt am Main 503 befragt und ferner die baulichen Voraussetzungen für den von Ihnen angeregten behinderten-gerechten Umbau im Eingangsbereich des Postamts prüfen lassen. Nach Abschluß der Untersuchungen dürfen wir dazu im einzelnen bemerken:

Behinderte Bewohner des Sozialzentrums Marbachweg zählen zu den ständigen Kunden des Postamts 503. Die Schalterbeamten, denen die besonderen Bedürfnisse dieses Personenkreises bekannt sind, bemühen sich deshalb um bevorzugte und zuvorkommende Bedienung, wobei uns Beschwerden in der Vergangenheit nicht bekannt geworden sind. Wir sind aber sicher, daß dem Schalterbeamten keine Gedankenlosigkeit oder gar diskriminierende Absicht unterstellt werden kann, sondern daß vielmehr eine Kette von Mißverständnissen, die auch in der Person der Vermittlerin begründet sein mögen, zu dem unliebsamen und von Herrn Boch fälschlich als diskriminierend empfundenen Vorfall beigetragen hat.

Dem Schalterbeamten war bis zum Anruf von Herrn Boch unbekannt geblieben, welche Sendung abgeholt werden sollte. Er hatte, in Übereinstimmung mit den Dienstvorschriften, die als Vermittlerin eingeschaltete Dame gebeten, sich für die Aushändigung der vermeintlichen Einschreibsendung auf der Rückseite des Benachrichtigungsscheins die vorgesehene Vollmacht erteilen zu lassen und dazu den Personalausweis von Herrn Boch vorzulegen. Dazu lieh er einen Kugelschreiber aus. Dem Ansinnen zu Herrn Boch zu kommen, glaubte der Beamte aus Sicherheitsgründen nicht nachkommen zu können, denn der Vorfall trug sich entgegen Ihren Angaben nicht zur Mittagszeit, sondern nach Einbruch der Dunkelheit gegen 17.30 Uhr zu. Wir können dem Schalterbeamten daraus keinen Vorwurf machen, denn in Anbetracht der sich mehrenden Überfälle ist besonders das Personal des Schalterdienstes zu äußerster Vorsicht gegenüber fremden Personen angewiesen worden. Zu dem Telefonge-

spräch zwischen Herrn Boch und dem Schalterbeamten bleibt zu bemerken, daß einerseits wohl die verständliche Erregung Herrn Boch's sowie andererseits die Nervosität des Schalterbeamten wegen der vor dem Schalter wartenden Kunden zum unbefriedigenden Ausgang der Angelegenheit beitrugen.
Wir hoffen, daß wir durch unsere Ausführungen Ihr Verständnis gefunden haben und bitten, Herrn Boch und den übrigen Kursusteilnehmern unser Bedauern über den Vorfall zu übermitteln.
Das Postamt 503 wird in allernächster Zeit durch den Einbau einer Fahrfläche im Eingangsbereich auch für Behinderte in Rollstühlen zugänglich gemacht werden.
Hochachtungsvoll
gez.: Staab

Die Rampe zum Schaltergebäude wird sehr rasch gebaut.
Da nun die eigentliche Planung nicht mehr beim Kursleiter, auch nicht beim Leitungsteam liegt, sondern alle Planungen und Ziele im Kurs diskutiert und beschlossen werden, der Kurs also insgesamt seine Aktivitäten gestaltet und entwikkelt, bricht ein Konflikt mit der Volkshochschule auf, der exemplarisch für die Erwachsenenbildung überhaupt ist.
Der Kurs verhandelt durch einzelne Teilnehmer selbst mit Behörden und Firmen. Die Entscheidungen, bzw. die Entscheidungsphasen werden von den Teilnehmern bestimmt, natürlich unter Beteiligung des Leitungsteams. Dies steht im Widerspruch zur Erwachsenen-Bildungs-Praxis. Der Kursleiter ist »Dozent«, pädagogischer Leithammel, er hat ein Programm vorzulegen, das die Volkshochschule genehmigen muß. Die Möglichkeit, aus dem Handeln und der Reflexion darüber zu lernen, widerspricht natürlich einem vorstrukturierten Lehrplan. Der Selbstbestimmungswille des Kursus – nach Aussage von Fachbereichsleiter Wolfram Helmer nirgends so ausgeprägt wie beim Behindertenkursus – kollidiert mit der Bürokratie: »Für die weitere Arbeit erscheint es geboten, außerhalb der VHS Möglichkeiten zu finden, die dem Anspruch der Teilnehmer gerecht werden, welche sich inzwischen als Gruppe verstehen und daher nicht in die Rahmenbedingungen eines VHS-Kursus integrierbar sind.«
Die Volkshochschule, so sagt Karsten Voigt, Mitglied des Dreier-Direktoriums der VHS, dürfe zwar Aktionswissen vermitteln, aber keine Aktionen durchführen. Die Volkshochschule könne nur Bildungskurse durchführen, in denen z. B. die Möglichkeiten der Selbstorganisation zwar theoretisch aufge-

arbeitet und diskutiert, jedoch nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Die VHS-Leitung hat dabei als Zielsetzung des Kurses mitunterschrieben: »Überwindung der individuellen Isolation, Erkennen eigener Bedürfnisse, Selbstorganisation und Eigeninitiative, Verhaltensänderung durch Lernerfahrung, Entwicklung eines eigenen Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls.«

Zwar bestreitet die VHS in einer Sitzung nicht, daß sich der Kurs in seiner Arbeitsweise und in seinen Zielen an die Forderungen des Informationsblattes gehalten hat, aber jetzt sei das Ziel erreicht, nun sei kein Platz mehr. Diese Auseinandersetzung besetzt die Arbeitskraft des Leitungsteams, der Kursteilnehmer und des Fachbereichsleiters zu diesem Zeitpunkt fast unerträglich. Der Konflikt endet mit einem Briefwechsel, nachdem Karsten Voigt zur Auseinandersetzung in den Kurs eingeladen worden war.

Das gewagteste Projekt in diesem zweiten Kursus nehmen wir uns in der Vor-Weihnachtszeit vor. Bekanntlich beklagen Heimleiter alljährlich, daß bei ihnen just zur Weihnachtszeit das Telefon heißläuft, weil sich irgendwelche »guten Menschen« ein armes Waisenkind zum Fest wünschen. Heimkinder und Abgeschriebene avancieren zu Dekorationsobjekten von Betriebsfeiern, zum Renommee von Politikern oder schlicht zum privaten Gebrauch. Ein Beispiel: Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arndt ist eine Woche vor Weihnachten in der Zeitung zu bewundern, wie er der Körperbehinderten-Sonderschule einen Scheck überreicht (ähnliche Spenden erhielten daneben noch der Spastikerverein und eine Kindertagesstätte für Körperbehinderte). Die Gelder stammten vom »Tag der offenen Tür« im Herbst, ein Public-Relations-Tag der Stadtverwaltung. Alle drei Behinderteneinrichtungen teilten sich rund 23 000 DM. Bereits am 11. Dezember konnte man den Oberbürgermeister bewundern, wie er Kinder eines Heims beschenkte. Schlußtext der »Frankfurter Rundschau« dazu: »An den Weihnachtsmann glaubte in diesem Kreis (zwischen 10 bis 14 Jahren!) schon lange keiner mehr. Dann lieber an den Oberbürgermeister.« Oder ein anderes Beispiel: Am 16. Dezember überreichte der Bundesverband junger Unternehmer, Arbeitskreis Südhessen, einer Kindertagesstätte für Behinderte einen Verrechnungsscheck über 14 000 DM, Geld, das beim Winterball erlöst wurde.

Zu Weihnachten werden die Behinderten in die Rolle des

Almosenempfängers gedrängt. Damit wird aber diese Rolle verhängnisvoll bis zum nächsten Jahr neu festgeschrieben. Um das einmal satirisch zu unterlaufen, kam uns in einem Gespräch mit Mitarbeitern einer orthopädischen Klinik die Idee, Behinderte-zum-Fest (»Rent-a-Spasti«)[2] feilzubieten. Vorbild dazu ist der Studentische Schnelldienst, der jährlich Nikolause vermietet. Genau so sollten Behinderte vornehmlich an Politiker angeboten werden.

Dieser Vorschlag wird vor allem von den nicht behinderten Teilnehmern skeptisch bis ablehnend aufgenommen, während die Behinderten (mit einer Ausnahme) dem Projekt aufgeschlossen gegenüberstehen. Günther Theumer vom Leitungsteam: »Mir ist es selbst so ergangen, bin zu Weihnachten eingeladen worden mit allen Schikanen.« Ein Nichtbehinderter, der nicht im ersten Kurs gewesen ist, protestiert: »Man verdirbt die, die guten Willens sind.« Daraufhin kommt jedoch die Rückfrage, ob Sentimentalität die Grundlage einer partnerschaftlichen Beziehung sein kann. Die Diskussion reißt Positionen auf, die überwunden schienen, vor allem bei den Nichtbehinderten, wo ein sentimentales, betreuerisches Element als Motiv des Handelns mit Behinderten wieder hervorschaut.

Die Satire (natürlich ungewohnt für viele, zumal der Kurs sich auf andere Methoden ausgerichtet hat) verlangt vom Behinderten viel: Er muß seine eigene behindertenspezifische Rolle überwunden haben, um sie karikieren, satirisch überzeichnen zu können. Eine Behinderte spricht dies auch aus: »Mir ist nicht ganz klar, was ich empfinde. Es ist nicht unbedingt Unbehagen, sondern Unklarheit über die Rolle. Weil manche von uns, ich jedenfalls, in einem Übergangsstadium sind. Aus der Rolle, in der ich gelebt habe – durch die Gesellschaft geprägt – und in eine andere hinein möchte. Und ich bin meiner noch nicht ganz sicher in manchen Dingen. Deswegen empfinde ich Unklarheit. Ich muß mir darüber Gedanken machen. Es ist nicht unbedingt Unbehagen. Man könnte es tun.« In der Abstimmung spricht sich nur eine Behinderte gegen die Satire aus.

Die Auffassung, daß der Behinderte aus dem zugewiesenen Rollenklischee ausbrechen muß, um nicht auf den Almosenstatus festgenagelt zu werden, setzt sich durch. Ein Teilneh-

[2] Der Ausdruck wurde von Hagen Stieper geprägt

mer bringt einen Entwurf ein, ein Redaktionsteam formt die endgültige Fassung, andere suchen Adressen heraus, schreiben, kuvertieren; das Porto trägt der Kurs.
Angeschrieben werden Banken, Brauereien, Kaufhäuser, große Firmen, die Industrie- und Handelskammer, die Landesärztekammer, der Bundesverband Junger Unternehmer, Bundesverband der Deutschen Industrie, AOK, Bundesminister für Arbeit und Soziales, Familien-Ministerium, der hessische Sozialminister, die drei Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen Carstens, Mischnick und Wehner, der Leiter des Sozialamtes. Ebenfalls werden die Stadtverordneten angeschrieben, die in ihren Ausschüssen mit Behindertenfragen befaßt sind. (Wir hatten im ersten Kurs diese Stadtverordneten bereits angeschrieben, z. B.: »Als eine von vielen Behinderten in dieser Stadt würde ich gerne von Ihnen erfahren, was Ihre Fraktion in den letzten 2 Jahren für Behinderte in Frankfurt getan hat . . .« Von 18 angeschriebenen Stadtverordneten hatten 3 geantwortet, zwei von der SPD, einer von der FDP, keiner von der CDU, eine Bilanz, die für sich spricht.)
Die Reaktionen sind schwer zu erfassen. Von den Politikern reagiert keiner offiziell, inoffiziell ärgern sie sich. Nur Stadtrat Gerhardt schreibt einen beleidigten Brief, er pflege lieber Kontakt zu anderen (sicher dankbaren) Behinderten. Der Werbeleiter einer Brauerei ruft an, das sei das Dickste, was ihm je auf den Tisch gekommen sei. Als Behinderter hätte er sich einen Strick gekauft. Danach kommen wir aber ins Gespräch. Mehrere Anrufe sind anonym. Man erkundigt sich, wie das Angebot gemeint sei. Eine Sekretärin: »Ich darf nicht sagen, wer es ist.« Die Presse ignoriert den Brief, weil man gerade Weihnachtsaktionen zugunsten von Alten oder Behinderten gestartet hat (Ausnahme: die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«). Der Bayerische Rundfunk greift es auf, der Saarländische Rundfunk produziert ein Anspiel: »Was, Herr Minister, schon wieder sechs Spastiker? Wieso? Ach, die letzten haben so mürrisch dreingeblickt.« Danach werden die Hörer sachlich über die VHS-Arbeit in Frankfurt informiert.

V E R T R I E B B E H I N D E R T E -Z U M - F E S T (BzF)

Abteilung Werbung

Datum des Poststempels

Betr.: Sonderangebot Weihnacht

Sehr geehrte Damen und Herren!

Geben Sie Ihrem Weihnachtsfest eine neue Note! Wir haben für Sie eine Marktlücke entdeckt und bieten an: Behinderte zum Fest. Zu Betriebs- und Vereinsfeiern. Auch zur intimen Feier im Vorstandskreis. Ebenso zu politischen Versammlungen, Kongressen und Parteitagen. Gelegenheit zum Fotografieren: Legen Sie Ihren Arm väterlich/mütterlich um die Schultern des Behinderten, lancieren Sie dieses Foto in die Presse, Ihr soziales Image hebt sich! Bei Privatnutzung des Behinderten im Familienkreis gewähren wir Sonderrabatte. Es können auch mehrere Familien gemeinsam beliefert werden. Preise verstehen sich frei Haus, pro Stunde, ohne Mehrwertsteuer. Behinderte wahlweise männlich/weiblich. Wir liefern:

Bestell-Nr.		pro Stück
011	Rollstuhlfahrer (Standard)	8,95
012	Rollstuhlfahrer (klappriges Modell kleiner Aufpreis)	
021	Gehbehinderter, mit 1 Krücke	4,98
022	Gehbehinderter, mit 2 Krücken	6,98
031	Spastiker (Sonderpreis) ohne Sprachfehler	7,88
032	Spastiker mit Sprachfehler	11,88

Achtung: Unser Schlager:

008	Heimkinder, dankbar für jede kleine Hilfsgeste	1,95
009	Vollwaisen Aufschlag DM 1,-- pro Stück (Mengenrabatte anfragen!)	

Wie Sie wissen, leben wir in einer sinnentleerten Zeit. Geben Sie Ihrer Weihnachtsfeier eine soziale Note. Nehmen Sie Behinderte. Sie sind demütig, dankbar und bescheiden. Drücken Sie Ihnen unauffällig eine Spendenbüchse in die Hand. Eindrucksvolle Fotos! Behinderte eignen sich auch besonders zu politischen Versammlungen: sie preisen auch geringste Fortschritte!

Sollten Sie unser Angebot wahrnehmen, bitten wir Sie, an den Behinderten weder Alkohol auszuschenken noch Zigaretten anzubieten. Der Behinderte ist nicht befugt, Barzahlungen entgegenzunehmen oder zu quittieren. Wenden Sie sich in jedem Falle an den Betreuer, nie an den Behinderten, er überschaut seine Situation nicht. Auch bitten wir um Verständnis, wenn der Behinderte spätestens um 21 Uhr im Bett zu sein hat. Er ist es nicht anders gewohnt.

Unsere Behinderten sind ab sofort lieferbar (diskrete Begleitung). Wir nehmen Ihre telefonische Bestellung unter der Nummer (0611) 78 43 35 zwischen 10 - 12 Uhr und zwischen 14 - 17 Uhr entgegen.

Für die Vertriebsabteilung:

i.A. Rosemarie Heßler, Udo Gerhard
Ernst Klee, Günther Theumer, Christa Schlett,

Teilnehmer des VHS-Kursus "Bewältigung der Umwelt"

Bank: Frankfurter Sparkasse v. 1822, 359-24 262
Postscheckkonto: 257772-609 Ffm.

Geschäftsbedingungen: Reklamationen können nur innerhalb 8 Tagen nach Empfang der Ware berücksichtigt werden. Bei Reklamationen bitte Rechnungsnummer angeben. Zahlbar, falls nicht anders vereinbart, innerhalb 8 Tagen mit 2 % Skonto, 30 Tage netto. Kennwort: IRONIE

Adresse: Vertrieb Behinderte-zum-Fest (BzF)
6 Frankfurt/M. 90, Alexanderstraße 37

7. Unser Vorschlag zum Wochenende: Fahr mal im Gepäckwagen!

Behinderte und öffentliche Verkehrsmittel

Zentrales Thema dieses zweiten Kursus ist: »Behinderte und öffentliche Verkehrsmittel am Beispiel der Deutschen Bundesbahn«. Bei der Klebe-Aktion im ersten Kursus war damals ein Dienstmercedes der Deutschen Bundesbahn mitgefahren, der die Aktion beobachtete. Später war es zu einem Kooperationsangebot seitens der DB gekommen. In Stuttgart war ein Ausschuß »Benutzung der DB-Einrichtungen durch Körperbehinderte« eingesetzt worden. Dieser Ausschuß nahm Kontakt zu uns auf, nachdem innerhalb kurzer Zeit ein Konzept erstellt worden war.

Die Methode, das Thema anzugehen, kann als typisch für den Kurs gelten und soll deshalb ausführlich dargestellt werden: Mehrere Behinderte testen, wie ein Rollstuhlfahrer mit der Bundesbahn fährt. Die Behinderten oder die Nichtbehinderten suchen sich dazu einen Partner, der mit ihnen fährt (nebenbei bemerkt: bei den Tests erkrankten zwei Rollstuhlfahrer in den zugigen Gepäckwagen). Der erste Bericht ist von Christa Schlett, Spastikerin, die infolge der spastischen Lähmung auch sprachbehindert ist. Bei etwas Konzentration versteht man sie aber. Sie gab ihren Bericht schriftlich ab. Christa Schlett fährt mit ihrer Begleiterin vom Vorortbahnhof »Ostbahnhof« ab und will nach Hanau:

»An der Fahrkartenstelle reckte ich meinen Kopf, da ich den Beamten durch die Chromleisten des Schalters kaum sehen konnte und verlangte eine Fahrkarte nach Hanau. Ich sprach sehr schlecht und spürte nach den ersten Worten schon, daß der Beamte mich kaum würde verstehen können. Ich hatte recht, der Beamte schaute mich und Eva sehr hilflos an. Er hatte nichts verstanden. Eva wiederholte meine Frage. Während der Beamte die Fahrkarte heraussuchte – man muß sie üblicherweise am Automaten ziehen – konstatierte er sehr richtig: ›Das Kind braucht Sprachbehandlung!‹ Dann kramte er in Zeitschriften, reichte mir eine über den Schalter, mit der Bemerkung: ›Damit das Mädchen was zum Anschauen hat.‹

Ich bedankte mich und fragte, wie ich per Rollstuhl zum Bahnsteig zwei käme. Auch das verstand der Beamte akustisch nicht, und Eva mußte übersetzen. Daraufhin verwies er uns an einen Kollegen in den Lagerräumen, der uns mit dem Gepäckaufzug zum Gleis 2 hinauffahren könne. Eva kutschierte dann mit mir durch hohe zugige Lagerräume, wo überall Kisten und Kartons gelagert waren. Der Aufsichtsbeamte war auch gleich bereit, uns mit seinem Verfügungsrecht über den Fahrstuhl behilflich zu sein. Weil wir noch 20 Minuten Zeit bis zur Abfahrt des Zuges hatten, wollte uns der Beamte sein kleines Büro als Warteraum zur Verfügung stellen. Wir lehnten dankend ab und gingen im Bahnhofsrestaurant rasch noch einen Kaffee trinken.

Nach circa 15 Minuten kam der Aufsichtsbeamte zu uns ins Restaurant und sagte, daß wir uns bitte auf den Weg machen sollten, damit wir den Zug nicht versäumen. Wieder in den Lagerräumen angekommen, trafen wir auf zwei Lagerarbeiter, die uns zum Aufzug begleiteten und uns bestätigten – auch ohne gefragt zu sein –, daß sie mit dem Transport von Rollstühlen und Insassen schon gute Erfahrungen gemacht hätten.

Gute Erfahrungen hätten sie, weil eben einmal jährlich ein Behindertentransport nach Lourdes ging, von der Inneren Mission aus. Wir sollten da einfach einmal anrufen und dann zum Wallfahrtsort Lourdes fahren. Eva sprach mir aus der Seele: Nein, wir wollten nicht nach Lourdes, sondern einfach mit dem nächsten Zug nach Hanau.

Dann kam der Zug. Es war Zeit, daß wir uns überlegten, wie wir es mit dem Einsteigen halten würden. Der Entschluß nach kurzer Beratung war der, daß ich im Rollstuhl in den Gepäckwagen gehoben werden mußte, da die Türen zu den normalen Personenwagen für den Rollstuhl zu eng waren. Nun denn, für einen kurzen Moment wurde mirs flau im Magen, wenn ich daran dachte, daß die Männer, wenn sie die Armstützen des Rollstuhls anfaßten, diese bald in der Hand halten, ich mich aber zwischen den Schienen wiederfinden würde. Eva dirigierte aber richtig, und so wurde ich unbeschadet in den Gepäckwagen gehievt. Eva krabbelte hinterdrein, und ich versuchte zu grinsen, damit die Groteske etwas von ihrer Bitterkeit verlor. Der Gepäckwagen war leer, warm, aber ungemütlich. Eva konnte sich nicht setzen, sie hielt meinen ruckelnden Rollstuhl fest. Nach einer guten Viertelstunde waren wir in Hanau. Der Schaffner heuerte uns zwei Arbeiter an, die mich aus dem Güterzug und dann gleich den Bahnsteig hinunter trugen. Da standen wir im Hanauer Bahnhof und studierten den Fahrplan. In weniger als einer halben Stunde würde ein Zug zurück zum Frankfurter Ostbahnhof fahren.

Wieder mußten wir unsere Rückfahrkarten lösen. Eva redete

mir gut zu, damit ich es noch einmal mit dem Selbersagen versuchen sollte. Der Mann am Schalter hatte zum Berufsverkehr viel zu tun. Dennoch verstand er mich auf Anhieb. Er reagierte aber unwirsch. Fahrkarten für den Nahverkehr ziehe man bitte am Automaten. Also kehrt zur Automatenvitrine, wo schon eine kleine Menschenschlange anstand. Mist verdammter, der Schlitz zum Geldeinwurf war zu hoch. Ich kam sitzend vom Rollstuhl aus nicht dran. Wieder zurück zum Fahrkartenschalter.
Seinen Unwillen zurückhaltend verwies uns der Beamte zum Informationsbüro. Er schien sich als Ratgeber in keiner Weise für kompetent zu halten. Ein junges Mädchen aus dem Informationsbüro begleitete Eva und mich dann wieder zum Fahrkartenautomaten und löste nach dem Zulegen von einer Mark – im Hauptberufsverkehr ist eben alles teurer – mir eine Fahrkarte.
Wie kamen wir jetzt nur wieder zum richtigen Bahnsteig? Überall, in jeder Nische des Bahnhofs, stießen wir auf Treppen. Also mußten wir zur Gepäckhalle, in der durch die Erfahrung geschulten Gewißheit, daß dort sich ein Aufzug befinden müßte. Er war auch dort, und die Lagerarbeiter waren freundlich, zeigten, wo es lang ging, und fuhren gleich mit nach oben.
Die Rückfahrt war angenehmer, was wir dem Zufall zu verdanken hatten, daß die Türen um zwei Millimeter breiter waren als üblich. Ich weiß nicht, wie es kam, auf jeden Fall fanden wir uns plötzlich im normalen Personenwagencoupé wieder. Ich, im Rollstuhl sitzend, versperrte den anderen Leuten zwar den Durchgang durch das Abteil, aber auf der kurzen Strecke sagte keiner etwas dagegen, daß ich mich so breit machte. Zudem waren bei uns nur junge Leute im Abteil, denen es scheinbar sogar ein Spaß war, an mir und um den Rollstuhl herum vorbeizuklettern.
Fazit dieser Rückfahrt: Mit Lenktechnik und gutem Willen geht ein Rollstuhl (Kindermodell) in ein Personenwagencoupé. Die Tatsache besteht, ist aber in keiner Weise ein Lösungsvorschlag unseres Problems.
Ich würde sehr gerne mit den leitenden Bundesbahnleuten sprechen, ob sie es tatsächlich vorübergehend für eine Lösung halten, daß Rollstuhlfahrer auf diese Weise befördert werden: als Gepäckstücke im Gepäckwagen. Ich halte das, trotz der Einsicht, daß die Veränderung schwierig werden wird, für einen untragbaren Zustand.«

Zwei Behinderte, Bernhard Kühn und Fritz Boch, berichten von ihrem Test:
»Wir haben uns am Montag, dem 1. Oktober aufgemacht, mit dem Auto zum Hauptbahnhof, zu dritt. Am Bahnhof haben wir

uns einen Parkplatz gesucht, Rollstuhl aus dem Wagen raus, Fritz reingekarrt in den Hauptbahnhof, dort sind wir zu den Fahrplänen. Dann sind wir zum Automaten, haben eine Karte gezogen. Dann haben wir uns umgesehen nach einem Bediensteten der Bundesbahn, trafen auf einen Schaffner, und der sagte, ja, am Anfang des Zuges sei ein Güterabteil, da könne er mitfahren. Also fuhren wir zu dritt mit dem Fritz an den Anfang des Zuges und warteten auf das, was kommen würde. Es kamen sofort zwei Leute von diesem Packwagen des Nahverkehrszuges Richtung Flughafen, die haben Fritz am Rollstuhl gepackt, in den Packwagen reingehievt.

– Beinahe wäre ich zwischen die Gleise gefallen.

Die übliche Gemeinheit: es wird gleich nach den Griffen gepackt, und die sind ja nicht fest. Aber es hat gut geklappt. Wir stießen sogar (!) auf einen Mann unter den beiden, der an einem Gespräch interessiert war, haben ihm unsere Wünsche vorgetragen und gefragt, ob nicht an einen Umbau zu denken sei. Aber da wußte der gute Mann natürlich auch nicht gut Bescheid. Wir fanden uns zwar untergebracht, aber nicht besonders elegant. Bei uns war es kalt. Gepäck war gottseidank nicht viel an Bord . . .

– . . . auf der Hinfahrt.

Auf der Hinfahrt. Auf der Rückfahrt sind wir fast erschlagen worden.

– Da haben wir zwischen den Postsäcken und den Stereogeräten und zwischen Kartoffelsäcken, und was da in dem Gepäckwagen mitbefördert wurde, mitgesessen. Bei offener Tür haben wir da gefroren, als wären wir in einem Viehwagen. Da haben wir scherzhaft den Schaffner gefragt, ob sie eine Heizung hätten. Da hat er also gelacht. Von der menschlichen Seite der Bediensteten der Bundesbahn muß ich als Behinderter sagen, daß die Leute sehr, sehr höflich und hilfsbereit sind . . .«

Annedore Burgio schildert eine andere Testfahrt. Sie berichtet für den Rollstuhlfahrer, der sich bei diesem Test eine Erkältung holte:

»Ich bin mit dem Malte vom Bahnhof Mainkur, das ist in Fechenheim, nach Dörnigheim gefahren. Das ist eine Nahverkehrsstrecke. Der Bahnhof Mainkur ist in der Bahnhofshalle noch relativ gut zugänglich, es ist nur eine hohe Stufe davor, da konnte ich den Malte noch ganz gut reinziehen. Und dann ist er an den Fahrkartenschalter gegangen und wollte auch eine Fahrkarte haben, und die meinten sofort wieder: Automat, weil das ja alles im Verbundtarif liegt. Ja, an den Automaten kam er nicht dran. Hab ich ihm also die Fahrkarte gelöst, und dann haben wir festgestellt, da geht es zu sämtlichen Bahn-

steigen nur durch Unterführungen mit Treppen. Und da hat der Malte gefragt, wie er jetzt zum Bahnsteig kommt. Da meinte der Schalterbeamte sehr freundlich, ich sollte ihn wieder ausfahren und er würde dann hinten rumkommen. Wir sind also um das Bahnhofsgebäude rumgefahren . . .
Interessant, auch die Reaktion der Passanten zu beobachten: Wir standen genau an der Stelle, wo die Unterführung wieder hoch kommt, auf den Bahnsteig, und es kamen natürlich laufend Leute hoch, jeder warf mal einen Blick auf den Rollstuhl und blickte dann betreten weg.
Nun gut, dann kam der Zug. Wir haben gerade dort gestanden, wo das letzte Abteil vom Zug war. Die zwei Packarbeiter haben sich dann bemüht, den Malte durch die Tür reinzukriegen, haben da hochgehoben, hatten die Vorderräder schon halb im Abteil, und haben dann erst gemerkt, daß die Hinterräder ja gar nicht nachgehen. Und dann waren sie ganz erstaunt: Ja, das geht ja nicht, was machen wir denn da. Und da sagte schon draußen jemand, dann kann er nicht mitfahren, da paßt er ja gar nicht rein. Und muß man dazu sagen, daß Mainkur nur ein Durchgangsbahnhof ist, wo die Züge nur halten zum Ein- und Aussteigen.
Die hatten den Malte schon wieder runtergehoben auf den Bahnsteig und meinten: Dann bleibt nur noch der Gepäckwagen. Der Gepäckwagen war ganz vorne, hinter der Lok. Inzwischen waren die Leute schon alle eingestiegen, der Zugführer tanzte nervös auf dem Bahnsteig rum, was ist denn los, wir müssen weiterfahren, der Lokführer guckte ganz vorne raus, was ist denn los da hinten? Moment, wir haben noch jemanden zu verladen, haben die gesagt. Sind dann in Windeseile mit dem Rollstuhl über den ganzen Bahnsteig geflitzt zum Gepäckwagen. Und da haben wir dann den Malte reingehoben und waren im Gepäckwagen.
Der Zugführer saß derweil die ganze Zeit vorm Gepäckwagen, der hatte wohl nichts zu tun, guckte immer mal von Zeit zu Zeit nervös rein und dann ganz schnell weg, wenn er gemerkt hat, daß wir auch gucken. In Dörnigheim hat er dann noch einen Schaffner zur Hilfe geholt, die Gepäckwagentür aufgemacht und dann einfach zwei Reisende angeheuert, die am Bahnsteig standen, die sollten mal mithelfen. Da waren plötzlich drei Leute an einer Seite, haben gar nicht gedacht, daß ein Rollstuhl ja zwei Seiten hat, wollten zu dritt die eine Seite runterheben. Haben natürlich an den Armlehnen angefaßt, wobei der Rollstuhl vom Malte den Vorzug hat, daß die Armlehnen da festsitzen. (Normalerweise gehen die Armstützen raus, der Rollstuhlfahrer wäre auf den Boden geknallt.)«

Gusti Steiner, ab und zu immer noch im Kurs, berichtet:

»Ja, ich bin auch wiederholt mit der Bundesbahn gefahren, mal allein, mal mit Begleitung, und das erste Problem stellt sich an den Bahnhöfen. Es ist hier am Hauptbahnhof noch relativ einfach, den Bahnsteig zu erreichen, weil das ein Kopfbahnhof ist. Schwieriger wird es, wenn es sich um Durchgangsbahnhöfe handelt. Es ist dann immer der Bahnsteig nur zu erreichen durch die unterirdische Gepäckabfertigung, d. h. man muß erst mal versuchen, jemanden zu finden, der überhaupt bereit ist, den Weg durch diese unterirdische Gepäckabfertigung zu weisen, als nächstes stellt sich die Schwierigkeit: wer bedient den Aufzug, der zu den einzelnen Bahnsteigen führt? Meist sind die Zuständigen in dieser Gepäckabfertigung nicht bereit zu helfen. Ich habe im Laufe der Zeit gemerkt, daß die Frachtarbeiter am unkompliziertesten beispringen und den Aufzug in Betrieb nehmen und einen zum entsprechenden Bahnsteig hochfahren.

Am Bahnsteig stellt sich dann meistens die Schwierigkeit, daß man jemand finden muß, der einen in den Güterwagen reinhebt. Das sind meistens nicht Leute von der Bahnhofsmission, sondern Frachtarbeiter, denn ich habe auch schon den Versuch gemacht, die Bahnhofsmission anzurufen. Und da kommen meistens zwei sehr alte und sehr würdige Damen, bei denen man im Grunde nur noch vermißt, daß sie eine Tasse Tee bei sich tragen. Und von daher ist kein Zugang. Die Frachtarbeiter heben einen dann in den Wagen rein, eine für mein Gefühl sehr gefährliche Sache, denn ich hab dabei immer die Angst, ein kleines Kippen nach vorn und ich fall aus dem Stuhl raus. Ich hab schon die unmöglichsten Situationen erlebt, also Armlehnen raus, und ich halt mich jetzt schon immer krampfhaft mit dem linken Arm an der Rückenlehne fest. Das ist also eines der unangenehmsten Gefühle.

Und dann natürlich: die Reise im Gepäckwagen hat durchaus entwürdigende Züge. In Gemeinschaft mit verderblichem Frischfleisch, Autoersatzteilen, Expreßgütern, und die Waren sind meistens auch hochgestapelt, und ich hab das erlebt auf einer Fahrt am Rhein entlang, da saßen dann bis 2 Meter 40 hoch Kartons. Und die kamen immer ganz gefährlich ins Schwanken. Und der Bahnschaffner sah das auch und sagt: Ei, der Bursch bremst aber heut wieder, hat das aber nicht mal weggeräumt. Und dann sind dann auch die Kisten zusammengebrochen, ja, und hinter mir zu Boden gestürzt, sagt er: Ach, brauchen Sie keine Angst zu haben, ist nur Trikotage drin. Dann sagt er mir, als wir in Obernhausen hielten: Ja, jetzt haben Sie aber Glück, daß Sie hier nicht aussteigen wollen, denn hier in Obernhausen ist der Bahnsteig zu kurz. Da können wir auch kein Gepäck und Frachtgut ausladen.

Schwierig wird die Sache dann wieder bei der Ankunft. Denn meistens kann man sich wieder von Frachtarbeitern aus dem Waggon heben lassen, wenn aber die Haltezeit sehr kurz ist, wird die Sache sehr schwierig, dann kommen die Leute kaum mit ihren Transportgütern über die Runde, und es wird kompliziert, dann aus dem Güterwagen rauszukommen. Noch schwieriger ist es bei Bahnhöfen, wie beispielsweise Köln, wo man dann aussteigen muß auf der Seite für Frachtgüter. Von da ist der Bahnsteig so hoch, daß man etwa aus Schulterhöhe von den Leuten runtergehoben werden muß. Denn man muß auf dieser Seite aussteigen, denn dort sind die Gepäckaufzüge, die dann wieder über die unterirdische Gepäckabfertigung ein Verlassen des Bahnhofs ermöglichen.
Eine weitere unangenehme Situation entsteht, wenn man alleine mit dem Rollstuhl im Gepäckwagen fährt, und es steigt beim Wechsel kein Packmeister zu, und der Gepäckwagen ist leer. Da wird es also ganz kriminell. Mir ist das ein paarmal schon passiert. Da muß ich versuchen, jemanden zu finden, der also am Ankunftsbahnhof den Vorstand benachrichtigt, daß der mich dann aus dem Zug rausholt. Und das ist dann eine Glückssache. Irgendwo unterwegs reißt dann einer von außen die Tür auf und sagt: Na, ist denn da keiner drin? Und dann sag ich, doch, hier ist einer, aber kein Packmeister, und bitte den entsprechenden Bahnbeamten in Frankfurt oder im Zielbahnhof vorzumelden, daß ich komme, und in dem Augenblick ist das Risiko, ist jemand da oder ist niemand da, eine Belastung.«

Aber nicht nur Rollstuhlfahrer testen die Fahrt mit der Bundesbahn, sondern auch Nichtbehinderte. Christine Weber, leicht behindert, gab ihren Bericht ebenfalls schriftlich ab:
»Als wir den Bahnhof erreichten, wurde mir doch etwas mulmig, erst recht, als wir zu den Stufen des Eingangs kamen, ich im Rollstuhl . . . Die eine hob hinten, die andere auf der Seite vorn und versuchten, den Rollstuhl hochzubekommen . . . Mir wurde flau im Magen, spontan kamen eine ältere Frau und ein junger Mann, und gemeinsam schafften sie es.
Hildegard und Christa studierten den Fahrplan. Etwas verloren stand ich nun mit meinem Rollstuhl da, registrierte die mehr oder weniger mitleidig schauenden Passanten und harrte der Dinge, die da kommen würden. Obwohl sich das alles in ein paar Minuten abspielte, spürte ich, trotz Wolldecke, die enorme Kälte, und da wir bis zur Abfahrt noch Zeit hatten, gingen wir ins Restaurant.
Unüberwindbare Treppen zwangen uns zum Rückzug, Richtung Fahrkartenschalter. Der sehr nette junge Mann verwies uns zum Gepäckschalter. Etwas in Zeitangst rief ich dort den älteren

Bediensteten an, daß er uns zum Gleis bringen sollte. Er sah auf den Fahrplan und sagte uns: ›O. G.!‹ Christa und ich sahen uns etwas dumm an, worauf wir schließlich mitgeteilt bekamen, dieser Zug sei ohne Gepäckwagen und er das zwar bedauere, aber . . .! Etwas ärgerlich sagte ich ihm, das wäre mir egal, ich hätte die Fahrkarte und wünschte mit diesem Zug nach Hanau zu fahren, auch ohne Gepäckwagen, denn mein Rollstuhl sei zusammenklappbar und man könne mich schließlich in den Zug heben. So bequemte er sich dann, uns etwas umständlich durch die Gepäcklager zum Aufzug und aufs Gleis zu bringen, wo zwei Arbeiter zur ›Weiterbeförderung‹ abgestellt wurden. Ich kochte innerlich ziemlich und riß mich zusammen, um den Leuten gegenüber nicht ausfällig zu werden. Schließlich kam der Zug und siehe, mit Gepäckwagen ohne Gepäck. Mit einer Selbstverständlichkeit hoben die Männer mich in den Gepäckwagen, auch sehr sicher. Ich glaube, darin hatten sie ein bißchen Übung. Auf unsere Frage, was denn dann in Hanau geschehe, sagten sie uns, es würde telefoniert. Etwas demoralisiert traten wir die Fahrt im Gepäckwagen an. Der Zugbegleiter, der hier ein Plätzchen zum Sitzen und Schreiben hatte, war sichtlich verlegen und verzog sich dann stillschweigend auf sein Stühlchen.

– Ohne daß er nach den Fahrkarten gefragt hat!

In Hanau angekommen öffnete er die Tür und schaute hinaus. Da sich nichts tat, sprang er heraus und nach einer Weile kam er mit zwei Beamten heran. Christa erklärte ihnen, sie dürften nicht an den Lehnen anfassen, und prompt, die Männer waren dabei, mich herauszuheben, fiel die rechte Lehne heraus und mit einem recht unsanften Stoß landete ich auf der Erde und Christa beinahe auf der Nase. Die Beamten waren ziemlich erschrocken und fragten, ob ich mir wehgetan hätte, was ich mit einem mißglückten Lächeln verneinte. Wieder die Prozedur zum Aufzug, durch dunkle Gänge, ich bekam auf einmal plötzlich den Gedanken ›Schlachtvieh‹, gelangten wir, eine ziemlich hohe Bordsteinkante überwindend, zum Auto, wo ich mit sichtlicher Erleichterung aus dem ›rollenden Gepäckstück‹ stieg. Auf die Frage, ob ich so etwas noch einmal tun würde, sagte ich ja, aber heute nicht mehr.«

Welche Rolle die Tests für die Bewußtseinsbildung spielen, zeigt ein Bericht von Hagen Stieper und Dorit Eckstein, beide nicht behindert. Sie fuhren vom Hauptbahnhof Frankfurt nach Offenbach, eine kurze Strecke. Hagen Stieper berichtet und bemerkt dabei nicht, wie seine Sprache passivisch ist. Er spricht in der Leideform, nicht in der Aktivform. Der Rollenwechsel vom Nichtbehinderten zum Rollstuhlfahrer schlägt sich in der

Sprache nieder: » . . . daß die Dorit mich vor die Tür gefahren hat . . . und mich dann hinausbugsiert hat und auf den Stuhl gesetzt hat . . . dann hat mich die Dorit hineingeschoben in die Bahnhofshalle.«
Seine Begleiterin bringt das Auto weg. »Da stand ich dann erst mal, hab' mir die Fahrpläne angeguckt in Ermangelung von etwas Besserem, und es fiel mir auf, daß man im Rollstuhl immer wieder wartet, immer irgendwo sitzt und ein paar Minuten, die einem ziemlich lange vorkommen, wo man nichts zu tun hat, dann dasitzt und wartet, während der andere Besorgungen macht, mal Blumen holt und dergleichen mehr.«
Er berichtet nun, daß sie die Fahrkarten aus dem Automaten ziehen mußten. Auf die Rückfrage, ob er an den Automaten herangekommen sei, d. h. ob er das Geld in den Schlitz werfen konnte, fällt ihm auf: »Ich hab' den Automaten gar nicht bedient, das hat die Dorit für mich gemacht.«
Beide gehen in die Cafeteria. Ein Mann am Tisch liest erst mal demonstrativ die Zeitung, um nicht ins Gespräch kommen zu müssen. Hagen Stieper hat sich vorher über seine angenommene Behinderung, Kinderlähmung, informiert. Als seine Begleiterin die Cafeteria kurze Zeit verläßt, erkundigt sich der Tischnachbar nach der Behinderung. Darüber kommen sie ins Gespräch. Als die Begleiterin wieder auftaucht, bricht der Mann das Gespräch sofort wieder ab, denn die »Betreuung« ist ja wieder da.
Hagen Stieper wird gefragt: Was hat die Dorit dir alles abgenommen? Sie hat die Automaten für dich bedient, den Schaffner geholt, was noch? Antwort: »Auch sonst, in Offenbach z. B. hat sie den Schaffner wieder angesprochen. Vor der Rückfahrt standen wir noch etwas auf dem Bahnsteig herum, da haben wir uns ein bißchen mit dem unterhalten. Das war so, daß ich auf eine ganz bestimmte Sache geantwortet habe oder gefragt habe, und er hat der Dorit geantwortet. Das ging immer im Dreieck. Von Dorit zu mir herunter, von mir wieder hinauf zum Schaffner und von ihm auf der gleichen Ebene der Köpfe dann weiter.«
Eine weitere Frage: »Der hat sich demnach nicht mit dir unterhalten, sondern mit Dorit? Sie hat offensichtlich ganz selbstverständlich eine Betreuungsfunktion übernommen?«
Dorit Eckstein: »Ich habe mit einer Selbstverständlichkeit für ihn geredet.«
Hagen Stieper: »Ich habe immer wieder versucht, mich in das

Gespräch einzubringen. Das hat aber nicht hingehauen. Der Schaffner hat zwar meine Fragen gehört, aber, wie gesagt, mir nicht geantwortet.«

Es ist sehr deutlich, wie sehr das Rollenbild prägt. Hagen Stieper ist ja nicht betreuungsbedürftig, er hat sich nur für diesen Test in den Rollstuhl gesetzt und wird gleich wie ein Schwerpflegebedürftiger behandelt. Dies geht auch aus dem Fortgang der Erzählung hervor: »Ich habe eine ziemlich schwache Blase. Bei der Toilette war auch keine Stufe, alles lief wunderbar glatt, nur die Türen waren zu eng. Ich wollte in der Kneipe ursprünglich ein Bier trinken, bin dann aber bei einem kleinen Klaren geblieben wegen der Flüssigkeitsmenge. Dann hat mir der Kellner rausgeholfen.« Zu seiner Begleiterin: »Den hast du wieder angesprochen. Dann sind wir zum Bahnhof zurück. Da habe ich wieder draußengestanden und habe gewartet, bis die Dorit Karten geholt hat.«

Der Begleiterin ist diese Befürsorgung gar nicht aufgefallen. »Bleib' mal da! Ich hol' jetzt Blumen«, hat sie z. B. gedankenlos gesagt. Dann fällt ihr ein: »Da hättest du doch genauso mitgekonnt?«

An dieser Stelle kommt ein Einwand: »Er hätte die Blumen selber kaufen können!«

Dorit Eckstein: »Oder selber kaufen können, aber der Gedanke ist mir gar nicht gekommen. Das war für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich jetzt alles machen muß.«

Hagen Stieper: »Dazu kam noch, daß du mich geschoben hast, also von hinten dich mit mir unterhalten hast. Und wenn ich was gesagt habe, hast du das zwar irgendwie mitgekriegt, aber ziemlich oft falsch verstanden und seelenruhig weitergeredet. Du hast auch teilweise das Gegenteil von dem gemacht, was ich gesagt habe.«

Dorit Eckstein: »Ich habe unheimlich gebrüllt, das habe ich erst hinterher gemerkt. Ich habe dich nicht verstanden und dann immer lauter geredet. Wenn ich dich verstehen wollte, mußten wir praktisch stehenbleiben, ich habe mich dann ein Stückchen runtergebeugt . . .«

An diesem Dialog wird klar, wie leicht man in eine Betreuungsfunktion hineingerät, obgleich sie nicht notwendig ist. Sie ist lediglich von der Rolle vorgegeben, nicht von der Realität.

Wer Forderungen, seien sie auch noch so legitim wie in diesem Falle, durchsetzen will, muß wissen, ob die Umwelt überhaupt das notwendige Wissen hat, diese Forderungen zu un-

terstützen. Deshalb testen Rosemarie Heßler als Rollstuhlfahrerin, Udo Gerhardt und Rainer Haake (ein ZDF-Mitarbeiter, der nach einem Film über den Kurs Mitglied geworden ist) die Passanten:

1.
– Können Sie sich vorstellen, wie ein Rollstuhlfahrer mit der DB fahren kann?
– Eigentlich nicht. Rein technisch schwer möglich.
– Und wenn ich jetzt am Zug stehe?
– Wie kommen Sie denn überhaupt zum Zug hin? Schon alleine der Bahnhof bietet überhaupt keine Möglichkeiten. Rolltreppen und Treppen. Sperren.
– Wir müssen bei vollem Preis in den Gepäckwagen.
– Gepäckwagen?
– Gepäckwagen!
– (2. Passant mischt sich ein:) Ja, können Sie denn nicht vom Gepäckwagen ins Abteil weiterfahren?
– Nein, das geht nicht (wird erklärt, warum).
– Dann müßten Sie genaugenommen den Preis bezahlen für Gepäck.
– Wäre es eine Möglichkeit, sich mal an die Bundesbahn zu wenden?
– Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, aber viel Erfolg haben Sie bestimmt nicht.
– (2. Passant:) Da gibt es doch auch bestimmt bei der Bahn einen bestimmten Service, daß Sie reingetragen werden, daß der Rollstuhl zusammengeklappt wird, daß es so Rotkäppchen gibt wie am Flughafen, sowas.
– Nein, die gibt's nicht. Die Bahnhofsmission hat meistens so ältliche Leute.
– Davon abgesehen können nicht alle Rollstuhlfahrer aus dem Rollstuhl raus.
– Wenn Sie schon im Gepäckwagen fahren müssen, dürfen Sie nur den Preis für normales Stückgutgepäck zahlen, wenn das auch hart klingt.
2.
– Können Sie sagen, wie ein Rollstuhlfahrer in die DB kommt?
– Ne, kann ich nicht sagen, hab ich mir überhaupt noch keine Gedanken drüber gemacht.
– Wenn Sie nun am Bahnhof wären und ich stünde mit meinem Rollstuhl da und wollte in den Zug, wie stellen Sie sich das vor? Soll ich ins Abteil getragen werden, soll ich in den Gepäckwagen kommen?
– Natürlich ins Abteil. Das ist doch selbstverständlich. Warum denn in den Gepäckwagen!

3.
– Können Sie sich vorstellen, wie ein Rollstuhlfahrer mit der DB fahren kann?
– Ich habe mir noch weiter keine Gedanken darüber gemacht. Paßt der Rollstuhl nicht zur Tür rein, oder warum sollte er nicht fahren können ...? Ich hab mir noch nie Gedanken darüber gemacht, es scheint ein Problem zu sein, mit dem ich zum erstenmal konfrontiert werde. Gibt's keine andere Möglichkeit als im Gepäckwagen Fahrende?
– Bis jetzt hat die DB die Lösung nur darin gesehen, daß sie uns in den Gepäckwagen verfrachtet hat und daß wir für diesen Gepäckwagen vollen Fahrpreis bezahlen.
– (Entsetzenslaute) Das halte ich absolut ... das ist recht, daß Sie mich informieren, das halte ich absolut nicht für richtig ... Das ist eine Zumutung ... das ist eine Zumutung, eine Zumutung.

Die Tests vermitteln das nötige Wissen, folgen muß die Diskussion, wie die festgestellten Mängel beseitigt werden können. Das Angebot der Bundesbahn löste eine heftige Strategie-Diskussion aus; etliche Teilnehmer wehren sich gegen eine Kooperation und wollen die Konfrontation. Eine Behinderte: »Der Körperbehinderte ist seit zig Jahren vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten worden, das allein gibt uns das Recht auf eine Konfrontation. Außerdem: Ich demonstriere nicht, sondern zeige nur meine Problematik auf.«
Schließlich wird die Kooperation angenommen. Ein Fernsehteam des NDR erhält eine Dreherlaubnis, die allerdings den Aktionsradius stark einschränkt. Die Deutsche Bundesbahn stellt sich auf unsere geplante Demonstrationsfahrt ein. Es soll sogar ein Drei-Stufen-Alarm und Einsatzplan geben. Bahnbedienstete von anderen Bahnhöfen sind offensichtlich in Zivil abgeordnet, um »unauffällig« zu helfen. So heben Gusti Steiner beispielsweise neun (!) Mann in den Gepäckwagen, wofür sich der eigens mit Begleitung aus Stuttgart angereiste Bundesbahnoberrat Johannes Wohlfromm quasi entschuldigt: Da hätten auch welche geholfen, die nicht bestellt gewesen seien.
Am Hauptbahnhof patroulliert ein Aufgebot unauffälliger Zivilisten mit Funksprechgeräten. Eine Rot-Kreuz-Schwester ist auch abgestellt, das hohe Lied der Bahn öffentlich zu singen. Die Bahn alarmiert allerdings – nach unseren Informationen – die falsche Strecke, die nach Heidelberg. Wir fahren nach Wiesbaden, steigen in Mainz um und fahren von dort nach Frankfurt zurück. Unterwegs steigen Behinderte ein und aus.

UNSER VORSCHLAG ZUM WOCHENENDE:

FAHR MAL IM GEPÄCKWAGEN!

Behinderte im Rollstuhl müssen, wenn sie mit der Deutschen Bundesbahn fahren wollen, im Gepäckwagen fahren. Sie werden dort gemeinsam mit Geflügel, leicht verderblichem Frischfleisch und Paketen befördert. Dennoch zahlen sie den vollen Personentarif. Weitere Schwierigkeiten: Eine Toilette ist weder im Bahnhof noch im Zug zugänglich. Immer wieder versperren Treppen und zu enge Türen den Zutritt. Im Nahverkehr (Verbund) hängen die Automaten zu hoch.

Behinderte des VHS-Kursus "Bewältigung der Umwelt" haben die DB getestet ("Bei offener Tür haben wir da gefroren als wären wir in einem Viehwagen"). Auch Nichtbehinderte haben im Rollstuhl mitgetestet ("mir wurde ganz flau im Magen"). Ergebnis: Das DB-Personal ist freundlich, wenn auch wegen der Umstände verlegen. Frankfurter Bürger, die wir in Straßeninterview befragten, hatten keine Ahnung, wie es den Rollstuhlfahrern (und Gehbehinderten!) ergeht. Doch alle Befragten unterstützten die Interessen der Behinderten, normal mit dem Zug zu fahren.

Die DB hat inzwischen einen Arbeitskreis eingerichtet "Benutzung der DB-Einrichtungen durch Körperbehinderte". Dieser Ausschuß hat bisher schnell gearbeitet. Der VHS-Kursus ist als Gesprächspartner mit einbezogen. Unterstützen Sie uns und die DB mit Vorschlägen. Drängen Sie mit, daß die DB für Behinderte zugänglich wird.

Der VHS-Kursus hat im Sommer in der Innenstadt ein öffentliches Rollstuhltraining veranstaltet und u.a. erreicht, daß die Post zugänglich wird. Kommen Sie und unterstützen Sie die Interessen und Rechte der Behinderten! Wir treffen uns dienstags um 19 Uhr in der Volkshochschule, Frankfurt am Main, Oederweg 1-3.

Wolfram Helmer Ernst Klee

Ffm., 16.11.1974

In Wiesbaden sehen die Teilnehmer, die mit dem Auto vorausgefahren sind, wie vor Einlaufen des Zuges sich die hilfreichen Zivilisten einstellen und auf den Einsatz warten. Als dem Zug, durch das Umsteigen in Wiesbaden, Verspätung droht, meint der Einsatzleiter: »Heute spielt das keine Rolle.« In Mainz fragt ihn der Fahrer des Zuges: »Wohin soll ich denn fahren?« Es ist ein fahrplanmäßiger Zug. Die Anwesenheit des Fernsehens provoziert gestellte Wirklichkeit.
Die Nachbesprechung bringt Kritik: Wir hatten einen Samstag gewählt, mit dem Ergebnis, daß außer Funk und Fernsehen nicht ein einziger Journalist erschienen ist, denn die haben ihren dienstfreien Tag. Rainer Haake: »Wenn man eine Aktion macht, und es entsteht keine Konfrontation, ist sie auch nicht journalistisch auswertbar und bringt keine Öffentlichkeit.« Es war nur ein öffentliches Zur-Schau-Stellen von Problemen, das von der Bahn durch einen Großeinsatz von Personal mit der Taktik der Non-Konfrontation zur Einebnung der Probleme verurteilt war. Als kurz zuvor Versehrtensportler nach Frankreich gefahren waren, hatte es noch ein Fiasko gegeben, obgleich die Fahrt angekündigt worden war. Da half keiner (»Gehen Sie doch zur Bahnhofsmission«), aber da war auch kein Fernsehen dabei.
In der Nachbesprechung wird das Mißtrauen gegenüber Kooperationsangeboten von Institutionen (»Konfliktverhinderung«) laut. Wir spielen die Strategie der Bundesbahn im Rollenspiel noch einmal nach. Es wird beschlossen, daß, wenn uns die Bundesbahn hintergeht, ein Intercity-Zug blockiert werden soll.

Nachtrag

Die Deutsche Bundesbahn hat in der vergangenen Woche Behinderte und Behindertenvertreter nach Würzburg zu einer Konferenz geladen. Thema: Die Benutzung der Bahn durch Behinderte. Daß auch Rollstuhlfahrer in eigener Sache anreisen könnten, hatte man offensichtlich nicht bedacht: Sie mußten sich über 35 Stufen quälen, um in den Konferenzsaal zu gelangen.
Allein im ersten Halbjahr 1974 registrierte die Bahn offiziell rund 28 000 Hilfeleistungen für Rollstuhlfahrer, 45 000 für Schwerbehinderte und rund 20 000 für Blinde. Die Bahn geht davon aus, daß unter rein kommerziellen Gesichtspunkten

Verbesserungen für Schwerbehinderte nicht zu vertreten sind. Die Beförderung von Schwerbehinderten sei vielmehr dem sozialpolitischen Bereich zuzuordnen. Denn, so wird der Geschäftsführer der g-u-t-Reisen zitiert: »Im heutigen Massen- und Computerzeitalter ist alles, was aus der Norm fällt, was nicht ›normal‹ ist, ein Handicap.«

Immerhin, die Bahn will künftig bei Neubauten und bei der Entwicklung neuer Fahrzeuge auch an die Behinderten denken. Was die Beförderung angeht, so verlangt die Bahn, daß ein Reisender selbständig fahren muß. Ist der Reisende Rollstuhlfahrer, muß ihn eine Person begleiten.

In der Praxis genießen Kriegsbehinderte und durch einen Arbeitsunfall Behinderte besondere Vergünstigungen, beispielsweise die kostenfreie Fahrt des Begleiters. Dies möchte die Bahn künftig allen Behinderten gewähren. Die Bundesregierung hat bereits einen entsprechenden Gesetzesvorschlag eingebracht. Doch die Vorlage ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Ob die Bundesregierung das Gesetz dennoch im Bundestag einbringt, ist zweifelhaft. Da die sogenannten Zivilbehinderten, im Gegensatz zu den Kriegsopfern, keine Lobby haben, könnte der Entwurf sang- und klanglos verschwinden. Die Öffentlichkeit wird das kaum erregen.

Die Bahn selbst hat einen eisenbahngerechten Rollstuhl entwickeln lassen, dessen Konstruktion kein, dessen Finanzierung aber ein erhebliches Problem darstellt. Dieser eisenbahngerechte Rollstuhl wäre wesentlich schmaler als die bisher gebräuchlichen (»Bundesbahn für Dünne«). An bestimmten Bahnhöfen soll ein Pool mit den passenden Rollstühlen eingerichtet werden.

Die Bahnhöfe sollen in Zukunft hindernisfrei zu erreichen sein, eine Annehmlichkeit, die nicht nur Rollstuhlfahrern, sondern allen Bahnkunden zugute kommt. Die entsprechenden Zugänge werden mit Bildzeichen, sogenannten Piktogrammen, gekennzeichnet. Gleiches gilt für rollstuhlgeeignete Fernsprechzellen, Toiletten (die Finanzierung soll der Bund übernehmen) und Parkplätze.

Die Bahn will eine Informationsschrift herausgeben, aus der ein Behinderter sieht, an welchen Bahnhöfen eine Hilfe beim Ein-, Aus- und Umsteigen geleistet wird, wer diese Hilfe leistet (beispielsweise die Bahnhofsmission), wie man diese Stelle erreicht und unter welcher Telephonnummer man seine Ankunft melden kann.

Die Bahn hat für die baulichen Maßnahmen einen Betrag von rund fünf Millionen Mark errechnet, ein vergleichsweise geringer Betrag, der auch älteren Reisenden, Fahrgästen mit Gepäck, Frauen mit Kinderwagen und Gehbehinderten zugute käme. Doch die Finanzierung ist ungeklärt. Hier muß der Bund beweisen, daß ihm die Behinderten diesen – in der Relation – minimalen Betrag wert sind.

In diesem Jahr haben sich erstmals zahlreiche Behindertengruppen zusammengeschlossen, um eine Gleichbehandlung mit den Kriegsbehinderten und Unfallopfern zu erreichen. Die Behindertengruppen organisieren zur Zeit eine Sternfahrt nach Bonn, um die Politiker auf ihre Probleme hinzuweisen. Sie sind es leid, sich länger diskriminieren zu lassen. Sie wollen nicht weiterhin zwischen Geflügel und Frischfleisch im Gepäckwagen transportiert werden. Und sie wollen jenem Staatssekretär eine Antwort geben, der behauptet hat, Rollstuhlfahrer führen auf eigenen Wunsch zwischen Federvieh und Frachtgut. Sie sind es leid, daß in der Öffentlichkeit die neuen Behindertengesetze gepriesen werden, von deren Existenz sie in der Praxis jedoch nur wenig merken. Sie sind lange genug auf die Zukunft vertröstet worden.

Jetzt müssen die Politiker handeln. Dem Behinderten, der im kalten Gepäckwagen reist, zusätzlich zum Fahrpreis noch einen Aufschlag für seinen Rollstuhl und zusätzlich für die Begleitperson zahlen muß, kommt es zynisch vor, wenn sein politischer Vertreter diesen Zustand bestehen läßt. Denn die Abgeordneten fahren mit dem TEE oder im Intercity. Kostenfrei.

Ernst Klee

Aus: »DIE ZEIT«, Nr. 50, 5. Dezember 1975

8. Fahrradschläuche auf Rezept

Aktivitäten des dritten Kursus. Lernen im Handeln

Der erste Kursabend des dritten Kursus findet im Kommunalen Kino statt. Zehn Tage lang zeigt das Kommunale Kino, in Zusammenarbeit mit der VHS, »Behinderte im Film«. Die Auftaktveranstaltung beginnt mit einem Patzer. Der WDR-Film »Demonstration – Körperbehinderte kämpfen gegen Vorurteile und Diskriminierung in der Öffentlichkeit«, ein Protokoll von Klebe-Aktion, Rollstuhltraining, Straßenbahnblockade und Kursdiskussion, soll gezeigt und mit Vertretern öffentlicher Institutionen diskutiert werden. Doch der Film ist auf dem Postweg gelöscht worden. In einer zweiten Veranstaltung werden Kurzfilme aus dem Angebot für die Bildungsarbeit vorgeführt. Filme, die in Schulen über Behinderte informieren (oder auch nicht), werden aus der Perspektive der Betroffenen auf ihre Brauchbarkeit geprüft.
In diesem Kurs wird experimentiert. 40 von insgesamt 60 Teilnehmern kommen kontinuierlich. Das sind die Teilnehmer, die von Anfang an dabei sind, einen Erfahrungs- und Aktionsvorsprung haben, zum anderen jene, die neu zum Kurs gestoßen sind. Die Arbeitsgruppen treffen sich alle in der Gesamtgruppe. Den Verlauf bestimmen die Kursteilnehmer weitgehend selber. Die Kursleiter Rosemarie Heßler, Annedore Burgio und ich halten sich zurück, fungieren praktisch als Teilnehmer. Zum Teil verfolgen die Arbeitsgruppen alte Themen weiter, sie verarbeiten die unbewältigten Reste. Die Gruppe, die sich weiter mit der Bundesbahn befaßt, Vorschläge der Bahn durchdiskutiert, Fehler nachsieht, Alternativen aufstellt, Verhandlungen führt, besteht nur aus alten Teilnehmern: Annedore Burgio, Udo Gerhard, Rosemarie Heßler, Dieter von Zahn und Gusti Steiner, der von Heidelberg aus mitmacht. Diese Gruppe kann allein arbeiten.
Schwierig ist es in den Gruppen, in denen neue Teilnehmer sind, aber alte Themen aufgegriffen werden. Da verlieren die Arbeitskreise viel Zeit, um die neuen Teilnehmer in die Pro-

blematik und Methodik einzuführen. Die Arbeitsgruppe, die sich ironisch »Arbeitsgruppe: Was tun? Die brennendsten Fragen der Bewegung« nennt (Annemarie Gocht, Alice Lewin, Hagen Stieper): »Vom Kurs geht ein ganz schöner Gruppenzwang aus, daß die einzelnen Verpflichtungen übernehmen, wo man, besonders wenn man neu ist, Angst hat, daß man das nicht schaffen kann und dann untendurch ist. Diese Ansprüche, die die Gruppe an die einzelnen stellt, sind wohl auch im Laufe der Zeit ziemlich gewachsen. Für neue Leute ist manchmal etwas ein Anspruch, was für die Alteingesessenen eine Selbstverständlichkeit ist.« Zu berücksichtigen ist auch, daß neue Teilnehmer ihre Kursgebühr bezahlen, um dafür Wissen vorgesetzt zu bekommen, geschult und belehrt zu werden, dann aber werden sie in den Gruppenprozeß hineingezogen, um aus der Erfahrung, aus der Praxis zu lernen.
Die Arbeitsgruppe »Die brennendsten Fragen der Bewegung« analysiert: »Das Nebeneinander der Arbeitsgruppen zerbröselt die Kontakte, die man so locker im Kursplenum durch den ganzen Raum hatte. Andererseits kommt durch die Arbeitsgruppen schneller und besser was zustande, als wenn alle alles machen.« Der Preis, der für schnellere Arbeit zu zahlen ist, ist zu hoch. Denn die Entscheidungsprozesse der Einzelgruppen werden nur von dem Arbeitsteam getragen und mitvollzogen, die Gesamtgruppe wird nicht an diesem Lernprozeß beteiligt.
Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit einem internen, für die Betroffenen aber um so wichtigeren Thema: Was passiert, wenn der Rollstuhl repariert werden muß? Ein Servicedienst für defekte Rollstühle ist im Bundesgebiet weder geregelt, noch gibt es eine Kooperation der verschiedenen Institutionen. Der praktische Ablauf, wenn ein Rollstuhl defekt ist, ist grotesk. Der Rollstuhlfahrer muß zuerst zum Arzt (Was ist, wenn er nicht mehr mit dem Rollstuhl fahren kann, weil der Gummischlauch des Rades defekt ist?). Der Arzt (nicht etwa ein Techniker) muß nun den Schaden am Rollstuhl attestieren und – bleiben wir am Beispiel Gummischlauch – einen Gummischlauch verschreiben. Dann muß der Behinderte seine Krankenkasse erreichen (wie?). Ein Kostenvoranschlag der Werkstatt bzw. des Sanitätshauses ist einzuholen und von der Kasse zu genehmigen. Ist der Behinderte nun vom Sozialamt abhängig, muß er unter Umständen drei bis vier Wochen auf die Reparatur warten. Mir ist ein Fall bekannt, wo eine Be-

hinderte durch fremdes Verschulden ihren Rollstuhl nicht mehr benutzen konnte und ein Jahr auf einen neuen Rollstuhl warten mußte.
Dem Arbeitskreis ist es gelungen, wenigstens eine Liste der zu Rollstuhlreparaturen zugelassenen Firmen (sowas gibt es!) zu erstellen. Die Verhandlungen mit den Ärztekammern dauern noch an.

Wer zu seiner Hilflosigkeit steht, der schimpft nicht mehr; hält dem anderen nicht alles Unrecht auf dieser Erde entgegen, sondern teilt und trägt es mit ihm im helfenden Bemühen, so gegensätzlich die Anschauungen auch sein mögen.

ABC der Schwerbeschädigtenfürsorge, S. 175

Ein Vorteil, Probleme nicht dozierend zu vermitteln, sondern im Tun, ist der, daß sich der einzelne engagiert. Bei einer reinen Wissensvermittlung, beim Dozieren, läßt einen der Konflikt kalt, weil man ihn abstrakt dargeboten bekommt. Als Handelnder wird der Teilnehmer unmittelbar beteiligt. Er kann sich nicht mehr so einfach distanzieren. Das Handlungsschema: Probleme aufgreifen, zu sammeln, zu sortieren, dann die Sache auf ihre Veränderbarkeit im Blick auf die Beteiligten durchzuspielen und schließlich die Verantwortlichen zu stellen, läßt sich als Handlungsmodell auch auf andere Konflikte übertragen. Und noch etwas kommt hinzu: Unangenehme, unattraktive Aufgaben werden ohne Schwierigkeiten miterledigt. Beispiel dafür ist die Arbeitsgruppe, die die Zahl der Behinderten in Frankfurt und die Arbeitsplatzsituation der Behinderten ermitteln soll. Das Thema ist nicht zu bewältigen, wenn man sich nicht informiert, was im Schwerbehindertengesetz steht. Das Gesetz zu lesen, ist abstrakt und damit langweilig, die Bedeutung wird auch nicht klar. Bei der Beschäftigung mit dem Thema merken die Teilnehmer, daß sie ohne Kenntnisse nicht auskommen, daß sie wissen müssen, welche Aufgaben beispielsweise ein Schwerbehindertenvertrauensmann hat etc. Nun lesen sie das Gesetz zielgerichtet, d. h. sie wissen, wie notwendig die Kenntnis ist. Das Abschlußprotokoll gerade dieser Arbeitsgruppe erscheint dem Kursus so erschreckend und dringlich, daß beschlossen wird, die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation der Behinderten im nächsten Kurs als einziges Thema anzugehen.

Abschlußprotokoll zur Zahl der Behinderten und Arbeitsmöglichkeiten von Behinderten in Frankfurt/M.

Überträgt man die Zahl des Mikrozensus auf die Stadt Frankfurt/M., so sind hier zur Zeit ca. 50 000 Behinderte. Etwa 30 000 davon sind im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren.
§ 4, Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes vom 29. 4. 1974: Private Arbeitgeber und Arbeitgeber der öffentlichen Hand, die über mindestens 16 Arbeitsplätze verfügen, haben auf wenigstens 6 von Hundert der Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen.
§ 8, Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes vom 29. 4. 1974: Solange Arbeitgeber die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter nicht beschäftigen, haben sie für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe von 100 DM zu entrichten. Die Zahlung der Ausgleichsabgabe hebt die Pflicht zur Beschäftigung nicht auf.
Da diese Abgaben jährlich entrichtet werden, liegen zur Zeit noch keine Angaben darüber vor.
Das Arbeitsamt erfaßte im März 1975 270 arbeitslose und arbeitssuchende Schwerbehinderte.
Im Monat Dezember wurden 13 Behinderte an Betriebe vermittelt.
Voraussagen für das 1. Quartal 1975: 40 – 60 Kündigungen, demgegenüber 10 Einstellungen.
Unter den Begriff Behinderte fallen nach Angaben des Arbeitsamtes: Kriegsbeschädigte, Körperbehinderte von Geburt an, Rehabilitationsfälle (Behinderung durch Unfall oder Erkrankung) und psychisch Erkrankte.
Nach dem neuen Schwerbehindertengesetz bleibt es dem Arbeitgeber überlassen, Angaben zu machen über die Zahl der Beschäftigten, über die Zahl der behinderten Beschäftigten und über Abgaben, falls 6 % der Arbeitsplätze nicht von Behinderten besetzt sind. Diese Angaben werden von keiner staatlichen Stelle überprüft.
Nach Angaben von Herrn Lübke (vom Arbeitsamt) sieht die Praxis so aus, daß er mit dem Arbeitsplatzsuchenden von Betrieb zu Betrieb fahren muß, um ihn »anzubieten«. Nimmt der Betrieb zum Beispiel einen Schwerbehinderten, so ist es nach dem neuen Schwerbehindertengesetz möglich, daß die Anrechnung eines Schwerbehinderten auf mehr als einen Pflichtplatz

zulässig ist (§ 7, Abs. 6,7). Hinzu kommt noch, daß das Arbeitsamt im ersten und zweiten Jahr noch 80 bis 90 % der Lohnkosten zahlt. Kleineren Betrieben werden außerdem noch Zuschüsse für eventuelle Umbauarbeiten zugestanden.

Zur Arbeitssituation von Behinderten bei der Stadt Frankfurt am Main:

Die Stadt Frankfurt beschäftigt z. Zt. ca. 20 000 Arbeitnehmer. Demnach müßten nach der 6 %-Klausel mindestens 1200 Schwerbehinderte oder Gleichgestellte beschäftigt werden. Die erreichte Quote liegt allerdings nur bei ca. 3,07 %, das heißt zwischen 600 und 700 Beschäftigten.

Das Versorgungsamt ist z. Zt. die einzige Einrichtung, die der 6 %-Forderung nachkommt. Bei anderen Einrichtungen, wie z. B. U- und S-Bahn wird argumentiert, daß hier aus Gründen des Berufsbildes keine Schwerbehinderten eingesetzt werden könnten. Hier muß man jedoch entgegenhalten, daß auch solche Einrichtungen eine Verwaltung haben, in der ohne weiteres Schwerbehinderte arbeiten können.

Auch die Volkshochschule hält die 6 %-Forderung nicht ein: von 160 Mitarbeitern sind 2 behindert!

Sowohl die Stadt als auch andere Firmen flüchten sich in das Argument, daß nur 20 % der Schwerbehinderten eine Ausbildung haben und deshalb nicht eingestellt werden könnten. In Wirklichkeit finden jedoch auch ausgebildete Behinderte nur schwer einen Arbeitsplatz. Viele Firmen und Ämter versuchen mit dem Scheinargument, keine geeigneten Arbeitsplätze für Behinderte zu haben, sich die Zahl der zu beschäftigenden Behinderten vom Arbeitsamt herabsetzen zu lassen. Zu diesem Problem läuft z. Zt. eine Fragebogenaktion des Arbeitsamtes. Für unsere weitere Arbeit ist es wichtig, hierzu vom Arbeitsamt die Ergebnisse zu bekommen, die etwa Ende Juni zu erwarten sind.

Elisabeth Stadtherr, Alfred Schneider, Wolfgang Manke, Udo Kalbfleisch

9. Die Rolle der Massenmedien

Die Bereitschaft der Massenmedien, zu kooperieren, ist eines der erfreulichsten Kapitel. Bereits in der zweiten Sitzung, davon war schon die Rede, ist im Kurs die Funktion der Massenmedien besprochen worden. Man sah Presseberichte als Pseudo-Aktivitäten der Gruppen, einen Zeitungsartikel als eigene Handlung an. Die Massenmedien, so die Einigung im Kurs, sollen nichts anderes sein als Multiplikator der Eigenaktivitäten der Gruppe, sie sollen bestehende Probleme in die Öffentlichkeit hinein übersetzen, Informationen vervielfachen.
Darüber ist eingehend diskutiert worden. Als die Postaktion vorbereitet wurde, mußte über die Umsetzung gesprochen werden. Ein Funktionär sagte damals: »Wenn ein Rudel (!) Rollstuhlfahrer kommt, sieht das nicht nach Demonstration aus? Wäre es nicht beeindruckender, wenn der Beobachter abends ruhig an seinem Biertisch auf seinen Bildschirm guckt und sieht, wie sich da ein *einzelner* Rollstuhlfahrer müht und quält, in dieses Postamt reinzukommen?«
Diese Art der Darstellung beschränkt das Problem von Behinderten (und anderen Randgruppen) auf die Einzelrolle und vermittelt die Täuschung, es sei nur ein individuelles Problem, es ließe sich auch auf der individuellen Ebene lösen. Der Vorschlag bedeutet Bestätigung und Fortschreibung des alten Rollenbildes des Behinderten: einsam, arm, zerquält. Dies wird untauglich, wenn man Selbstbewußtsein trainieren will. Und das Fernsehen hat an der Elends- und Almosenfigur des Behinderten, am Rollenvorbild, verhängnisvoll mitgewirkt durch Mitleidsmasche und Spendenschau. Unsere Aufgabe ist es, dieses Rollenbild zu durchbrechen und individuelle Konflikte in den Gesamtzusammenhang zu stellen, deutlich zu machen: das individuelle Problem ist lediglich exemplarisch für . . .
Der Kurs versteht sich nur stellvertretend für andere Gruppen, die nicht den gleichen Bewußtseinsstand erarbeiten können

oder nicht über ähnliche Möglichkeiten verfügen. Es geht nie um Reklame für die Gruppe oder Personen, sondern es geht nur darum, exemplarische Konflikte stellvertretend anzugehen, durchzustehen und öffentlich zu machen.
Wir haben beobachtet, wie schwer sich viele Journalisten tun, vom Mitleidsvokabular wegzukommen. So wurden Konflikte verharmlost, weil die Stereotype vom Behinderten keine gesellschaftlichen Konflikte und kein politisches Handeln kennt. Die meisten Journalisten sind jedoch zum Lernen bereit gewesen, das Interesse versiegte nicht nach dem Schreiben eines Artikels oder nach einer Sendung. Hervorzuheben ist, daß Marlies Nehrstede als Redakteurin der Frankfurter Rundschau und Rainer Haake, als Mitarbeiter des ZDF, engagiert beim Kurs weiter mitgemacht haben.
Vier Fernsehteams seien im einzelnen skizziert, weil sie sehr unterschiedliches Verhalten mit unterschiedlichen qualitativen Ergebnissen zeigten:
Erstens ein Team des ZDF: Der Aufnahmeleiter, der durch die Filmarbeit Kursmitglied geworden war, war in den Kurs integriert. In seiner Begleitung ein Team einer privaten Filmgesellschaft, das vom ZDF mit dem Drehen des Beitrags beauftragt worden war. Das Team ließ Punkt Feierabend das Drehen sein und verpaßte z. B. die Straßenbahnblockade deswegen. Die Haltung ist typisch für viele Fernsehteams und -beiträge. Man dreht irgendein Thema ab, ohne inhaltlich einzusteigen. Das mögen heute Behinderte sein, morgen ist es ein Bundesligaspiel, übermorgen eine Show mit einem Schlagerstar, man hält halt die Kamera drauf und schlußaus.
Zweitens ein Team vom Hessischen Regionalfernsehen: Geplant war ein 5-Minuten-Beitrag, wie er eben jeden Tag, jede Woche kommt. Der Film, auf Rollenspielen basierend, vermittelte selbst wenig Information. Das Team hatte überhaupt keinen Bezug zum Kursus. Der Aufnahmeleiter gefiel sich darin, mit einer Stoppuhr am Hals herumzulaufen, die er wie ein Schmuckstück trug, und kam sich vielleicht gut und wohltätig vor.
So stellt sich ein Macher dar, ein Halbgott, der sich herabläßt, für den alle springen müssen, dem die Wege geebnet werden, den man bedient, um gut wegzukommen und der es gewohnt ist, daß man ihm zu Willen ist. Im Anschluß an die Aufnahmen im Kurs drehte das Team noch in der Kneipe. Die Fernsehleute hinterließen eine Rechnung für Speisen und Getränke

von 23 DM. Sie schämten sich nicht, daß die Behinderten ihr Bier von den paar Mark Sozialhilfe bezahlen müssen, um dennoch großkotzig ihre Rechnung zu hinterlassen.
Drittens ein Team des WDR: Der Beitrag (10 Minuten) bezog sich weitgehend auf die Selbstdarstellung des Kursus durch die Kursleiter und einiger Aussagen, die im Kurs gemacht wurden. Anfangs auch hier die Haltung, die Story abzudrehen. Auch hier die selbstverständlich gewordene Distanzierung, die Objekthaltung.
Nachdem die ersten Aufnahmen »im Kasten« waren, wie der Jargon heißt, sollten die nächsten Aufnahmen in der Stadt gemacht werden. Die Hilflosigkeit im Umgang wurde deutlich, als wir (Gusti Steiner und ich) uns zum Mittagessen miteingeladen hatten. Nun mußte Gusti Steiner mitgenommen werden. Er sollte mit dem Dienstmercedes fahren. Das Helfen beim Einsteigen überließen sie dem Kameraassistenten, dem kleinsten in der Hierarchie. Zwei Autos standen zum Fahren jetzt zur Verfügung: der Mercedes und ein alter Renault. Alle rannten zum klapprigen Wagen, aus unbewußter/halbbewußter Scheu vor dem Behinderten. Wir haben das Team mitlernen lassen, den Rollstuhl schieben lassen, den Umgang trainieren lassen. So entstand ein guter Kontakt. Nur unsere rüde Sprache bereitete ihnen Schwierigkeiten, weil man doch »so« nicht mit einem Behinderten spricht. Wenn dieses Team wieder mit dem Thema Behinderte konfrontiert sein wird, weiß es, wie man mit einem Rollstuhl umgeht, daß man sich normal verhält. Auch das Fernsehteam muß am Lernprozeß beteiligt werden.
Viertens nochmals ein Team des WDR, der Vor-Ort-Redaktion: Dieses Team nahm vorher an den Kurs-Sitzungen teil und war beim Drehen dann schon integriert, im Bild, auf der Höhe des Geschehens, weil man wußte, um was es geht. Der Film protokollierte die Aktionen, kommentarlos, ließ die Aktionen selber sprechen.

10. Behinderte am Arbeitsplatz

Der vierte Kurs enthüllt einen sozialpolitischen Skandal

Im Sommer 1975 schreibt die Volkshochschule alle zuständigen Stellen an: »Nichtbehinderte und Behinderte wollen gemeinsam versuchen, die Situation der Behinderten in Frankfurt darzustellen: Stellung der Behinderten am Arbeitsplatz bzw. bei der Arbeitsplatzsuche und Probleme der Behinderten in der Freizeit. Wie Sie wissen, sind in den letzten Monaten zahlreiche Behinderte entlassen worden. Gemeinsam wollen wir herausfinden, was in Frankfurt zu tun ist, was besser gemacht werden könnte; welche Einrichtungen sich mit diesen Problemen befassen; welche Bedeutung die politischen Stellen der Arbeit Behinderter zumessen.
Es geht uns darum, alle mit diesen Problemen Befaßten und alle Interessierten an einen Tisch zu bringen und gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten. Deshalb wären wir froh, wenn Sie uns einen verantwortlichen Mitarbeiter Ihrer Einrichtung nennen könnten, mit dem wir den Termin für ein Vorgespräch ausmachen. In diesem Vorgespräch würden dann auch die Einzelheiten des Kurses besprochen und ein Themenplan für die einzelnen Abende aufgestellt.« Auf dieses Angebot des Fachbereichsleiters Wolfram Helmer melden nur zwei Stellen ihre vage Bereitschaft an. Das Interesse, gemeinsam die Probleme anzugehen, ist nicht groß. Man weiß allerdings, wie sich herausstellen wird, auch warum man fern bleibt.
Am 30. September beginnt der Kurs, zu dem etwa hundert Besucher einmal oder mehrere Male kommen. 35 Teilnehmer kommen immer. Das Verhältnis der Behinderten zu den Nichtbehinderten nähert sich wieder dem Verhältnis 50 : 50.
Am ersten Kursabend wird das neue Programm durchdiskutiert und von den Teilnehmern beschlossen. Am zweiten Kursabend berichtet eine Rollstuhlfahrerin über ihre Situation am Arbeitsplatz; die Teilnehmer sind schockiert:

»Die haben mich angepriesen wie trockene Brötchen . . .«
Tonbandprotokoll

Ich habe eine Lehre als Kaufmann begonnen. Bei der zweiten Lehrlingsuntersuchung wurde eine Krankheit festgestellt. Aber bei der Arbeit war das nicht festzustellen. Dann habe ich meine Lehre beendet, ganz gewöhnlich. Und dann bin ich später angestellt worden. Und dann hat's angefangen. Da war das mittlerweile so weit, daß ich allein nicht mehr gehen konnte. Da bin ich von einer Kollegin auf die Toilette geführt und später wieder abgeholt worden. Mein Vater hat mich zum Arbeitsplatz gebracht.
Nachdem ich ungefähr ein Jahr gearbeitet hatte – da habe ich voll gearbeitet – war plötzlich von einem Tag auf den anderen mein Schreibtisch woanders, da bin ich auf einen Notbehelfsplatz gesetzt worden. Ich habe da nicht mehr als Industriekaufmann arbeiten können. Da habe ich dann Privatbriefe geschrieben für den Chef. Der war Vereinsvorsitzender, also seine Vereinspost. Er hatte noch einen Kurs belegt, und da habe ich ihm seine Ingenieur-Arbeit geschrieben. Und ich habe mich da gar nicht weiter drum gekümmert, ich habe ja gar nicht gewußt, was ich für Rechte habe. Den (Schwerbehinderten-)Vertrauensmann habe ich nur einmal kurz gesehen. Und was ich als Behinderter da für Rechte habe, das habe ich nicht gewußt.
1973 kam ich in Kur. Da habe ich einen Rollstuhl bekommen. Da habe ich aufgemuckt und mich dann in der Firma bei allen möglichen Leuten beschwert, weil ich keine ordentliche Arbeit habe. Das hat nichts genützt. Daraufhin haben wir dann an die Hauptfürsorgestelle geschrieben, mein Vater und ich. Das war überhaupt komisch. Wenn ich in der Firma aufgetreten bin, da haben sie nicht richtig ordentlich mit mir geredet. Da wollten sie mit meinem Vater reden, also haben sie mich nicht für voll genommen.
Dann hat sich die Hauptfürsorgestelle nicht mehr gemeldet. Dann hat mein Vater angerufen, was los ist mit dem Brief. Ja, sie hätten sich mit der Firma, mit dem Personalchef, in Verbindung gesetzt, und sie könnten in meinem Fall gar nichts unternehmen, weil ich ja ein reiner Pflegefall wäre.
Da hat mein Vater gefragt: Ja, inwieweit? – Ja, sie muß auf die Toilette gebracht werden, braucht da noch Hilfe hinter der Toilettentür. Die sind da furchtbar ins Detail gegangen. Ich

soll ja froh sein, daß ich überhaupt einen Arbeitsplatz hab', daß ein Arbeitgeber zu sowas bereit wäre. Und da bin ich natürlich aus allen Wolken gefallen. Denn: das stimmt ja gar nicht. Ich hab' da niemals Hilfe benötigt.
Ich hab' gleich dem Vertrauensmann Bescheid gegeben. Der hat dann dem Betriebsrat Bescheid gesagt, daß da irgendwas im Gange ist. Da haben die auf unser Bestreben eine Sitzung einberufen mit zwei Männern von der Hauptfürsorgestelle, Betriebsrat und Vertrauensmann, der Kollegin, die das angeblich gemacht haben soll (die Hilfe auf der Toilette) und meinen Abteilungsleiter und den Personalchef. Auf der Sitzung ist dann allerdings nur auseinandergeklaubt worden, was ich alles für körperliche Mängel habe. Die haben sich gar nicht daran gestört, daß ich dabei sitze und bei allem zuhöre. Daß ich nicht voll einsatzfähig wäre. Das mit der Toilettengeschichte ist gar nicht erwähnt worden. Ich weiß heute noch nicht, wer dieses Gerücht in die Welt gesetzt hat. Jedenfalls hat der Personalchef dann gesagt: Gut, wir lassen uns irgendetwas einfallen, daß wir eine neue Arbeit bekommen für Fräulein B. Der von der Hauptfürsorgestelle hat dann die Pflichtzahl um 2 gesenkt. Ich gelte für zwei (Pflicht-)Plätze.
Jetzt ist in meinem Dabeisein bei den anderen Abteilungen angerufen worden, ob sie mich nehmen wollen. Haben mich da angepriesen wie ein trockenes Brötchen. Und schließlich hat sich die EDV meiner erbarmt. Da bin ich hingekommen, aber die hatten räumlich keinen Platz für mich. Da bin ich in ein Einzelbüro gekommen. Zuerst war mir das ganz lieb. Damit konnte ich ja beweisen, daß das Gerücht, das da im Umlauf war, nicht stimmt, also daß ich auch allein zurechtkomme. Da hatte ich dann für circa vier Wochen Arbeit, und dann hab' ich wieder dagesessen und hatte nichts zu tun. Da habe ich da ein bißchen gelernt: Englisch und EDV und so. Und hab' dann noch dazu in anderen Abteilungen angerufen und um Arbeit gebettelt, da das Personalbüro nichts unternommen hat. Anfang Mai dieses Jahres habe ich den Vertrauensmann angerufen. Der ist gekommen, und ich habe gesagt: Ich will kündigen und stelle einen Rentenantrag mit der Begründung, daß ich in der Firma keine Arbeit bekomme.
Ich hab' das Gesetz daliegen, hab' mir da einige Punkte rausgeschrieben. Hab' unter anderem erwähnt, daß damals, als sie mir den Schreibtisch woanders hingestellt hatten, da hätte eigentlich eine Änderungskündigung erfolgen müssen. Da

wäre automatisch das Arbeitsamt eingeschaltet worden. Aber das haben die ja damals nicht gemacht, die haben das so hintenherum gemacht. Und daraufhin, als ich mit dem Gesetz gewunken habe, da sind die plötzlich munter geworden.
Da bin ich noch am gleichen Tag versetzt worden, in ein Büro, da war ich nicht mehr allein drin, da war noch 'ne Kollegin. Und am nächsten Tag habe ich Arbeit vom Personalbüro bekommen.
Jetzt habe ich mich gefreut, jetzt ist alles okay, und plötzlich, die nächste Woche, da kam plötzlich ein Typ von der Hauptfürsorgestelle und hat sich meinen Arbeitsplatz angeguckt. Was ich denn will, ich hab' doch Arbeit. Ich soll den Leuten doch nicht so auf die Nerven fallen und herumtelefonieren und um Arbeit betteln. Damit würde ich der Firma einen Kündigungsgrund in die Hand geben. Und die vom Arbeitsamt würden dann einer Kündigung bestimmt zustimmen. Ich soll nur ruhig sein und eventuell soll ich mir eine Handarbeit oder sowas mitbringen – und das mach ich jetzt.
Also ich habe mich da hintenherum, also nicht über den Personalchef oder Abteilungsleiter, mit den anderen Kollegen abgesprochen, daß sie mir was geben, wenn sie etwas haben. Und da bekomme ich vom Export was und von der Normung und Verkauf und vom Lohnbüro bekomme ich was.

– Welche Arbeiten bekommst du dann, sind das qualifizierte Arbeiten?

Eigentlich nicht. Also für die Normung muß ich z. B. Fotokopien in einen Ordner einkleben, daß die schön nach Automaten geordnet sind. Und für den Export schreibe ich vorgedruckte Auftragsbestätigungen. Das einzige, was mal außer der Reihe ist, ist die Anzahl der Kopien, die gemacht werden muß. Und für's Lohnbüro trage ich was mit der Maschine ein, was eigentlich schon mit der Hand vorgeschrieben ist. Und das ist mein Stand heute: Kostenstellenmäßig gehöre ich zur EDV, hör' aber nichts mehr von denen. Mein Vorgesetzter ist der Personalchef. Arbeit bekomme ich von der Normung, vom Export und vom Lohnbüro. Und sitzen tu ich im Verkauf. Und sonst, wenn ich keine Arbeit habe, da lese ich und mach' halt Handarbeiten. Das hat auch noch nie jemanden gestört. Ich habe immer gemeint, wenn ich das offen mache, da kommt jemand und sagt etwas. Aber da kommen höchstens die Leute rein und fragen mich nach dem Muster, das ich mache.

– Was arbeitet deine Kollegin, die mit dir ist?

Im Verkauf.

– Ihr arbeitet doch in einem Raum. Was macht die da?

Ja, sie kann mir nicht viel abgeben. Aber ich bin froh, daß ich da sitze, denn da sitz' ich nicht mehr allein. Die gibt mir auch so mal was zum Ablegen oder so.

– Als die Fürsorgestelle dir geschrieben hat, du wärst ein Pflegefall . . .

Das haben die gar nicht geschrieben, ich habe ja nichts in der Hand von der Behauptung. Ich weiß nur, was mir der Vertrauensmann hintenherum gesagt hat. Und demnach soll die Kollegin, die mich früher immer auf die Toilette gebracht hat, die soll das gesagt haben. Aber ich weiß nicht, wie weit das stimmt. Und schriftlich habe ich gar nichts. Da habe ich nur die Durchschläge von den Briefen, die ich geschrieben habe.

– Du hast nie eine schriftliche Antwort bekommen?

Von der Hauptfürsorgestelle – nie.

– Bist du im Haus unabhängig, könntest du überall hinkommen mit dem Rollstuhl? Kriegst du die Aufzugstür allein auf?

Ja, die Kraft habe ich.

– Und du kommst auch selber rein?

Ja, im Betrieb habe ich die Fußstützen nicht dran, da kann ich an die Tür.

– Haben sie dir einmal eine Begründung gegeben, daß sie dich zwar voll bezahlen, dir aber keine entsprechende Arbeit geben?

Eigentlich nicht. Sie haben immer die Begründung gehabt, ich sei nicht so beweglich wie andere, komme also nicht an alle Ordner ran, an alle Aktenschränke, obwohl, das ist schon von mir bewiesen, da komm ich ran, bis oben hin. Und daß sie mich irgendwie nicht voll belasten können, daß ich unter Druck arbeite, das haben sie alles selber festgestellt; aber wie sie das festgestellt haben, das ist mir unbegreiflich, denn die haben mich ja noch nie unter Druck arbeiten lassen.

– Mich interessiert, warum du das noch so ironisch erzählen kannst. Heißt das, daß du darüber stehst?

Ja.

– War das immer so?

Nein, nein, um Gottes Willen. Bevor ich im Rollstuhl gelandet bin, ich habe dagesessen ohne Arbeit, da war ich ziemlich am Boden zerstört. In der Kur damals, wie ich zum erstenmal im Rollstuhl gesessen hab', da habe ich erst gemerkt, was ich alles leisten kann.

– Wie viele schwerbehinderte Beschäftigte gibt es bei euch im Betrieb?

Ich würde die persönlich kennen, die haben ja ihre Sitzungen einmal im Jahr, aber da kann ich nicht hin. Das ist am anderen Ende vom Fabrikgelände. Bis ich dort bin, hab' ich x Löcher in den Reifen, weil überall Metallspäne rumliegen. Ich bin ja die einzige im Rollstuhl. Und von den (200) Angestellten bin ich sowieso die einzige Behinderte.

– Der Vertrauensmann muß doch für deine Belange eintreten?

Der Vertrauensmann kann nicht so auf den Tisch schlagen und sagen, jetzt macht mal, was ich sage, der ist auch machtlos.

– Je länger du häkelst, desto weniger wirst du dann in dem Beruf was leisten können. Was mich primär stört, daß man deine Fähigkeiten verkümmern läßt, dich so allmählich geradezu in eine Abhängigkeit befördert hat, daß du immer weniger in der Lage sein wirst, die Arbeiten auszuführen, die du mal gelernt hast.

Das ist mir klar, aber ich kann einfach nichts ändern dran. Ich hab' mich mal bei einer anderen Firma beworben, da ist nichts draus geworden. Die haben sich nicht mehr gemeldet.

– Hast du dich als Behinderte beworben?

Ja, die hatten einen Fragebogen, da steht drin: Bestehen körperliche Schäden?

– (Chor:) Das steht überall drin.

Nach der Ausbildung arbeitslos

Tonbandprotokoll

Im Kurs sind zwei Mädchen, Zwillinge, im Rollstuhl, die zum Büropraktiker bzw. zum Bürokaufmann ausgebildet wurden, beide arbeitslos:

Naja, dann habe ich meine Lehre beendet gehabt, im Sommer '75. Ich wollte mich dann um Stellen bewerben, war auf dem Arbeitsamt. Und da haben sie gesagt, daß sie sich bemühen werden um Stellen. Ich habe bei der Prüfung mit 'ner »zwei« abgeschnitten wie meine Schwester. Und die haben dann nach einer Weile bei uns angerufen und gesagt, daß sie keine Stellen für uns hätten, weil die Arbeitslage so schlecht wäre. Daraufhin haben wir dann an den Oberbürgermeister geschrieben, ob er uns eventuell eine Arbeitsstelle besorgen könnte. Und der hat dann gesagt, daß er sich die Sache persönlich vornehmen würde.

– Mmmh, das hat nichts geholfen?

Nein. Der hat uns einen Brief zugeschickt, daß eventuell nächstes Jahr einer anfangen könnte, bei der Stadt, aber nur einer . . . Er hat gesagt, er meldet sich dann wieder nächstes Jahr. Vorher ist nichts drin . . .

– Was haben euch denn die Lehrer in eurer Ausbildungsstätte gesagt?

Die haben gesagt, am Anfang, vor unserer Lehre, daß sie uns eine Arbeitsstelle geben. Ja, wir haben uns da auf das Angebot der Lehrer festgelegt, sonst hätten wir uns schon vorher bemüht um eine Stelle. Vor einem Jahr haben wir das Arbeitsamt angeschrieben wegen einer Stelle, und dort hat der Sachbearbeiter gesagt, er bearbeitet das, es gäbe keine Schwierigkeiten, eine Stelle zu bekommen. – Und jetzt haben wir immer noch keine. Jetzt beziehen wir immer noch Sozialhilfe.

– Als eure Ausbildung zu Ende war, was haben da die Lehrer gesagt?

Die haben gesagt, da wäre ja dieses Rehabilitationszentrum in K. Aber das war ja eigentlich, wie soll ich sagen, wie eine Beschäftigungstherapie, also so wie . . . wie . . .

– (Chor:) Praunheim! (Beschützende Werkstatt)

Also mehr für geistig Behinderte.

– Aber ihr seid doch ausgebildet?

Ja, aber weiter haben sie sich nicht darum bemüht. Zuerst haben sie gesagt, daß da eine Arbeitsstelle wäre, aber hinterher haben sie gesagt, daß das so wie Praunheim ist. Ich meine, dafür habe ich ja nicht gelernt.

– Wie viele waren in dem Kurs und sind entlassen worden wie ihr?

Vielleicht 30.

– Und wer hat von den dreißig eine Arbeit?

Drei.

»Wenn ich mich wehre, habe ich es mit allen verdorben«

In der nächsten Woche berichtet die behinderte Kursteilnehmerin, die mangels Arbeit an ihrem Arbeitsplatz häkelt, daß ihre Eltern sehr besorgt reagiert haben, daß im Kurs von ihren Schwierigkeiten berichtet und Lösungsmöglichkeiten diskutiert worden waren: »Vielleicht ist es doch besser, nichts zu machen, obwohl ich weiß, je länger ich jetzt ruhig bin . . .«, sie führt den Satz nicht zu Ende, sondern formuliert neu: »Aber eine neue Arbeit finde ich niemals.« Sie hat ausgesprochen Angst: »Wenn ich mich wehre, habe ich es mir in der Firma mit allen verdorben.« Eingeschlossen in diesen Satz ist auch der Schwerbehinderten-Vertrauensmann.
Eine andere Rollstuhlfahrerin berichtet von ihrer Umschulung in einer für ihre medizinische Qualifikation besonders berühmten Einrichtung. Dort sind meistens Querschnittsgelähmte untergebracht. Sie können nicht allein aus dem Haus, das am Berg liegt, weil ein Rollstuhlfahrer die Steigungen nicht schafft, zudem liegt das Haus an einer Schnellstraße. Ein Schild verbietet Fußgängern, die Straße zu überqueren, da Lebensgefahr besteht: Fußgänger sollen die Unterführung benutzen. Doch die Unterführung ist durch Treppen für Rollstuhlfahrer nicht passierbar, sie müssen über die Straße.
Die Einrichtung liegt (wie so viele) ein paar Kilometer vom nächsten (kleinen) Ort entfernt. Die Bewohner sind mehrfach isoliert, haben nicht einmal eine richtige Kantine, trinken un-

mäßig. Wenn man mittags beim Essen sitzt, schwebt zum dritten Mal der Unfall-Hubschrauber ein und bringt wieder einen Rückenmarks-Verletzten. Meist sind es junge Leute, die mit dem Problem, von der einen zur anderen Sekunde querschnittgelähmt zu sein, nicht fertig werden. Die Kursteilnehmerin hat ihre Umschulung abgebrochen, sie war dem Selbstmord nahe.

Eine andere Teilnehmerin, gehbehindert, hat in der gleichen Einrichtung ihre Ausbildung absolviert wie die Zwillinge. Auch sie erzählt, die Lehrer hätten zu Beginn der Ausbildung eine Arbeitsstelle für später garantiert, die sich dann als Platz in einer Beschützenden Werkstatt herausstellte. Mit der Abschlußfeier (»daß wir uns bewähren im Beruf«) wurde sie ins Leben katapultiert. Die Ausbildung geschah nur schulmäßig, während ein Lehrling in der freien Wirtschaft am Arbeitsplatz ausgebildet wird, einen Betrieb in der Praxis kennengelernt hat. Ein Dreivierteljahr suchte sie eine Arbeitsstelle, bei einem Dutzend Firmen hat sie sich beworben, die manchmal erst absagten, als sie merkten, da bewarb sich eine Behinderte. Ihre Arbeitsstelle fand sie schließlich auch nicht über das Arbeitsamt, sondern über Zeitungsannoncen. Als sie in ihrem Betrieb anfing, konnte sie nicht einmal telefonieren. Sie mußte sich eine Wohnung suchen, Arbeit, ein Auto finanzieren, alles auf einmal und ohne Vorbereitung.

Eine andere behinderte Teilnehmerin, Rollstuhlfahrerin, suchte eine Arbeit im Bonner Raum. Ein großes Kaufhaus suchte eine Telefonistin: »Da hab' ich mich vorgestellt. Telefonisch haben sie mir eine Zusage gemacht. Aber als ich sagte, ich sitze im Rollstuhl, da hörte ich förmlich seinen Kiefer klappern. Und da er gesagt hatte, die Stelle ist frei, konnte er mir nicht im gleichen Atemzug sagen, die Stelle ist belegt (Krankenhausausdruck!). So bat er mich denn, zu kommen. Als ich ihn wieder verlassen hab', diesen Personalchef, sagte ich: Also der schreibt mir ab, auf jeden Fall. Und er tat es auch. Er hat mich nicht angerufen, er hat ein vorgedrucktes Kärtchen geschickt: die Stelle ist belegt. Und im Bonner Anzeiger stand immer noch: gesucht.«

Eine Freundin von ihr erfuhr davon, eine Boulevardzeitung griff die Geschichte auf: »Alle haben Mitleid – aber keiner hilft.« Ein einziger Arbeitgeber meldete sich. Nun arbeitet sie seit sechs Jahren bei dieser Firma. Ist sie zufrieden? –: »Ich arbeite wie ein Normaler, daher mucke ich auch wie ein nor-

maler Mensch auf, wenn mir was nicht paßt.« Sie wird gefragt, ob sie das Gefühl hat, nur aus Mitleid beschäftigt zu werden: »Nein, die brauchen mich, wenn ich nicht da wäre, gäb's Schwierigkeiten.«

Entfernung eines behinderten Diakons aus dem kirchlichen Dienst

Ein Teilnehmer ist Diakon und arbeitete in einem Fliedner-Krankenhaus, einer Einrichtung des evangelischen Theodor-Fliedner-Werks. Am 16. Oktober 1973 bekam er – er ist Rollstuhlfahrer, arbeitete in der Verwaltung – diesen Brief:

Lieber Bruder Z!

Im Frühjahr ds. Jahres sprachen wir in L. kurz über Deinen Gesundheitszustand und über die Möglichkeit einer Rentenbeantragung durch Dich. Heute muß ich mich in dieser Angelegenheit schriftlich an Dich wenden, da ich bisher nichts von Dir gehört habe.

Du wirst festgestellt haben, daß die Verwaltungsarbeit zunehmend schwieriger wird und an den einzelnen Mitarbeiter auch erhebliche psychische und physische Anforderungen stellt, die Dir auf die Dauer in diesem Umfang nicht zuzumuten sind.

Darum bitte ich Dich, unverzüglich die notwendigen Schritte zur Beantragung der Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente einzuleiten und mich noch in diesem Jahr über den Stand der Angelegenheiten zu informieren. Es ist Dir sicher bekannt, daß der Arbeitgeber bei Zweifel an der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit und der Belastbarkeit eines Mitarbeiters die Pflicht hat, eine amtsärztliche Untersuchung in die Wege zu leiten.

Es wäre besser, wenn die Initiative hierzu von Dir ausginge.

Die Möglichkeit einer Änderungskündigung behalten wir uns in jedem Fall vor.

Mit freundlichen Grüßen!

gez.: Personaldezernent

Am 5. März 1974 schreibt das Theodor-Fliedner-Werk noch einmal an den lieben Mitbruder, der sich nicht abschieben lassen will:

Lieber Bruder Z!

Heute muß ich mich erneut in der Frage Deiner vollen Erwerbsfähigkeit an Dich wenden, da ich auf mein letztes Schreiben von Dir noch keine endgültige Antwort erhalten habe. Ich muß Dich jetzt auffordern, amtsärztlich klären zu lassen, ob für Dich Aus-

sicht auf eine Teilrente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit besteht, da wir sonst von unserem Recht einer Änderungskündigung Gebrauch machen müssen. Ich bitte Dich, die Angelegenheit in Deinem eigenen Interesse zügig zu behandeln.
Mit freundlichen Grüßen
gez.: Personaldezernent

Am 21. Juni platzt dem Theodor-Fliedner-Werk die Geduld. Der »liebe Bruder« wird zum »sehr geehrten Herrn«, »freundliche Grüße« hat er sich verscherzt und mit dem »Du« ist es auch vorbei:

Sehr geehrter Herr Z!
Sie haben leider unserer wiederholten Bitte, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, nicht entsprochen. Da unsererseits auch weiterhin Zweifel an Ihrer vollen Dienstfähigkeit bestehen, fordern wir Sie unter Berufung auf § 7,2 BAT in Verbindung mit § 59 BAT auf, sich einer amtsärztlichen Untersuchung zur Feststellung des Grades Ihrer Erwerbsfähigkeit zu unterziehen.
Der für Sie zuständige Amtsarzt ist ... beim Kreisgesundheitsamt ... Sollten Sie sich weigern, die Untersuchung vornehmen zu lassen, ist eine Voraussetzung zur Kündigung nach § 54 BAT gegeben (vgl. § 19,3 Schwerbeschädigtengesetz).
Im übrigen berührt die Aufforderung zur Untersuchung nicht die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes.
gez.: Ltd. Direktor
gez.: Personaldezernent

Der so Zurechtgewiesene kündigte selbst und arbeitet heute bei einer anderen kirchlichen Einrichtung.

Befragung prominenter Arbeitgeber

Nach dem Schwerbehindertengesetz müssen öffentliche wie private Arbeitgeber 6 % ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten oder ihnen Gleichgestellten besetzen. Andernfalls müssen sie pro Mann und pro Monat eine Ausgleichsabgabe von 100 DM zahlen. Die Zahlung entbindet nicht von der Beschäftigungs*pflicht*. Im Kurs wird ein Fragebogen entworfen, der an etwa 120 der bedeutendsten Frankfurter Arbeitgeber verschickt wird:

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Kurs der Frankfurter Volkshochschule »Bewältigung der Umwelt« beschäftigt sich in diesem Herbst mit dem Problem der Behinderten am Arbeitsplatz, bzw. bei der Arbeitsplatzsuche. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit. Als Teilnehmerin dieses Kursus wäre ich Ihnen im Interesse der Behinderten für eine baldige Antwort der nachstehenden Fragen dankbar.
Ich füge eine Kopie dieses Schreibens für Ihre Unterlagen bei, so daß Sie die Fragen direkt auf diesem Bogen beantworten können.
Belegschaftszahl:
davon Behinderte:
Zahlen Sie eine Ausgleichsabgabe?
Wieviel?
Haben Sie einen Schwerbehinderten-Vertrauensmann?
Wie können wir ihn erreichen?
Welche Ausbildungsmöglichkeiten haben Sie für schulentlassene Behinderte?
Stellen Sie Behinderte ein?
Können wir uns deshalb an Sie wenden?
Wie viele Behinderte wurden im letzten Jahr eingestellt?
Wie viele Behinderte wurden im letzten Jahr entlassen?
Mit freundlichen Grüßen

Je ein Exemplar des Fragebogens geht an die Geschäftsleitung und an den Betriebsrat. Etwa ein Drittel der Angeschriebenen antwortet, meist die Geschäftsleitung. Die einen behaupten, sie zahlen die Ausgleichsabgaben, die anderen formulieren hinhaltend, wiederum andere sind ehrlich und schreiben, daß sie keine Ausgleichsabgabe zahlen (bisher zahlt tatsächlich niemand).
Die Pflichtquote erreichen nur zwei Betriebe: die Landwirtschaftliche Rentenbank und die Deutsche Bundesbahn. Drei Betriebe erreichen nicht einmal zwei Prozent: Telefonbau & Normalzeit 1,4 %, Henninger Bräu 1,5 %, und am schlechtesten schneidet die Volkshochschule ab mit 1,1 %. Die meisten derjenigen, die geantwortet haben, machen gar keine Angaben. In einem Fall (Degussa) ruft ein Mitarbeiter bei Kursleiterin Rosemarie Hessler an und sagt, man habe einmal (!) einen Epileptiker gehabt. Der habe mit seinen Anfällen das ganze Büro verstört und für die Produktion seien Behinderte nicht geeignet.
Hier einige Auszüge aus den Antwortschreiben:

1. Der Polizeipräsident:
Insbesondere begrüße ich es, daß Sie sich als Teilnehmerin eines Kurses an der Frankfurter Volkshochschule im besonderen Maße mit den Problemen von Behinderten am Arbeitsplatz beschäftigen. Haben Sie jedoch bitte Verständnis dafür, daß ich die von Ihnen gestellten Fragen im Hinblick auf die mir in Personalangelegenheiten besonders obliegende Schweigepflicht nicht im einzelnen antworten kann. Darüber hinaus erscheint mir die Einbeziehung der Vollzugspolizei, an die in gesundheitlicher Hinsicht erhöhte Anforderungen vom Gesetz her gestellt werden, in Ihre Umfrage nicht geeignet . . .

2. Die Oberpostdirektion:
. . . Wegen der z. Z. bei der Deutschen Bundespost bestehenden Einstellungssperre sind wir nicht in der Lage, weder gesunde noch schwerbehinderte Arbeitskräfte neu einzustellen.

3. Die Allgemeine Ortskrankenkasse:
. . . der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt am Main waren die Probleme der Schwerbehinderten schon immer ein Anliegen. So war es für uns selbstverständlich auch die durch das Schwerbehindertengesetz vom 29. April 1974 gebrachten Verbesserungen für die Schwerbehinderten zu beachten. (Konkrete Angaben: keine)

4. Der Hessische Rundfunk:
. . . Je nach Art der Tätigkeit sind überwiegend rundfunkbezogene Ausbildungen, entsprechende Berufserfahrungen, besondere Befähigungen und künstlerische Begabungen sowie oft uneingeschränkte körperliche Eignung Voraussetzung. Es gibt also bei einer Rundfunkanstalt eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, die wegen ihrer speziellen Eigenart oder Aufgabenstellung mit Schwerbehinderten im Sinne des Gesetzes nicht besetzt werden können . . .
(Auf die Frage: Zahlen Sie eine Ausgleichsabgabe? antwortet die Geschäftsleitung: Bisher noch nicht – der Betriebsrat: ja)

5. Die Main-Gaswerke:
Leider ist es uns nicht möglich, die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Behinderten zu beschäftigen . . . Der Neueinstellung von Behinderten stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, soweit ein Mindestmaß an nützlicher Arbeit geleistet werden

kann. Diese Anforderungen halten wir jedoch sowohl im Unternehmensinteresse als auch im Interesse des Behinderten selbst für unerläßlich.

6. Die Binding-Brauerei:
Von einer Beantwortung Ihres Fragebogens möchten wir jedoch Abstand nehmen, weil wir glauben, daß keine allgemein gültigen Erkenntnisse aus dem Erhebungsergebnis unseres Unternehmens (Naßbetrieb) gewonnen werden können.

7. Die Landesversicherungsanstalt Hessen:
Wie sich in letzter Zeit herausgestellt hat, befinden sich unter den Bediensteten der Landesversicherungsanstalt Schwerbehinderte, die der Verwaltung hierüber bisher keine Mitteilung gegeben haben . . . Wir sind daher zur Zeit nicht in der Lage, hierzu detaillierte Angaben zu machen.

8. Der Caritas-Verband Frankfurt:
Anfragen dieser Art erhalten wir ständig. Auf diese Anfragen näher einzugehen, ist uns schon aus rein personellen Gründen unmöglich.

9. Die Dresdner Bank:
Wenngleich wir davon Abstand nehmen möchten, Ihre detaillierten Fragen im einzelnen zu beantworten, können wir Ihnen bestätigen, daß jeder in unserem Hause beschäftigte Schwerbehinderte – unabhängig von der Art und Ursache der Behinderung – die Möglichkeit hat, einen dauerhaften und gesicherten Arbeitsplatz zu erhalten.

10. Die Deutsche Bank:
Wenngleich wir Ihre Bemühungen um die Belange der Behinderten durchaus begrüßen, müssen wir Sie doch um Verständnis dafür bitten, daß wir als Filialunternehmen mit mehr als 1000 Niederlassungen (die in ihrer Personalpolitik weitgehend selbständig sind) Ihre Fragen nur allgemein beantworten können . . .

Die Vertrauensmänner der Schwerbehinderten

Dem Schwerbehinderten-Vertrauensmann kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Was seine Aufgaben sind, wurde auf einer Tagung in Rheinland-Pfalz referiert und in den Mitteilungen des Landesamtes für Jugend und Soziales Rheinland-Pfalz (Nr. 2/3, 1975) abgedruckt:

Das Schwerbehindertengesetz hat den unmittelbar kraft Gesetzes geschützten Personenkreis über den bisher begünstigten Kreis der Schwerbeschädigten hinaus auf alle Schwerbehinderten – unabhängig von der Art und Ursache ihrer Behinderung – ausgedehnt. Damit erweitert sich der Tätigkeitsbereich der betrieblichen Helfer. Betriebliche Helfer sind Betriebs- bzw. Personalrat, der Vertrauensmann der Schwerbehinderten und der Beauftragte des Arbeitgebers. Je nach Größe des Betriebes können dazu die Betriebsführsorge, der Werksarzt und der Sicherheitsingenieur kommen. Dem Vertrauensmann der Schwerbehinderten hat das Gesetz eine Sonderstellung eingeräumt: Seine Rechtsstellung wurde gestärkt, seine Befugnisse gegenüber dem Arbeitgeber ausgebaut.
Nach § 21 SchwbG haben die Schwerbehinderten in Betrieben und Dienststellen mit mindestens 5 Schwerbehinderten einen Vertrauensmann und wenigstens einen Stellvertreter zu wählen. Mehrere Betriebe eines Arbeitgebers und gleichstufige Dienststellen derselben Verwaltung mit weniger als 5 Schwerbehinderten können im Benehmen mit der Hauptfürsorgestelle für die Wahl des Vertrauensmannes zusammengefaßt werden. Soweit ein Gesamtbetriebsrat bzw. ein -personalrat errichtet sind, wählen die Vertrauensmänner einen Gesamtvertrauensmann. Für den Geschäftsbereich mehrstufiger Verwaltungen wird ein Bezirks- bzw. Hauptvertrauensmann gewählt. Der Vertrauensmann der Schwerbehinderten besitzt während seiner 4jährigen Amtszeit gegenüber dem Arbeitgeber die gleiche persönliche Rechtsstellung, insbesondere Kündigungs-, Versetzungs- und Abordnungsschutz, wie ein Mitglied des Betriebs-, Personal- oder Richterrates. Er darf in der Ausübung seines Ehrenamtes nicht behindert oder wegen dieses Amtes nicht benachteiligt oder begünstigt werden. Ferner hat er insbesondere das Recht, die für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderliche Freistellung von der Arbeit zu verlangen, aus den für den Betriebs- oder Personalrat zur Verfügung gestellten Mitteln seinen Geschäftsbedarf zu decken, von Schwerbehinderten bei Akteneinsicht zugezogen zu werden, an allen Sitzungen des Betriebs-, Personal- bzw. Richterrates beratend teilzunehmen und ggf. die Aussetzung von Beschlüssen zu be-

antragen, mindestens einmal im Jahr eine Versammlung der Schwerbehinderten durchzuführen, vom Arbeitgeber über alle Schwerbehinderten-Angelegenheiten rechtzeitig und umfassend unterrichtet, vor Entscheidungen gehört zu werden und an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen teilzunehmen. Damit wurde ihm das Rüstzeug an die Hand gegeben, nach dem gesetzlichen Auftrag zu handeln, nämlich die Interessen der Schwerbehinderten in dem Betrieb oder in der Dienststelle zu vertreten und ihnen beratend und helfend zur Seite zu stehen. Damit ist ihm eine Doppelfunktion als Vertreter der Vertreter der Gruppen- und Einzelinteressen zugewiesen, die sich jedoch nicht in reiner Interessenvertretung erschöpfen darf. Der Vertrauensmann muß sich vor allem auch als Mittler zwischen dem Arbeitgeber und den Schwerbehinderten sehen. Die Interessenvertretung durch den Vertrauensmann wurde im Schwerbehindertengesetz dahingehend definiert, daß er vor allem über die Einhaltung der für die Schwerbehinderten geltenden Rechtsvorschriften und Verträge zu wachen hat. Dies war bisher hauptsächlich Aufgabe des Betriebs- bzw. Personalrates. Insbesondere wird sich der Vertrauensmann damit zu befassen haben, ob die Beschäftigungspflicht in dem Betrieb oder in der Dienststelle erfüllt ist, ob die Möglichkeit der Einstellung von Schwerbehinderten und der innerbetrieblichen Besetzung von Arbeitsplätzen mit Schwerbehinderten gegeben ist, ob durch technische Arbeitshilfen und Änderungen des Arbeitsablaufes die Arbeit von Schwerbehinderten erleichtert bzw. ermöglicht werden kann. Der Vertrauensmann wird sich schließlich darum kümmern müssen, ob die Schwerbehinderten so beschäftigt werden, daß sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst voll verwerten und weiterentwickeln können. Er hat Maßnahmen zu beantragen, die den Schwerbehinderten dienen, z. B. Vorschläge zu unterbreiten zur Erschließung von Arbeitsplätzen, zur Arbeitszeitregelung und zur Bereitstellung von Parkplätzen. Nicht zuletzt hat der Vertrauensmann den gesetzlichen Auftrag, über ihm berechtigt erscheinende Anregungen und Beschwerden von Schwerbehinderten mit dem Arbeitgeber zu verhandeln und auf eine Erledigung hinzuwirken.

Dem Betriebs- bzw. Personalrat als weiterem betrieblichem Helfer obliegt nach dem Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsrecht, die Einhaltung der für die Arbeitnehmer geltenden Gesetze zu überwachen. Hinsichtlich der Schwerbehinderten deckt sich seine Aufgabe mit der des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten, wobei er insbesondere auf die Erfüllung der Verpflichtung des Arbeitgebers nach § 4, 5 und 11 SchwbG zu achten hat. Es ist dies die Verpflichtung zur Beschäftigung, Unterbringung und beruflichen Förderung Schwerbehinderter

sowie zur entsprechenden Gestaltung des Arbeitsplatzes. Darüber hinaus hat er die Eingliederung Schwerbehinderter zu fördern und erforderlichenfalls auf die Wahl des Vertrauensmannes hinzuwirken.
Der Beauftragte des Arbeitgebers hat vor allem auf die Erfüllung der dem Arbeitgeber nach dem Schwerbehindertengesetz obliegenden Verpflichtungen zu achten. Freilich vertritt er auch die Interessen des Arbeitgebers. Deshalb soll er aber seine Stellung nicht als Gegenspieler zu den anderen betrieblichen Helfern, sondern als Partner verstehen.
Das gemeinsame Ziel der betrieblichen Helfer muß es trotz ihrer unterschiedlichen Interessenlage sein, den Schwerbehinderten bei der Bewältigung von Schwierigkeiten zu helfen, sie aufzuwerten und in die Verantwortung einzubeziehen. Das Gesetz verpflichtet daher die Helfer, zum Wohl der Schwerbehinderten eng zusammenzuarbeiten. Der Vertrauensmann der Schwerbehinderten und der Beauftragte des Arbeitgebers sind auch Verbindungsleute zu den Arbeitsämtern und zur Hauptfürsorgestelle, denen gemeinsam die nachgehende Hilfe im Arbeitsleben obliegt.

Ein Vertrauensmann erscheint im Kurs, der Vertrauensmann der Landesversicherungsanstalt (LVA). Seit 11 Jahren ist er Hauptvertrauensmann der LVA in Hessen, und erstmals wurde er von einer Behindertengruppe eingeladen. Die LVA finanziert als Rentenversicherungsträger Rehabilitationsmaßnahmen. Der Vertrauensmann kommt gleich zum Thema: »Da werden vom Arbeitsamt bilanzsichere Buchhalter ausgebildet. Das ist doch gar nicht gefragt heute. Die Kollegen haben eine Rehabilitation mitgemacht und kommen dann in die Registratur oder in die Kartei. Mit dem, was man in sie investiert hat, können sie gar nichts anfangen.«
Ein Teilnehmer wird gerade zum bilanzsicheren Buchhalter ausgebildet – von der Landesversicherungsanstalt: »Da kann ich ja gleich aufhören.«
Er hört, daß Buchhalter durch Rechenzentren ersetzt werden und erfährt aus der Praxis der LVA, die ihn ausbildet: »Wir haben heute in den Heilstätten und Sanatorien den Bilanzbuchhalter, in jedem Haus, dessen Arbeitsplatz schwindet aber immer mehr. Wir haben den Inventar-Buchhalter. Sein Arbeitsplatz ist tabu. Die Maschine hat alles aufgenommen, was an Inventar da ist. Einmal im Jahr wird eingegeben, daß der Stuhl abgeschrieben ist, daß der Schreibtisch abgeschrieben ist und daß neu hinzugekommen sind: sieben Schreibtische,

fünf Drehstühle und-und-und. Das geht mit Schlüsselzahlen in die Maschine. Und wir haben den Lohnrechner. Wir wenden es noch nicht an, weil wir wissen, wir setzen alle frei. Das Programm steht da, und es sind nur noch die Daten einzugeben. Wir haben auf dem Lohn- und Gehaltsbüro bei 3600 Bediensteten im gesamten Bereich der LVA noch nicht einmal ein Dutzend Menschen.«
Und um zu unterstreichen, zu welch – auf den Arbeitsmarkt bezogen – unsinnigen Berufen noch umgeschult, zu Arbeitslosen umgeschult wird: »Gucken Sie, ob Sie heute noch einen Schriftsetzer unterkriegen. Gucken Sie, ob Sie noch einen unterkriegen. Es werden Berufe verkauft, mit denen man nichts anfangen kann.«
Der Teilnehmer, der gerade von der LVA zu so einem unsinnigen Beruf ausgebildet wird: »Dann muß die LVA aber viel Geld haben.«
Antwort: »Die Landesversicherungsanstalt hängt einfach von dem ab, was das Arbeitsamt testet. Wir müssen's zahlen. Wir haben keinen Einfluß auf das Arbeitsamt.«

Wie man sich vor der Beschäftigung Behinderter drückt – Ein Rollenspiel mit dem Personaldezernenten

Die Stadt Frankfurt beschäftigt rund 20 000 Arbeitnehmer: 6000–7000 Angestellte, 3000 Beamte und 10 000 Arbeiter. Nach dem alten Schwerbehindertengesetz sind 10 % der Arbeitsplätze mit Behinderten zu besetzen gewesen, nach dem neuen Gesetz nur noch 6 %, d . h. 1170 Arbeitsplätzen müßten Behinderten zur Verfügung stehen, es sind jedoch nur 700. Die Stadt bildet 11 behinderte Jugendliche aus. Das Personalamt der Stadt Frankfurt gibt an, monatlich rund 48 000 DM Ausgleichsabgabe zu zahlen.
Am vorletzten Kursabend kommt der Personaldezernent der Stadt Frankfurt mit einem Referenten. »Wir zahlen monatlich 46 700 DM, jährlich über 500 000 DM«, sagt der Personaldezernent.
Rückfrage: »Sie zahlen die Ausgleichsabgabe schon?«
Personaldezernent: »So ist es.«
Dem Referenten wird es mulmig, er merkt, daß wir wissen, daß noch kein Pfennig bezahlt wurde und korrigiert schnell, daß erst im nächsten Jahr der Betrag überhaupt festgesetzt

wird. Dann geht er in die Offensive: »Ich weiß nicht, ob Sie Vergleichszahlen zu großen Betrieben haben, aber ich glaube, daß wir uns sehen lassen können.« Der Personaldezernent fällt ein: »Vor einigen Jahren war es so, daß wir noch 1–2 % über der freien Wirtschaft lagen. Mir ist bekannt, daß in der freien Wirtschaft die Quoten noch wesentlich niedriger liegen.«
Der Referent holt aus, um zu erklären, warum so wenig Behinderte eingestellt sind: »Eine in etwa Abstimmung von Anforderung des Arbeitsplatzes und den Dingen, die der Schwerbehinderte bringen kann, müssen wir natürlich auch im öffentlichen Dienst herbeiführen. Das muß ja auch gesagt werden ... Eine gewisse Arbeitsleistung muß da auch gebracht werden. Wir müssen ja auch im Interesse des Schwerbehinderten; der will sich ja nicht irgendwohin setzen und sich sagen, ich stecke mein Geld ein und mache jetzt nichts. Wir müssen da schon in etwa übereinkommen.«
Der Referent wird darauf hingewiesen, daß er ganz offensichtlich keine Behinderten kennt und ihre Arbeitsleistung nicht einschätzen kann. Ein Rollstuhlfahrer etwa, der ausgebildet wurde, ist zwar durch bauliche Barrieren behindert, aber fachlich qualifiziert. Der Personaldezernent greift auch schnell ein: »Ich würde das etwas differenzierter sehen: Es gibt natürlich viele Leistungsfunktionen, die den vollen Einsatz des Behinderten verlangen. Und da kommt es auf die Art der Behinderung an.«
Ein Kursteilnehmer: »Der meint: Schwerbehindert gleich dumm.«
Die Taktik, die sich Personaldezernent und Referent zurechtgelegt haben, ist gleich zu Beginn des Abends deutlich geworden: Als schlagender Beweis, warum man das Gesetz nicht genügend erfüllt, wird die Feuerwehr präsentiert: Behinderte können keine fünf Klimmzüge machen und haben nicht die Atemschutztauglichkeit. Und die Straßenbahn können sie auch nicht fahren. (Gegenfrage: »Haben Sie keine Verwaltung?«) Es schälen sich zwei Hauptgründe heraus, warum man Behinderte nicht beschäftigen kann: 1. Die Arbeitsverwaltung (Arbeitsamt) schickt nicht genug Behinderte. 2. Es gibt nicht genügend für Behinderte geeignete Arbeitsplätze. (Die Argumentation ist immer die gleiche: Das Arbeitsamt beteuert, die Behinderten »wie sauer Bier« anzubieten, der Arbeitgeber sagt, das Arbeitsamt schickt nicht genügend geeignete Bewerber.)

Wir schlagen dem Personaldezernenten ein Rollenspiel vor: Gesetzt der Fall, Sie wären damit befaßt, die Interessen der Behinderten zu vertreten, was würden Sie den Behinderten raten, damit die 6 % Pflichtquote erreicht wird?
Personaldezernent: »Ich würde die Ausgleichsabgabe so hoch setzen, daß es für eine Firma oder öffentliche Verwaltung zu teuer wird.« Und dann fügt er noch hinzu: »In unserer Gesellschaftsordnung ist das so.«
Auf das allgemeine Erstaunen hin holt der Personaldezernent noch einmal weiter aus: »Sie können natürlich sagen, gut, Arbeitgeber, du hast eben 6 % Schwerbehinderte einzustellen, so mag das vom nackten Gesetzestext her eine schöne Sache sein, aber Sie müssen doch sehen – wir machen ja jetzt ein Rollenspiel –«, fügt er freundlich ein, »dann würde ich versuchen, Tricks und Wege zu finden: ich habe keine entsprechenden Arbeitsplätze oder er sei nicht intelligent genug oder sonst irgend etwas, würde ich die entsprechenden Wege zu finden versuchen, damit der Betreffende nicht eingestellt wird.«
Auch der Personaldezernent merkt, daß dies die gleichen Gründe sind, die er am Anfang des Kursabends genannt hat.

»Die kriegt man nie wieder los . . .«
Ein Personalleiter berichtet

Am letzten Kursabend weilt ein richtiger Direktor, der Personalleiter einer Kreditanstalt, zusammen mit dem Schwerbehinderten-Vertrauensmann, unter uns. Er beschäftigt im eigenen Haus 600 Leute, davon sind 27 Behinderte. Auch der Vertrauensmann der Kursteilnehmerin, die an ihrem Arbeitsplatz mehr handarbeitet als arbeitet, ist gekommen.
Der Personalleiter gibt sich sehr wohlwollend. Die Einstellung von Behinderten ist doch kein Problem: »Sie können mit dem Arbeitsamt alles behandeln . . . da muß man entgegenkommen.« Gemeint ist damit die Praxis, sich einen Behinderten für zwei anrechnen zu lassen. Für den Direktor ist das ganz normal:
»Manch ein Personalleiter«, spielt er sich als Freund und Gönner auf, »hat Angst, wenn er einen Behinderten nimmt, der muß ja eine Arbeit erbringen, wie andere Mitarbeiter auch . . . Unter normalen (!) Mitarbeitern haben Sie ja auch Leute mit Schwächen, denen kann man kündigen. Bei Behinderten be-

steht die Chance nicht. Die kriegt man nie wieder los. Die mögen noch so schwach sein. Und das gibt eine gewisse Scheu.« Nachdem er dies losgeworden ist, wobei er vergißt mitzuteilen, daß auch für den Behinderten eine Probezeit besteht, kommt er auf den Kuhhandel mit dem Arbeitsamt: »Da kommt die Arbeitsverwaltung und sagt, Mensch, gib doch dem 'ne Chance, wir sind bereit, zwei Plätze anzuerkennen. Da haben Sie als Arbeitgeber eine kleine Kompensation dafür, daß Sie ein sehr hohes Risiko eingehen.»

Behinderte werden stets als vermindert leistungsfähig angesehen, was allerdings naheliegt, da die Prozentsätze der Behinderung ja in MdE (Minderung der Erwerbsfähigkeit) ausgedrückt werden. Auf diesen Punkt angesprochen, lobt der Direktor (wie übrigens auch der Personaldezernent) seine Behinderten: »Unsere Behinderten sind Mitarbeiter wie alle anderen und was die Gesundheit angeht, sie sind weniger krank als die anderen!« Warum nimmt man die Hochgelobten dann nicht? – Es hapert mit dem Arbeitsamt, »daß sie uns das und das mal schicken.« Gemeint sind mit dem »das und das« Behinderte.

Nach dem Gesetz müssen 6 % der Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzt sein, aber der Personalleiter redet so, als übe er sich in guten Taten, weil er überhaupt Behinderte beschäftigt: »Das einfachste ist doch, die Ausgleichsabgabe zu zahlen, das ist doch viel bequemer. Hundert Mark im Monat, das wird überwiesen, und wir sind den ganzen Kram los. Sie haben nicht den Ärger mit den Behörden, sie haben nicht die Argumentation mit dem einzelnen, sie haben das Kündigungsproblem nicht.«

Aber, so wird eingewandt, die Zahlung der Ausgleichsabgabe hebt die Beschäftigungspflicht nicht auf.

Antwort: »Wenn Sie eine Frontalstellung suchen, ihr müßt das und das, natürlich müssen wir das, aber ich halte das nicht für den besten Weg. Man muß nach Gemeinsamkeiten suchen, Brücken schlagen.«

Die Umgehung des Gesetzes ist Gewohnheitsrecht geworden. Man bringt ein Beispiel: »Der Arme, der nichts hat, darf nicht klauen. Verstehen Sie das?«

Er kann es nicht verstehen: »Nein.«

Das Beispiel wird weiter ausgeführt: »Ich bin heute mit einem Strafentlassenen durch Frankfurt gelaufen, der hatte 30 Pfennig in der Tasche. Das Sozialamt hat zu, alle Betten sind be-

legt, mit 30 Pfennig bekommt er kein Bett und nichts zu essen. Wenn der nun klaut, wird er bestraft. In den kleinen Dingen wird das Gesetz genau genommen, auf der anderen Ebene sagt man ganz selbstverständlich, daß man das Gesetz eben nicht einhalten kann.«

Der Direktor: »Meinen Sie, daß Sie so Brücken bauen können? Was bezwecken Sie? Wollen Sie nur nachweisen, was schlecht ist und was nicht geht? Oder wollen Sie etwas erreichen. Worauf kommt es Ihnen an?«

– »Auf beides.«

»Was wollen Sie? Wollen Sie Brücken schlagen oder wollen Sie den Klassenkampf?«

So ergeht es Leuten, die die Einhaltung eines Gesetzes verlangen. Sie müssen sich quasi ständig entschuldigen, so frech zu sein, die 6 %, die das Gesetz vorschreibt, auch noch zu fordern.

Das Schwerbehindertengesetz – Mauschelei und Betrug

Während der Kurs läuft, besuchen Gusti Steiner und ich eine Sonderschule für Körperbehinderte im Ruhrgebiet. Die Abgangsklasse hat uns eingeladen, einmal in den Unterricht zu kommen. Wir denken beide, als wir in die Klasse kommen, die Schule verwechselt zu haben: die meisten der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen (18jährige) könnten auch in eine »normale« Schule gehen. Keiner der Schulabgänger, auch nicht der Lehrer, weiß, daß die öffentlichen und privaten Arbeitgeber das Schwerbehindertengesetz nicht erfüllen, daß kaum irgendwo 6 % der Arbeitsplätze mit Behinderten besetzt sind.
Ähnlich sieht es in den Berufsförderungswerken aus. Da werden Behinderte in Computerprogrammen geschult, und ins Leben geschickt – in die Arbeitslosigkeit. Noch behaupten die in der Rehabilitation tätigen Fachleute, daß dies nicht wahr sei. Sie stehen unter einem immensen Erfolgszwang, Millionen sind in die Programme gepumpt worden, Erfolgsmeldungen müssen raus, und der Erfolgszwang verführt zu Realitätstrübungen: Die Öffentlichkeit wird beruhigt. Doch Tatsache bleibt, daß weder die öffentlichen noch die privaten Arbeitgeber sich auf die Beschäftigung Behinderter eingestellt haben. Das Gesetz wird nicht erfüllt. Statt nun aber rigoros auf die Einhaltung zu drängen, erwägt der Gesetzgeber, die Pflichtquote von 6 % auf 4 % oder 4,5 % herabzusetzen.
Wie unmenschlich die Praxis im Einzelfall sein kann, zeigt die Schilderung unserer Kursteilnehmerin. Als der Vertrauensmann dieser Behinderten im Kurs ist, berichtet er nicht ohne Stolz: »Was meinen Sie, was ich für sie kämpfen mußte.« Da platzt einer Teilnehmerin die Geduld: »Finden Sie das nicht unmenschlich: einen Menschen im Betrieb zu haben, der als Lehrling gesund ist und krank wird, und Sie müssen kämpfen, daß er bleibt. Das ist eine schöne Gesellschaft!« Ein zweiter Vertrauensmann darauf: »Hüten Sie sich, Emotionen hier reinzubringen.«
Die Schwerbehinderten-Vertrauensmänner sind mit den Mitgliedern des Personalrats gleichgestellt. Die Einstellung neuer Mitarbeiter unterliegt der Mitbestimmung. »Kollegen, ich kann doch jede Einstellung blockieren«, sagte einer der Vertrauensleute. Aber man kann ihnen nicht vorwerfen, nicht genügend zu tun, denn in unserer Region gibt es keine Schulung

von Vertrauensleuten verschiedener Firmen, wie dieser Vertrauensmann darlegt.
Die Behinderten werden noch stärker dem Profit-Denken unterworfen als in der Vergangenheit. Es fehlen 40 000 Arbeitsplätze in Werkstätten für Behinderte, für jene also, die nicht in die freie Wirtschaft vermittelt werden können. Die Schwerst-Behinderten unter ihnen, so informiert mich ein anonymes Schreiben eines unruhigen Beamten, sollen vom Niedersächsischen Landessozialamt in Zukunft kein Taschengeld mehr bekommen. Wer nichts arbeitet, soll auch nichts essen. Die anonyme Information, so ergibt eine Überprüfung, stimmt. Schwerstbehinderte, die neu aufgenommen werden, und Behinderte in der Trainingsstufe bekommen künftig kein Taschengeld mehr. Das ist kein Einzelfall. Die Planung sieht so aus, daß Behinderte in der Werkstatt für Behinderte in der Regel zwei, mindestens jedoch ein Jahr in der Trainingsstufe bleiben sollen, ohne einen Pfennig Bargeld für ihre Arbeit zu bekommen.
Seit das neue Schwerbehindertengesetz in Kraft getreten ist, stieg im Frankfurter Raum die Zahl der Kündigungsanträge (die Kündigung eines Behinderten muß bei der Hauptfürsorgestelle beantragt werden) um 500 %. Wenn Behinderte arbeitslos werden, sind sie überdurchschnittlich lange arbeitslos. Christian Brinkmann hat in seiner Untersuchung »Minderung der Erwerbsfähigkeit (Behinderung) und Berufsverlauf« (in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1/1973) folgendes festgehalten:

1. Der Anteil der Facharbeiter, die abgestiegen sind, ist bei Behinderten doppelt so groß wie im Durchschnitt.
2. Der Anteil der un- bzw. angelernten Arbeiter, die aufgestiegen sind, ist bei Behinderten nur etwa halb so groß wie im Durchschnitt.
3. Der Anteil der Angestellten in einfacher und mittlerer Tätigkeit, die in gehobene oder leitende Tätigkeiten aufgestiegen sind, ist bei Behinderten nicht einmal halb so groß wie im Durchschnitt.

Ergebnis: »Die Untersuchungsergebnisse lassen klar erkennen, daß Behinderte im Erwerbsleben stark benachteiligt sind, so daß von einer Chancengleichheit im Beruf nicht gesprochen werden kann.« Dabei war der Arbeitgeber bisher verpflichtet, gesetzlich verpflichtet, Behinderte nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen zu beschäftigen und die Arbeitsplätze so einzu-

richten, daß »eine tunlichst große Zahl Schwerbeschädigter in ihren Betrieben dauernde Beschäftigung finden kann«. Wer nach dem alten Gesetz die Beschäftigungspflicht nicht erfüllte, mußte sich vom Landesarbeitsamt eine Zwangseinstellung gefallen lassen (die Zwangseinstellung wurde im neuen Gesetz gestrichen!). Das zeigt ein Vergleich der Gesetze:

Auszug aus dem Schwerbeschädigtengesetz, gültig bis 1974

§ 10. Zwangseinstellung. (1) Das Landesarbeitsamt kann auf Vorschlag des Arbeitsamtes oder der Hauptfürsorgestelle einem privaten Arbeitgeber, der seine Pflicht zur Beschäftigung Schwerbeschädigter nach diesem Gesetz nicht erfüllt hat, eine angemessene Frist zur Nachholung mit der Erklärung bestimmen, daß es nach fruchtlosem Ablauf der Frist selbst die zu beschäftigenden Schwerbeschädigten bezeichnen werde.
(2) Hat der Arbeitgeber innerhalb der Frist seine Beschäftigungspflicht nicht erfüllt, so benennt das Landesarbeitsamt die Schwerbeschädigten und bestimmt den Zeitpunkt, zu dem sie einzustellen sind. Mit Zustellung dieses Beschlusses gilt zwischen dem Arbeitgeber und dem Schwerbeschädigten ein Arbeitsvertrag als abgeschlossen. Seinen Inhalt bestimmt das Landesarbeitsamt, soweit er sich nicht nach einem Tarifvertrag, einer weitergeltenden Tarifordnung oder einer Betriebsvereinbarung bestimmt. Das Landesarbeitsamt hat sich dabei nach geltenden Tarifverträgen, weitergeltenden Tarifordnungen oder Betriebsvereinbarungen und, soweit solche nicht bestehen, nach Arbeitsverträgen zu richten, die üblicherweise mit entsprechenden Arbeitnehmern abgeschlossen werden.

Auszug aus dem neuen Schwerbehindertengesetz von 1974

§ 11 Pflichten der Arbeitgeber gegenüber Schwerbehinderten
(1) Die Arbeitgeber sind verpflichtet, bei der Besetzung freier Arbeitsplätze zu prüfen, ob Schwerbehinderte beschäftigt werden können . . .
(2) Die Arbeitgeber haben die Schwerbehinderten so zu beschäftigen, daß diese ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst voll verwerten und weiterentwickeln können. Sie haben die Schwerbehinderten zur Förderung ihres beruflichen Fortkommens bei innerbetrieblichen Maßnahmen der beruflichen Bildung bevorzugt zu berücksichtigen . . .
(3) Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften unter besonderer Berücksichtigung der Unfallgefahr so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß eine tunlichst

große Zahl Schwerbehinderter in ihren Betrieben dauernde Beschäftigung finden kann . . .

Anstelle von Zwangseinstellungen hat das Arbeitsamt lieber die Pflichtquoten mit dem Arbeitgeber ausgehandelt. Begründung: es gibt zu wenig beim Arbeitsamt gemeldete arbeitsuchende Behinderte, bzw. die Arbeitsplätze sind nicht behindertengerecht. Auch nach dem neuen Gesetz wird noch gekungelt:

Das Arbeitsamt verschickte 1975 Formulare an die Betriebe: »Anzeige gemäß Artikel III § 6 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts« (von 1974!). Die Berechnung geht so: Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird vom Arbeitgeber selbst eingetragen, und zwar *ohne* Heimarbeiter. Die Zahl der anrechenbaren Personen wird *einschließlich* der Heimarbeiter eingetragen. Außerdem werden auf Behindertenplätze angerechnet: »Witwen und Ehefrauen von Kriegs- und Arbeitsopfern gem. Artikel III § 8 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts.« (Hier taucht wieder die Privilegierung der Arbeits- und Kriegsopfer auf, denn Ehefrauen und Witwen von sogenannten Zivilbehinderten werden nicht angerechnet!) Und schließlich kann der Arbeitgeber auch noch die zusätzlichen Pflichtplätze eintragen, die durch Mehrfachanrechnungen anfallen. Das heißt: ein beschäftigter Behinderter wird nach Absprache mit dem Arbeitsamt für mehrere Behinderte aufgerechnet. Die angegebenen Zahlen stimmen also mit der Realität nicht überein. Denn die Zahl der Mehrfachanrechnungen und der Anrechnung anderer Personen taucht in der Statistik nicht auf. Was Arbeitsämter und Arbeitgeber untereinander vereinbaren, muß dem Außenstehenden wie eine große Kungelei vorkommen. Betrogen ist der Behinderte.

Materialien zu Teil eins

Weitere Aktivitäten des Kurses:

- Anstoß und Informationen zu Anträgen des SPD-Ortsvereins Riederwald zu:
  Wohnformen für Behinderte
  Beförderungsdienst für Behinderte
  Sozialfreundliches Stadtbild (Beseitigung baulicher Barrieren)
  Behindertengerechtes Bauen (Änderung der Hessischen Bauordnung)
  Zentrale Beratungsstelle für Behinderte
- Für das Hochbauamt (Antje Arold) Katalog, was kurzfristig, mittel- und langfristig getan werden muß, um ein behindertengerechtes Stadtbild zu erreichen
- In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Invalidenhilfe in Zürich, wo man standardisierte Behindertensymbole entwickelt hat, entwarfen Teilnehmer des Kurses (v. a. Udo Gerhard) einen selbstklebenden Aufkleber, mit dem Aufdruck: »Prädikat: behindertenfeindlich«. Dieser Aufkleber wird an Einrichtungen geklebt, die nicht behindertengerecht gebaut sind (können beim Kurs bezogen werden). Der Kleber wird mittlerweile auch von anderen Gruppen verwendet. Der Entwurf stammt von Hans Risse, Frankfurt.
- Poster: »Unser Musterkrüppelchen: dankbar, lieb, ein bißchen doof, leicht zu verwalten«, Rückseite: Informationen über den Kurs. Entwurf: Hagen Stieper.
- Plakat: »Behinderte in Frankfurt. Mitteilung Nr. 1« über bauliche Barrieren. Redaktion: der Kurs.
- Verhandlungen mit der Parkhaus GmbH wegen reservierter Parkplätze für Schwerbehinderte, nachdem die Parkhäuser getestet worden sind.
- Behindertengerechte Umgestaltung eines Postamtes

- An öffentlichen Dienststellen ist mittlerweile ein Hinweisschild für Behinderte angebracht, damit sie klingeln können und jemand zu ihnen kommt. (Diese Regelung darf nicht darüber hinwegtrösten, daß öffentliche Gebäude behindertengerecht gebaut oder umgebaut werden müssen.)
- Zusammenarbeit mit anderen Behindertengruppen. Organisation von Treffen verschiedenster Behindertengruppen, um eine Koordination der Arbeit, bessere Informationen und gemeinsame Aktionen bei konkreten Anlässen zu erreichen.
- Andere Volkshochschul-Kurse:
  Kurs in Langenselbold (Hanau), der gescheitert ist.
  Kurse an der Kreisvolkshochschule Friedberg, mit seh-, hör-, lern- und sprachbehinderten Teilnehmern (Kontaktadressen: Ursula Rehmann, Blindenlehrerin, 636 Friedberg, Mainzer-Tor-Anlage 4).
  Kurs an der VHS Tübingen zur Situation Behinderter (Kontaktadresse: CeBeeF-Tübingen, 74 Tübingen, Nauklerstr. Nr. 20).
  Arbeitskreis Bewältigung der Umwelt in Saarbrücken (Kontaktadresse: Evangelische Akademie, 66 Saarbrücken, Gustaf-Adolf-Haus).
  Offene Arbeit für behinderte und nichtbehinderte Jugendliche/Erwachsene der VHS, 3 Hannover, Friedrichswall 13.
  VHS Berlin-Schöneberg (Ulrike Schildmann, 1 Berlin 61, Urbanstraße 101).
  Ab Herbst 1976:
  VHS Bremen und Sindelfingen.
- Zahlreiche Einzelaktivitäten der Teilnehmer bei politischen Versammlungen und Anliegerversammlungen, Verhandlungen mit Behörden in speziellen Fragen
- Verfügung des Bundespostministeriums vom 8. 7. 1974: Fernmeldeämter müssen Rollstuhlfahrern und Behindertenvereinen die Standorte behindertengerechter öffentlicher Sprechstellen mitteilen. Fernmeldeämter sind gehalten, die Bestimmungen des Normblattes DIN 18024 einzuhalten, wenn Bedarf besteht (betrifft öffentliche Sprechstellen für Rollstuhlfahrer).

Massenmedien

Vorbereitungsphase:

1. Kurse für Behinderte. Frankfurter Rundschau (FR) vom 3. 8. 1973
2. Resignieren heißt sich selber schädigen / Behinderter will seinesgleichen zu Initiativen mitreißen. FR 9. 11. 1973

Ankündigung des Kursus »Bewältigung der Umwelt«

1. Freizeitgestaltung für Behinderte (Notiz). FR 8. 1. 1974
2. Behinderte sind keine unmündigen Kinder / Volkshochschule startet Experiment mit Rollstuhlfahrern. FR 21. 1. 1974
3. Es führt ein Weg aus der Isolation / Erfahrungen eines Körperbehinderten, der ohne Betreuung lebt / VHS-Kurs zur »Bewältigung der Umwelt«. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 22. 1. 1974
4. Der Behinderte und die Umwelt / Kursus an der Volkshochschule. Frankfurter Neue Presse (NP) 23. 1. 1974
5. Volkshochschule will Behinderten helfen / Ein Kursus gegen die Isolierung. Abendpost / Nachtausgabe (AN) 31. 1. 1974
6. Viel mehr als erwartet / Erster Behindertenkursus mit 70 Teilnehmern. NP 31. 1. 1974
7. dpa-Landesdienst Hessen (die Verbreitung, soweit wir das verfolgen konnten, geschah bis Baden-Württemberg und Berlin)

Postaktion:

1. Im Rollstuhl führt kein Weg zum Postamt / Test der Behinderten verlief negativ. NP 7. 2. 1974
2. Frankfurts Rollstuhlfahrer wollen die öffentlichen Gebäude erobern: Sie haben es satt, sich deprimieren zu lassen / Körperbehinderte VHS-Schüler testeten die Postämter. FR 8. 2. 1974
3. Der Chef schob den Rollstuhl / Behinderten-Aktion am Hauptpostamt – Amtsleiter will Abhilfe schaffen. NP 20. 2. 1974
4. Die Passanten griffen zuerst mal zum Geldbeutel: Mit dem Rollstuhl zum Amt / Behinderte werben um Hilfe. FR 20. 2. 1974 (Die Überschrift ist typisch für die Verharmlosung von Konflikten)
5. Eine Demonstration ganz ungewöhnlicher Art . . . FAZ 20. 2. 1974
6. Das Gewissen der Post / Viele machen sich zum Fürsprecher für Behinderte, aber in der Praxis tun sie nichts. Die Zeit 7. 6. 1974

Klebeaktion – Öffentliches Rollstuhltraining – Straßenbahn:

1. Behindertenfeindliche Gebäude / Aktionen geplant / Passanten lernen, mit Rollstühlen umzugehen / weitere VHS-Kurse. FR 17. 5. 1974
2. Gesunde üben Rollstuhlfahren / Plakette »Behindertenfeindlich« an Behörden »verliehen«. NP 18. 5. 1974
3. Behinderte gegen ihren Verband. AN 18. 5. 1974
4. dpa-Landesdienst Hessen
5. Für Rollstuhlfahrer nur der Hintereingang / Behinderte demonstrieren für mehr Rücksicht beim Bau öffentlicher Gebäude. Süddeutsche Zeitung (SZ) 18./19. 5. 1974
6. Behinderte bremsen die Tram. NP 20. 5. 1974
7. Bund der Behinderten ist behindertenfeindlich. FR 20. 5. 1974
8. Behinderte probten das »normale Leben«. AN 20. 5. 1974
9. Behinderte sind ausgeschlossen / Aktion an der Hauptwache / Körperbehinderte leben fast ohne Kontakt mit der Gesellschaft. FAZ 20. 5. 1974
10. Sie lassen sich nicht abschieben / Behinderte gelten als Almosenempfänger. Sie gehören immer noch zu den Außenseitern unserer Gesellschaft. In Frankfurt versuchen sie erstmals ihre »Umwelt zu bewältigen«. Die Zeit 7. 6. 1974

Rundfunksendungen:
Der Hessische Rundfunk berichtete mehrmals. Ebenso BR, SDR, WDR, NDR.

Fernsehen:

1. Geh doch in die Volkshochschule . . . ARD am 15. 8. 1974, 21.45 Uhr
2. Wie kommt ein Rollstuhlfahrer aufs Postamt? Der Frankfurter Behinderten-Kurs »Bewältigung der Umwelt«. ARD, 16. 3. 1974, 17.15 Uhr (Beitrag im Magazin »Blickfeld«, WDR)
3. Demonstration – Körperbehinderte kämpfen gegen Vorurteile und Diskriminierung in der Öffentlichkeit. ARD am 6. 6. 1974, 23.05 Uhr
4. Wiederholung dieser Sendung 30. 12. 1974, 13.50 Uhr
5. Behinderte unter uns. ZDF am 15. 7. 1974, 20.15 Uhr (Redaktion Kontakte)
6. Regionalfernsehen HR

Postamt Jaspertstraße:
(Kursteilnehmer Fritz Boch mußte vor dem Postamt warten und bekam seine Postsendung nicht. Dienstaufsichtsbeschwerde und Forderung nach einer Rampe, damit Rollstuhlfahrer hineinkönnen. Die Rampe ist gebaut worden.)

1. Doch niemand kam an seinen Rollstuhl. Behinderter erhielt seine Nachnahmesendung nicht / Auch Abfuhr am Telefon. FR 21. 10. 1974
2. Beschwerde gegen Postbeamten. Rollstuhlfahrer bekam Nachnahmesendung nicht, als er sie abholen wollte. FAZ 24. 10. 1974

Satire Behinderte-zum-Fest:
1. Rent-a-Spasti? Die Zeit 19. 12. 1975
2. Unser Schlager: Heimkinder und Vollwaisen / Behindertenarbeit mit ungewöhnlichen Mitteln / Provokation als Befreiung. FAZ 21. 12. 1974
3. Rundfunk: SR, NDR, BR.

Bundesbahnaktion:
1. Mutwillig (Glosse). FAZ vom 23. 10. 1974
2. »... wie in einem Viehwagen.« Rollstuhlfahrer demonstrierten in Frankfurt gegen Beförderung im Gepäckwagen. SZ 18. 11. 1974
3. Reise mit Hindernissen. Für Rollstuhlfahrer sind Bahnhöfe und Züge nutzlos. NP 18. 11. 1974
4. Wenn Rollstuhlfahrer mit der Eisenbahn verreisen, fahren sie im Gepäckabteil. FR 19./20. 11. 1974
5. Rollstuhlfahrer fordern: Bahn frei für Behinderte. Die Zeit 22. 11. 1974
6. Rundfunksendungen: HR, SDR, SWF, NDR, WDR, SR
7. Fernsehen: HR-Regionalfernsehen und ARD (NDR) am 25. 12. 1974, 21.55 Uhr: Wer ist der Nächste? (Redaktion Thilo Koch).
8. Reisen Sie mit der Bundesbahn? Ein Urlaubstip für den Gepäckwagen. Publik-Forum 5. 9. 1975
9. Recht im Rollstuhl. Die Zeit 28. 2. 1975
10. Im kalten Gepäckwagen. Die Zeit 5. 12. 1975

Filmreihe im Kommunalen Kino
1. Behinderte und ihre Umwelt in Filmen. FR 28. 1. 1975
2. Behinderte und ihre Umwelt. NP 29. 1. 1975
3. Behinderte im Kino. FAZ 1. 2. 1975
4. Filme über Behinderte: Sachlichkeit ist die beste Medizin. FAZ 12. 2. 1975

Allgemein zum Kurs:
1. Behinderte aus Randgruppen lösen. FR 18. 2. 1975
2. Wenn es mich träfe. Das Leben aus der Perspektive des Rollstuhlfahrers. Die Zeit 21. 3. 1975
3. Auszug aus dem Betreuungsgetto, Behinderte lernen ihre Umwelt bewältigen. SR 23. 3. 1975

4. Dienstagsredaktion des SDR, Dokumentation und Studiogespräche mit Annedore Burgio, Rosemarie Hessler, Ernst Klee und Gusti Steiner. 15. 4. 1975
5. Kontakte. Behinderte ohne Recht und Anspruch. ZDF, 11. 8. 1975, 20.15 Uhr. Studiogespräche: Ernst Klee und Gusti Steiner
6. Im Rollstuhl von Mauer zu Mauer / Behinderte stoßen in der Stadt auf viele unüberwindliche Hindernisse. FAZ 27. 8. 1975

Plakate und Plaketten:

1. Sie warten vor der Tür. Behinderte fordern bessere Bedingungen. NP 13. 1. 1976
2. »Dankbar, doof und leicht zu verwalten« FR 14. 1. 1976
3. Behinderte: Prädikat feindlich. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 18. 1. 1976
4. Musterkrüppelchen – schwer zu verwalten. Neues Behinderten-Plakat/Kampf mit der Bahn. FAZ 24. 1. 1976
5. Foto und Meldung von AP
6. HR und SR

Daß es nachhaltig gelungen ist, Behindertenprobleme in die Öffentlichkeit zu tragen und bewußt zu machen, zeigt ein Ausschnitt aus einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 5. November 1975:

Zum Publikumstest stehen 14 neuartige Mustertelefonhäuschen drei Wochen lang auf dem Friedensplatz in Darmstadt bereit. Das Fernmeldetechnische Zentralamt (FTZ) in Darmstadt fordert Fernsprechkunden auf, »bei der Auswahl des Telefonhäuschens der 80er Jahre mitzuwirken und die zumeist gelben Zellen nach Bequemlichkeit, Zweckmäßigkeit und guter Form zu beurteilen. Dazu liegen Stimmkarten in den Telefonhäuschen aus. Die Deutsche Bundespost will ihre 80 000 Telefonhäuschen im Bundesgebiet nach und nach durch neuartige Häuschen ersetzen, die mutwilligen Zerstörungen besser standhalten und leichter zu pflegen sind . . .«

Die Aufgabe, neue Fernsprechhäuschen so zu gestalten, daß sie auch für Rollstuhlfahrer zugänglich sind, hat das Fernmeldetechnische Zentralamt den neu beteiligten Firmen nicht gestellt: es sei beabsichtigt, an den notwendigen Orten zusätzlich die in diesem Jahr entwickelten Fernsprechhauben anzubringen. Allen Kunden möchte die Bundespost eine Umstellung vom gewohnten Häuschen – das es bereits vor dem Ersten Weltkrieg gab – auf die offenen, aber leicht zu wartenden Hauben offenbar nicht zumuten.

Abenteuer im Kaufhaus

Ich schaute den Schlußlichtern unseres Busses nach. So, nun war ich allein, aber ich wollte es ja so! Ich hatte mir in den Kopf gesetzt, mir ohne Hilfe ein paar Hosen zu kaufen! Langsam bewegte ich meinen Rollstuhl in Richtung Eingang des Warenhauses. Es war gar nicht so einfach, durch die Massen zu fahren. Nach altgewohnter Weise, mit der linken Hand am linken Rad und mit dem linken Fuß in die Speichen des rechten Rades, so zog ich meine Bahn.
»Bitte zur Sportabteilung!« Ich versuchte möglichst deutlich zu sprechen. Doch der Fahrstuhlführer verstand mich nicht. Nun zeigte ich auf meine Trainingshose. »Ich möchte Trainingshosen haben und zur Sportabteilung!« »Die Sportabteilung ist auf der anderen Straßenseite.« Lässig streckte er den Arm aus und wies in die Richtung, wo das Sportgeschäft lag.

Dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter liegt »die im ganzen deutschen Volk lebendige Anschauung zugrunde, daß es Pflicht des Staates und eine nationale Aufgabe ist, Menschen, die im Dienst für die Allgemeinheit schwere gesundheitliche Schäden davongetragen haben, eine wirksame Hilfe in ihrem Lebenskampf zu gewähren; diese Hilfe muß neben der Rentenversorgung vor allem in der Beschaffung eines Arbeitsplatzes bestehen, auf dem die Schwerbeschädigten die ihnen verbliebene Arbeitskraft zum eigenen und der Allgemeinheit Nutzen verwerten können« (Amtliche Begründung, Bundestagsdrucksache Nr. 3430, S. 16)

ABC der Schwerbeschädigtenfürsorge, S. 18

»So ein Käse, jetzt muß ich die ganze Strecke wieder zurück!« Hatte ich mir da etwas zuviel zugemutet? Ja, zu Hause in Kleefeld, wo uns jeder kennt und wo man im Selbstfahrer sitzt, da ist das Einkaufen nicht schwer, doch hier in der Stadt, da fühlt man sich wie ein Nichtschwimmer, den man in das tiefe Wasser schubst! Doch was soll das Jammern, es bleibt mir nichts anderes übrig, als zum Ausgang zu rollen!
Plötzlich kam ein Verkäufer auf mich zu. »Wo willst Du hin?« Da ja Behinderte und Gastarbeiter in Deutschland nur Menschen 2. Klasse sind, redet er mich natürlich mit ›Du‹ an. »Ich möchte gerne in das Sportgeschäft, kannst Du mich über die

Straße bringen?« Ich habe ihn mit Absicht so angesprochen, denn wenn er so dämlich quatscht, kann ich es auch! Er schaute mich von oben bis unten an. »Hast Du denn keinen Begleiter?« »Nee«, war meine Antwort, »Du kaufst Dir Deine Hosen doch auch selber!« Er war verdattert, diese Antwort hatte er wohl nicht erwartet!
»Dann wollen wir mal Deinen Kinderwagen schieben!« Mit diesen Worten zog er mit mir los. Doch schien er zu merken, daß man mit einem Kinderwagen besser die Bordsteine hochkommt, denn er schimpfte mächtig dabei. Er lieferte mich an dem Geschäft ab. Eine nette Verkäuferin bediente mich sofort. Ich bat die Verkäuferin, mich wieder auf die andere Straßenseite zu bringen, da ich an demselben Punkt wieder abgeholt werden würde, wo mein Abenteuer begann!
Ich werde jetzt öfter solche Ausflüge unternehmen. Die Bevölkerung muß sich an uns gewöhnen! Das nächste Mal lasse ich mich vor einem Restaurant absetzen. Ich werde dann wieder diesen Ausflug schildern.
Jürgen Knop, Heimzeitung, Haus Roderbruch, Juni–August 1974

Brief des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main an die Klasse 4 E der Textorschule
Liebe Kinder,
Herr Habermann hat mir Eure Briefe übermittelt, und ich bin Eurem Lehrer und Euch allen sehr dankbar dafür, daß ich auf diese Weise etwas aus Eurem Unterrichts-Geschehen erfahren habe.
Ich begrüße es sehr, daß Ihr Euch so gründlich mit dem schweren Los der in unserer Mitte lebenden körperbehinderten Menschen beschäftigt. In zurückliegenden Zeiten hat man sich leider zu wenig um diese leidgeprüften Menschen gekümmert, ja man hat sogar immer wieder Kriege gemacht und den Menschen schreckliche Verletzungen zugefügt.
Gottseidank ist unser Volk durch bessere Schulen klüger geworden. Wir lehnen den Krieg ab, weil er unmenschlich ist, und wir machen alle Anstrengungen, um Leben und Gesundheit zu schützen.
Wir haben auch gelernt, daß es unmenschlich ist, wenn man vor der Not der Körperbehinderten die Augen verschließt. Deshalb bemühen sich alle Seiten unserer Stadtverwaltung darum, den Behinderten das Dasein zu erleichtern und auf

ihre schwere Lage immer wieder aufmerksam zu machen.
Mit Eurem Beispiel des Rollstuhlfahrers habt Ihr eine besonders schwierige Aufgabe erkannt. Er benötigt weitgehend hindernisfreie Bewegungs- und Zugangsmöglichkeiten. Mancherlei wurde hier auch bereits erreicht: Aufzüge an der U-Bahn, sanfte schräge Zufahrten zu öffentlichen Einrichtungen. Wir haben Wohnungen für Behinderte gebaut, die ganz ihren besonderen Bedürfnissen angepaßt sind. Da gibt es keine Schwellen und Absätze, und alle Handgriffe können vom Rollstuhl aus getätigt werden.
Sehr viel bleibt für die Baufachleute hier aber noch zu tun, damit wir das schwere Schicksal dieser Menschen weiter erleichtern können. Alle technischen Verbesserungen reichen hier jedoch niemals aus, denn vor allen Dingen benötigen die Körperbehinderten zu jeder Zeit die liebevolle Hilfe aller Mitmenschen. Es wird immer wieder Umstände geben, die ohne den hilfreichen Beistand eines anderen Menschen nicht zu bewältigen sind. Alle moderne Technik bleibt wirkungslos, wenn wir sie nicht mit Menschlichkeit und Nächstenliebe erfüllen.
Wer gedankenlos in einen Straßenbahnwagen stürmt, ohne auf die wartenden älteren und behinderten Fahrgäste Rücksicht zu nehmen, oder wer unbarmherzig mit dem Auto (oder auch mit dem Fahrrad) den Zebrastreifen überfährt, ohne auf die dort wartenden Alten oder Behinderten zu achten, der muß noch viel lernen, damit er ein wirklicher Mensch wird.
Ihr seid in Eurem Unterricht auf dem richtigen Weg, gute Menschen zu werden, und ich übermittele Euch dazu meine besten Wünsche.
Mit freundlichen Grüßen

Die Klasse hatte rund um die Schule und im Ortsteil Sachsenhausen Bordsteine vermessen und um die Beseitigung der baulichen Barrieren gebeten. (Die U-Bahn ist übrigens nicht für Rollstuhlfahrer zugänglich, wie behauptet.)

An Frau Rosemarie Hessler, 6 Ffm. 50, Jaspertstraße 87
Sehr verehrte Frau Hessler!
Über Ihren Brief vom 6. 4. 1974 habe ich mich besonders gefreut.
Ich stimme Ihnen in allen Ihren Aussagen zu. In der BRD reden wir nur gern und oft vom sozialen Rechtsstaat und seinen Vorteilen. Es ist lange an der Zeit, daß wir ernst machen mit

dem sozialen Rechtsstaat und mit dem, was wir unter gerechten Chancen für alle Bürger dieses Staates verstehen. Das gilt besonders für die Behinderten, Be- und Geschädigten. Sie sind in besonderer Weise auf die Hilfen des Staates und der Gesellschaft angewiesen – allerdings nicht als Objekte unbeteiligter Mitleidigkeit, sondern weil diese Mitbürger in erster Linie einen Rechtsanspruch auf Hilfe haben.
In Abwandlung eines mir bekannten Wortes möchte ich sagen: Es ist eine Probe auf die Menschlichkeit unserer Gesellschaft, ob all jene zu ihrem Recht kommen, die nicht in der Lage sind, ihre Rechte lautstark und kollektiv organisiert anzufordern.
Die SPD-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament hat sich schon oft mit dem Problem der behinderten Mitbürger in unserer Stadt befaßt und hier auch schon wirksame politische Beschlüsse getroffen.
Als Beispiel hierfür lege ich diesem Brief einige Anträge bei, die in letzter Zeit von meiner Fraktion verabschiedet wurden.
Sie möchte ich noch bitten, aus Ihrer Sicht auch weiterhin kritisch mitzuarbeiten und uns auch die eine oder andere Anregung zu geben.
Mit freundlichen Grüßen
(Michel) Vorsitzender (Schöppner)

Anregung der SPD-Fraktion des Ortsbeirates 11
Betr.: Arbeitsplätze für Behinderte
Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird gebeten, den Magistrat aufzufordern, umgehend zu überprüfen, ob in den städtischen Betrieben und anderen Einrichtungen, die mit städtischen Geldern finanziert werden, sowie in Unternehmen mit städtischer Beteiligung die prozentuale Pflichtquote zur Beschäftigung von Schwerbehinderten und Gleichgestellten (6 % der gesamten Arbeitsplätze) gemäß dem Zweiten Abschnitt des Schwerbehindertengesetzes vom 29. 4. 1974 (veröffentlicht im Bundesgesetzblatt I S. 1005 vom 30. 4. 1974) eingehalten wird. Hierüber ist der Stadtverordnetenversammlung und den Ortsvorstehern eine genaue Aufschlüsselung vorzulegen.
Bei negativem Ergebnis ist unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß immer mehr Schwerbehinderte (auch Rollstuhlfahrer) eingestellt werden. Eine bloße Zahlung der erforderlichen Ausgleichsabgaben zur Tilgung der Beschäftigungspflicht anstelle der Verwirklichung bautechnischer Voraussetzungen im Sinne

des Gesetzentwurfs zur Neufassung der Hessischen Bauordnung vom 12. 8. 1974 ist auszuschließen.
Begründung:
Die Pflichtquotenerfüllung ist bisher in den meisten Betrieben sträflich vernachlässigt worden. Viele Arbeitgeber ziehen es zudem vor, sich durch die Ausgleichsabgaben von der Beschäftigungspflicht Behinderter zu lösen, um technische Umbauten und eventuelle personelle Schwierigkeiten zu umgehen. Diesem Trend müssen zumindest die städtischen Dienststellen gezielt entgegenwirken, zumal er dem neuen Schwerbehindertengesetz widerspricht.
Frankfurt am Main, den 24. 2. 1975
Gez.: Peter Reinwart, Stellv. Fraktionsvors.
Stadtrat Peter Jäkel Dezernent für Inneres

An die SPD-Fraktion z. Hd. Herrn Erwin Schöppner,
6 Frankfurt am Main, Rathaus, Haus Silberberg
Betr.: Durchführung des neuen Schwerbehindertengesetzes im Bereich der Stadtverwaltung Frankfurt am Main
Bezug: Dein Anschreiben vom 18. 3. 1975;
Schreiben der SPD-Fraktion im Ortsbeirat des Ortsbezirks 11 vom 24. 2. 1975 an die SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung
Lieber Erwin,
das Problem der Beschäftigung von Schwerbehinderten wird von allen Ämtern im Bereich der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, insbesondere aber federführend vom Personalamt gesehen und vorrangig bearbeitet.
Das Personalamt befindet sich in ständigem Kontakt mit dem für die Durchführung des neuen Schwerbehindertengesetzes zuständigen Stellenleiter des Arbeitsamtes.
Nach dem alten Schwerbeschädigtengesetz war der Stadt Frankfurt am Main eine auf 4,6 % herabgesetzte Pflichtquote auferlegt. Die von ihr erreichte Quote lag allerdings lediglich bei 3,07 %.
Welche Pflichtquote von der Stadt Frankfurt am Main nach dem neuen Schwerbehindertengesetz zu erfüllen sein wird, ist noch nicht endgültig festgelegt, da die vom Arbeitsamt bei allen Betrieben vorgenommenen Erhebungen zunächst noch ausgewertet werden müssen. Zur konkreten Situation im Bereich der Stadtverwaltung verweise ich auf den Zwischenbericht des Magistrats vom 7. 10. 1974, der auf eine CDU-An-

frage hin erstellt wurde.
Unabhängig von der Entscheidung über die neue Pflichtquote ist die Stadtverwaltung Frankfurt am Main jedoch ständig bemüht, Schwerbehinderten einen Arbeitsplatz in ihrem Bereich anzubieten und damit einen Beitrag zur Eingliederung dieser Gruppe in die Gesellschaft zu leisten. Hier darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich nur eine geringe Anzahl von Arbeitsplätzen für die Besetzung mit einem Schwerbehinderten eignet. Auch das Arbeitsamt sah diese schwierige Situation in unserem Bereich und hat deshalb in der Vergangenheit die Pflichtquote herabgesetzt. Selbst bei herabgesetzter Pflichtquote war es dem Arbeitsamt jedoch nicht möglich, geeignete Bewerber zur Erfüllung der Pflichtquote zu vermitteln.
Unabhängig von den sozialpolitischen Aspekten, die stets bei der Vermittlung von Schwerbehinderten im Vordergrund stehen, ist die Stadtverwaltung aber darüber hinaus auch aus finanziellen Gründen an der Erfüllung der Pflichtquote interessiert, da sonst auf die Stadt Frankfurt am Main erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen durch die Zahlung von Ausgleichsabgaben zukommen.
Im Hinblick auf das ständige Bemühen, trotz der oben geschilderten Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte im Sinne des Schwerbehindertengesetzes zu gewinnen, erscheint mir ein entsprechender Antrag entbehrlich.
Mit freundlichen Grüßen
gez.: Jäkel.

Teil zwei

Grundlagen einer politischen Behindertenarbeit

1. Behinderte in der Industriegesellschaft – Aussortieren der Unproduktiven

Der Mensch wird an seiner Arbeitskraft, seiner ökonomischen Brauchbarkeit gemessen. »Unmerklich hat sich für die meisten Arbeitsplätze in unserer Wirtschaft die Norm eingespielt, die Anforderungen am gesunden, voll leistungsfähigen, dem technischen Wandel gewachsenen Arbeitnehmer zu orientieren.«[1] Die nur bedingt Leistungsfähigen werden aus dem Arbeitsleben ausgesondert. Mehr als 52 % aller Arbeitnehmer müssen vor Erreichen der Altersgrenze wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsleben ausscheiden.[2] Dabei »ist die Aussteuerung über eine vorzeitig gewährte Invalidenrente vielleicht das technisch einfachste, aber . . . sozialpolitisch das primitivste Verfahren.«[3]

Diese Sicht des Menschen als eine optimal auszunutzende Arbeitskraft, findet ihren Niederschlag in der Statistik: Alle zwei Stunden stirbt in der Bundesrepublik ein Mensch nach einem Arbeitsunfall, jährlich sind das über 4000. 300 000 Menschen scheiden jährlich vorzeitig aus dem Arbeitsleben aus. Jährlich werden den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung etwa 2 Millionen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten gemeldet. Allein die Berufsgenossenschaften, die Hauptträger der gesetzlichen Unfallversicherung, geben jährlich rund 6 Milliarden DM für die Rehabilitation und Entschädigung Unfallverletzter aus.[4]

Eine Tendenzwende ist nicht in Sicht. Der gigantische Verschleiß menschlicher Arbeitskraft und menschlichen Lebens setzt sich fort. Die verbrauchte Arbeitskraft wird ausgewechselt, notfalls aus dem Ausland importiert und nach mehrjäh-

[1] Christian von Ferber, Der behinderte Mensch und die Gesellschaft; in: Walter Thimm (Hrsg.), Soziologie der Behinderten, Neuburgweier 1972, S. 38

[2] Günter Erlewein, DGB, zitiert nach: Süddeutsche Zeitung, Nr. 25/1975

[3] Von Ferber, S. 39

[4] BG-Informationen, Nr. 1/1975 (hrsg. vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften)

rigem Gebrauch wieder nach Hause geschickt, wie die Praxis mit den ausländischen Arbeitern gezeigt hat. Wissenschaft und Technik, so Ivan Illich, stützen nach wie vor die industrielle Produktionsweise. »Die Forschung ist bestrebt, überall jene sekundären Hindernisse zu beseitigen, die das Wachstum eines spezifischen Produktionsvorganges hemmen . . . Tatsächlich steht die Forschung schon beinahe vollständig im Dienst der industriellen Entwicklung.«[5]

Der Behinderte bringt keine »Nützlichkeit im Sinne der Marktleistung«[6]. Im Gegenteil: Sein Schicksal wirkt ausgesprochen störend. Er kann nicht reibungslos funktionieren, er erinnert daran, daß menschliche Arbeitskraft nicht auf Dauer bedingungslos verbraucht werden kann. Wer produzieren soll, darf nicht mit den »Betriebsunfällen« der Industriegesellschaft konfrontiert werden. Der Behinderte, dessen Arbeitsleistung nicht mehr vermarktet werden kann, entgeht aber der Vermarktung dennoch nicht: Als Schwächerer steht er den Tüchtigen und Erfolgreichen zur seelischen Erbauung zur Verfügung. Man kann für ihn spenden, Wohltätigkeitsbasare organisieren, Fernsehlotterien showgerecht inszenieren. Der Behinderte dient dazu, daß sich Nichtbehinderte ihr gutes Gewissen erkaufen und sich beweisen dürfen, ganz anständige Menschen zu sein.

Der Behinderte wird an seiner produktiven Brauchbarkeit gemessen, Behinderungen werden an Graden der Erwerbsunfähigkeit gemessen: »Minderung der Erwerbsfähigkeit« (MdE) nennt sich das Beurteilungsschema. Wer 100 % in der Erwerbsfähigkeit gemindert ist, ist erwerbsunfähig.

Walter Thimm hat die amtliche Behindertenstatistik in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Bei einer Bevölkerungserhebung 1966 war auch nach den Behinderten gefragt worden. Thimm kommt zu dem Ergebnis, daß eine Behinderung gesellschaftlich dann sichtbar wird, wenn der medizinisch diagnostizierbare Schaden in Prozentsätzen der Erwerbsminderung ausgedrückt werden kann.[7] Selbst die Anerkennung einer Behinderung hängt davon ab, ob der Behinderte gearbeitet hat oder nicht. Die Behinderung ist amtlich dann eine Behinderung, wenn sie mit den Werten produktionsbezoge-

[5] Ivan Illich, Selbstbegrenzung, Eine politische Kritik der Technik, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 73

[6] Von Ferber, a.a.O., S. 32

[7] Walter Thimm, a.a.O., S. 60

ner Nützlichkeit in Verbindung gebracht werden kann. Lassen wir die Statistik[8] sprechen:

Ursache	amtliche Anerkennung insgesamt	männlich	weiblich
Kriegsbeschädigung	94,1	94,6	82,8
Arbeitsunfall	87,1	88,6	78,7
Berufskrankheit	80,5	83,3	67,9
Straßenverkehrsunfall	71,4	77,8	58,5
andere Krankheit	61,1	70,8	51,5
Kinderlähmung	56,1	61,2	49,3
sonstiger Unfall	52,8	61,5	43,5
angeboren	38,5	37,4	39,9
sonstige Ursache	56,7	69,3	45,2
ohne Angabe der Ursache	20,0	36,2	8,2
Insgesamt	74,2	81,0	50,1

Die amtlichen Anerkennungsquoten zeigen die gesellschaftliche Einschätzung. Am angesehensten sind die Kriegsopfer (»Dienst am Vaterland«); Nerven- und Geisteskranke sind nicht nur gesellschaftlich am meisten diskriminiert, sondern auch am seltensten amtlich anerkannt. Unmittelbar nach den Kriegsopfern rangieren die Arbeitsunfall-Behinderten und die von einer Berufskrankheit Betroffenen in der amtlichen Anerkennung. Angeborene Behinderte (z. B. Spastiker) fallen dagegen völlig ab. Sie waren nie im Arbeitsprozeß.

Der Behinderte wird an Maßstäben der produktiven Verwertbarkeit gemessen. Die Behindertenhierarchie folgt genau diesen Gesetzen: Oben stehen die Kriegs- und Arbeitsopfer, unten die von Geburt an oder durch Krankheit Behinderten, ganz unten die geistig und seelisch Behinderten. Die Behinderten geben die Hackordnung der Umwelt weiter, suchen eine noch weiter untenstehende Behindertengruppe, auf die sie herabsehen können wie auf sie herabgesehen wird. Allen Behinderten, die nicht mehr arbeiten können, ist jedoch gemeinsam: Ihr Dasein ist nach den Wertmaßstäben ihrer Umwelt nur zweitklassig, minderwertig. Sie büßen für ihre Arbeitsunfähigkeit mit gesellschaftlicher Isolierung. Sie haben im öffentlichen Leben keine Funktion mehr, wenn man sie auch von Zeit zu Zeit, vor allem zur Weihnachtszeit, zu Wohltätigkeitszwecken dekorativ zur Schau stellt.

[8] Ebd. S. 54

2. Das entfremdete Bewußtsein

»Seit Jahren behaupten die weißen Anhänger der Rassentrennung im Süden, der Neger sei ›zufrieden‹, und meinen: ›Wir kommen mit unseren Negern glänzend zurecht, weil wir sie verstehen. Schwierigkeiten gibt es nur, wenn Agitatoren von außen kommen und Unruhe stiften.« Dies schreibt Martin Luther King, der ermordete schwarze Pastor und Bürgerrechtsführer in seinem Buch »Warum wir nicht warten können«.[9] Viele Leser, die der emanzipatorischen Behindertenarbeit gegenüber aufgeschlossen sind, werden nicht verstehen, warum dieser Satz hier steht. Ich will es erläutern:
Gusti Steiner und ich haben in einem Buch formuliert: »Behindertsein ist schön«. Das ist analog zum Kampfwort der Black-Power-Bewegung »black is beautiful« formuliert und meint: Das Bewußtsein der Neger war stets fremdbestimmt. Alle Werte, Schönheitsideale, überhaupt alle Ideale waren an den Maßstäben der Weißen orientiert. Die Neger selbst glaubten, minderwertig zu sein, weil sie sich an den Weißen messen lassen mußten und maßen, und gegen Weiße blieben sie eben alle schwarz. Ähnlich ergeht es den Behinderten. Der Behinderte muß sich immer an den Wertmaßstäben der Nichtbehinderten messen lassen, die fast alle auf den Produktionssektor bezogen sind, auf die Leistungskraft im Arbeitsprozeß. Diesen Wertmaßstäben kann der Behinderte nicht genügen, dagegen fällt er ab. Das wäre noch nicht schlimm, aber der Behinderte hat verinnerlicht, minderen Wertes zu sein, weil er den Anforderungen des Arbeitssektors nicht entsprechen kann, denn von dort wird die soziale Anerkennung abgeleitet.

> Wer im Auflehnen verharrt, kann nicht gesunden.
> ABC der Schwerbeschädigtenfürsorge, S. 136

Entfremdetes Bewußtsein gibt es in allen Bevölkerungsgruppen, die an den Existenzrand gedrängt wurden. In Lateinamerika nennt man dies »conciencia«. Mitarbeiter des katholischen Zentrums für Forschung und Entwicklung der Erziehung in Santiago de Chile, definierten: »›Conciencia‹ verstanden als ein unterdrücktes Bewußtsein, das die Welt der Herrschenden widerspiegelt und das Ergebnis einer Unterdrückung

[9] Martin Luther King, Warum wir nicht warten können, Frankfurt/Main 1965, S. 26

ist. Es unterliegt einer direkten Beherrschung ökonomischer und politischer Art und einem absichtlich entmenschenden kulturellen Einfluß.«[10]

Wer ein entfremdetes Bewußtsein hat, ist in der Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge blockiert, weil die Erkenntnis ihm bedrohlich erscheint; man kann sie sich nicht leisten. Der Wille zum Widerstand kommt erst gar nicht auf. Man darf nicht vergessen, daß Behinderte bis in die jüngste Vergangenheit getötet und gequält wurden, als besessen galten (und mancherorts immerhin noch gelten!), als von Gott bestraft. Sie wurden ausgesondert, in Anstalten gebracht, in der Zeit der Naziherrschaft als lebensunwert erklärt und in vielen Fällen mit Hilfe von Ärzten ermordet. Nur wer dies ignoriert, kann abstreiten, daß dem Behinderten das Gefühl, unwert, minderwertig zu sein, nicht bekannt wäre. Es wird ihm von der Umwelt immer noch nahegebracht.

Wer Behinderte oberflächlich befragt, wird genau die Antworten erhalten, die King beschreibt. Der Behinderte ist meist zufrieden, vordergründig jedenfalls, nach dem Motto: »Man muß zufrieden sein«, er ist ja auch oft pflegeabhängig und auf seine Umwelt angewiesen. Wer Behinderte näher kennt und wenn eine Basis des Vertrauens vorhanden ist, hört von vorher »Zufriedenen« ganz andere Schilderungen, oft mit der Bitte, nichts von dem Anvertrauten weiterzusagen, denn die Repressalien sind stets gegenwärtig, manchmal von den Eltern, bei Heimbewohnern von der Heimleitung, am Arbeitsplatz von Kollegen und Arbeitgebern, im Behindertenverein von den Funktionären. Die Angst ist stets gegenwärtig, wenn auch meist nur noch als Grundzug einer von der Zeit geprägten Resignation, Ergebung ins Unveränderliche. Lange genug praktiziert, hat das dieselbe Wirkung wie eine Gehirnwäsche, denn nur der Behinderte wird sozial belohnt, der den Nichtbehinderten bestätigt, die Büßerrolle, die Figur des Dulders und des Dankbaren ausfüllt. Resignation und Trostlosigkeit sind Grundzüge traditioneller Behindertenarbeit; in fast allen Behindertengruppen sind einige wenige aktiv, die anderen warten auf Betreuung und tun nichts mehr selbst.

Und manchmal packt einen Behinderten Staunen, so schreibt mir eine Behinderte: ». . . ich bewundere Sie, daß ein junger,

[10] »Concientización« (d. h. Bewußtwerdung) – Theorie und Kritik; in: Erika Stückrath-Taubert (Hrsg.), Erziehung zur Befreiung, Volkspädagogik in Lateinamerika, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 16

gesunder Mann sich mit den Problemen der Behinderten befaßt.« Verhängnisvoller kann die Selbsteinschätzung gar nicht wirken. Wer sich selbst als nicht gesellschaftsfähig für »Gesunde« betrachtet, wird kaum mehr in einen normalen Umkreis hineinfinden. Aus der Randgruppenforschung ist hinlänglich bekannt, wie entscheidend die Selbsteinschätzung wirkt.

Ernst Begemann berichtet von solchen Forschungen in seinem Buch »Die Erziehung der sozio-kulturell benachteiligten Schüler«[11]. Allein die Überzeugung, einer unterprivilegierten Gruppe anzugehören, mindert nicht nur – wie an amerikanischen Negerstudenten offenkundig wurde – die Schulleistungen, sondern auch die weniger milieuabhängigen Leistungen in Intelligenztests. Wenn den Negerstudenten vor den Tests gesagt wurde, ihre Leistungen würden mit den Leistungen weißer Studenten verglichen, lagen sie bedeutsam niedriger als wenn ihnen vorher mitgeteilt wurde, die Tests dienten zum Vergleich mit Negerstudenten an der eigenen Hochschule. Ihr Unterlegenheitsgefühl hindert sie an der Entfaltung ihrer möglichen Leistungsfähigkeit.

Damit nicht genug. Das Unterlegenheitsgefühl, das fremdgesteuerte Bewußtsein, hat noch fatalere Folgen. Die Gruppe legt auch die interne Hierarchie und die Rollenverteilung fest und setzt die Leistungserwartungen. Wer sich außerhalb des Gruppenniveaus begibt, höhere Ansprüche stellt, wird so lange behandelt und gemaßregelt, bis er sich wieder in die Leistungserwartungen einpaßt. Diese Mechanismen des Verhaltens von Schwachen, Unterdrückten, Fremdbestimmten lassen sich in der Behindertenarbeit deutlich ablesen. Kaum eine Gruppe kooperiert mit der anderen, an einem Ort streiten sich stets mehrere Grüppchen um die Krümel vom Sozialkuchen, man jagt sich gegenseitig Vorrechte ab, streitet um die wahre Lehre und schafft es so, sich mit sich selbst zu beschäftigen, ohne jene anzugreifen, die für die Misere mitverantwortlich sind. Die Aggressionen werden in der eigenen Gruppe ausgetragen, eine spezielle Art der Selbstbeschäftigungstherapie von Behindertenvereinen, die meist darüber vergessen, Forderungen z. B. gegenüber ihrer Stadtverwaltung durchzusetzen oder über ihre Rechte zu wachen, wenn es um Behindertengesetze geht.

[11] Ernst Begemann, Die Erziehung der sozio-kulturell benachteiligten Schüler, Hannover 1970, S. 137f

Die Behinderung bleibt so das Reservat für Vereinsmeier, der goldene Käfig für Unmündige. Zitat eines Behinderten, der Behindertenarbeit im Betreuungsstil abwickelt: »Der Behinderte ist wie ein Zimmervogel. Läßt man ihn fliegen, geht er ein.«
Dieses fremdbestimmte, fremdgesteuerte Bewußtsein läßt keinen Platz mehr für Hoffnung auf eigenes Handeln. Da ist z. B. eine Gruppe zum Oberbürgermeister einer Großstadt eingeladen. Der Oberbürgermeister nimmt sich eine halbe Stunde Zeit, begrüßt den nichtbehinderten Funktionär, läßt sich erzählen, die Kamera klickt: er ist sozial. Die Gruppe ist so stolz, vom Oberbürgermeister empfangen zu werden, daß sie auf jede Forderung verzichtet. Doch was heißt verzichtet, man hat gar nicht daran gedacht, etwas zu fordern.
Es ist ein groteskes Kennzeichen der alten Betreuungsarbeit, daß man jammert, daß man ab und zu sogar sieht, daß Rechte, die einem zustehen, nicht eingehalten werden, daß aber nichts unternommen wird. Die Vertreter der Behinderten fordern nicht, sie bitten nur. Während in der pluralistischen Gesellschaft, der Gesellschaft der Interessenvertreter, der Lobbys, sich jede Gruppe immer mehr vom Anteil holen möchte, mehr Macht, mehr Privilegien, bleiben die Behinderten bescheiden: Es ist ja schon eine ganze Menge geschehen. Von den Vertretern der Industrie, oder von den Vertretern der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, wird man solche Töne kaum hören, obgleich es ihnen um einen Bruchteil besser gehen dürfte.

3. Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung

Behindertenarbeit wird bis heute noch weitgehend von nichtbehinderten Funktionären getan. Auf den Kongressen über Rehabilitation sprechen die Fachleute meist ohne Anwesenheit der Behinderten, bzw. die Behinderten werden als Kulisse betrachtet, sie dürfen beklatschen, was andere für sie tun. Politiker zieren sich zu Wahlkampfzeiten gerne mit einem Behinderten, am besten im Kreise behinderter Kinder, die Pose steht ihnen so gut und beweist ein soziales Empfinden. Die Behindertenarbeit macht keinen Behinderten rebellisch, Unrecht abzuwehren, sondern spielt de facto die Rolle von Anpassungshilfe. Sie unterdrückt die Schreie der Verzweifelten, indem sie Not notdürftig lindert, indem sie auf eine bessere

Zukunft ungedeckte Wechsel ausstellt.
Die Behindertenarbeit muß, will sie nicht Unterdrückte unterdrücken und anpassen helfen, Bewußtseinsbildung betreiben. Es gilt, den Wert der menschlichen Person neu zu entdecken, nicht die Brauchbarkeit oder die Nützlichkeit. Behindertenarbeit ohne Frömmelei, ohne ideologische Verbrämung, das heißt, daß allem, was der Verwirklichung dieses Personwerdens entgegensteht, der Kampf angesagt werden muß. Das bedeutet, daß Behinderte und Nichtbehinderte zusammen zu der Veränderung der Umwelt beitragen müssen, daß sie dafür aktiv einzustehen haben. Behindertenarbeit heißt also nicht Wehleidigkeit, Mitleid, Almosen, gute Gaben, sondern bewußtes, klares Engagement für eine Veränderung der Umwelt. Dies ist kein spezielles Problem für »Krüppel«, sondern heißt Humanisierung des Lebens. Es kommt auch jenen zugute, die jährlich als Invalide, als Unbrauchbare aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Humanisierung bedeutet Intensivierung des Lebens, Bereicherung des menschlichen Daseins.
Ein neues Bewußtsein vom Wert des Menschen, von der Freude zu leben, wird auf den Widerstand derer stoßen, die aus dem Verschleiß des Menschen Gewinn ziehen und auf den Widerstand derer, die sich kein anderes Leben mehr vorstellen können. Wo vorher ein fremdbestimmtes Ich-Ideal sich eine Sozialnische zum Überwintern suchen mußte, wird das selbstbestimmte Ich-Ideal sehen lernen, fordern, leben. Der selbstbestimmte Mensch ist nicht abhängig, auch wenn er gepflegt werden muß, wenn bestimmte Funktionen seines Körpers ausgefallen sind. Der selbstbestimmte Mensch ist mit sich identisch. Ich kenne inzwischen viele Schwerstbehinderte, die diese Leistung hinter sich haben.
Der selbstbestimmte Mensch kann die Leistung, das eigene Leben auch mit eingeschränkten Funktionen zu meistern, als wahre Leistung sehen. Er hat den Selbsthaß in schöpferische Energie umgesetzt. Er muß sich nicht mehr hinter seiner Behinderung verschanzen, muß nicht länger Lusterfüllung in der Betreuung finden, sondern kann sich der Lust hingeben, selbst zu handeln, aktiv Barrieren zu beseitigen.
Es ist die Angst der anderen, die den Behinderten aus dem Verkehr zieht, aus dem Städtebild eliminiert. Indem die Behinderten aus dem Alltag verbannt werden, aus den Verkehrsmitteln, aus dem Freizeitbereich, aus dem Arbeitsprozeß, verarmt das menschliche Leben, werden wir des Vergleichs be-

raubt. Leistungsgeminderte werden aus der Produktion entlassen, um die Leistung zu steigern, d. h. aber sozialmedizinisch, um noch mehr Arbeitende dem frühen Verschleiß zu überantworten.
Es wird viel von Integration geredet. Die Behinderten sollen integriert werden. Warum soll der Behinderte in die Welt der Nichtbehinderten integriert werden, warum nicht die Nichtbehinderten in die Welt der Behinderten? Geht das nicht vom falschen Weltbild aus? Haben Behinderte keine eigenen oder minderwertige Werte? Und müssen sie in die höhere Welt der Nichtbehinderten, die Welt der Produktiven einbezogen werden? Es ist viel wichtiger, daß die Nichtbehinderten, die sich selbst verschleißen und sich verschleißen lassen, ohne vom Leben zu profitieren, erfahren, was es heißt, ganz sie selbst zu sein.
Es hat für den Behinderten keinen Sinn, zu warten, bis sich seine Umwelt auf ihn eingestellt hat, ihn akzeptiert, bis alle Vorurteile weggeräumt sind. Der Behinderte selbst muß lernen, sich durchzusetzen. Das wird weh tun, es ist kein Kinderspiel und durch Betreuung nicht zu leisten, aber der Behinderte als Betreuungsfall ist vergessen und abgeschrieben. Wenn die Eltern sterben, wenn die Fürsorgepflichtigen ausbleiben, muß er ins Heim. Wird er aktiv und lernt, sein Leben zu bewältigen, wird er wie inzwischen schon mehrere Schwerbehinderte, die auf Pflege angewiesen sind, allein leben und sein Dasein meistern und zum Kommunikationszentrum werden.
Der Behinderte hat keine andere Wahl als diesen anfangs schweren Weg zu gehen. Er muß trotz Pflegeabhängigkeit selbständig werden. Sonst bleibt es dabei, daß Verheiratete ihm Enthaltsamkeit verordnen, gutdotierte Politiker seine paar Mark Sozialhilfe rühmen.
Denn wer fordert Genügsamkeit vom Behinderten? Funktionäre und Bonzen, die auf Banketten ihre Reden schwingen. Wer vertröstet denn die Eltern, wenn ihre behinderten Kinder keinen Schulplatz bekommen? Schulräte, deren Kinder aufs Gymnasium gehen. Die großen Vertröster auf der Verwaltungs- und der politischen Ebene, geht es ihnen nicht allemal wirtschaftlich besser?
Der Behinderte muß Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung lernen. Der Nichtbehinderte dagegen muß in den Bereich der Behinderten integriert werden, wenn er nicht weiter als Verwaltungsmarionette, Erfüllungsgehilfe der Bürokratie,

Arbeitsautomat existieren will, dessen vorzeitiger Verschleiß bereits programmiert ist, ohne Ethik, ohne Werte, ganz auf's Funktionieren eingestellt.

4. Kampf der Vertröstungsstrategie

»Zugegeben, die Dinge standen und stehen schlecht, aber wir machen Fortschritte.« Oder: »Zugegeben, eure Forderungen sind berechtigt, aber wir können nicht überstürzt vorgehen. Stabile Gesellschaften müssen langsam aufgebaut werden.« Diese Sätze könnten aus einer Podiumsdiskussion über Behinderte stammen, stehen aber in Stokely Carmichael und Charles V. Hamilton's Buch »Black Power«[12]. Auch die darin anschließenden Sätze sind auf die Behindertenarbeit zu übertragen, wenn man statt »Weiße« Nichtbehinderte/Politiker/Funktionäre/Freunde der Behindertenarbeit einsetzt: »Gebt acht, daß ihr eure weißen Verbündeten nicht verärgert oder euch zu Feinden macht; schließlich seid ihr nur zehn Prozent der Gesamtbevölkerung.«
Martin Luther King, nicht des Radikalismus verdächtig, beschreibt genau denselben Sachverhalt. Die Gemäßigten ziehen einen negativen Frieden, die Abwesenheit von Spannung einem positiven Frieden, der Herrschaft der Gerechtigkeit vor. »Im Ziel bin ich mit Ihnen einig, aber nicht in der Methode«[13]. Dieser Satz ist in der Behindertenarbeit stets zu hören. Die Black-Power-Autoren und der schwarze Pastor kommen zum gleichen Ergebnis: »Das schale Verständnis, das Menschen guten Willens einem entgegenbringen, behindert mehr als die absolute Verständnislosigkeit der Übelgesonnenen. Die lauwarme Zustimmung verwirrt viel stärker als die ausgesprochene Ablehnung.«[14]
Nicht jene, die gewaltlose Aktionen durchführen, sagt King, sind diejenigen, die Spannung erzeugen. Es werden lediglich verborgene Spannungen enthüllt, die bereits bestehen. Ein Geschwulst aber kann nicht geheilt werden, wenn es nicht den natürlichen Heilkräften von Luft und Licht ausgesetzt wird. Über die Vertröstungsstrategie der Mächtigen schreibt King:

[12] Stokely Carmichael / Charles V. Hamilton, Black Power, Die Politik der Befreiung in Amerika, Stuttgart 1968, S. 12
[13] King, a.a.O., S. 82
[14] Ebd.

»Aus langen und schmerzlichen Erfahrungen haben wir die Lehre gezogen, daß Freiheit nie vom Unterdrücker freiwillig gewährt wird: sie muß vielmehr von ihm gefordert werden. Offen gestanden: bis heute habe ich noch nie einen Direkt-Aktions-Feldzug durchgeführt, dessen Zeitpunkt die Billigung derer gefunden hätte, die nicht übermäßig unter der unheilvollen Rassentrennung zu leiden gehabt hatten. Jahrelang habe ich nun die Mahnung ›Abwarten!‹ gehört, und diese Forderung klingt in den Ohren des Negers bereits schmerzhaft. Das ›Warten‹ hat fast immer ›Niemals!‹ bedeutet. Im Einklang mit einem der großen Richter unserer Nation müssen wir die Erkenntnis akzeptieren: ›Zu lange verzögerte Gerechtigkeit ist die verweigerte Gerechtigkeit.‹«[15]

Tagung des Fachausschusses II (Behindertenhilfe) der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe

Auf Einladung des Landesamtes tagte am 11./12. März 1975 FA II in Mainz im Kinderneurologischen Zentrum Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der **Werkstätten für Behinderte.** Eine einheitliche Konzeption für diese Einrichtungen ist nicht zuletzt wegen der im Schwerbehindertengesetz vom 29. April 1974 vorgesehenen Anerkennung notwendig, wird aber erschwert durch unterschiedliche Auffassungen der verschiedenen Werkstatt- und Kostenträger sowie der Behindertenverbände. **Nach Auffassung des Ausschusses sollen die Behinderten in der Regel drei Monate in der vorgesehenen Eingangsstufe und zwei Jahre, mindestens jedoch ein Jahr, in der geplanten Trainingsstufe der Werkstätten verbleiben. Bare Leistungen der Werkstatt an die Behinderten sollen während dieser Zeit nicht gewährt werden, um die Behinderten zu motivieren, möglichst bald die nächste Stufe zu erreichen.**

Aus: Mitteilungen des Landesamtes für Jugend und Soziales Rheinland-Pfalz, Nr. 2–3/1975

Vertrösten heißt fast immer Rechte vorenthalten, Zeit gewinnen, um bestehende Verpflichtungen und Rechte nicht praktizieren zu müssen. Die Behinderten kennen diese Vertröstungsstrategie, sofern sie nicht zu den Privilegierten gehören, den Kriegsversehrten und den durch Arbeitsunfälle Behinder-

[15] Ebd., S. 77f

ten. Bei allen Reformvorhaben stehen sie geduldig im letzten Glied und hoffen, auch einmal bedacht zu werden. Da wurden die Leistungen der Rehabilitationsträger einander angeglichen, doch die Leistungen für die Ärmsten der Behinderten, die Sozialhilfeempfänger, wurden zurückgestellt. Da wurde ein Gesetz konstruiert, daß den von Geburt an oder durch Krankheit Behinderten die gleichen Voraussetzungen wie den Privilegierten bringen sollte, doch vom Bundesrat, mit dem Bedauern, einer gerechten Sache nicht entsprechen zu können, abgelehnt: Das Gesetz zur unentgeltlichen Beförderung im Nahverkehr wurde auf die lange Bank geschoben.

Da kann sich ein Staatssekretär den Zynismus erlauben, zu behaupten, die Beförderung der Rollstuhlfahrer im Gepäckwagen der Bundesbahn geschehe auf deren »eigenen Wunsch«. Da wird ein Gesetz publizistisch und politisch gefeiert, das vorschreibt, daß alle Firmen und alle öffentlichen Dienststellen sechs Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen haben, doch die wenigen, die sich an dieses Gesetz halten, müssen sich wie die Dummen vorkommen: Ringsum wird das Gesetz nicht beachtet. Kein Kleinkrimineller dürfte sich am Gesetz so vorbeidrücken, er würde zur Rechenschaft gezogen. Statt nun die Einhaltung des Gesetzes durchzusetzen, arbeitslose Behinderte gibt es genug – erwägt der Gesetzgeber ernsthaft, die Pflichtquote von 6 % auf 4,5 % herabzusetzen!

Eltern behinderter Kinder hetzen von Amt zu Amt, von Behörde zu Behörde, stellen Anträge, fahren in fremde Städte, um Behandlung und Diagnose zu erfahren, lassen sich auf monatelange Wartelisten setzen, lassen sich vertrösten und hören, sie seien am falschen Ort, hier sei man nicht zuständig. Schwerste Verkrüppelungen entstehen, weil notwendige Diagnose- und Therapiezentren fehlen. Wer mißt die vielen Lebensjahre, die Behinderte früher sterben müssen, weil sie nicht rechtzeitig behandelt wurden? Sind das keine kriminellen Tatbestände, von unterlassener Hilfeleistung bis hin zum Totschlag infolge fehlender Behandlung?

Erwachsene, die gebrandmarkt sind durch die Behinderung, leben in Heimen, in denen sie am späten Nachmittag bereits zu Bett gebracht werden, obwohl sie abends im Rollstuhl leben und den Feierabend genießen könnten wie andere auch. Ist das nicht Freiheitsberaubung? Müssen sie es sich gefallen lassen, Besucherpulks vorgeführt zu werden wie Affen im Zoo? Müssen Behinderte es hinnehmen, daß sie zu Halb- und

Ganz-Analphabeten verurteilt werden, weil es für sie keine oder ungenügende Schulmöglichkeiten gibt? Der von Geburt oder Kindheit an Behinderte erhält meistens keine optimale Förderung. An vielen Orten fehlen Schulen oder die Kinder werden nicht eingeschult. Wer darf ungestraft einen Menschen zur Außenseiterexistenz verurteilen, indem er ihm die Fördermöglichkeiten vorenthält? Es heißt immer, die Bundesrepublik habe vorzügliche Gesetze. Zum Teil ist das richtig, aber zwischen Gesetzestext und Gesetzesrealität klaffen Welten.
Man wird einwenden, das sei überzogen und zu radikal. Wer die Realität nicht kennt, sollte sich kein Urteil anmaßen. Und wer sie kennt, aber sie beschönigen muß, weil er als Interessenvertreter von Behörden auftritt, sollte sich klarmachen, daß er die Interessen der Betroffenen zu vertreten hat, dafür wird er bezahlt. Wieviel Menschlichkeit muß abgestorben sein, um Mißstände in Behindertengettos hinzunehmen und auch zu verteidigen, um behinderte Kinder auszuschulen oder Behindertenschulen schlecht ausgestattet zu lassen, um hilfesuchende Eltern abzuweisen mit dem Hinweis, leider seien zur Zeit keine geeigneten Einrichtungen vorhanden?
Gerade wer auf dem Boden des Grundgesetzes steht, wer Demokratie für eine gemäße Staatsform hält, ist verpflichtet, das Einhalten von Gesetzen zu kontrollieren und Forderungen durchzusetzen, damit Benachteiligte gleichgestellt werden. Dies gehört zu den Staatspflichten, auch wenn sie den Vertretern des Staates lästig erscheinen mögen.
Es geht nicht um Konfliktstrategien, um Lust am Streit, oder darum, Behinderte ideologisch für die ferne schöne Revolution zu mißbrauchen. Es geht schlicht um Rechte und um Gleichberechtigung. Behindertenarbeit ist nicht nur süße liebliche Fürsorglichkeit, sondern Arbeit, die dem einzelnen hilft, selbständig und selbstbewußt zu leben und die die politischen Kategorien der Arbeit dabei nicht ignoriert. Kleine mobile Gruppen werden in den einzelnen Städten, mit Witz, Phantasie, einem Schuß Frechheit und Einfallsreichtum mehr erreichen als ein festgefahrener Bundesverband, der durch die Bürokratie selbst beschäftigt wird. Behindertenarbeit soll und darf nicht den Konflikt suchen. Aber wo Konflikte bestehen, darf man sie nicht leugnen, sondern muß den Konflikt offenbar machen und lösen.
Behindertenarbeit ist keine traurige Arbeit, kein vergrämtes Sich-Bedauern, sondern macht Spaß, regt die Phantasie an,

stärkt die Sensibilität, das menschliche Einfühlungsvermögen und entdeckt tiefere Kategorien des Daseins und der Sinngebung. Es macht Freude, die Entwicklungsmöglichkeiten bei sich selbst und beim anderen zu erfahren, zu stärken und zur Entfaltung zu bringen.

Exkurs

Die Behinderung der Behinderten: Die Eltern

Eltern erwarten ein Kind. Es soll ein Bub werden, blond, blauäugig. Oder ein Mädchen mit den typischen Lachfalten der Mutter. Die Erwartungen sind verschieden, meistens aber vorhanden. Dann, nach der Geburt, merken die Eltern am Verhalten des Klinikpersonals, des Arztes, der vielleicht vorsorglich eingeweihten Mutter oder wem sonst, daß etwas nicht stimmt. Die Nachricht, ein behindertes Kind geboren zu haben, wirkt als Schock.[16]

Die Reaktion auf diesen Schock ist Abwehr, Nichtwahrhabenwollen. Dies ist völlig normal, decken sich doch Erwartungen und Realität nicht. Die Eltern müssen sich auf die neue Situation einstellen. Hätten sie in dieser Zeit Beratung, würden sie sachlich informiert, könnten sie die Tatsache, ein behindertes Kind zu haben, verarbeiten. Die Umwelt aber erlaubt diese Verarbeitung nicht, sondern demonstriert den Eltern fast immer die Sondersituation.

Es ist in dieser Lage eine völlig normale Reaktion, wenn Eltern versuchen, die Ursache ihrer Lage, das Kind, zu eliminieren: im Unbewußten und auch ganz bewußt tauchen Todeswünsche gegen das Kind auf. Es ist notwendig, den Eltern klar zu machen, daß diese Todeswünsche gegen das Kind etwas normales ist, legal und moralisch nicht verwerflich. Diese Phase des Leugnens, der Abwehr gehört zur Verarbeitung – nur, es sagt den Eltern kaum jemand. Ich erinnere mich an eine junge Mutter mit einem schwerstbehinderten, munteren, lebensbejahenden Kind, die im Rundfunk über ihre eigenen Gefühle nach der Geburt berichtete. Sie sagte sinngemäß: »Ich dachte, hoffentlich stirbt es. Aber wenn du sowas denkst, dann stirbt es erst recht nicht.«

[16] Eine ausführliche Darstellung befindet sich in: Ernst Klee, Behinderten-Report, Fischer Taschenbuch 1418, S. 136ff

Sie ist sich über ihre Gefühle klar geworden und konnte dann lernen, ihr Kind zu bejahen.[17] Andere Eltern, die die Sendung gehört haben, beschimpften sie anschließend: In der kostbaren Sendezeit die Eltern schlecht zu machen. Ich habe immer wieder erlebt, daß Eltern sich nicht trauen, zu ihren ablehnenden Gefühlen zu stehen, weil sich das nicht gehört, weil es die Moral nicht erlaubt. So sind sie gezwungen, öffentlich (d. h. auch in der Elternvereinigung) anders reden zu müssen als sie empfinden. Es ist für sie eine Erleichterung, zu ihren Abwehr-Gefühlen stehen zu dürfen, um dann einen Weg zur Verarbeitung und Bejahung zu finden.

Virginia M. Axline bringt in ihrem Buch »Dibs« ein Tonbandprotokoll, in dem die Mutter eines angeblich geistig Behinderten über ihre Gefühle der Ablehnung berichtet: »Bevor ich schwanger wurde, war ich Chirurgin. Ich liebte meinen Beruf. Ich habe zwei sehr komplizierte Herzoperationen durchgeführt. Mein Mann war stolz auf mich. Alle unsere Freunde waren hochintelligente, interessante Männer und Frauen. Und dann wurde Dibs geboren und verdarb alle unsere Pläne und unser Leben. Ich hatte das Gefühl, elend versagt zu haben. Ich entschloß mich, meinen Beruf aufzugeben. Einige meiner engsten beruflichen Mitarbeiter konnten meine Haltung und meinen Entschluß nicht verstehen. Oh, sie wußten von meiner Schwangerschaft. Aber nichts über Dibs. Es stellte sich bald heraus, daß Dibs nicht normal war. Es war schlimm genug, ein Kind zu haben, aber ein geistig zurückgebliebenes Kind war mehr, als wir ertragen konnten. Wir schämten uns. Wir waren gedemütigt.«[18]

Um das Kind den Freunden nicht zeigen zu müssen, sondert sich das Ehepaar aus dem gesellschaftlichen Leben selber aus. Niemand sollte die Schande sehen. Selbst zum Arzt geht die Mutter unter falschem Namen. Mit niemandem reden sie über ihr Kind, über die vom Scheitern bedrohte Ehe. Um sich zu beweisen, selbst »normal« zu sein, zeugen sie ein zweites Kind. Es wird ein mustergültiges Mädchen: »Sie ist ganz gewiß der Beweis dafür, daß die Schuld nicht bei uns liegt.«[19] Im Falle von Dibs war der angebliche Schwachsinn allerdings die Folge der Ablehnung. Der Schwachsinn war auch nie hirn-

[17] Vgl. Paul Sporken, Eltern und ihr geistig behindertes Kind. Das Bejahungsproblem, Düsseldorf 1975

[18] Virginia M. Axline, Dibs, Bern und München 1971, S. 84f

[19] Ebd., S. 86

organisch nachzuweisen gewesen. Erste Bedenken kommen der Mutter bei einem Zusammenstoß zwischen dem intellektuellen Vater und dem »schwachsinnigen« Kind, als der Vater in Gegenwart des Kindes behauptet, es plappere wie ein Idiot. Daraufhin reagiert Dibs sehr normal: er nimmt einen Stuhl und wirft nach dem Vater, räumt den Kaffeetisch ab und schreit den Vater an: »Ich hasse dich! Ich hasse dich!«

Auch stark geistig Behinderte registrieren immer das Verhalten ihrer Eltern, ja, sie sind in ihrer Analyse nicht nur weiter, sondern auch humaner: »Du darfst das meiner Mutter nicht übel nehmen«, sagte mir einmal eine geistig Behinderte, »sie ist Lehrerin und schämt sich wegen mir.« Eine andere Behinderte, die als schwer geistig behindert eingestuft war, erklärte sehr bestimmt: »Ich bete immer, daß meine Mutter zum Denken kommt.«

Todeswünsche und Abwehrreaktionen bei den Eltern mischen sich mit dem schlechten Gewissen. Die Eltern versuchen ihr schlechtes Gewissen durch Über-Betreuung (overprotection) auszugleichen, wieder gut zu machen. Die Über-Betreuung und Verhätschelung als Folge des Abwehrverhaltens beläßt den Behinderten in der Abhängigkeit. Die Schonbehandlung der Eltern stempelt den Behinderten zum Kranken, zu Pflegenden, Unselbständigen. Der in dieser Abhängigkeit aufwachsende Behinderte wird später auch kaum fähig sein, in einer Freundschaft oder in einer Ehe ein Partner zu werden, weil er weiterhin die Betreuung suchen muß, da er Selbständigkeit nie gelernt hat. Er ist auf passives Verhalten festgelegt. Es wird eine späte Rache der Eltern: Denn die passiven Behinderten sind für Freundschaften, Partnerschaften nicht interessant und bleiben der Befürsorgung wohltätiger Vereine überlassen. Nur der aufsässige Behinderte ist als Partner attraktiv, nur Behinderte, die von ihrer Umgebung auch etwas erwarten, Forderungen stellen, unbequem sein können. Menschen, mit denen keine Auseinandersetzung stattfinden kann, interessieren meist nur Betreuungsgemüter, die im passiven Behinderten einen Puppenersatz sehen. Viele Betreuer sind in dieser Phase, wo man mit Puppen und Teddybären spielt, stecken geblieben. Wie man eine Puppe windelt, anzieht, auszieht, die Milchflasche gibt, in die Ecke legt, ans Herz drückt, so wird vielfach mit Behinderten umgegangen. Der Behinderte zur seelischen Stabilisierung des gestörten, entwicklungsgehemmten Betreuers.

Es ist einfach, auf die Eltern zu schimpfen. Von heute auf morgen wurden sie aus ihren Vorstellungen und dem alten Lebensstil herausgerissen und sollen dann ein behindertes Kind erziehen, ohne darauf vorbereitet zu sein. »Sie haben keine Vorstellung davon«, schreibt Ingeborg Thomae, »wie man dieses Kind pflegt, erzieht, behandelt, und niemand sagt ihnen in der Regel, wo und wie sie sich diese fehlenden Kenntnisse aneignen können. Dieser Zustand ändert sich mit den Jahren nur selten: Die Eltern erfahren zwar viel über das, was ihr Kind nicht kann und was ihm an Fähigkeiten fehlt, man sagt ihnen auch, was sie selber alles falsch machen (z. B. Verwöhnung, Unter- oder Überforderung, Ungeduld usw.), doch sie bekommen kaum Hinweise darüber, wie und wo sie dieses ihnen fehlende Wissen erwerben könnten.«[20]

Eltern, die sich auf die Suche machen, ihrem Kind eine der Behinderung gemäße Förderung zu ermöglichen, werden in die Resignation getrieben, wenn sie sich zwischen den Behörden totlaufen. Wie das aussieht, zeigt die Schilderung einer Mutter:

»Unser Mädchen«, schreibt sie, »kam am 16. 11. 1965 als Steißgeburt, die zwei Ärzte und eine Hebamme in der Klinik nicht feststellten, auf die Welt. Ich war in Vollnarkose und kann nicht sagen, wann das Kind geatmet hat. Sie hatte eine Hüftluxation (angeboren, Heraustreten des Hüftgelenkkopfes aus der Hüftgelenkpfanne), eine Skoliose (Verbiegung der Wirbelsäule), einen Kletterfuß und einen Schiefhals. Alles ist in jahrelanger orthopädischer Behandlung behoben. Als unser Kind drei Monate alt war, sprach ich die Kinderärztin an, da ich merkte, daß die geistige Entwicklung nicht in Ordnung war. Sie sei ein Spätentwickler, sagte die Ärztin.

Mit zehn Monaten stellten wir das Kind im Krankenhaus vor. Anschließend sagte man uns: Es ist zwar nichts festzustellen, aber normal ist das Kind nicht. Einen Rat oder gar eine Behandlung gab es nicht. Die Kinderärztin behauptete weiterhin, das Mädchen sei ein Spätentwickler. Und als Eltern will man ja auch daran glauben. Mit drei Jahren stellten wir das Kind in einer Erziehungsberatung vor. Aber auch dort gab es nur die Feststellung, das Mädchen sei etwas zurück, wir sollten uns keine Sorgen machen.

[20] Ingeborg Thomae, Fachleute, Eltern und Behinderte als Partner; in: (Zeitschrift) Lebenshilfe Nr. 2/1972

Als sie fünf Jahre alt war, ging ich zur Gesundheitsbehörde. Sie wurde untersucht und getestet. Ergebnis: Sie sei zurückgeblieben und wir sollten sie mal verschicken lassen. Das Wort ›Hirnschaden‹ fiel nie. Ich telefonierte mit verschiedenen Kindergärten für Körperbehinderte. Wir bekamen auch einen Platz. Jetzt war sie endlich mit geschultem Personal zusammen und holte in dem Jahr bis zur Einschulung sehr viel auf.
Dann kam unser Kind in die Vorklasse der Sonderschule für Lernbehinderte. Ich brachte sie für zwei bis drei Stunden hin und holte sie wieder ab. Bis sie nach einem Jahr alleine gehen wollte, was dann Stück für Stück geübt wurde. Heute nach drei Jahren geht es gut. Unser Kind hatte die ersten drei Jahre eine Sozialpädagogin, die uns eine Ärztin nannte, die sich mit der Früherkennung von Hirnschäden befaßt. Sie hat die richtige Behandlung angeordnet. Unser Kind ist jetzt 9½ Jahre alt. Solange haben wir gebraucht, um überhaupt ärztliche Hilfe zu bekommen. (Diese Ärztin sagte uns auch, daß unser Kind als Säugling mit einer Spezialbehandlung hätte behandelt werden müssen. Es sei einwandfrei ein Hirnschaden, mit 90 % infolge der Steißgeburt.)
Vor einem halben Jahr hörte ich, daß wir Pflegegeld beantragen können. Unser Kind wurde dabei von der gleichen Ärztin der Gesundheitsbehörde untersucht, bei der wir mehrfach gewesen waren. Das Geld wurde bewilligt. Ich sagte der Ärztin, warum sie uns nicht eher über die Krankheit informiert hätte. Antwort: Man mag es den Eltern nicht gleich so sagen. – Und das nach 9½ Jahren, denn unser Kind war ja dort von kleinauf bekannt!«
Die Fachleute lassen die Eltern kaum an der Entwicklung des Kindes teilnehmen, beziehen die Eltern nicht ein. Wie wenig die Eltern in den Prozeß des Begreifens, der Verarbeitung hineingenommen sind, zeigt ein Protokoll von einer Mitgliederversammlung einer Elternvereinigung. Im Vorstand dieser Elternvereinigung sitzen Adlige, ansonsten Ärzte, Bankdirektor, ein Prinz von sowieso eröffnet die Versammlung. Die Eltern warten, was der Professor sagen wird. Der Professor ist der Vorsitzende der Vereinigung, er soll einen Rechenschaftsbericht der Gesellschaft geben. Wie aber kündigt der Versammlungsleiter diesen Rechenschaftsbericht an?: »Wir wollen jetzt hören, was Professor P. im letzten Jahr getan hat.« Dann hagelt es Fremdworte. Der Professor stellt sich als Koryphäe zur Schau. Die Eltern, die anwesenden Behinderten ver-

stehen die Terminologie nicht. Dazu doziert der Professor in Fachchinesisch, das keine Rückfragen erlaubt. Am Ende sagt der Versammlungsleiter: »Es ist unwahrscheinlich, was Sie geleistet haben.«
Dann darf diskutiert werden. Der Professor herrscht über die Versammlung wie ein eifernder Gott. Fragen, die ihn unterstützen, lobt er, andere Fragen werden getadelt. Es ist ein Verein, der die Aktivitäten des Professors beklatscht, der aufschaut, die eigentlichen Elternprobleme schmoren aber weiterhin im stillen Kämmerlein der Psyche.

Technischer Angestellter, 56 J., Sachbearbeiter für Gesamtfertigung und Montage, Terminüberwachung, Lagerführung und betriebliche Organisation; langjährige Erfahrung bei einer bekannten Werkzeugmaschinenfabrik. Gekündigt wegen Stillegung des Betriebes.
- Schwerbehindert: Anrechnung auf 2 Schwerbehinderten-Pflichtplätze ist möglich.

Wunsch: Terminsachbearbeiter in Maschinenfabrik.

Terminsachbearbeiter, 55 J., Erfahrung im Erfassen eingehender Aufträge, Bearbeitung von Fremdaufträgen, Fertigungsplanung und Steuerung sowie Arbeitsplatzbelegung. Eintritt sofort.
- Schwerbehindert: Inneres Leiden. Anrechnung auf 2 Schwerbehinderten-Pflichtplätze kann erfolgen.

Wunsch: Kaufmännischer Angestellter.

Aus: Berliner Bewerberanzeiger, Mitteilungsblatt des Landesarbeitsamtes Berlin, Nr. 22, Mitte November 1975

Dabei müßten viele verborgene Motive aufgedeckt werden: Daß Väter ihrer Frau die Geburt des behinderten Kindes nicht vergeben. Daß Ehepaare ihre heranwachsenden Kinder zwischen sich ins Bett schieben, um nicht sexuell miteinander mehr verkehren zu müssen.[21] Daß Väter auch ihren Söhnen nachtragen, nicht nach den Vorstellungen herangewachsen zu sein und dann die Pflege ganz auf die Mutter abzuschieben. Daß Mütter wiederum behinderte Söhne als Geliebtenersatz verhätscheln und sie nicht freigeben können, sie im Schongehege des Gepflegtwerdens einsperren, bis die Eltern eines Ta-

[21] Eltern, die Angst haben, das nächste Kind könnte ebenfalls behindert sein, sollten sich genetisch beraten lassen. In Marburg besteht dazu die Möglichkeit: Institut für Humangenetik und genetische Poliklinik, 355 Marburg, Bahnhofstr. 7 A

ges sterben und der erwachsene Behinderte ins Heim muß. Daß Eltern, die ein normales Verhältnis zu ihrem Kind gewonnen haben, dem falsch verstandenen Mitleid entgegenarbeiten, dann von anderen Eltern fertiggemacht werden.
Es geht nicht darum, im psychischen Untergrund herumzustochern, nicht aus Lust am Laster, am Fatalen, sondern um der Abwehrhaltung der Eltern nach der Geburt Normalität zu geben, aus dem moralisch Verwerflichen herauszufinden. Eltern müssen die natürlichen Reaktionen kennenlernen, sie werden dann Normalität im Umgang herstellen können. Wo dies unterbleibt, wuchern die Konflikte im Psychischen weiter, bis die Wunden und Geschwüre vernarben, manifest bleiben, Fehlverhalten starr geworden ist, das den Behinderten zum Krüppel erzieht.
Der Behinderte fühlt sich nicht von Geburt an als Behinderter. Erst später, wenn sich die Ängste, die Minderwertigkeitsgefühle, die Unsicherheit der Eltern übertragen haben, wird der Behinderte zum Behinderten. Deshalb ist die Behinderung der Behinderten die Eltern, die mit ihrem Schuld- und Minderwertigkeitsbewußtsein die Entfaltung der Entwicklungsmöglichkeiten hemmen, ersticken, den Behinderten früh den sozialen Tod der Kommunikationslosigkeit sterben lassen. Dies hat nichts mit individueller Schuld zu tun. Der Behinderte wird in eine Welt hineingeboren, deren Produzier- und Konsumiernormen Behinderte ausgliedern. Die Ausgliederung der Behinderten ist keine Gedankenlosigkeit, wie gern behauptet wird, sondern geht konform mit den Gesetzen und Wertmaßstäben der Industriegesellschaft. Das Gute ist das Konsumierbare, das Neue, das Verwertbare. Der Schock nach der Geburt hätte keinen sozialen Hintergrund mehr, wenn die Eltern wüßten, das behinderte Kind wächst in eine Umwelt hinein, in der Behinderte ihren Platz haben. Die Veränderung aber, hin zu einer Gesellschaft, in der auch diejenigen, die nicht produzieren, ihren sozialen Platz haben, geschieht nicht mit sanften Aufrufen. Veränderungen geschehen auf der politischen Ebene.

Unser Musterkrüppelchen

dankbar, lieb, ein bißchen doof,
leicht zu verwalten.

Teil drei

Einführung in die Arbeit

mit körperlich und geistig Behinderten, Blinden, Taubblinden, Schwerhörigen und psychisch Kranken sowie mit Eltern

Dieser Text wurde ursprünglich für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dessen Auftraggeber, das Bundesministerium für Jungend, Familie und Gesundheit geschrieben. Dies ist der Originaltext. Die zensierte Fassung, in der zusätzlich verwässernde Texte eingefügt und andernteils Sätze gestrichen wurden, ist unter dem Titel »Besser helfen – mehr erreichen. Leitfaden für die Arbeit mit behinderten Menschen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit« als Broschüre erschienen.

Bestehende Gruppen:

1. Der Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VdK) und der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbehinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (Reichsbund) sind beide ursprünglich reine Kriegsopferverbände. Der Reichsbund gründete auch Jugendgruppen.
2. Gruppen, in denen sich die Eltern behinderter Kinder organisiert haben. Diese Gruppen haben meist nur Kinder und Jugendliche der jeweiligen Behinderungsform. So sind die geistig Behinderten in der »Lebenshilfe«, die spastisch Gelähmten im Spastikerverband, die Muskelkranken im Verein »Bekämpfung der Muskelkrankheiten«. Diese Vereine sind zu einem Dachverband zusammengeschlossen: Bundesarbeitsgemeinschaft »Hilfe für Behinderte« in Düsseldorf.
3. Freie Gruppen: Bürger- und Laieninitiativen, Volkshochschulgruppen, Gruppen der Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Beispielgebend für die Selbstorganisierung Behinderter wurden die Clubs der Behinderten und ihrer Freunde (CeBeeF-Clubs), die Freundeskreise für Rollstuhlfahrer und Gruppen der Sozialhilfe Krautheim.

Wie gründet man selbst eine Gruppe?

- über Lokalpresse, Stadtteilzeitungen, Anzeigenblätter
- Regionalprogramm des Hörfunks und des Fernsehens
- Informationsveranstaltungen (Informationsstände, Flugblätter, Plakate)
- Werbung an Schulen (für Nichtbehinderte und Behinderte)
- in Tagungsstätten und sonstigen Behinderteneinrichtungen (Rehabilitationszentren, Werkstätten für Behinderte)
- Kirchen- und Studentengemeinden
- Jugendzentren, Häusern der offenen Tür
- am Arbeitsplatz
- im Verein
- bei Bekannten

Wo kann die Arbeit stattfinden?

Überall. Räume findet man in Schulen, Behinderteneinrichtungen, Volkshochschulen, Bürgerhäusern, Kirchengemeinden, Vereinshäusern, Kollegs von Lokalen. Voraussetzungen: Möglichst keine Stufen und Treppen. Gehbehinderte brauchen ein Geländer. Maße für Rollstuhlfahrer: Türen: 85 cm breit, Aufzüge: 80 cm die Tür, 110 cm die Breite des Aufzugs, 140 cm die Tiefe. Toiletten: Türbreite 85 cm, vor dem Spülklosett 120 cm Bewegungsfläche, neben dem Spülklosett 80 cm. Ein Parkplatz sollte in der Nähe sein. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, sollte man auf bauliche Veränderungen hinarbeiten. Treppen und Stufen lassen sich für Rollstuhlfahrer überwinden, wenn Nichtbehinderte helfen.

Probleme der Beförderung

Beförderungsprobleme sind im Augenblick noch am schwersten zu lösen. Zwei Möglichkeiten gibt es zur Zeit: 1. Man organisiert die Beförderung privat durch Absprachen. 2. Man organisiert Kleinbusse von Behinderteneinrichtungen (Werkstätten, Sonderschulen, Behindertenvereine, die einen Bus haben wie der Spastikerverband) oder kommt zu einer Regelung mit dem Deutschen Roten Kreuz, dem Arbeitersamariterbund und ähnlichen Krankentransporteinrichtungen. Private Unternehmer sind natürlich auch möglich.
Einige Städte richten jetzt einen kommunalen Beförderungsdienst ein. Analog dem Taxi-System kann dann der Behinderte seinen Transport anmelden. Dies ist eine Übergangslösung. Langfristiges Ziel bleibt, daß alle Behinderten die öffentlichen Nah- und Fernverkehrsmittel benutzen können.

Anfangsphase der Behindertenarbeit

Voraussetzungen

Zusammensetzung der Gruppe: Nach Möglichkeit je zur Hälfte Behinderte und Nichtbehinderte.
Methode: Nicht *für*, sondern *mit* Behinderten arbeiten; aktivieren, keine neuen Abhängigkeiten aufbauen.
Ziel: Langfristig soll die Arbeit von den Behinderten selbst gemacht werden, zusammen mit Nichtbehinderten.

Die Motive, zu kommen, werden unterschiedlich sein. Über diese Motive muß man sich klarwerden. Am Anfang soll nach den Motiven gefragt werden, sie dürfen weder negativ aufgenommen noch ins Lächerliche gezogen werden. Gleiches gilt von den Erwartungen, die untergründig immer eine Rolle spielen. Die Arbeit kann nur auf den Erwartungen und Bedürfnissen der Teilnehmer aufbauen, wenn sie nicht an den Interessen der Beteiligten vorbeigehen will (dann wird es ein reiner Betreuungsverein). Fragen: Was soll gemacht werden? Warum sind wir hier zusammengekommen?

Der Betrieb als gesellschaftsordnende Kraft
Die moderne Gesellschaft wird in zunehmendem Umfang durch den Industriebetrieb geprägt. Die Entscheidung, welche gesellschaftliche Ordnung wir in Zukunft haben werden, fällt in den Betrieben. Der Betrieb ist nicht nur ein technisches und wirtschaftliches Gebilde, sondern auch – und das in wachsender Bedeutung – ein soziales, ein gesellschaftliches Gebilde: **ein Modellfall der menschlichen Gesellschaft, eine Schule des Miteinanderlebens.** Was sich demnach in der industriellen Arbeitswelt abspielt, wirkt sich auf das gesellschaftliche Leben aus und bestimmt in entscheidendem Maße die Entwicklung unserer Gesellschaft. Wenn man also dem Menschen zu einer menschenwürdigen Existenz verhelfen, ihn von dem Gefühl des ständigen Gefährdetseins befreien und eine glaubhafte soziale Ordnung vorbereiten will, muß man die betrieblichen Verhältnisse näher untersuchen und dort Ansatzmöglichkeiten herausfinden.

ABC der Schwerbeschädigtenfürsorge, hg. von der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen, S. 129

Aus Erwartungen, Bedürfnissen und Zielen erstellt man eine Liste, einen Katalog. Nachdem alle Punkte stichwortartig festgehalten worden sind, müssen sie thematisch (nach bestimmten Zielen) geordnet und nach ihrer Wichtigkeit eingestuft werden. So trennt man unwichtige und wichtige Ziele. Weitere Schritte: kurz-, mittel- und langfristig erreichbare Ziele aufschlüsseln, um zunächst jene Aufgaben anzugehen, die einfach zu lösen sind, an denen die Kraft und die Erfahrung der Gruppe wächst.

Sind Erwartungen, Bedürfnisse und Ziele geordnet und gewichtet, ist die nächste Frage: Wie sind diese Ziele zu erreichen? Beispiele:

- Instanzenweg: Gespräch mit Zuständigen, um Mißstände abzustellen
- Massenmedien: Mißstände und positive Ereignisse über die Massenmedien bekanntgeben
- Unterschriftensammlungen und andere Schritte in der Öffentlichkeit, um zu informieren, aufzuklären
- politische Instanzen: zuständige Abgeordnete, politische Gruppen und Parteien einschalten
- Konfrontation

Themen zum Einstieg in die Behindertenarbeit

- Was weiß ich von Behinderten?
- Wodurch entstehen Behinderungen? Ursachen?
- Was können Behinderte? Was können sie nicht? (So einfach die Fragen klingen, die Antwort enthüllen meist massive Vorurteile infolge Uninformiertheit)
- Wo leben Behinderte? Wie leben sie?
- Welche Vorurteile gibt es gegen Behinderte?
- Wie verhalte ich mich gegenüber Behinderten?
- Ein(e) Behinderte/Behinderter hat sich in mich verliebt. Was soll ich tun?
- Sexualität Behinderter. Frage: Sollen Behinderte nicht lieber unter sich bleiben und untereinander Beziehungen aufnehmen/heiraten?
- Gehören Behinderte ins Heim?
- Sollen behinderte Kinder in die Sonderschule? (Frage: Wer von denen, die Behinderte in Sonderschulen einweisen möchten, weil sie dort besser gefördert werden, weiß eigentlich, wie es in der Sonderschule zugeht, wie sie personell und materiell ausgestattet ist, welche pädagogische Qualifikation die Lehrer haben, usw.?)
- Wäre es nicht besser, der Behinderte stürbe? Zum Problem der Euthanasie bei Schwerstbehinderten.

Vorschläge zum Rollenspiel

- Rollenspiele sollen aus der Diskussion heraus entstehen und aktuelle Konflikte spielerisch aufarbeiten.
- Rollenspiele sollen auch über individuelle Probleme hinausführen, der Vorbereitung von Aktionen dienen, zum Politikverständnis der Gruppe beitragen (»hier geht es doch erst einmal nur darum, den Ärmsten der Armen zu helfen!«).
- Schreiben Sie (als Nichtbehinderter) den Lebenslauf eines Behinderten! (Behinderungsform kann frei gewählt werden.)
- Ein Behinderter soll in einem Café/Lokal/Restaurant einen Nichtbehinderten ansprechen, der bereits an einem der Tische sitzt (Umgekehrt: Ein Nichtbehinderter spricht einen Behinderten an. Die Rollen können vertauscht werden, so daß der Nichtbehinderte von einem Behinderten gespielt wird und umgekehrt.)
- Der Kellner (Geschäftsführer) komplimentiert den Behinderten in eine hintere Ecke oder verweist ihn ganz des Lokals.
- In der Kneipe: Teilnehmer bilden eine Gasse. Sie können den Behinderten nach Belieben zur Theke durchlassen oder anpöbeln.
- Erklären Sie Ihrer Nachbarin/Nachbarn, warum Sie ein behindertes Kind haben (Behinderung aussuchen)!
- Werben Sie für die Behindertenarbeit (wie wird geworben? Mit Mitleid? Defensiv? Offensiv?)!
- Behinderte sprechen Passanten an.
- Passant gibt Geld.
- Passant redet nur mit der Begleitperson, aber nicht mit dem Behinderten.

Informationspool

Gruppen, die Behindertenarbeit betreiben, wissen meist sehr wenig über die rechtliche Stellung des Behinderten, über Gesetze, neue Hilfsmöglichkeiten und Aktivitäten. Zur Rechtssituation von Kriegsopfern wendet man sich an den VdK oder den Reichsbund. Die anderen Behinderten beziehen am besten den Informationsdienst der Bundesarbeitsgemeinschaft »Hilfe für Behinderte« in Düsseldorf.

An jedem Ort gibt es Fachleute, die zu speziellen Problemen einzuladen und zu befragen sind. Allerdings benutzen diese Fachleute ihren Informationsvorsprung oft, um nicht Wissen weiterzugeben, sondern um die Rechtslage zu verschleiern, da sie als Vertreter bestimmter Institutionen deren Interessen vertreten und nicht immer die Interessen der Behinderten. Deshalb sollen Vorträge und Befragungen von Fachleuten nicht schweigend hingenommen, sondern als Grundlage der Diskussion dienen. In Fragen, die Behinderte selbst betreffen, sind die Behinderten selbst Fachleute.

Informationsmöglichkeiten:

- Mitarbeiter des Sozialamtes (Sozialarbeiter) über Hilfsmöglichkeiten
- Rehabilitationsberater des Arbeitsamtes über Umschulungsmöglichkeiten und Fragen der Berufsausbildung
- Kommunalpolitiker zu lokalen Problemen
- Land- und Bundestagsabgeordnete zu Fragen der politischen Vertretung bei Gesetzesvorlagen und -änderungen und als Adressaten von Forderungen
- Verkehrsplaner zu Fragen baulicher Hindernisse
- Vertreter der Polizei zu Fragen von Park- und Sonderregelungen für schwerbehinderte Verkehrsteilnehmer
- Vertreter der Gewerkschaft zu Fragen der Vertretung behinderter Arbeitnehmer
- Schwerbehindertenvertrauensmänner, Betriebsräte, Vertreter der Arbeitgeberseite zu Problemen bei der Arbeitssuche und Arbeitsplatzsituation (Schwerbehindertengesetz)

Freizeitorientierte Behindertenarbeit

Die Gefahr der freizeitorientierten Behindertenarbeit besteht darin, daß die Nichtbehinderten als Helfer weiter bevormunden und betreuen. Treffen von Behindertengruppen mit anderen Gruppen (z. B.: mit dem Gesangverein, Kegelclub etc.) entgleiten meist zu Mildtätigkeitsveranstaltungen. Im Vordergrund der Veranstaltung steht dann der »gute Helfer«, aber nicht der Behinderte als Partner. Behinderte werden Mitleidsobjekte, auf die die Wohltaten herabregnen. Freizeitorientierte Arbeit kann nicht heißen, dem Behinderten mal einen schönen Tag bereiten zu wollen (Weihnachtsfeiern!), sondern muß die Überwindung der individuellen Isolation des Behinderten zum

Ziel haben. Im geselligen Umgang kann das Gefühl, ohnmächtig anderen ausgeliefert zu sein, abgebaut werden. Die Gruppenkontakte festigen Selbstvertrauen und -bewußtsein.
Beispiele für Freizeitmöglichkeiten (die sich natürlich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren müssen):

- Gespräche und geselliges Zusammensein in der Gruppe
- Einladungen an andere Vereine, Jugendgruppen
- Kneipenbummel
- Einkaufsbummel
- Behindertensport
- Teestube einrichten, um Kontakte mit der Nachbarschaft zu gewinnen
- Kinderfest veranstalten
- Straßenfest mit Anliegern, Straßenfest in einer Sackgasse
- Kosmetikkurse für Behinderte
- Kino-, Theater-, Sportplatzbesuche
- Rollstuhlgeschicklichkeitstraining
- Filmabende
- Informationsparty: Infothek, Diskothek und dazwischen Informationen über/durch Behinderte mit Hilfe von Dias oder Filmen
- Wochenendfreizeiten
- gemeinsamer Urlaub

Nach meiner Meinung kann eine rein freizeitorientierte Behindertenarbeit nur derjenige tun, der Augen und Ohren verschließt. Gespräche mit Behinderten werden immer wieder die Schwierigkeiten im sozialen Bereich deutlich machen, den Unterschied zwischen den Gesetzestexten und der Auslegung und Handhabung in der Praxis. Diesen Problemen wird man sich stellen müssen. Ich will dies am Beispiel klarmachen: 1. Eine Gruppe, die mit Rollstuhlfahrern z. B. ins Kino oder Theater will, wird meist feststellen, daß diesen Behinderten der Zugang architektonisch verwehrt ist. Auch dies wird man auf Dauer nicht hinnehmen können, wenn man von »Integration« redet. 2. Bei Besuchen im Schwimmbad oder ähnlichen öffentlichen Einrichtungen wird man bemerken, daß aufgrund verschiedener Behinderungsursachen (Krieg, Arbeitsunfall, Krankheit) verschieden hohe Vergünstigungen gewährt werden. Sogenannte Zivilbehinderte erhalten oft überhaupt keine Ermäßigung, während Kriegsbehinderte freien Eintritt haben. Diese verschiedenen Einstufungen und Begünstigungen nach

Behinderungsursache entsprechen nicht mehr dem Willen des Gesetzgebers und schon gar nicht dem gesunden Menschenverstand. In diesen Fällen müssen ebenfalls Lösungen gefunden werden, Gespräche mit den kommunalen Einrichtungen müssen stattfinden, nachdem man sich in der Gruppe über Vorgehen und Forderungen einig geworden ist. Die nur auf Freizeitgestaltung ausgerichtete Arbeit stößt permanent auf Schwierigkeiten und Hindernisse im öffentlichen und sozialrechtlichen Bereich, die nicht einfach hingenommen werden können. Es sei denn, man habe nur vor, einen »armen Behinderten« zu betreuen, um sich an ihm zu beweisen, daß man ein guter Mensch ist.

Elternarbeit

Wer macht bereits Elternarbeit?

Die Eltern behinderter Kinder haben die Behindertenarbeit in Selbstinitiative organisiert. Sie gruppieren sich aus der historischen Entwicklung heraus um die jeweilige Behinderung der Kinder. (Die Adressen finden sich am Ende des Bandes.) Weiterhin gibt es lokale Treffen bei kirchlichen Einrichtungen, der freien Wohlfahrtspflege und anderen Trägern (städtische Beratungsstellen, Gesundheitsamt fragen). Man muß sich von Ort zu Ort erkundigen. Stehen mehrere Gruppen oder Kreise zur Wahl, sollten die Eltern einmal hingehen und sich danach entscheiden. Natürlich kann man auch neue Gruppen bilden, z. B. Gruppen mit Eltern behinderter und nichtbehinderte Eltern (die fehlen weithin).

Programmpunkte

- Beratung der Eltern, Aufarbeiten der Probleme
- Informierung der Eltern und Verwandten, auch der Nachbarn, über Ursachen von Behinderungen und aktuelle Probleme
- Vermittlung an Fachkräfte (Beratungsstellen, Ärzte, Diagnosezentren, Kliniken, Kindergärten, Krankengymnastinnen, Sprachtherapeuthen usw.)
- Babysitterdienst organisieren
- Gemeinsame Spielstunden behinderter und nichtbehinderter Kinder

- Kurse: Umgang mit behinderten Kindern
- spezielle Kurse zur praktischen Versorgung, Fördermöglichkeiten usw.
- Informierung über wichtige Gesetze, Hilfsmöglichkeiten, Beratung in sozialrechtlichen und rechtlichen Fragen
- Einüben gemeinsamen Handelns (Feste, Treffs, Nachbarschaftshilfe, gemeinsames Auftreten bei Behörden und in der Öffentlichkeit)

Entwurf zur Gruppenarbeit mit Kindern

Das Programm muß zusammen mit den Kindern erarbeitet werden. Im Vordergrund sollen Rollenspiele stehen. Zum Beispiel: Weihnachten in der Familie. Dabei wird die Familiensituation des Kindes deutlich werden (Mitleid? Randposition?). An diesem Punkt kann angeknüpft werden. Eine andere Möglichkeit ist die, mit Hilfe von Comics die Situation von den Kindern selbst darstellen zu lassen, um daran anzuknüpfen. Daneben sollten Tests in der Umwelt stattfinden, beispielsweise auf einem Spielplatz. Die Reaktionen der Umwelt müssen, wenn sie den Kindern aufgefallen sind, kindgemäß aufgearbeitet werden. Ideal wäre eine parallel laufende Arbeit mit den Eltern. Die Erfahrungen können z. B. über den Kinderfunk veröffentlicht werden.

Entwurf zur Gruppenarbeit mit Jugendlichen

Mehr und mehr suchen nichtbehinderte Kinder und Jugendliche den Kontakt mit Behinderten. Meist wissen sie nicht, wie sie es anfangen sollen. Nur ein Klassenfest gemeinsam zu feiern, Behinderte im Heim oder in einer Sonderschule zu besuchen, genügt kaum, weil dann die Sondersituation nicht überwunden wird. Normalität läßt sich so nicht herstellen. Besser ist es, gemeinsame Anknüpfungspunkte zu finden, wo beide – Behinderte und Nichtbehinderte – auf der gleichen Ebene Kontakte haben und arbeiten. Eine Möglichkeit dazu bietet eine gemeinsame Veranstaltung, die Vorbereitung eines Festes, in dessen Mittelpunkt Information, Aufklärung über Vorurteile und Kontaktmöglichkeiten steht. Dies hat den Vorteil, daß beide miteinander ins Gespräch kommen müssen, gemeinsam vorbereiten müssen und die Nichtbehinderten sich informieren müssen.

Die gemeinsamen Lernschritte bei der Gruppenarbeit sollen gemeinsam mit den jungen Teilnehmern erarbeitet werden. Die Methode: Vorbereitung in Gespräch und Rollenspiel, Test oder Aktion, Nachbereitung. Wie das aussehen kann, zeigt der folgende Vorschlag:

1. Treffen:
Kennenlernen der Teilnehmer. Motive des Kommens, Erwartungen, Organisatorisches.

2. Treffen:
Thema: Wie und wo können behinderte Jugendliche (Kinder) zu nichtbehinderten Kontakt aufnehmen, Schwierigkeiten.

3. Treffen:
Praktische Vorschläge ausarbeiten (z. B. Kontaktaufnahme zu Schüler- oder Jugendgruppen, über Schulzeitungen usw.). Schwierigkeiten mitbedenken, besprechen und durchspielen.

4. Treffen:
Besprechung der Ergebnisse erster Kontaktaufnahmen. Konflikte aufarbeiten.

5. Treffen:
Mit neu gewonnenen Teilnehmern Testobjekte auswählen (z. B. Schulen, Spielplätze, öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Kinos etc.)

6. Treffen:
Tests (wenn möglich mit einer Sofortbildkamera!), um die verschiedenen Perspektiven von Rollstuhlfahrern und Nichtbehinderten zu verdeutlichen: z. B. Fotos aus der Sicht des Rollstuhlfahrers und aus der Sicht des Nichtbehinderten (gleiche Objekte wählen).

7. Treffen:
Besprechung der Testergebnisse.

8. Treffen:
Passanten interviewen und mit den Ergebnissen der Tests konfrontieren.

9. Treffen:
Erarbeitung der Ergebnisse. Vorschläge. Konsequenzen.

Möglichkeiten einer problemorientierten Arbeit

Einzelfallhilfe

In einer emanzipatorischen Behindertenarbeit muß der einzelne zu seinem Recht kommen. Gruppenarbeit zu propagieren, die den Bedürfnissen des einzelnen nicht gerecht wird, bedeutet Flucht in gruppendynamische Traumtänzerei. Wer politische Ziele verfolgt, ohne sich um das einzelne Gruppenmitglied zu kümmern, weil das für sein Ziel nicht relevant erscheint, betreibt genau dieselbe Betreuungsarbeit wie bisher, nur unter pseudopolitischen Vorzeichen. Denn auch die alte Betreuungsarbeit stabilisierte weitgehend vor allem den Helfer. Hier wäre es die Befriedigung einiger Ideologen, die nun mal ein paar von denen mitschleppen müssen, für die zu kämpfen man vorgibt.

> »Der Deutsche Eisenbahn-Personentarif enthält keine Vorschrift des Inhalts, daß Körperbehinderte, die während der Fahrt in ihren Trag- oder Fahrstühlen bleiben, im Gepäckwagen befördert werden müssen. Dies ergibt sich vielmehr aus den technischen Voraussetzungen und geschieht ausdrücklich aus kundendienstlichen Gründen der Bahn und **auf ausdrücklichen Wunsch der Reisenden.**«
>
> Der Parlamentarische Staatssekretär Haar am 13. März 1974 und am 8. September 1975 auf Fragen der Bundestagsabgeordneten Gerstner und Breidbach (CDU/CSU) im Bundestag

Gerade wer Gruppenarbeit machen will, muß sich um das einzelne Gruppenmitglied kümmern. Dazu sind Einzelgespräche wichtig, denn da können private und intime Probleme mit einem Menschen des Vertrauens besprochen werden. Hintergrund dieser Einzelgespräche sind oft Konflikte, die in vielen Gesprächen auftauchen (Beispiel: Schwierigkeiten, weil man von den Eltern bevormundet wird, Probleme im Sexualbereich usw.).
Mit dem Einverständnis des Gesprächspartners sollten die Grundtatbestände dieser Schwierigkeiten (natürlich nur die Grundstrukturen) in der Gruppe besprochen werden. Wo allgemeingültige Erfahrungen, Grundprobleme, auftauchen, sollte man sie in die Gruppe einbringen und besprechen. Die

Gruppenarbeit kann Mißerfolge und Versagenserlebnisse auffangen. Enttäuschungen und Mißerfolge bleiben keiner noch so berechtigten wie vielleicht sogar guten Arbeit erspart. In der Gruppe kann man sachlich nach den Ursachen des Scheiterns fragen und gemeinsam daraus lernen. Die Erfahrungen aller tragen dazu bei, kühler, nüchterner und dabei doch geborgen an die Konflikte heranzugehen. Man kann aus persönlichen Mißerfolgen lernen und individuelle Probleme in einen übergreifenden Zusammenhang zu stellen.

Aufgaben der Einzelhilfe[1]

- Kontaktvermittlung: Behinderte und Nichtbehinderte erwarten von einer Behindertengruppe, daß ihnen Einzelkontakte vermittelt werden, bis hin zur Eheanbahnung. Dies ist nicht unbedingt die Aufgabe der Einzelhilfe, weil sie nur neue Betreuungs-, d. h. Abhängigkeitsverhältnisse anstrebt. Im Blick auf die Vermittlung von Freundschaften und Eheanbahnung ist zu sagen, daß solche Zweierbeziehungen leicht daran scheitern, daß man die Einsamkeit zu zweit hat, daß sich die Konflikte verdoppeln, aber nicht lösen. Kontakte sollen in die Arbeit und in den Zusammenhalt der Gruppe eingebettet bleiben. Die Teilnehmer, wir alle, brauchen beides: intakte Einzelbeziehungen und den korrigierenden und bestätigenden Kontakt zur Umwelt.
- Vermittlung von Arbeit und Hilfen: Behindertengruppen ersetzen nicht die Arbeit der zuständigen Ämter und Fachberatungsstellen. Die Gruppe hat sich jedoch zu informieren, wer für welche Hilfsbedürfnisse zuständig ist und hat Ratsuchende an die entsprechenden Stellen zu verweisen. Die Kontaktpersonen auf den Ämtern, Sachbearbeiter, Ressort- und Behördenleiter, also nicht nur die untere Hierarchie, sollen besucht und mit den Zielen der Gruppe bekanntgemacht werden. Wer sich kennt, arbeitet u. U. besser zusammen.
- Interessenwahrnehmung: Die Zusammenarbeit mit Behörden verläuft nicht immer so reibungslos wie eben geschildert. In der Praxis wurden Behinderte oft abgewiesen, obgleich ein Recht auf Hilfe besteht. Hier muß die Gruppe

[1] Betr.: Einzelfallhilfe im Club, hrsg. von DER KREIS, Neuwied-Andernach (Regina Pickel, Brigitte Röhm), vervielfältigtes Manuskript

helfen, persönliche Enttäuschungen aufzufangen und mit dem Behinderten zusammen bei der Aufsichtsbehörde vorstellig werden. Die Gruppe hilft, das Recht zu erstreiten. Notwendig ist in diesem Zusammenhang, daß sich die Gruppe Kenntnisse über die Behindertengesetze und Ausführungsverordnungen schafft. Dazu dienen Gesetzessammlungen, Kommentare zu den Gesetzen oder Beratungsstellen der Verbände.

- Hilfen zur Lösung persönlicher Probleme: Oft sind Behinderungen erheblich schwerer, weil eine Beratung durch einen Fachmann oder zumindest einen informierten Laien gefehlt hat. Der Kontakt zu therapeutischem Personal ist nützlich. Ein Beispiel: Ein Behinderter, plötzlich auf sich allein gestellt, weil der letzte Elternteil gestorben ist, müßte ins Heim, weil bis dahin viele Handreichungen notwendig waren. Der Kontakt zu einem Beschäftigungstherapeuten ergibt, daß dieser Behinderte selbständig leben kann, da zahlreiche Handreichungen durch einfache Hilfsmittel selbst getan werden können.

Tests und Aktivitäten, die einen Zugang zu Behindertenproblemen ermöglichen

Man denkt sich nichts dabei, hat keinen Zugang zu den Problemen, weil man als Nichtbehinderter mit den Problemen nicht konfrontiert ist. Deshalb sollen Tests ermöglichen, Reaktionen so zu erfahren, als sei man selbst behindert. Tests sollen einen Teilnehmer sensibilisieren, ihm die Schwierigkeiten bewußt machen. Sie sollen eine Identifizierung möglich machen.

- Eine Möglichkeit, die Umwelt aus der Perspektive eines Rollstuhlfahrers zu erleben: Nichtbehinderter fährt in einem Rollstuhl. Er wird lernen, daß man ihn plötzlich anders behandelt als vorher: man duzt ihn, begafft ihn, macht ihn zum Objekt. Deutlich wird auch, was ein Bordstein für einen Rollstuhlfahrer für ein Hindernis ist, was es heißt, nicht mehr überallhin zu können, was vorher so leicht möglich war. Als Ausgangspunkt kann man die eigene Wohnung nehmen. Komme ich noch in alle Zimmer, wie kann man kochen, Betten machen, zur Toilette? Wie komme ich die Treppe hinunter? Kann ich alle Geschäfte wie immer erreichen? Die Behörden?

Diesen Test kann man protokollieren. Mit einem Tonbandgerät (wie sprechen einen die Passanten an?). Mit einem Fotoapparat (aus der Perspektive des Rollstuhlfahrers und des Begleiters). Mit einer Videoanlage. Mit einer Schmalfilmkamera.

- Fahrt mit einem geistig Behinderten in der Straßenbahn (Reaktionen der Fahrgäste). Kneipenbesuch mit einem geistig Behinderten.
- Tests von Selbstbedienungsläden. Hinterher Verhandlungen mit den Geschäftsinhabern oder den Ladenketten (wie gehen sie auf die Forderung nach dem Umbau ihrer Geschäfte ein?).
- Passantenbefragungen:
  Wie kommt ein Rollstuhlfahrer in Straßenbahn/Bundesbahn?
  Müssen/sollen Behinderte ins Heim?
  Welche Berufe können Gehörlose/Blinde/Taubstumme usw. ausüben?
  Kärtchen verteilen: Haben Sie schon einmal einen Behinderten geküßt?
- Heimbesuche und Gespräche mit Heimbewohnern
- Man sucht mit einem Behinderten zusammen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz

Stadtführer für Behinderte

Ein Einstieg in die Probleme der Rollstuhlfahrer und Gehbehinderten (und älteren Bürger) bietet die Erarbeitung eines Stadtführers. Darin wird festgehalten, in welche Einrichtungen Behinderte kommen und in welche nicht (dann muß man wegen einer Veränderung verhandeln). Die Bundesarbeitsgemeinschaft »Hilfe für Behinderte« hat in einem »Leitfaden zur Erstellung eines Stadtführers für Behinderte« Kriterien genannt.

Zu testen sind:

I. Öffentliche Einrichtungen:

- Verkehrseinrichtungen: Bahnhöfe, Busse, Flughafen, Schiffsanlegestellen, S- und U-Bahnen, Straßenbahn, Taxi
- Finanzämter, Justizbehörden und Gerichte
- Polizeidienststellen

- Städtische Behörden
- Sonstige Dienststellen und Einrichtungen wie Arbeitsamt, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Innungen, Konsulate, Kongreßhallen, Säle, Messehallen, Tagungsräume, Technischer Überwachungsverein
- Einrichtungen der Post
- Schulen und Bildungseinrichtungen
- Stadtbüchereien
- Landesbehörden
- Versicherungen
- Geldinstitute
- kirchliche Einrichtungen
- Friedhöfe

II. Fürsorge- und Gesundheitswesen
- Gesundheitsamt / Familienfürsorge / Sozialamt
- Krankenkassen / Unfall- und Rentenversicherungsträger
- Apotheken und Krankenhäuser
- Medizinische Bäder / Sauna und Krankengymnastik
- Krankenpflege und Krankentransport

III. Verbände
- Behindertenverbände
- Wohlfahrtsverbände

IV. Beratungsdienste

V. Heime
- Altenheime und Begegnungsstätten
- Häuser der Offenen Tür / Clubs / Jugendheime
- Kindergärten und Kindertagesstätten

VI. Gaststätten und Hotels

VII. Geschäfte und Parkhäuser

VIII. Freizeit und Erholung
- Museen und Galerien
- Theater / Oper / Konzertsäle
- Sportstätten sowie Hallen- und Freibäder
- Sehenswürdigkeiten / Ausflugsziele / Wanderwege
- Kinos
- Tanzlokale / Diskotheken / Tanzschulen
- Campingplätze und Jugendherbergen

IX. Besonderheiten für Rollstuhlfahrer und stark Gehbehinderte

- Telefon / Telefonzellen
- WC's
- Fahrtroute für Rollstuhlfahrer in der Innenstadt
- Parkmöglichkeiten in den Fußgängerzonen

Wer führt die Erhebungen durch?

Sollten sich in der Gruppe selbst und auch aufgrund von Zeitungsmeldungen nicht genügend Mitarbeiter finden, so schlägt der Leitfaden Gruppen vor, die zur Mithilfe bereit sind. Man sollte meiner Meinung nach sofort andere Gruppen beteiligen. Dies schützt vor einer Überforderung der Kräfte in der Gruppe und schafft Kontakt zu anderen Gruppen, die bei der Arbeit am Stadtführer für Behindertenprobleme sensibilisiert werden. Die vorgeschlagenen Gruppen sind:

- Behindertenortsverbände
- Heimatvereine
- Deutsches Rotes Kreuz
- Zivildienstleistende
- Verkehrswacht
- Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (besonders in den Wintermonaten)
- Wohlfahrtsverbände
- Konfessionelle Verbände
- Pfadfinder
- Jugendgruppen in Häusern der Offenen Tür
- Studenten (ideal: Studenten, die einmal Architekten werden. Ansonsten neben den Studentengemeinden Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit oder Sozialpädagogik. Diese könnten eine Projektgruppe bilden, im Rahmen einer Seminararbeit mit Leistungsschein.)
- Politische Parteien und ihre Jugendgruppen

Ratschläge zur Begleitung Blinder[2,3]

Eine Regel vorweg: Stets den Blinden fragen, ob er Hilfe braucht und wenn ja, welche. Je unauffälliger und diskreter

[2] Ilse-Maria Gessner, Kleine Winke für Begleitung blinder Menschen, hrsg. vom Deutschen Blindenverband, o. J.
[3] Hans Rupp, Evangelische Blindenseelsorge, Marburg/Lahn 1969

die Hilfe geschieht, desto wirksamer ist sie. Ein wehleidiger oder kindlicher Ton ist so wenig angemessen wie bei anderen Behinderten.
Trifft man einen Blinden, der allein unterwegs ist, fragt man ihn, ob er Hilfe braucht und zieht ihn nicht kurzentschlossen über die Straße oder faßt ihn einfach an. Man muß ihm nicht das ganze Gepäck abnehmen, denn er ist ja nicht gebrechlich. Ist man dem Blinden nicht bekannt, soll man bedenken, daß einen der Blinde nicht sehen kann und er deshalb sein Gepäck z. B. nicht einem Fremden anvertrauen mag.
Begleitet man einen Blinden, fragt man am besten, was und wie er Einrichtungsgegenstände, Räume, Häuser, Menschen usw. beschrieben haben möchte. Kommt ein Bekannter, sagt man, dort drüben links (z. B.) kommt der und der. Trifft man den Blinden, läßt man ihn nicht raten, wer man ist, sondern macht sich gleich bemerkbar. Gleiches gilt, wenn man sich zu ihm an einen Tisch setzt. Man sagt ihm, wo man Platz nimmt, um ihm die Orientierung zu erleichtern und Sicherheit zu vermitteln.

Uli Krüger, hessischer FDP-Landtagsabgeordneter, ärgerte sich über die Bundespost. Einerseits gebe sie eine Sonderbriefmarke mit der Aufschrift »Behinderte eingliedern« heraus, andererseits leiste sie aber selbst keinen Beitrag, den Behinderten das Leben zu erleichtern, schrieb er in einem Brief an Bundespostminister Horst Ehmke.

Frankfurter Rundschau, 16. April 1974

Bordsteine und Stufen vorher ansagen, man teilt kurz mit, wieviel Stufen auf- oder abwärts führen. Vor einer Begleitung fragt der Begleiter, ob sich im Normalfall der Begleiter einhakt oder der Blinde oder wie er es gewohnt ist (leichte Berührung). Man schiebt ihn nicht wie eine Kleiderpuppe vor oder zurück und spricht auch nicht, wenn man einem Blinden in Begleitung begegnet, ausschließlich den Begleiter an.
Was er selbst tun kann, muß er selbst tun. Betritt man einen Raum, gibt man dem Blinden die Stuhllehne in die Hand und schiebt ihm nicht einfach den Stuhl in die Kniekehle. Kommt der Blinde in einen Raum, in dem man sich bereits aufhält, stellt man sich vor. Kleidung oder Gepäck soll man dem Blinden nicht wegräumen, sonst findet er es nicht mehr. Er wird

es selber tun. Wichtige Einrichtungsgegenstände (z. B. bei einer Übernachtung in einem Hotel) zeigt man ihm vorher: Waschbecken, Steckdosen, Fenster usw. Es erleichtert das Zurechtfinden.
Liest man ihm vor, kommentiert man nicht alles, sondern überläßt den Kommentar dem Blinden. Man spricht über Briefmitteilungen nur, wenn der Blinde den Vorlesenden darauf anspricht. Die Wahl, was ein Blinder vorgelesen haben will, z. B. bei der Zeitungslektüre überläßt man ihm. Kurz, man hilft unaufdringlich, ohne Bevormundung.

Ratschläge zur Begleitung Schwerhöriger[4]

Schwerhörige können ihre Hörbehinderung nicht durch ein Hörgerät einfach ausgleichen. Das Ohr sortiert im Normalfall Nebengeräusche bereits aus, ein Hörgerät verstärkt jedoch alle Geräusche gleichmäßig. Hier helfen mittlerweile sogenannte Induktionsspulen. Sprechen jedoch mehrere Gesprächsteilnehmer, undeutlich oder zu schnell, versteht der Schwerhörige nicht. Stille, artikulierte Aussprache und Raumhelligkeit, weil vom Munde abgelesen wird, sind Voraussetzungen zum guten Verstehen. Ins Ohr zu schreien hilft nicht, denn der Hörbehinderte hört nicht weniger, sondern funktionsgestört.
Schwerhörigkeit bringt große seelische Belastungen mit sich. Es fehlt auch der Anreiz, selbst viel zu sprechen. Schwerhörige ziehen sich gerne zurück, fühlen sich mißverstanden und verlacht, weil sie denken, man lacht über sie, wenn sie im Gespräch nicht mitkommen. Oft reagieren sie gereizt. Da sie die eigene Aussprache und die Lautstärke nicht kontrollieren können, fallen sie in Gesellschaft des öfteren auf.
Der Hörbehinderte muß sich, um sich aus der Isolierung zu lösen, die Ursachen der Mißverständnisse klarmachen. Er muß seine Behinderung akzeptieren lernen, muß informieren, daß er schlecht hört. Sonst bejaht er Fragen, die er nicht verstanden hat und weitere Mißverständnisse sind die Folge.
Am besten wählt er einen Platz, von dem aus er seine Gesprächspartner gut sehen kann, um vom Mund ablesen zu können. Beim Kauf eines Hörgeräts schadet falsche Eitelkeit (z. B. zu kleine Geräte, die man besser verstecken kann). Das

[4] Ferdinand Thiebes, Über die Seelennot der Schwerhörigen, Leutesdorf am Rhein 1964.

Gerät ist kurze Zeit zu Hause und am Arbeitsplatz auszuprobieren, um den richtigen Nutzen zu haben.

Ratschläge zur Begleitung Taubblinder[5]

Hier sollte man sich vorher beim Deutschen Blindenverband oder beim Deutschen Taubblindenwerk (siehe Adressen) eingehend informieren, wenn man Taubblinden des öfteren helfen will. Taubblinde sind, wie der Name sagt, blind und taub, doch mit unterschiedlichen Schweregraden. Ihre Sprache ist meist schlecht zu verstehen. Sie unterhalten sich mit Hilfe der Blindenschrift oder durch Lormen (nach dem Erfinder der Sprache benannt): dabei werden die Buchstaben in die Handinnenfläche gepunktet. Beispiel: ein Punkt auf der Daumenspitze heißt »a«. Laien schreiben dem Taubblinden die einzelnen Buchstaben groß in die Innenhand oder führen den Zeigefinger auf der Tischplatte. Wer öfter mit Taubblinden Umgang hat, sollte sich das Lorm-Alphabet besorgen.
Taubblinde können selbst einkaufen, wenn sie eine Begleitung haben. Sie tasten die Waren ab. Ihre Umwelt erfahren sie stets durch Abtasten. Viele Verhaltensregeln entsprechen ansonsten dem, was bei den Blinden gesagt ist, z. B. daß man nicht für sie entscheidet, sondern nur hilft. Bemitleiden, ausgedrückt mit Wangenstreicheln, Schulterklopfen ist so unangebracht wie bei allen Behinderten. Die Behinderten sollten Blindenschrift lernen, nebenbei Sport und Gymnastik betreiben. Spaziergänge sind wichtig. Ausbildungsmöglichkeiten sind beim Taubblindenwerk in Hannover-Kirchrode zu erfahren.

Arbeit mit geistig Behinderten

Eine geistige Behinderung ist mehr oder minder schwerwiegend. »Den« geistig Behinderten gibt es nicht. Informationen bezieht man von der »Lebenshilfe« (siehe Adressen). Eine Grundregel gilt immer: Geistig Behinderte sind nicht wie »Idioten« zu behandeln. Auch der schwer geistig Behinderte, der sich nicht verständigen kann, spürt, wie man mit ihm umgeht. Was freiwillige Helfer tun können, hat die Lebenshilfe zusammengestellt. Einige Vorschläge daraus:

[5] Deutscher Blindenverband, Wir helfen unseren Taubblinden – aber richtig! Faltblatt.

- Geistig behinderten Menschen mit Verständnis und Achtung in der Nachbarschaft und in der Öffentlichkeit begegnen
- Persönlichen Kontakt zu Familien mit einem geistig behinderten Kind suchen
- Begleit- und Fahrdienste übernehmen, Orientierungsschwache zu Veranstaltungen begleiten
- In Freizeitclubs und Interessengruppen mitarbeiten (Hilfen bei der Vorbereitung und Organisation oder Anleitung zu Aktivitäten wie Spielen, Werken, Musizieren, Tanzen, Kochen usw.)
- Geistig Behinderten die Teilnahme an Aktivitäten von Jugendgruppen, Kirchengemeinden, Wandervereinen, Sportvereinen usw. vermitteln
- Umwelt bewältigen lernen, Selbständigkeit trainieren (z. B. üben, wie man sich im Straßenverkehr allein bewegt, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fährt, wie man telefoniert, einkäuft, mit Geld umgeht usw.)
- Eltern entlasten (im Haushalt, baby-sitting, in der Pflege, bei Therapieübungen und beim Spielen)
- Elterngesprächskreise mit dem Angebot von gleichzeitigem baby-sitting
- Aufnahme eines geistig behinderten Kindes an Wochenenden, tagsüber, beim Urlaub der Eltern
- Patenschaften für geistig Behinderte ohne Angehörige (in Werkstätten, Gruppenwohnungen, Anstalten, Heimen)
- Übernahme einer Pfleg- oder Vormundschaft für einen elternlosen Behinderten anstelle bloßer Amtspflegschaften bzw. Amtsvormundschaften
- Nachbarschaftshilfe für Wohngruppen geistig Behinderter
- Informationsarbeit zum Abbau von Unwissenheit, Unsicherheit und Vorurteilen
- Mitarbeit in den Ortsgruppen der Elternvereinigung oder anderen Bürgerinitiativen
- Ermöglichung von Mitbestimmung gegenüber der Machtstellung hauptamtlicher Fachleute, gegenüber Bürokratisierung und Erstarrung großer Einrichtungen, Institutionen und Ämter
- Politische Interessenvertretung (Gespräche mit Fachleuten, Behördenvertretern, Politikern, Journalisten. Öffentlichkeitsaktionen, um verbriefte Rechte verwirklichen zu können und Gleichberechtigung zu erreichen. Drängen, daß

Einrichtungen für geistig Behinderte ausreichend geschaffen werden.)

Arbeit mit seelisch (psychisch) Kranken

Die Arbeit mit psychisch Kranken beginnt nicht mit der Aufnahme des Patienten in die Klinik oder mit seiner Entlassung. Unzählige Patienten wären nie in eine Klinik gekommen, hätten sie ihre Schwierigkeiten besprechen können. Sieht der Ratlose keinen Weg mehr, können Konflikte nicht mehr bewältigt werden, bleibt menschliche Zuwendung aus, dann bleibt nur der Fluchtweg Krankheit. Einsamkeit und Isolierung sind der Auslöser, Kommunikation mit Nachbarn und Arbeitskollegen sind Hilfe. Viele fallen durch ihre Kontaktarmut auf. Sie finden sich schwer zurecht, wirken steif, starr, verklemmt und werden deshalb zusätzlich noch gehänselt, verspottet und gequält. Viele, die als »komisch« gelten, sind in Wahrheit vom psychischen Zusammenbruch bedroht. Kontakt mit Kontaktgestörten bewahrt in vielen Fällen vor der Krankheit. Deshalb beginnt die Arbeit im Vorfeld der Erkrankung.
Je länger ein Patient in einer Psychiatrischen Anstalt lebt (die Mehrzahl der Psychiatrischen Landeskrankenhäuser liegen verkehrsungünstig auf dem Land), desto schlechter ist die Aussicht auf einen neuen Anfang. Im Hospital verliert der Eingewiesene zwangsläufig den Realitätsbezug (Hospitalismus). Je länger der Aufenthalt, desto mehr reißen die Kontakte zu Familienangehörigen, Bekannten, Arbeitskollegen ab. Der Patient verliert in der Regel seinen Arbeitsplatz und findet nach der Entlassung keine neue Stelle.
Die Mehrzahl der psychisch Kranken wird innerhalb weniger Wochen wieder entlassen. Die Schwierigkeiten, Fuß zu fassen, belasten den Entlassenen. Der Existenzdruck verschlechtert seinen Zustand wieder. Er muß zurück in die Klinik. Dieser häufige Wechsel Entlassung–Wiederaufnahme wird mit dem Ausdruck »Drehtür-Psychiatrie« bezeichnet. Hilfen im individuellen Bereich bieten an manchen Orten Beratungsstellen (z. B. die Telefonseelsorge), die den menschlichen Kontakt jedoch nicht ersetzen können. Deshalb wurden in einigen Städten sogenannte Patientenclubs (siehe unten) gegründet.
Neben den psychisch Kranken oder Gestörten, die entlassen werden, bleiben Patienten in den Anstalten. Sie werden als chronisch Kranke bezeichnet. Sie leben unter z. T. unmensch-

lichen Bedingungen. Alte Gebäude, zu wenig Betten insgesamt, zu viele Betten in zu großen Kliniken im konkreten Fall, Mangel an Personal, Mangel an Ausbildung und die fehlende Bereitschaft der Öffentlichkeit, Veränderungen mitzutragen, sind nur ein paar Beispiele. Rasch ausgebaut werden müssen Übergangseinrichtungen wie Tag- und Nachtkliniken, Übergangswohnheime, ambulante psychiatrische Fürsorgedienste und Patientenclubs.
Ein paar Beispiele möglicher Aktivitäten für Laiengruppen seien genannt, ohne die Phantasie der freiwilligen Mitarbeiter zu beschränken:

- Information über die Krankheiten und Krankheitsbilder
- Versuche, mit Ärzten und Stationspersonal zusammenzuarbeiten
- Besuche bei Patienten, die keine Angehörigen mehr haben, bzw. nicht mehr von ihnen besucht werden
- Spaziergänge und -fahrten mit Patienten, Einladungen in Familien, gemeinsamer Besuch von Kinos, Museen usw., auch Sportveranstaltungen und Schwimmbäder
- Mitarbeit des Patienten in Vereinen (je nach Interesse) vermitteln
- Aufnahme von Entlassenen in die Wohnung, Vermittlung einer Unterkunft, möglichst in nicht allzu weiter Entfernung vom eigenen Wohnsitz
- Mitarbeit des freiwilligen Helfers in Gruppen, die auf den Bau von Übergangseinrichtungen und psychiatrischen Einrichtungen hinarbeiten. Mitarbeit in Entlassenengruppen (Patientenclubs) oder Wohngemeinschaften. Mitarbeit bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Patientenclubs

In den Patientenclubs sind Patienten, die sich noch in der Klinik oder in einer Übergangseinrichtung der Klinik befinden und auf die Entlassung vorbereitet werden, Entlassene, zuweilen auch Angehörige, freiwillige Helfer, auch interessierte Ärzte und Pflegepersonal. Die Zusammensetzung unterscheidet sich von Ort zu Ort.
In den Clubs sollen Kontakte hergestellt werden. Geselligkeit ist eine Form davon. Auch die Begleitung auf der Arbeitsplatzsuche zählt dazu. Die Patientenclubs rechnet man zur letzten Stufe der sozialen Rehabilitation. Sie begleiten den

Schritt vom Status des Patienten zum Status des Gesunden (N. Pörksen), ergänzen die Nachbehandlungsprogramme und bilden »die Basis neuer Außenbeziehungen« (W. B. Alexander). Kontakte zu Ärzten sind weiterhin möglich. Familiäre und berufliche Schwierigkeiten lassen sich in der Clubatmosphäre leichter besprechen, drohende Rückfälle können u. U. sogar abgefangen werden.

Die Patienten, in der Klinik zur Passivität gezwungen und passiv geworden, sollen in dieser Atmosphäre des Geselligen zur Aktivität geführt werden. Sie dürfen nicht dazu verurteilt sein, das zu konsumieren, was sich ihre Helfer ausgedacht haben. Sie müssen lernen, mit ihren konkreten Schwierigkeiten fertig zu werden. Nur Kuchen backen, Kaffee trinken, Karten spielen und Schallplatten hören, aktiviert niemanden.

Der Helfer muß bereit sein, von den Schwierigkeiten und der Person des Patienten zu lernen. Wer den Patienten nicht ernst nimmt, nichts von ihm erwartet, erreicht nichts. Der Patient muß zu eigenem Handeln ermuntert werden, muß Konfliktbewältigung lernen, betreut worden ist er lange genug, abhängig war er schon allzu lange. Gute Therapeuten sehen im freiwilligen Helfer nicht den preiswerten Ersatz für fehlendes Personal, sondern Mitarbeiter, die ihre Erfahrungen, ihren realistischen Bezug zur Umwelt mit einbringen. Die Natürlichkeit freiwilliger Helfer, ihr direktes Verhältnis zur Lebenspraxis ist ihre Stärke. Besonders gute Erfahrungen wurden in Mannheim (»Mannheimer Modell«) mit dem Einsatz von Hausfrauen gemacht. Nicht die Ausbildung ist das wichtigste, sondern die Möglichkeit der Nachbesprechung zwischen Helfern und Arzt.

Ich bin ein Contergan-Kind

Aus: ADIPH – Bulletin de Liaison

An meiner rechten Schulter habe ich zwei Finger. Damit kann ich greifen. Die Schulter selbst kann ich nicht bewegen, sie hat keine Muskeln. An meiner linken, beweglichen Schulter habe ich drei Finger. Meine linke Hand ist kürzer als die rechte. Darum kann ich mit der rechten Hand mehr anfangen als mit der linken.

Vor einigen Jahren bekam ich zwei Armprothesen: Ich habe sie nach einem Jahr in die Ecke geworfen. Wenn ich malen und schreiben wollte, mußten mir andere Leute immer die Buntstifte und Kugelschreiber in die Prothese schrauben und wieder herausnehmen. Das hat mir nicht gefallen. Meine fünf Finger sind jetzt so beweglich, daß ich fast alles allein machen kann: Ich kann mich ganz allein waschen. Meine Zähne putze ich mit einer elektrischen Zahnbürste. Mit den Füßen ziehe ich mich an. Kämmen kann ich mich nicht so gut, ich komme nur bis zu den Ohren hoch. Essen kann ich allein. Ich trinke mit einem Strohhalm. Meine Schultasche hänge ich über die linke Schulter, dort hält sie.

Daß ich keine langen Arme habe, ist mir zuerst an Schaufensterpuppen aufgefallen. Meine Tante wollte mir einreden, der liebe Gott habe keine langen Arme für mich übriggehabt. Aber meine Mutter hat mir erklärt, meine Arme würden nicht größer werden. Da sollte ich mir keine Hoffnung machen, die würden so bleiben.

Ich gehe in die sechste Klasse eines neusprachlichen Gymnasiums. Ich bin dort das einzige Contergan-Kind. In keiner normalen Schule wollte man mich anfangs haben. Alle haben gemeint, die Lehrer hätten dort keine Zeit für Kinder wie mich. Einmal wurde mir gesagt: Nein, du kommst nicht hinein, mit solchen Kindern können wir uns nicht befassen, für solche Kinder gibt es Sonderschulen. Probeweise haben sie mich dann doch aufgenommen. Es hat geklappt. Denn auf mich braucht niemand besonders Rücksicht zu nehmen.

Ich habe in der Schule einen Spezialtisch mit verstellbarer Platte. Auf dem Tisch liegt ein fünf Pfund schweres Magnetlineal. Damit beschwere ich die Schulhefte. Sie rutschen beim Schreiben nicht mehr weg. Nur mit dem Zirkel habe ich Schwie-

rigkeiten. Ich brauche einige Zeit, um geometrische Aufgaben zu lösen. Mit meinen zwei Fingern an der rechten Hand kann ich schreiben und malen. Ich male besonders gern. Wenn ich Leute male, bekommen sie immer lange Arme. Vielleicht, weil ich lange Arme schöner finde.

Natürlich kann ich mich im Unterricht nicht so gut bemerkbar machen. Die Lehrer übersehen oft meine Hand. Wenn es mir reicht, stehe ich einfach auf, dann müssen sie mich sehen.

Ich habe keine feste Freundin. Ich will auch keine. Mir gefällt es nicht, wenn eine kommt und mir unbedingt helfen will, und ich muß dann nur noch für sie da sein. Wenn eine kommt und fragt dauernd: »Soll ich dir die Tasche tragen?« oder »Soll ich für dich den Liftknopf drücken?«, dann werde ich wütend.

Denn wenn sie geht und sich wieder eine andre Freundin sucht, dann sitze ich wieder da. Alle wollen mir immer helfen. Aber ich will nicht. Ich kann doch fast alles allein machen. Die meisten Kinder, deren Hilfe ich ablehne denken: Blöde Gans, die will aber auch alles allein machen, die läßt sich überhaupt nicht helfen. Sie gehen dann beleidigt weg. Sie verstehen nicht, daß ich allein zurecht kommen muß. Deshalb fällt es mir auch oft so schwer, jemanden zu bitten, wenn wirklich etwas nicht geht. Weil ich so unabhängig wie möglich sein möchte, bin ich ziemlich oft für mich allein. Ich mag auch nicht über jedes Problem reden. Ich versuche, es allein zu lösen.

Seit ein paar Wochen fahre ich jeden Morgen mit dem Taxi in die Schule. Das Taxi bringt mich auch wieder nach Hause. Früher bin ich mit der Tram gefahren. Aber ich konnte oft nicht einsteigen, weil ich den Türknopf nicht rechtzeitig erwischen konnte. Die Druckknöpfe für die Türen sitzen ziemlich hoch. Bevor ich mit den Fingern hochgekrabbelt war, ist die Straßenbahn oft schon abgefahren. Beim Aussteigen war es genauso. Manchmal bin ich drei oder vier Stationen weitergefahren, bis ich endlich herauskam. Dann mußte ich das lange Stück zurücklaufen. Eigentlich kommt das nur daher, daß die Leute in der Straßenbahn oder an der Haltestelle zwar auf mich geachtet haben, aber vor lauter Gafferei auf meine fehlenden Arme haben sie den Knopf nicht für mich gedrückt.

Wenn die Leute mich anstarren, bin ich zwar still, am liebsten würde ich sie anbrüllen: Vielleicht hätten Sie gern ein Foto von mir? Meistens denke ich: Sollen sie doch glotzen. Einmal werden sie schon genug haben. Aber ich möchte ihnen schon gern die Meinung sagen. Es sind hauptsächlich die älteren Leute, die mich anstarren. Sie schauen mich so an, als ob mir nicht nur die Arme, sondern auch der Verstand fehlte.

Manche Leute reden über mich, wenn ich direkt dabeistehe. Sie glauben, ich kapiere nichts von dem, was sie sagen: Ein Mann

hat gefragt: Was hat denn dieses Kind? Wo kommt es her? Da habe ich ihn gefragt, ob er schon etwas von Contergan-Kindern gehört hätte. Er hat den Kopf geschüttelt.
Eine Zeitlang war es so schlimm mit den Leuten, daß ich mich gar nicht mehr auf die Straße getraut habe. Da hat mir meine Mutter eine Pelerine genäht, unter der ich mich verstecken konnte.
Ebenso schlimm war es, als wir in ein Haus einzogen, in dem auch andere behinderte Kinder leben. Die Leute in den Nachbarhäusern haben sich aufgeregt: Sie haben angenommen, daß Contergan-Kinder aus asozialen Familien kommen und blöd sind. Oft bin ich von andern Kindern zum Geburtstag eingeladen worden. Ebenso oft bin ich wieder ausgeladen worden. Die Kinder wollten mich dabeihaben, aber ihre Eltern waren dagegen. Sie haben meiner Mutter gesagt, mit mir könne man ja doch nichts anfangen. Was könnte ich auf einer Geburtstagsparty schon spielen?

> Die Interessengemeinschaft von Geburt an Behinderter will möglicherweise gegen die Bundesbahn gerichtliche Schritte wegen diskriminierender Beförderung einleiten. Es sei eine Diskriminierung der Behinderten, Rollstuhlfahrer nur im Packwagen zu transportieren und so »wie Tiere zu behandeln.«
>
> Frankfurter Neue Presse vom 27. 10. 1975

Dabei kann ich eine Menge anfangen – auch ohne Arme. Ich laufe Ski, kann schwimmen und Fußball spielen. Sogar in der Schule komme ich ganz allein zurecht. Mir braucht zum Beispiel kein Mensch auf dem Klo zu helfen. Seit ich in die Schule gehe, habe ich kein einziges Mal aufs Klo gemußt. Ich habe mir das so angewöhnt.
Ich mache mir viele Gedanken, was ich anfangen soll, wenn ich in einigen Jahren die Matura habe. Immer, wenn mir etwas einfällt, was mir Freude machen würde, muß ich mir sagen: Das geht nicht aus diesen oder jenen Gründen.
Meine Vorstellungen im Moment sind: Ich möchte Sprachen lernen und darauf einen Beruf aufbauen. Ich weiß genau, daß ich als Auslandskorrespondentin in einem Büro Schreibmaschine schreiben muß. Deshalb habe ich mir eine elektrische Schreibmaschine gewünscht und auch bekommen. Ich übe jeden Tag. Ich tippe mit einem Finger der linken Hand und schalte die neue Zeile mit einem Finger der rechten Hand ein. Vielleicht schaffe ich es. Viele Leute tippen mit nur einem Finger schnell und sauber. Aber ich mache mir wenig Hoffnung, daß mich ein Chef nimmt. Die meisten wollen sicher Dolmetscherinnen, die sich herzeigen können.

Für mich werden wahrscheinlich alle praktischen Berufe und alle Büroberufe ausscheiden. Aber ich möchte unbedingt unter normalen Leuten in einem normalen Betrieb arbeiten. Ich möchte auf keinen Fall in einem Heim enden und Tüten kleben – zusammen mit Menschen, mit denen ich nicht sprechen kann, weil sie geistig behindert sind. Denn das bin ich nicht: Ich habe keine Arme, das ist alles.
Ich habe auch schon überlegt, ob ich Lehrerin werden soll, falls es mit den Sprachen nicht klappt. Ich brauche nur vor der Klasse zu stehen und Unterricht zu geben. Hefte könnte ich auch korrigieren. Ich traue mir das zu.
Heiraten möchte ich nicht. Ich hätte immer Angst, daß einem Mann – so gern er mich vielleicht zunächst hätte – meine Behinderung auf die Nerven gehen würde. Daß er dann wegläuft und sich eine mit langen Armen sucht.
Darum will ich mich ganz auf eine gute Berufsausbildung konzentrieren. Das ist etwas, was ich wirklich schaffen möchte. Dann kann mir nichts mehr passieren. Für meine Arme haben meine Eltern zwar eine »Abfindung« bekommen und das Geld für mich auf die Bank gelegt. Aber der Betrag ist niedrig. Ich kann davon nicht einmal studieren.
Ich finde, ich habe eine gute Figur und lange, schlanke Beine. Ich bin bestimmt genauso hübsch wie viele andere Mädchen. Wenn ich mich mal schönmachen möchte, male ich mir die Fingernägel mit Nagellack an. Ich habe mich an meine fehlenden Arme gewöhnt. Ich kann damit leben.

Beispiel Stadtbahn Dortmund: Was ein Bürokrat unter Integration versteht

Aus: Reichsbund Nr. 10/1975

Der so vielfach geäußerte Wille der verantwortlichen Politiker, sich für die Integration der Behinderten einzusetzen, scheint bei den ihnen unterstehenden Verwaltungen bisweilen auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Der öffentliche Personenverkehr – sei es die Bahn oder die Nahverkehrsmittel – ist in dieser Hinsicht ein Sorgenkind. Mag man noch einsehen, daß der behindertengerechte Umbau schon lange bestehender Verkehrseinrichtungen hohe Kosten verursacht und deshalb nur schwer zu verwirklichen ist, so könnte doch beim Neubau von Nahverkehrsmitteln erheblich mehr Rücksicht auf Rollstuhlfahrer, Mütter mit Kinderwagen und Gehbehinderte genommen werden. Der Bau von Stadtbahnen bietet dazu Gelegenheit. Zwei Beispiele aus diesem Jahr lehren freilich, daß man befürchten muß, diese

Chance würde leichtfertig vertan – aus Gedankenlosigkeit oder aus Ignoranz.

Im Frühjahr wurde in Bonn das erste Teilstück der Stadtbahn Rhein-Sieg in Betrieb genommen, die in absehbarer Zukunft die Bundeshauptstadt mit Köln und einigen Orten der Umgebung verbinden soll. Die neue Strecke verläuft im Zentrum der Bundeshauptstadt unterirdisch, ansonsten auf eigenem Gleiskörper auf Straßenniveau. Große Mühe hat man sich damit gegeben, die meisten Haltestellen mit Rampen zu versehen und damit auch Rollstuhlfahrern zugänglich zu machen.

Als Rollstuhlfahrer dann am Bonner Markt „ihre" Stadtbahn in »Besitz« nehmen wollten, mußten sie feststellen, daß sie zwar ohne fremde Hilfe bis auf die Bahnsteige gelangen, aber die Bahn nicht benutzen konnten: Zwar waren die Wagentüren breit genug, aber eine Haltestange in der Türmitte versperrte ihnen den Weg. Die Bonner Stadtwerke, die zusammen mit den Kölner Stadtwerken die Stadtbahnwagen eigens konstruiert haben, versprachen allerdings durch Versetzen der Haltestangen Abhilfe.

Was in Bonn geht bzw. bis jetzt »nur« an der Gedankenlosigkeit einiger Konstrukteure scheiterte, ist in Dortmund aber anscheinend unmöglich. Auch dort ist eine Stadtbahn – die Stadtbahn Ruhr – im Bau, die die Verkehrsverhältnisse im Revier verbessern soll.

Die Dortmunder Stadtväter forderten im April unter dem Motto »Guck mal, was die Stadtbahn macht« die Bürger auf, die im Rohbau fertiggestellten Tunnelstrecken zu besichtigen. Der Einladung folgte auch der INTEG-Club Dortmund der Jugend im Reichsbund, der allerdings nicht umhin konnte, den Verkehrsbauten das Prädikat »Mangelhaft« zu verleihen, denn an Behinderte hatte man nicht gedacht.

Fridrich-Wilhelm Herkelmann, Bundesjugendvorsitzender und selbst Dortmunder, wies unter Angabe der einschlägigen Vorschriften (Runderlaß aller nordrhein-westfälischen Minister: »Die an Bedarfsschwerpunkten gelegenen Haltestellen sind mit Fahrtreppen, Fahrsteigen, Rampen oder Aufzügen auszustatten«) Dortmunds Oberbürgermeister Samtlebe auf das Stadtbahn-Manko hin und forderte ihn auf, entsprechende Änderungen vornehmen zu lassen. In seiner Antwort spendete das Stadtoberhaupt den jungen Behinderten Trost: Samtlebe wies darauf hin, daß in Dortmund Bordsteine an Fußgängerwegen abgesenkt und Fahrrampen an Verwaltungsgebäuden angebracht worden seien. »Mit diesen Beispielen möchte ich Ihnen nur verdeutlichen, daß auch beim Stadtbahnbau die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.« Der OB stellte ein Gespräch mit dem Stadtbahn-Bauamt in Aussicht, bei dem die

Jugend im Reichsbund die Vorstellungen der Behinderten äußern könne.

Das zugesagte Gespräch fand schließlich auch am 11. Juli statt. Der Trost des Oberbürgermeisters erwies sich freilich als trügerisch: »Bei den bislang durchgeführten, in der Ausführung befindlichen und planerisch abgeschlossenen Baumaßnahmen ... sind keine Maßnahmen für Behinderte mit Rollstühlen getroffen worden«, hielt Gesprächspartner Dipl.-Ing. Schlatmann vom Dortmunder Stadtbahn-Bauamt in seinem schriftlichen Vermerk über die Unterredung fest.

Um zu begründen, warum die Bedürfnisse der Behinderten beim Stadtbahnbau schlicht unterschlagen worden sind, muß sich Schlatmann auf drei Schreibmaschinenseiten freilich erst einen Pappkameraden aufbauen: »Der Wunsch des Jugendclubs mit Behinderten INTEG Dortmund (Jugend im Reichsbund) nach Beförderungshilfen für Rollstuhlfahrer in öffentlichen Verkehrsmitteln ist verständlich. Er setzt jedoch ein lükkenloses System, gewissermaßen eine Aufzugskette von der Wohnung zur Arbeitsstätte und allen wesentlichen öffentlichen Anlagen der Stadt voraus.« In seiner scheinbaren Sorge um die Behinderten erklärt Schlatmann den Einbau von Aufzugsanlagen an Schwerpunkt-Haltestellen denn auch für »unzureichend«, weil der Rollstuhlfahrer die Stadtbahn ja nicht an jeder beliebigen Haltestelle verlassen könne.

Gegen solche von keinem vernünftigen Menschen erhobene Maximalforderungen kann der Stadtbahnbauer nun überzeugend argumentieren und sein Urteil so zusammenfassen: »Vorliegende Untersuchungen haben ergeben, daß dies (Redaktion: die oben angeführte »Aufzugskette«) nicht realisiert werden kann. Außerdem stehen der generellen Ausrüstung der Haltestellen mit Aufzügen technische, architektonische, personelle und finanzielle Schwierigkeiten entgegen.«

Diese Schwierigkeiten versucht sich Schlatmann nun in allen Einzelheiten vorzustellen, so daß sein Aktenvermerk geradezu zur Groteske gerät, wenn man ihn nicht lieber als zynisch bezeichnen möchte. Ein paar Kostproben, die das Niveau der Argumentation belegen:

– „Die Unterbringung der ca. vier Meter hohen ›Aufzugshäuschen‹ an der Oberfläche bereitet fast immer erhebliche Schwierigkeiten. In gewachsenen Stadtkernen konnten bisher keine architektonisch ansprechenden Lösungen gefunden werden."

Nun wissen die Behinderten endlich, daß eine schmucke Architektur wichtiger ist als die Rücksichtnahme auf ihre Belange. Als ob unsere Städte nicht unter ganz anderen Verschandelungen litten!

– »Die Zahl der in Frage kommenden Personen (Rollstuhlfahrer und schwer Körperbehinderte) ist relativ gering. Sie liegt nach meiner Meinung unter der Ein-Prozent-Grenze der Gesamtbevölkerung einer Stadt. Die Benutzung des öffentlichen Verkehrsnetzes für diesen Personenkreis stellt meines Erachtens kein erstrebenswertes Ziel als Teil der Integration in das allgemeine öffentliche Leben dar; den Betroffenen wird kaum deutlicher als in einem schnellen Massenverkehrsmittel seine Behinderung vor Augen geführt.«

Da läßt Dipl.-Ing. Schlachtmann ganz »deutlich« die Katze aus dem Sack. Mit Behinderten möchte er, so scheint es, nichts zu tun haben. Deshalb empfiehlt er ihnen als Alternative taxiartige Transportsysteme, die es freilich in Dortmund auch nicht gibt.

Beinahe unfaßbar ist es allerdings, daß weisungsgebundene Bedienstete einer Stadtverwaltung den oft geäußerten Willen der verantwortlichen Politiker zur Integration der Behinderten – wie er auch aus dem Schreiben von Oberbürgermeister Samtlebe hervorgeht – so ungeniert durchkreuzen können, ohne offenbar befürchten zu müssen, sofort zur Rechenschaft gezogen zu werden. Auch die Landesregierung und die Bundesregierung, die sich die Stadtbahnbauten einiges an Zuschüssen kosten lassen, sind zu fragen, wie sie es mit der Überprüfung solcher Vorhaben halten. Zumal sie ja die Möglichkeit hätten, die Gewährung der Zuschüsse von der Erfüllung von Auflagen abhängig zu machen, die eine behindertengerechte Gestaltung vorschreiben.

Wir veröffentlichen diesen Beitrag nicht, um etwa die Stadt Dortmund zu verteufeln. Verhaltensweisen, wie sie im dortigen Stadtbahn-Bauamt zu Tage treten, gibt es sicher überall in der Bundesrepublik, ohne daß man das allerdings auch gleich noch schriftlich bekommt. Den verantwortlichen Politikern muß freilich vor Augen geführt werden, daß ihr Bekenntnis zu den Behinderten rein gar nichts nützt, wenn der politische Wille nicht auch in der täglichen Praxis durchgesetzt wird. Da diese Kontrolle offenbar nicht lückenlos ist, bleiben die Behinderten aufgerufen, selbst das Wächteramt zu übernehmen. Wie in Dortmund durch die Jugend im Reichsbund geschehen.

Die Reichsbund-Redaktion hat, als sie den Aktenvermerk von Dipl.-Ing. Schlatmann in die Hände bekam, Dortmunds Oberbürgermeister Samtlebe um eine Stellungnahme zu den darin ausgedrückten Ansichten des Beamten gebeten. Samtlebe hat eine Stellungnahme abgelehnt.

Der Reichsbund ist selbstverständlich bereit, in einem Gespräch mit dem Dortmunder Oberbürgermeister und den Verantwortlichen der Verwaltung die Angelegenheit zu klären und nach tragbaren Lösungen zu suchen.

Adressenliste

Aachen, (51), Bernd Kuhlmann, Kapellenstr. 7

Arnsberg, CeBeeF Arnsberg, Armin Jost, 5768 Sundern, Lockweg 65, Tel. 0 29 33 / 26 62

Bad Hersfeld, (643), CeBeeF, Frau Margot Sasse, Grüner Weg 43, Tel. 0 66 21 / 38 40

Bad Homburg, (638), CeBeeF Frankfurt, Matthias Kusche, Lindenallee 5

Bad Kreuznach, (655), Club 70, Vereinigung Behinderter und deren Freunde, Hans Herrmann, Schumannstr. 18, Tel. 06 71 / 6 73 39
Schalom Kreis, Edith Selke, 6536 Langenlonsheim, Naheweinstr. Nr. 47, Tel. 0 67 04 / 5 44

Bad Oeynhausen, (497), Freundeskreis für Rollstuhlfahrer, Dr. Wüstenfeldstr. 1, Tel. 0 57 31 / 44 88

Berlin, (1), Interessengemeinschaft von Geburt an Behinderter, Berlin 31, Westfälische Str. 56. CeBeeF, Joachim Rinke, Berlin 47, Käthe-Dorsch-Ring 14, Tel. 0 30 / 66 82 68

Bonn, (53), Arbeitskreis »Betrifft Behinderte«, Martin Bitzan, Georgstr. 39a

Bielefeld, (48), Club 68, Postfach 14 02 68

Bremerhaven, (285), CeBeeF, Gitta Rohlfing, Fehrmoorweg 53

Braunschweig, (33), Dresdenstr. 21, Tel. 05 31 / 69 25 41

Darmstadt, (61), CeBeeF, Uwe Börner, Hindenburgstr. 46c, Postfach 1 53

Dormagen, (4047), R. Steffen, Rheinfeldstr. 69, Tel. 0 21 06 / 4 93 73

Dortmund, (46), Initiativgruppe Behinderte, Klaus Jung, Poppelsdorfer Str. 3–5

Düsseldorf, (4), Freundeskreis der Rollstuhlfahrer Düsseldorf/Ratingen, Uwe Klein, 402 Mettmann, Düsselring 97, Tel. 0 21 04 / 7 37 84

Erlensee, (6455), Sozialhilfe, Selbsthilfe Körperbehinderter (Bereich Hanau), Heinz Preis, Brückenstr. 26, Tel. 0 61 83 / 22 75

Essen, (43), CeBeeF, Erich Witt, Westfalenstr. 254, Tel. 02 01 / 51 43 64

Esslingen, (73), CeBeeF, Monika Teufel, Breslauer Str. 4

Euskirchen, (535), Gemeinnütziger Verein zur Förderung und Betreuung Körperbehinderter Kinder und Jugendlicher in den Landkreisen Köln und Euskirchen, Karin Guck, Mörikestr. 22

Frankfurt, (6), VHS-Gruppe »Bewältigung der Umwelt«, Ernst Klee, Ffm. 90, Alexanderstr. 37, Tel. 06 11 / 78 43 35
Kontaktstelle für Körperbehinderte und Langzeitkranke, Dr. Adelheid Constabel, Ffm. 50, Eschersheimer Landstr. 565–567, Tel. 06 11 / 58 02 / 2 57

Gießen, (63), Club 68, Dr. Karl Heldt, Sternmarkt 12

Göttingen, (34), Integra, Integrationsgruppe mit Körperbehinder-

ten, Göttingen 28, Klaus Hengst, Silberbreite 26, Tel. 05 51 / 6 13 46

Hamburg, (2), Club 68, Harald Mösing, Hamburg 61, Vielohweg Nr. 126d

Hannover, (3), Udo Hoffmeister, Hann.-Kleefeld, Annastift, Haus Roderbruch. VHS, Erika Schuchardt, Breite Str. 13

Heidelberg, (69), Gruppe 73, Postfach 102 448, Sabine Strehlke, Lutherstr. 36, Tel. 0 62 21 / 4 12 98

INTEG, Jugend im Reichsbund, Heidelberg 1, Postfach 101 429 (K. Andreas, Tel. 0 62 32 / 7 98 67 und W. T. Harders, Tel. 0 61 51 / 6 35 81). Gusti Steiner, Postfach 101 429, Tel. 0 62 21 / 88 33 61

Hessisch-Lichtenau, (3437), Dieter Weiler, Internat I

Iserlohn-Lüdenscheid, CeBeeF, Adelheid Eichholz, 5885 Schalksmühle-Heedfeld, Im Eichholz 20, Tel. 0 23 51 / 5 26 30

Karlsruhe, (75), Selbsthilfe Körperbehinderter, Elisabeth Egget, Weltzienstr. 39

Kassel, (35), CeBeeF, Hans Dieter Geiß, Chamissostr. 9, Tel. 05 61 / 89 59 17

Koblenz, (54), Der Kreis, Interessengemeinschaft Behinderter und deren Freunde, Am alten Hospital 3a, Tel. 02 61 / 1 44 47

Köln, Freundeskreis für Rollstuhlfahrer, Helmut Peter, 5063 Overrath, Rittberg 21, Tel. 02 21 / 22 25 86 (Mo.–Fr. 8–15 Uhr)

Krautheim/Jagst, (7109), Sozialhilfe – Selbsthilfe Körperbehinderter, E. Knoll, Tel. 0 62 94 / 5 61

Langenselbold, (6456), Marlies Ansel, Michael Krummlauf, Rothenbergstr. 7, Tel. 0 61 81 / 25 11 66 (10–15 Uhr)

Ludwigshafen, (67), Club Talk-About, Bernd Koppetsch, Ludwigshafen 25, Bertolt-Brecht-Str. 14, Tel. 06 21 / 68 38 95

i.b.f. Interessengemeinschaft Behinderter und deren Freunde, B.-Brecht-Str. 14, Tel. 06 21 / 68 38 76, Kurt Schroth

Luxembourg, ADIPH, 34 rue Léon-Jouhaux, Esch-sur-Alzette

Mainz, (65), COMMIT, CeBeeF, Franz Fritz, Postfach 1 223. Landesarbeitsgemeinschaft CeBeeF, Anita Zeimetz, Postfach 1 122, Tel. 0 61 31 / 38 15 82. Bundesarbeitsgemeinschaft, Postfach 1 521

Mayen, (544), CeBeeF, Mayen 14, Trimbser Weg 32, Hannelore Claus

München, (8), CeBeeF, Mü 90, Deisenhofener Str. 89, Tel. 0 89 / 69 71 71, Ingrid Leitner

Evangelische Jugend, Soziale Rehabilitation, Mü 19, Tel. 0 89 / 18 44 31, Burkhard Riedel

INTEG, Ina Stein, Mü 40, Germaniastr. 15, Tel. 0 89 / 34 58 94 und Charly Muth, Mü 60, Stücklenstr. 25, Tel. 0 89 / 8 11 18 89

Münster, (44), Club 68, Beate Maria Böllhoff, Robert-Koch-Str. 5, Tel. 02 51 / 5 77 92

Jürgen Hobrecht, Bismarckallee 49, Tel. 02 51 / 4 20 46, Zi B 106

Neuss, (404), CeBeeF, Helmut Schweers, Neusser Weyhe 86, Tel. 0 21 01 / 5 02 69. Ortsgruppe Niederrhein der Sozialhilfe Krautheim: Hans Kausen, Am Hasenberg 46, Tel. 0 21 01 / 5 70 71

Neuwied/Andernach, Der Kreis, Interessengemeinschaft Behinderter und deren Freunde, Klaus Peter Grüber, 5451 Waldbreitbach, Kolpingstr. 7

Oberhausen, (42), INTEG, Klaus Dieter Burberg, Oberh. 11, Falkestr. 83

Pirmasens, (678), CeBeeF, Anton Weber, Anton-Bruckner-Str. 2

Quierschied, (6601), CeBeeF, Erika Kläsner, Schumannstr. 11, Tel. 0 68 97 / 6 15 35

Regensburg, kontaktgruppe behinderter und nichtbehinderter, Johann Lindinger, 8411 Kleinprüfening, Zur Marienhöhe 1, Tel. 09 41 / 2 34 02

Saarbrücken, (66), Arbeitskreis »Bewältigung der Umwelt«, Bellis Klee, Saarbr. 3, Im Sauerbrod 6, Tel. 06 81 / 39 73 63

Saarland, Aktion Miteinander e. V. für Behinderte und ihre Freunde, 6619 Primstal, Hauptstr. 1

Salzgitter, (332), Andreas Jürgens, Salzg. 51, Reiherweg 11, Tel. 0 53 41 / 3 62 11

Siegen, CeBeeF, Helmut Schneider, 5910 Kreuztal-Eichen, Eichener Str. 32

Solingen, (565), Klaus Laimann, Freundeskreis für Rollstuhlfahrer, Pommernweg 1, Tel. 0 21 22 / 4 47 89

Stadt Allendorf, (357), CeBeeF in Stadt Allendorf, Marburg und Umgebung, Lothar Benninghausen, Liebigstr. 11, Tel. 0 64 28 / 71 71

Stuttgart, (7), CeBeeF, Manfred Schütze, Postfach 385, Club »Alex«, Alexanderstr. 2, Ilona Hoffmann

Trier, (55), CeBeeF, Erhard Füssel, Postfach 1 125, Tel. 0 65 01 / 36 23

Tübingen, (74), CeBeeF, Hans Joachim Weisschuh, Schellingstr. 22, Tel. 0 71 22 / 6 34 96

Wernau, (7314), BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Referat Behindertenarbeit, Jugendhaus, Postfach. Tel. 0 71 53 / 2 20 46

Wetzlar, (633), CeBeeF, Lutz Zierlinger, Brühlsbachstr. 18, Tel. 0 64 41 / 4 22 74

Wien (A-1170), club handikap – interessengemeinschaft der körperbehinderten, Wallgasse 96–98/7/1, Tel. 2 22 / 4 67 10 45

Wiesbaden, (62), CeBeeF, Peter Eckert, Fliednerstr. 82

Wuppertal, (56), CeBeeF, Christel Ronneberger, W.-Elberfeld (1), Kronprinzenallee 92, Tel. 0 21 21 / 44 53 59

Mitgliedsverbände der Bundesarbeitsgemeinschaft »Hilfe für Behinderte«

Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus e. V.
575 Menden, Kaiserstr. 4, Tel.: 0 23 73 / 53 24
Bekämpfung der Muskelkrankheiten e. V.
– Helft dem muskelkranken Kind –
78 Freiburg/Brsg., Friedrichring 20, Tel.: 07 61 / 27 79 32
Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e. V.
65 Mainz, Postfach 1 521
Bundesverband der Eltern körpergeschädigter Kinder e. V.
– Contergankinder – Hilfswerk –
5 Köln-Deutz, Deutzer Freiheit 68, Tel.: 02 21 / 83 15 95
Bundesverband für spastisch Gelähmte u. a. Körperbehinderte e. V.
4 Düsseldorf, Kölner Landstraße 375, Postfach 8 132, Tel.: 02 11 / 79 30 68 / 69
Bundesverband »Hilfe für das autistische Kind« e. V.
588 Lüdenscheid, Sedanstr. 13, Tel.: 0 23 51 / 2 08 70
Bundesverband zur Förderung Lernbehinderter e. V.
44 Münster, Manfr.-v.-Richthofen-Str. 49, Tel.: 02 51 / 3 66 68 und 0 25 06 / 77 80
Bundesvereinigung »Lebenshilfe für geistig Behinderte« e. V.
355 Marburg, Postfach 1 486, Tel.: 0 64 21 / 4 30 07 / 8 / 9
Bund zur Förderung Sehbehinderter e. V.
4 Düsseldorf, Kirchfeldstr. 149, Tel.: 02 11 / 31 31 44
Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Mucoviscidose e. V.
6078 Neu-Isenburg, Rheinstr. 79, Tel.: 0 61 02 / 85 22
Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Hör-Sprach-Geschädigten e. V.
2 Hamburg 52, Bernadottestr. 126, Tel.: 0 40 / 8 80 68 41
Deutsche Hämophiliegesellschaft zur Bekämpfung von Blutungskrankheiten e. V.
8 München 60, Rathausgasse 7, Tel.: 0 89 / 83 30 39
Deutsche Ileostomie-Kolostomie-Vereinigung e. V.
8521 Rathsberg b. Erlangen, Zum Aussichtsturm 9, Tel.: 0 91 31 / 2 43 63
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V.
6 Frankfurt/M., Auf der Körnerwiese 5, Tel.: 06 11 / 55 54 59
Deutsche Rheuma-Liga e. V.
8031 Seefeld b. München, An den Meisterwiesen 11, Tel.: 0 81 52 / 7 88 06
Deutsche Sektion der Internationalen Liga gegen Epilepsie e. V.
7642 Kork bei Kehl, Landstr. 1, Tel.: 0 78 51 / 31 44
Deutscher Blindenverband e. V.
53 Bonn-Bad Godesberg, Bismarckstr. 30, Tel.: 0 22 21 / 35 30 19

Deutscher Diabetiker-Bund e. V.
6750 Kaiserslautern, Marktstr. 37, Tel.: 06 31 / 6 32 70
Deutsches Taubblindenwerk
3 Hannover 71, Albert-Schweitzer-Str. 27
Freundeskreis Camphill e. V.
7771 Frickingen, Bruckfelden Nr. 7, Tel.: 0 75 53 / 4 70
Interessenverband der Dialysepatienten Deutschlands
(Künstliche Niere) e. V.
6671 Aßweiler, In den Hanfgärten 7, Tel.: 0 68 03 / 28 32
Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner
und Hinterbliebenen e. V.
53 Bonn-Bad Godesberg, Beethovenstr. 58
Schutzverband für Impfgeschädigte e. V.
5912 Hilchenbach/Siegerland, Auf der Herrenwiese 7, Postfach 1 330
Tel.: 0 27 33 / 7 98
Sozialhilfe – Selbsthilfe Körperbehinderter e. V.
7109 Krautheim/Jagst, Tel.: 0 62 94 / 5 61–5 65
Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und
Sozialrentner Deutschlands e. V.
53 Bonn-Bad Godesberg, Wurzerstraße 2–4
Vereinigung der Kehlkopflosen der BDR e. V.
6900 Heidelberg, Voßstraße 5–7
6800 Mannheim, Gontardstraße 42

Katalog der Schwerpunkte bei der Beseitigung baulicher und technischer Hindernisse

Herausgegeben
vom Interministeriellen Ausschuß
zur Beseitigung baulicher und technischer Hindernisse
unter Federführung
des Bundesministers
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
März 1973

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Rehabilitation der Behinderten und für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der älteren Menschen ist die Schaffung einer hindernisfreien baulichen Umwelt, und zwar sowohl in der Wohnung und am Arbeitsplatz als auch im gesamten öffentlichen Bereich.

In vorliegendem Katalog sind die Schwerpunkte dieser Aufgabe, die jeweils notwendigen baulichen Maßnahmen und die jeweilige Zuständigkeit genannt.

Über weitere Einzelheiten geben die Normblätter DIN 18 024 (Bauliche Maßnahmen für Behinderte und alte Menschen im öffentlichen Bereich) Blatt 1 „Straßen und Plätze" (z. Z. Entwurf) und Blatt 2 „Öffentlich zugängige Gebäude" (z. Z. Entwurf) sowie DIN 18 025 (Wohnungen für Schwerbehinderte) Blatt 1 „Wohnungen für Rollstuhlbenutzer" (Januar 1972) und Blatt 2 „Wohnungen für Blinde und wesentlich Sehbehinderte" (z. Z. Entwurf) nähere Auskunft.

Die Beseitigung vorhandener und die planmäßige Vermeidung entstehender baulicher Hindernisse gereicht nicht etwa nur bestimmten Personengruppen, z. B. Behinderten und älteren Menschen, zum Vorteil. Alle derartigen Maßnahmen tragen — über die spezielle Aufgabe der Rehabilitation hinaus — ganz allgemein zur Rehumanisierung des Städtebaues und zur Schaffung einer menschengerechten Umwelt wesentlich bei.

1. Schwerpunkte auf Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Freiflächen

1.1 Fahrbahnborde

Maßnahmen:

In Anliegerstraßen und Sammelstraßen sollte die Höhe der Borde zwischen Gehweg und Fahrbahn 8 cm im allgemeinen nicht überschreiten.

An Fußgängerüberwegen sind die Borde nach Möglichkeit auf Fahrbahnhöhe, mindestens jedoch auf 3 cm, abzusenken.

Borde sind durch Verwendung farbigen Materials optisch abzusetzen.

Zuständig:

Straßenbaulastträger

1.2 **Fußgänger-Schutzinseln**

Maßnahmen:

Der Fußgängerüberweg über eine Schutzinsel muß mindestens 3,00 m breit angelegt sein.

Eine Breite von 4,00 m und mehr ist erwünscht.

Die Hochborde der Schutzinseln sind im Bereich des Fußgängerüberweges auf die Höhe der Fahrbahn abzusenken.

Die Tiefe der Schutzinsel — d. h. die Abmessung der Insel in Gehrichtung — sollte im Bereich des Fußgängerüberweges 2,50 m betragen. Ein Mindestmaß von 1,60 m soll nicht unterschritten werden.

Zuständig:

Straßenbaulastträger

1.3 **Fußgängerüberwege mit Lichtzeichenregelung**

Maßnahmen:

Zum Überqueren verkehrsreicher Fahrbahnen sollten an geeigneten Stellen lichtzeichengeregelte Fußgängerüberwege, deren Lichtzeichenanlage vom Fußgänger selbst betätigt werden kann, angeordnet werden.

An Fußgängerüberwegen in der Nähe von Blindenzentren sind zusätzliche akustische Signale zweckmäßig. Voraussetzung ist, daß Verwechselungen — z. B. an Straßenkreuzungen — ausgeschlossen sind.

Zuständig:

Straßenbaulastträger

1.4 **Pkw-Stellplätze**

Maßnahmen:

Etwa 3 % der Pkw-Stellplätze auf öffentlichen Parkplätzen sollten für Schwerbehinderte (Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer) reserviert werden.

Die für Schwerbehinderte reservierten Pkw-Stellplätze sind, um den Ein- und Ausstieg zu ermöglichen, 3,50 m breit anzulegen.

Durch Beschilderung ist auf das Vorhandensein von Pkw-Stellplätzen für Schwerbehinderte aufmerksam zu machen.

Bei zeitweiliger Nichtinanspruchnahme sollten die Pkw-Stellplätze für Schwerbehinderte auch von an-

deren Verkehrsteilnehmern — unter Begrenzung der Parkdauer [1]) — benutzt werden können. Die Benutzung ist durch Beschilderung zu regeln.

Der Zugang zu den Pkw-Stellplätzen für Schwerbehinderte ist nach Abschnitt 1.1 zu gestalten.

Zuständig:

Straßenbaulastträger

1.5 **Zugänge zu Fußgängerbrücken und Fußgängertunneln**

Maßnahmen:

Wenn Fußgängerüberwege in einer zweiten Ebene angelegt werden (Tunnel oder Brücke) sind außer den Treppen möglichst auch Rampen — ggf. auch Fahrsteige — vorzusehen.

Rampen — als Zugang zu Fußgängerbrücken und Fußgängertunneln — sollen ein Gefälle von 10 % nicht überschreiten. Sie sind in ihrer ganzen Länge und beidseitig mit Handläufen — in 80 cm Höhe — auszustatten. Rampen müssen — zwischen den Handläufen gemessen — mindestens 150 cm breit und mit griffiger Oberfläche versehen sein.

Tunnel, Treppen und Rampen sind zu beleuchten.

Zuständig:

Gemeinden

2. Schwerpunkte in öffentlich zugängigen Gebäuden [2])

2.1 **Eingänge**

Maßnahmen:

Ein Eingang des Gebäudes, möglichst der Haupteingang, muß stufenlos erreichbar sein. Der Zugang ist durch Beschilderung kenntlich zu machen.

Rampen sind zulässig. Ihr Gefälle darf jedoch nicht mehr als 6 %, ihre Breite muß mindestens 100 cm betragen. Bei Rampenlängen von mehr als 6 m ist ein Zwischenpodest von mindestens 120 cm Länge erforderlich. Podeste von mindestens 120 cm Länge

1) Eine Begrenzung auf 15 Minuten dürfte angemessen sein.
2) Der Begriff „öffentlich zugängig" ist im weitesten Sinne zu verstehen. Wenn nur ein Teil eines Gebäudes öffentlich zugängig ist sind die Maßnahmen mindestens auf diesen Teil des Gebäudes anzuwenden.
Als öffentlich zugängige Gebäude gelten insbesondere: Verwaltungsgebäude mit Publikumsverkehr, Bahnhöfe, Flughafengebäude, Parkhäuser, Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Versammlungsräume, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Sportbauten (einschl. der eigentlichen Sportanlagen), Läden, Warenhäuser, Banken, Sparkassen, Apotheken, Arzt'praxen, Krankenhäuser, Ausstellungsbauten, Bibliotheken, Museen.

sind außerdem am Anfang und am Ende der Rampe anzuordnen.

Rampen sind mit einem Handlauf in 80 cm Höhe auszustatten.

Die Eingangstür muß eine lichte Durchgangsbreite von mindestens 95 cm aufweisen.

Schwellen und Niveauunterschiede sind nur bis zu 2,5 cm zulässig.

Vor und seitlich von Drehflügeltüren muß genügend Bewegungsfläche gesichert sein.

Zuständig

Öffentliche und private Bauherren

2.2 **Bewegungsfreiheit innerhalb der Gebäude**

Maßnahmen:

In allen Räumen, auch in Fluren und dgl., muß die Bewegungsfläche mindestens 140 cm breit sein.

Alle Türen müssen eine lichte Durchgangsbreite von mindestens 85 cm aufweisen. Vor und seitlich von Drehflügeltüren muß genügend Bewegungsfläche gesichert sein.

Treppen sollen möglichst gradläufig sein. Bei gewendelten Treppen sind Handläufe auf beiden Seiten anzubringen. Der Handlauf am Treppenauge darf nicht unterbrochen sein. Der Wandhandlauf soll Anfang und Ende des Treppenlaufs rechtzeitig erkennbar machen. Die Stufen sind mit griffiger Oberfläche zu versehen. Vorragende Trittstufen sind zu vermeiden.

Niveauunterschiede, deren Überwindung ausschließlich über Stufen möglich ist, sind unzulässig. Aufzugskabinen sind wie folgt zu bemessen:

lichte Breite	$\geqq$ 110 cm
lichte Tiefe	$\geqq$ 140 cm
lichte Türbreite	$\geqq$ 80 cm

Vor den Aufzugsgängen ist eine Bewegungsfläche von mindestens 140 cm × 140 cm erforderlich.

Zuständig:

Öffentliche und private Bauherren

2.3 **Sanitärräume**

In Gebäuden mit hoher Besucherzahl ist mindestens je ein WC für schwerbehinderte Besucher vorzusehen. Das WC ist mit Spülklosett und Handwaschbecken auszustatten.

Auf einer Seite des Spülklosetts muß eine 80 cm breite Bewegungsfläche vorhanden sein. Die freie

Zufahrt zu dieser Bewegungsfläche muß gesichert sein.

Vor dem Spülklosett ist eine 1,20 m tiefe Bewegungsfläche freizuhalten.

Die Tür muß eine lichte Durchgangsbreite von 85 cm aufweisen. Sie darf nicht nach innen aufschlagen. Pendeltüren sind unzulässig.

Zuständig:

Öffentliche und private Bauherren

2.4 **Fernsprechstellen**

Maßnahmen:

In öffentlich zugängigen Gebäuden soll mindestens eine öffentliche Fernsprechstelle so gestaltet werden, daß Rollstuhlbenutzer unmittelbar bis zum Fernsprechapparat gelangen können. Bei Fernsprechstellen, die nicht durch Seitenwände begrenzt sind, ist der unmittelbare Zugang am ehesten gewährleistet. Nummernschalter (Wählscheibe), Handapparat (Hörer) und Münzeinwurf sollten so angeordnet sein, daß sie von einem Rollstuhlbenutzer bedient werden können.

Zuständig:

Bundespost
Öffentliche und private Bauherren

3. Schwerpunkte im öffentlichen Personenverkehr

3.1 **Einstieg und Beförderung**

Der Ein- und Ausstieg behinderter Personen ist durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen, die Beförderung durch Bereitstellung ausreichend bemessener Plätze zu ermöglichen.

Zuständig:

Verkehrsunternehmen

3.2 **Zugang zu Haltestellen der Untergrund- und Unterstraßenbahnen**

Die an Bedarfsschwerpunkten gelegenen Haltestellen sind mit Fahrsteigen, Rampen oder Aufzügen auszustatten.

Zuständig:

Verkehrsunternehmen

4. Schwerpunkte im Wohnungsbau

4.1 **Wohnungen für Rollstuhlbenutzer**

Für Rollstuhlbenutzer sind Wohnungen zu errichten,

deren Bemessung und Ausstattung den Behinderten von fremder Hilfe weitgehend unabhängig machen.

Die erforderlichen Maßnahmen sind in der Planungsnorm DIN 18 025 (Wohnungen für Schwerbehinderte) Blatt 1 „Wohnungen für Rollstuhlbenutzer" erfaßt.

Zuständig:

Bund
Länder
Gemeinden
Öffentliche und private Bauherren

4.2 **Wohnungen für Blinde und wesentlich Sehbehinderte**

Für Blinde und wesentlich Sehbehinderte sind Wohnungen zu errichten, deren Grundriß und Ausstattung dem Behinderten das Wohnen und Wirtschaften erleichtern.

Die erforderlichen Maßnahmen sind in der Plaungsnorm DIN 18 025 (Wohnungen für Schwerbehinderte) Blatt 2 „Wohnungen für Blinde und wesentlich Sehbehinderte" erfaßt.

Zuständig:

Bund
Länder
Gemeinden
Öffentliche und private Bauherren

GMBl. 1973, S. 182

FISCHER
TASCHENBÜCHER

INFORMATIONEN ZUR ZEIT

Die praktischen Konsequenzen aus dem ersten Behinderten-Report: Auswirkungen der Behinderung auf Psyche und Selbstbewußtsein der Betroffenen; erste Ansätze von Behindertengruppen, Selbstbewußtsein zu entwickeln und ihre Lage durch konkrete Aktionen zu verändern.

Originalausgabe

DM 5.80